

Jahresbericht 1999



Europäische Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung





Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) wurde 1991 errichtet, um den Übergang zur offenen Marktwirtschaft und private und unternehmerische Initiativen in denjenigen Ländern Mittel- und Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu fördern, die den Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft verpflichtet sind und sich von ihnen leiten lassen.

Unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Länder in unterschiedlichen Übergangsphasen ist die EBWE bestrebt, ihre 26 Einsatzländer bei der Durchführung struktureller und sektorbezogener Reformen zu unterstützen sowie den Wettbewerb, die Privatisierung und das Unternehmertum zu fördern. Durch ihre Investitionen unterstützt sie die Tätigkeit des Privatsektors und die Festigung der Finanzinstitute und Rechtssysteme sowie die Entwicklung der Infrastruktur, die der Privatsektor benötigt. Die Bank lässt sich in ihrer gesamten Geschäftstätigkeit von den Prinzipien solider Bankarbeit und Investitionstätigkeit leiten.

Ihre Rolle als Katalysator des Wandels nimmt die Bank dadurch wahr, dass sie Kofinanzierungen und direkte Auslandsinvestitionen des privaten und öffentlichen Sektors fördert, zur Mobilisierung von Inlandskapital beiträgt und technische Zusammenarbeit in einschlägigen Bereichen anbietet. Sie arbeitet eng mit internationalen Finanzinstitutionen und anderen internationalen und nationalen Organisationen zusammen. In ihrer gesamten Tätigkeit fördert die Bank eine im Hinblick auf die Umwelt verantwortungsbewusste und nachhaltige Entwicklung.

Eckdaten für 1999

Für die EBWE war 1999 ein Jahr der Konsolidierung und Neuorientierung der Geschäfte nach der russischen Krise des Vorjahres und den darauf folgenden Rückschlägen für das Wirtschaftswachstum in der Region. Die Bank schuf die Grundlagen für ihren Beitrag zum zweiten Jahrzehnt des Transformationsprozesses.

In der ersten Jahreshälfte unternahm die Bank eine grundlegende Prüfung ihrer Geschäftstätigkeit und bemühte sich um eine Bewertung der gemachten Erfahrungen. Sie entwickelte neue mittelfristige Schwerpunkte für die Geschäftstätigkeit, *Den Transformationsprozess voranbringen*, die von den Gouverneuren auf der Jahrestagung in London im April einstimmig gebilligt wurden.

Bei der Umsetzung der Prioritäten im Jahresverlauf 1999 gelang der Bank eine positive Wendung. Das Volumen der Neuzusagen nahm zu, und das Portfolio zeigte weiterhin beständige Leistungen. Die Bank kehrte zur Rentabilität zurück und begann mit dem Wiederaufbau ihrer Rücklagen.

Im gesamten Jahresverlauf mehrte die EBWE ihren Bestand von geplanten Projekten und schaffte eine solide Grundlage für die Herausforderungen des Jahres 2000 und darüber hinaus.

In der Reaktion auf den Kosovo-Konflikt, der die gesamte Balkanregion in Mitleidenschaft zog, nahm die EBWE an Sitzungen des Stabilitätspakts teil und rief einen Aktionsplan für Südosteuropa ins Leben. Die Bank übernahm bei der Förderung von Investitionen und der Unterstützung des wirtschaftlichen Aufschwungs eine Führungsrolle unter den internationalen Finanzinstitutionen.

Die EBWE unterzeichnete während des Jahres 88 Projekte in Höhe von insgesamt 2,2 Milliarden Euro. Diese Zahl schließt Transaktionen in Höhe von 166 Millionen Euro zur Restrukturierung unterzeichneter Projekte ein, die von der Finanzkrise in der Region betroffen waren.

Die geografische Streuung der jährlichen Zusagen entsprach den im Budget für 1999 vorgesehenen Bandbreiten. Zusagen in den Ländern der frühen/mittleren Übergangsphase machten fast die Hälfte der Gesamtzahl aus. In den Ländern der fortgeschrittenen Übergangsphase bewahrte die EBWE eine beträchtliche Präsenz (mehr als 40 Prozent aller Transaktionen). Etwa 10 Prozent der gesamten Zusagen wurden Russland gemacht, eine Zahl, die aufgrund der Folgen der Finanzkrise weit hinter der des Vorjahres (23 Prozent) und dem Ziel der Bank zurückbleibt.

Die zinstragenden Aktiva erhöhten sich um eine Milliarde Euro und erreichten bei Jahresende die Höhe von 6,5 Milliarden Euro. Dies entspricht einer Zunahme von 18 Prozent im Lauf des Jahres und von 45 Prozent seit Ende 1997.

Der Betriebsgewinn vor Rückstellungen betrug 203,6 Millionen Euro, zum Teil aufgrund der starken Leistung der Finanzabteilung und Aktienverkäufen sowie einer strikten Kostenkontrolle. Rückstellungen lagen bei 160,9 Millionen Euro.

Die Bank konnte weiterhin erhebliche externe Kofinanzierungen mobilisieren und brachte für jeden investierten Euro 2,5 Euro auf. Zum Jahresende 1999 belief sich der Gesamtwert der Projekte, an denen die EBWE seit ihrer Gründung beteiligt war, auf 48 Milliarden Euro, verglichen mit 43 Milliarden Euro zum Ende des Vorjahres.

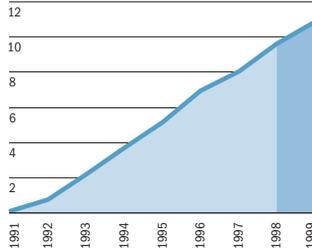
Die Bemühungen der EBWE im Zusammenhang mit der Revision der Schwerpunkte ihrer Geschäftspolitik und einer Reorganisation ihrer operativen Struktur standen im Mittelpunkt der Reaktion der Bank auf die Finanzkrise des Jahres 1998 in der Region. Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Bodenschätze, Telekommunikation und den Finanzsektor wurde eine neue Geschäftspolitik entwickelt. Außerdem wurden neue Grundsätze für die Offenlegung von Informationen ausgearbeitet, die dem Direktorium später im Jahr 2000 zur Bewilligung vorgelegt werden sollen.

Die Bank entwickelte eine neue Strategie im Bereich Humanressourcen und nahm eine Reihe organisatorischer Veränderungen vor. Insbesondere die Abteilung Banking wurde neu organisiert, um ihre Reaktionsfähigkeit auf die Bedürfnisse der Region zu verbessern. Die Rolle der lokalen Vertretungen wurde durch die Umsiedlung einer Reihe von Länderteamleitern aus dem Hauptsitz in die Einsatzländer aufgewertet.



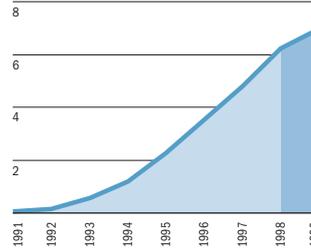
Banking – Portfolio

zum 31. Dezember 1999 (Mrd Euro)



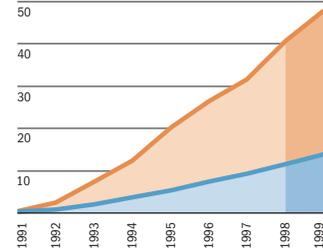
Banking – Aktivbestand

zum 31. Dezember 1999 (Mrd Euro)



Kumulative mobilisierte Mittel

zum 31. Dezember 1999 (Mrd Euro)



● Mobilisierte Nicht-EBWE-Mittel
(einschließlich Kofinanzierungen)
● Zugesagte EBWE-Finanzierungen

Finanzergebnisse

Mio Euro	1999	1998	1997	1996	1995
Betriebsgewinn	376,4	450,5	346,0	243,7	241,2
Aufwendungen und Abschreibungen	172,8	158,7	152,1	146,4	158,3
Betriebsgewinn vor Rückstellungen	203,6	291,8	193,8	97,3	82,9
Rückstellungen für Verluste	160,9	553,1	177,7	92,4	75,4
(Gewinn)/Verlust für den Zeitraum	42,7	(261,2)	16,1	4,9	7,5
Genehmigtes Kapital	20.000	20.000	20.000	10.000	10.000
Eingezahltes Kapital	5.163	5.084	4.877	2.965	2.965
Eingegangene Teilzahlungen (kumulativ)	3.480	3.217	2.949	2.916	2.842
Gesamte Rückstellungen und Rücklagen	1.040	762	508	263	165
Gesamte Aktiva	19.595	16.047	13.495	10.964	8.728

Ergebnisse der Geschäftstätigkeit

Jährliche Zusagen	1999	1998	1997	1996	1995
Anzahl der Projekte	88	96	108	95	110
EBWE-Finanzierung (Mio Euro)	2.162	2.373	2.315	2.188	2.000
Mobilisierung von Ressourcen (Mio Euro)	4.862	7.541	4.210	3.819	4.972

Portfolio (Mio Euro)¹

	1999	1998	1997	1996	1995
Banking – Portfolio	10.835	10.182	8.932	7.263	5.652
Banking – Aktivbestand	6.955	5.761	4.580	3.202	2.083
Zinstragende Aktiva	6.160	5.247	4.393	3.168	2.058
Zusätzliche mobilisierte Mittel	33.964	29.102	22.335	18.926	14.773

¹ Angaben für die Jahre 1995-98 entsprechen den für diese Jahre ausgewiesenen Zahlen. Spätere Änderungen, beispielsweise aufgrund von Wechselkursen, Stornierungen, Syndizierungen oder Restrukturierungen, werden nicht berücksichtigt. Definitionen siehe Seite 112. Die folgenden Schaubilder enthalten neu berechnete Zahlen.

Am 1. Januar 1999, als der Euro die Nationalwährungen aller 11 Teilnehmerländer ablöste, stellte die EBWE ihre Berichtswährung von Ecu auf Euro um. Zahlen für 1998 und die Vorjahre wurden entsprechend dem effektiven Umtauschsatz von 1 Euro zu 1 Ecu neu in Euro ausgewiesen.

Einsatzländer

Stand 31. Dezember 1999

Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Litauen, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakische Republik, Slowenien, Tadschikistan, Tschechische Republik, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Ungarn, Weißrussland

Inhaltsverzeichnis

Eckdaten für 1999

Innere vordere Umschlagseite

2 Vorwort des Präsidenten

3 Begleitschreiben

4 Überblick

Den Transformationsprozess voranbringen
Operative Ergebnisse
Umsetzung der Geschäftsstrategie der Bank
Sonstige Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit
Wirtschaftliche Entwicklungen
Finanzergebnisse
Entwicklungen der Institution
Herausforderungen für die Zukunft

12 Entwicklungen in der Region

Tendenzen im Transformationsprozess
Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

20 Rückblick auf die Geschäftstätigkeit 1999

Mitteuropa
Russland und Zentralasien
Südosteuropa und Kaukasus
Finanzinstitutionen
Infrastruktur
Industrie und Handel
Sonstige Sektoren
Umwelt
Reaktorsicherheit

54 Bewertung von Bankprojekten

Bewertung von Projekten
Thematische Lehren aus der Investitionstätigkeit

60 Sonstige geschäftliche Aktivitäten

Kofinanzierung
Fonds für Technische Zusammenarbeit
TurnAround-Management
Beschaffung und Auftragsvergabe

70 Finanzergebnisse und Jahresabschluss

Finanzergebnisse
Jahresabschluss
Zusammenfassung der Sonderfonds

100 Projektbewilligungen 1999

107 Leitungsgremien

Gouverneure
Direktoren
Kontakte und Informationen

Vorwort des Präsidenten

Die EBWE blickt auf ein außerordentliches Jahr 1999 zurück. Die Auswirkungen der Krise in Russland auf unsere Einsatzländer nach der Rubelabwertung im Jahr 1998 haben viele Investitionen – und in der Tat den Verlauf des Transformationsprozesses – gefährdet.

Das Management der Bank hat infolge der Ereignisse eine gründliche Überprüfung des Portfolios vorgenommen, die Bankenabteilung reorganisiert und eine neue Strategie konzipiert. Diese Anstrengungen haben die EBWE gestärkt. Wir sind in die Gewinnzone zurückgekehrt und haben eine klare Orientierung. Letztlich ist die Bank jetzt besser in der Lage, neue Risiken zu übernehmen, um den Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten weiterhin voranzubringen.

Dieser Erfolg ist Verdienst der gesamten Bank: unseres Managements, unserer Mitarbeiter und unserer Anteilseigner, die die Bank in schweren Zeiten unbeirrt unterstützt haben.

Aus diesen Erfahrungen können wir klare Lehren ziehen. Erstens: Die EBWE braucht Flexibilität und Kreativität, um sich den Herausforderungen erfolgreich zu stellen. Es hat sich gezeigt, dass eine stärkere Beachtung der *realen* Wirtschaft – die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen und der Banken, die sie mit Krediten bedienen, sowie gezielt ausgewählte Investitionen in Infrastruktur und Industrie – wirtschaftliche und soziale Vorteile bringen kann.

Die Erfahrung zeigt auch, dass Reformen sich auszahlen. Diejenigen Länder, die gleich zu Beginn des Transformationsprozesses schwierige politische Entscheidungen getroffen haben, sind jetzt die am weitesten fortgeschrittenen und haben die größte Widerstandsfähigkeit gegen externe Schocks bewiesen. Weitere Fortschritte hängen von fortgesetzten Reformen ab. Die Hauptverantwortung für den Erfolg tragen die Länder selbst. Es liegt jedoch auf der Hand, dass die internationale Staatengemeinschaft ebenfalls eine entscheidende Rolle zu spielen hat. Die Industrieländer müssen für nachhaltiges Wachstum sorgen und ihre Märkte öffnen. Das ist das Beste, was sie für die Transformationsländer tun können. Der Westen kann sich keine Selbstzufriedenheit leisten.

Leider läuft meine Zeit in der EBWE ab, und ich sehe mich beim Internationalen Währungsfonds neuen und anderen Herausforderungen gegenüber. In meine Freude über die neue Aufgabe mischt sich Bedauern, eine Organisation zu verlassen, die mir ans Herz gewachsen ist. Auf meinen ausgedehnten Reisen durch unsere Einsatzländer ist mir bewusst geworden, wie sehr die EBWE geschätzt wird, ja, dass man sie als Hoffnungsträger betrachtet. Ich werde mit großem Vertrauen auf die EBWE zurückblicken, weil ich weiß, dass die Menschen, die für sie arbeiten, und ihr Weitblick die hohen Erwartungen erfüllen können, die an sie gestellt werden.



Horst Köhler
Präsident

März 2000

Begleitschreiben

London, den 7. März 2000

3

An die Gouverneure

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank sowie Abschnitt 11 der Satzung legt das Direktorium dem Gouverneursrat den beigefügten Jahresbericht der Bank für das Jahr 1999 vor.

Zum Jahresbericht gehörten der genehmigte und geprüfte Jahresabschluss, der gemäß Artikel 27 des Übereinkommens sowie Abschnitt 13 der Satzung vorzulegen ist. Gemäß Artikel 10 des Übereinkommens enthält er außerdem einen gesonderten Abschluß für die Sonderfonds und befasst sich, wie in Artikel 35 des Übereinkommens vorgeschrieben, mit der Auswirkung der Geschäftstätigkeit der Bank auf die Umwelt.

Präsident

Horst Köhler

Direktoren

Byongwon Bahk
Peter Engström
Sylvain de Forges
Torsten Gersfelt
Joaquin de la Infiesta
Wilhelm Jaggi
Roger Lavelle
Heiner Luschin
Michael McCulloch
Patrice Muller
Kari Nars
Igor Očka
Sergej Owsejtschik
Philippe Petit-Laurent
Jurij Polunejew
Enzo Quattrociocche
Norbert Radermacher
Karen Shepherd
Bernard Snoy
Valentin Zwetanow
Pim van Ballekom
Stefanos Vavalidis
Kunimitsu Yoshinaga

Stellvertretende Direktoren

Jim Short
Baldur Erlingsson
Lucien Bernadine
Tony Brown
Carlos Escribano
Mehmet Kaytaz
Walter Cernoia
Gideon Schurr
Andrew Lewis
Tom MacDonald
Rolf Næss
Károly Soós
Michail Tatjantschenko
Vassili Lelakis
Ionut Costea
Pasquale Terracciano
Clemens Kerres
Nicht besetzt
Georges Heinen
Jan Bielecki
Dick Knook
António de Almeida
Masato Iso

Überblick

Im Jahr 1999 stellten die Folgewirkungen der Finanzkrise in Russland im Vorjahr die Europäische Bank vor eine beträchtliche Herausforderung. Insbesondere am Anfang des Jahres kam es zu einer weiteren Verlangsamung der Geschäftstätigkeit und zu vermehrten Risiken in vielen Einsatzländern der Europäischen Bank. Dadurch wurde ein Großteil des Bestands der EBWE in Mitleidenschaft gezogen. Insbesondere in Südosteuropa kam es durch die Kosovo-Krise zu einer weiteren Verschlechterung der Investitionsbedingungen.

Die EBWE stellte sich diesen Herausforderungen und entwickelte neue mittelfristige Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit, die dazu beitrugen, dass die Bank ihre Tätigkeit in der Region auf den

Stand vor der Krise zurückführen konnte. Im Verlauf des Jahres unterzeichnete die EBWE 88 Projekte im Gesamtumfang von 2,2 Milliarden Euro; die zinstragenden Aktiva nahmen um eine Milliarde Euro zu und erreichten die Gesamtsumme von 6,5 Milliarden Euro. Die Bank verbuchte einen Gewinn von 42,7 Millionen Euro und begann, die Rücklagen wieder auszubauen.

Obwohl die schlimmsten Befürchtungen für die Region sich nicht bestätigten, kam es zu ernsthaften wirtschaftlichen Rückschlägen für Russland und seine Nachbarländer. Durch ihre energische Tätigkeit im Jahr 1999 konnte die EBWE jedoch beweisen, dass es selbst in einem schwierigen Investitionsklima möglich ist, beim Übergang zur Marktwirtschaft Investitionschancen zu ergreifen, die sowohl den reformbereiten Ländern als auch den Investoren zugute kommen. Das zeigt, dass Reformen sich langfristig auszahlen und bei auftretenden Schwierigkeiten ein rascher Wiederaufschwung möglich ist.

Neue Schwerpunkte der Geschäftspolitik

Im Dokument *Den Transformationsprozess voranbringen* wird festgestellt, dass die Kerntätigkeit der Europäischen Bank die Finanzierung von Projekten – vornehmlich im Privatsektor – ist, die den Transformationsprozess voranbringen. In ihrer gesamten Geschäftstätigkeit lässt sich die Bank von den Prinzipien des soliden Bankgeschäfts leiten. Sie stellt sicher, dass ihre Arbeit „additional“ ist und dass es nicht zur Konkurrenz mit alternativen Finanzquellen am Markt kommt.¹ Die aktive und unternehmerische Steuerung des vorhandenen Portfolios ist wesentliches Element der Kerntätigkeit der EBWE. Sie fordert von allen Geschäftspartnern solide Geschäftspraxis. Die aktive Einbeziehung von Umweltbelangen ist Bestandteil ihrer gesamten Arbeit.

Die EBWE unterstützt den Transformationsprozess in allen Einsatzländern, und schenkt dabei dem Engagement jedes Landes für Reformen in Wirtschaft und Politik besondere Aufmerksamkeit. Sie reagiert positiv und umgehend auf Fortschritte im Transformationsprozess.

Spezifische Schwerpunkte der Bank:

- Beitrag zur Schaffung eines soliden Finanzsektors, der den Erfordernissen der Unternehmen und Haushalte gerecht wird;
- Übernahme einer führenden Rolle bei der Entwicklung von Unternehmensgründungen sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU);
- Verfolgung kommerzieller Vorgehensweisen und eines umfassenden Spektrums von Finanzstrukturen zur Entwicklung der Infrastruktur;
- Nachweis effektiver Vorgehensweisen bei der Restrukturierung tragfähiger Großunternehmen durch sorgfältig ausgewählte Projekte;
- aktives Vorgehen bei Kapitalanlagen; und
- Förderung eines soliden Investitionsklimas und starker Institutionen auf der Grundlage von Projekterfahrungen und aus der Perspektive eines Investors.

Durch die Umsetzung dieser Schwerpunkte erreicht die EBWE:

- die strategische Orientierung der Portfoliosteuerung in ihrer Reformarbeit, so dass
 - das Portfolio insgesamt den Zielstellungen der Transformation und den Schwerpunkten der Geschäftspolitik der Bank entspricht;
 - das Portfolio im Bezug auf Länder, Produkte und Risikokategorien ausgewogen ist, um eine positive Auswirkung auf den Transformationsprozess und gleichzeitig die finanzielle Tragfähigkeit der Bank zu gewährleisten; und
 - alle Projekte im Bestand während ihrer gesamten Laufzeit aktiv gesteuert werden.
- Förderung von Partnerschaft und Effektivität durch:
 - schöpferische und konstruktive Partnerschaftsarbeit mit Einsatzländern und Kunden;
 - enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen Finanzinstitutionen (IF) und der Europäischen Union;
 - Verbesserung der Mobilisierung offizieller und privater Kofinanzierungsquellen;
 - Bemühungen zur Bündelung von Aktivitäten in ausgewählten Kommunen, Regionen oder Sektoren; und
 - Förderung intra-regionaler Infrastruktur und Handelstätigkeit.
- Stärkung der Präsenz in den Einsatzländern, insbesondere durch eine verbesserte Rolle der Ländervertretungen.

¹ Der Grundsatz der Additionalität gewährleistet, dass die EBWE mit ihrer Tätigkeit keine zu vernünftigen Bedingungen verfügbaren kommerziellen Finanzquellen verdrängt, die eine vergleichbare Wirkung auf den Transformationsprozess hätten. Eine vollständigere Definition findet sich auf Seite 112.

Den Transformationsprozess voranbringen

Nach der Finanzkrise 1998 hat die EBWE ihr starkes Engagement gegenüber allen Einsatzländern erneut bestätigt. Insbesondere hat die Bank eine Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung des Transformationsprozesses im Gefolge der Krise eingeleitet. Dabei ging es darum, die Rentabilität ihrer Projekte zu schützen und die Portfoliosteuerung zu verbessern. Anfang des Jahres hat die Europäische Bank die Strategie für ihre Geschäftstätigkeit revidiert. Im März 1999 wurde das Dokument *Den Transformationsprozess voranbringen: Mittelfristige Schwerpunkte der Geschäftspolitik* vom Direktorium angenommen und bei der Jahrestagung der Bank im April einstimmig vom Gouverneursrat bestätigt (siehe Kasten links).

Das strategische Herangehen an die Portfoliosteuerung ist ein Schlüsselement dieser neuen Schwerpunkte. Dementsprechend wird sowohl der Bestand laufender Projekte als auch der Strom neuer Zusagen so gelenkt, dass sich damit positive Auswirkungen auf den Übergangsprozess ergeben und Risiken, Renditen und Kosten über den gesamten Bestand ausgeglichen werden. Angesichts der beträchtlichen Größe und Komplexität des Portfolios der EBWE und unter Berücksichtigung der erheblich gestiegenen Risiken in Teilen der Region geht die Bank davon aus, dass es zunehmend wichtiger wird, ihre Geschäftstätigkeit aus der Sicht des Gesamtbestands zu steuern.

Operative Ergebnisse

Nach einer durch die unmittelbaren Auswirkungen der Finanzkrise des Vorjahres bedingten schwierigen ersten Jahreshälfte hat die EBWE die Ziele für die Geschäftstätigkeit im Jahr 1999 erreicht und in einigen Fällen sogar übertroffen. Im Zuge der Anstrengungen zur Stärkung des Portfolios kam es zu einer kräftigen Wiederbelebung bei den Projekten in der Vorbereitungsphase.

Im Jahr 1999 hat das Direktorium 99 Projekte im Wert von 2,6 Milliarden Euro gebilligt. Der Gesamtumfang der Projektbewilligungen durch das Direktorium lag im gesamten Jahr um 30 Prozent höher als 1998. Das führte dazu, dass der Bestand an bewilligten Projekten zum Jahresende 10 Prozent höher lag als zum Ende des Vorjahres.

Die im Jahr 1999 gezeichneten Projekte beliefen sich auf insgesamt 2,2 Milliarden Euro für 88 Operationen. Dazu gehörten auch Restrukturierungsgeschäfte im Wert von 166 Millionen Euro. Die Zusagen an Länder in der frühen oder mittleren Übergangsphase haben sich beträchtlich erhöht, nämlich um nahezu 170 Millionen Euro, und erreichten damit einen Betrag von insgesamt 1,039 Milliarden Euro. Insbesondere unterzeichnete die EBWE sieben Projekte im Wert von 243 Millionen Euro in der Ukraine, das höchste Zusagenniveau für Einsatzländer im Jahr

1999. In den Ländern der fortgeschrittenen Übergangsphase erreichten die Zusagen die Höhe von 906 Millionen Euro, im Vergleich zum Spitzenwert von 952 Millionen Euro im Vorjahr. Nachdem die Zusagen in Russland im Jahr 1998 546 Millionen Euro erreicht hatten, gingen sie im Jahr 1999 auf insgesamt 217 Millionen Euro zurück.

Verglichen mit 10,2 Milliarden Euro Ende 1998 belief sich das Portfolio der Bank abzüglich Rückzahlungen und Stornierungen auf 10,8 Milliarden Euro. Zusätzlich von anderen Investoren als Teil von EBWE-Projekten zugesagte Mittel betragen Ende 1999 kumulativ 34 Milliarden Euro.

Die zinstragenden Aktiva stiegen bis zum 31. Dezember 1999 um fast 20 Prozent auf 6,5 Milliarden Euro, verglichen mit 5,5 Milliarden Euro im Vorjahr.

Die im Jahr 1999 neu vorgelegten Projekte zeigten in allen Stadien des Prüfungsverfahrens der EBWE eine ermutigende Tendenz. Der Anteil der zur abschließenden Überprüfung vorliegenden Projekte (also vor der Genehmigung durch das Direktorium) lag 52 Prozent über dem des Vorjahres. Die Anzahl der Projekte in der Erstüberprüfung übertraf die des Vorjahres um 27 Prozent, und die der Projektvorschläge in der ersten Phase des Genehmigungsverfahrens (Konzeptfreigabe) um 49 Prozent. Mit 10,2 Milliarden Euro lag der Wert des Gesamtbestands der zur Vorbereitung vorliegenden Projekte Ende 1999 15 Prozent über dem Vorjahreswert von 9,0 Milliarden Euro.

Umsetzung der Geschäftsstrategie der Bank

Im Verlauf des Jahres hat die EBWE den Transformationsprozess und die Entwicklung wettbewerbsfähiger Märkte in der Region gefördert. Sie ist sich bewusst, dass ein solides Investitionsklima und starke Institutionen gleichermaßen bedeutsam für das Funktionieren der Märkte sind. Es wurden spezifische Länderstrategien erarbeitet, und die Bank intensivierte ihre Arbeit an den rechtlichen Aspekten des Transformationsprozesses. Dabei konzentrierte sie sich auf Gebiete, in denen sie über besondere Fachkenntnisse verfügt.

Finanzsektor

Die EBWE hat dem Finanzsektor stets eine besondere Bedeutung beigemessen. Das ergibt sich aus der Einsicht, dass für eine gut funktionierende Marktwirtschaft ein solider und effektiver Finanzsektor benötigt wird, der in der Lage ist, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, Geldtransaktionen zu erleichtern und als wirksamer Vermittler zwischen Sparern und Investoren zu fungieren. Die überarbeiteten mittelfristigen Schwerpunkte der Geschäftspolitik der Bank unterstreichen, dass sie den Finanzsektor auch weiterhin durch Investitionen in Finanzinstitutionen, durch die Vermittlung von Kenntnissen und die Förderung einer soliden Geschäftspraxis unterstützen muss.

Im Juli 1999 hat das Direktorium der Bank neue Grundsätze für den Finanzsektor bewilligt. Diese spiegeln die Veränderungen in der Region sowie die Erfahrungen der Bank mit Projekten in diesem Bereich wider. Ein Kernbestandteil dieser überarbeiteten Grundsätze war die Notwendigkeit, eine länderspezifische Vorgehensweise zu entwickeln, die dann in ein Gesamtkonzept für die Funktion und Entwicklung des Finanzsektors einfließen würde. Insbesondere bemüht sich die Bank um mehr Diversifizierung der Institutionen und der Bandbreite der im lokalen Finanzsektor genutzten Finanzinstrumente, eine Ausweitung der für KMU verfügbaren Finanzierungen und die Stärkung der Unternehmensführung sowie der Geschäftspraxis bei den örtlichen Finanzinstituten. Diese Grundsätze gehen ebenfalls davon aus, dass Vertrauen und Wettbewerb in einem unabhängigen Finanzsektor zu den grundlegenden Faktoren gehören, die die Entwicklung des Finanzsektors in der Marktwirtschaft bestimmen.

Im Verlauf des Jahres hat die EBWE die Rolle der Marktabläufe und der Regierungen bei der Förderung der Entwicklung des Finanzsektors in den Mittelpunkt gestellt. Die Folgen der Bankenkrise in Russland, die erforderliche Bankenrestrukturierung in diesem Land sowie die Auswirkungen der Krise auf die Finanzsysteme in den Nachbarländern erforderten und erhielten dringende Aufmerksamkeit. Bei der Planung und Umsetzung von Projekten wurde der Abfederung von Risiken, der intensiveren Steuerung des Portfolios und der Stärkung der Rolle der EBWE bei der Unternehmensführung besondere Bedeutung beigemessen. Zum Jahresende 1999 hatte die Bank rund 250 Projekte im Finanzsektor im Gesamtwert von 4,2 Milliarden Euro unterzeichnet. Das entspricht 30 Prozent der gesamten bisherigen Unterzeichnungen.

Unterstützung für KMU

Angesichts der bedeutsamen Rolle von KMU und neuen Unternehmen für das weitere Wirtschaftswachstum und die Stärkung des Wettbewerbs in der Region hat die EBWE 1999 ihre Unterstützung für den KMU-Sektor erweitert.

Im September verabschiedete die Bank eine neue Strategie zur Förderung von KMU in den Transformationsländern, die folgende Ziele hat:

- Ausweitung der Finanzierungen für KMU;
- Verbesserung des Investitionsklimas; und
- Schaffung von Netzwerken für diese Unternehmen.

Insbesondere geht es bei dieser Strategie um Unterstützung von KMU in allen Einsatzländern der EBWE durch die Festigung solcher Finanzinstitutionen, die sich für die Finanzierung dieser Unternehmen einsetzen, sowie durch Verbesserungen im Geschäftsumfeld für KMU. Die Bank arbeitet vor allem mit Finanzintermediären zusammen, um Finanzierungen zur Verfügung zu stellen, aber im gesamten Tätigkeitsspektrum der Bank behalten die KMU auch in Zukunft einen hohen Stellenwert.



Die EBWE hat eng mit der Europäischen Union, bilateralen Institutionen und weiteren IFI wie der Internationalen Finanz-Corporation bei der Errichtung einer Reihe von Banken für Mikrounternehmen zusammengearbeitet. Zu den 1999 neu entwickelten Projekten gehört die Bank für Mikrounternehmen im Kosovo sowie die Bank für Mikrofinanzierungen in der Ukraine.

Im April haben die EBWE und die Europäische Kommission eine Finanzierungsfazilität für KMU eingerichtet, die in den Beitrittsländern sowohl Beteiligungs- als auch Darlehensfinanzierungen für KMU bereitstellt. Die Europäische Union gab Zuschüsse in Höhe von 50 Millionen Euro und die Bank Mittel in Höhe von 75 Millionen Euro. Hauptziel dieser Fazilität ist die Ermutigung lokaler Banken und privater Aktienfonds zur Erweiterung der Geschäftstätigkeit im KMU-Bereich, und zwar mittel- bis langfristig. Außerdem nahm die EBWE Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über die Einrichtung eines neuen Treuhandfonds für KMU auf.

Infrastruktur und Umwelt

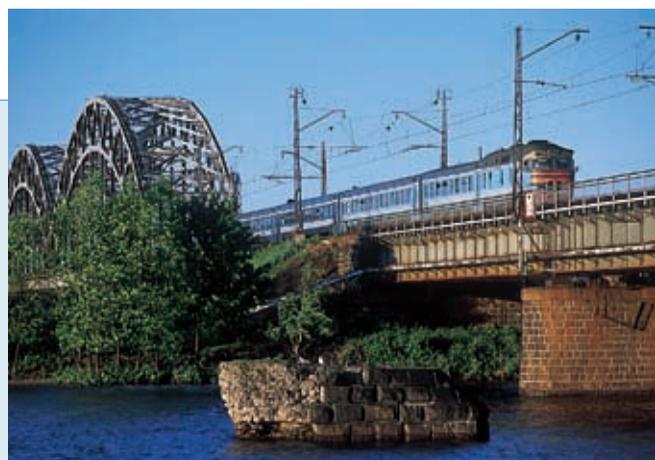
Angesichts der zentralen Rolle, die die Infrastruktur für den Transformationsprozess spielt, war sie 1999 wichtiger Schwerpunkt der EBWE. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die Sektoren Kommunal- und Umweltinfrastruktur, Energiewirksamkeit, Energieerzeugung sowie Transport und Verkehr gelegt, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich. In den Beitrittsländern arbeitete die EBWE eng mit der EIB und der Europäischen Union zusammen.

Im Jahr 1999 sagte die EBWE 161 Millionen Euro für den Sektor Kommunal- und Umweltinfrastruktur zur Unterstützung von Projekten im Gesamtwert von 327 Millionen Euro zu. Dabei handelte es sich vorwiegend um Wasserversorgung, Sietetze und Abwasserbehandlung. Bis Jahresende hatte die Bank insgesamt 556 Millionen Euro in diesem Sektor für über 125 Kommunen in 15 Ländern zugesagt. Sie hat sich weiterhin auf die Länder in den fortgeschrittenen Phasen des Übergangs konzentriert, wobei 1999 70 Prozent der Zusagen auf EU-Kandidatenländer entfielen.



2

- 1 Eine Kapitalanlage der EBWE trägt zur laufenden Expansierung der in Warschau ansässigen Kredyt Bank bei, einer der führenden Privatbanken in Polen.
- 2 Im Juli 1999 verabschiedete die EBWE eine neue Strategie für die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Verbesserung des Investitionsklimas und einer Expansierung der für KMU bereitgestellten Finanzierungen.
- 3 Angesichts der Bedeutung der Infrastruktur für den Transformationsprozess vergrößerte die EBWE ihr Portfolio im Bereich Transport und Verkehr im Jahr 1999 beträchtlich.



3

Die Bank hat auch ihren Bestand im Sektor Transport und Verkehr ausgeweitet und im Verlauf des Jahres 12 Projekte über einen Gesamtbetrag von 315 Millionen Euro unterzeichnet. Damit wuchs der Gesamtbestand im Sektor Transport und Verkehr auf 2,0 Milliarden Euro. Ungefähr 60 Prozent der Neuprojekte in diesem Sektor entfallen auf die baltischen Staaten und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), darunter die Ukraine und die Länder im Kaukasus und in Zentralasien. Wie in den Vorjahren kam es bei Finanzierungen in diesem Sektor zur Zusammenarbeit mit anderen internationalen Finanzinstitutionen sowie bilateralen Gebern.

Investitionsklima und Kofinanzierungen

Im Verlauf des Jahres hat die EBWE ihre Anstrengungen verstärkt, bei der Schaffung neuer Projekte mit den Einsatzländern zusammenzuarbeiten. Dazu gehörte auch, Risiken und andere Probleme deutlich beim Namen zu nennen, insbesondere Korruption und schlechte Unternehmensführung, die zu der vorangegangenen Finanzkrise beigetragen hatten. Gleichzeitig hat die Bank ihre Zusammenarbeit mit Beratungsgremien für Auslandsinvestitionen verstärkt und sich darum bemüht, die einzigartigen Erfahrungen der EBWE mit den Erfahrungen anderer internationaler Finanzinstitutionen und der Europäischen Union zu verbinden. Bei einer Reihe von Besuchen des Präsidenten der EBWE und des Direktoriums in Ländern, die Anteilseigner der Bank sind, darunter auch zahlreiche Einsatzländer, setzte die Bank ihre Gespräche mit führenden Regierungsvertretern fort.

Die Bedingungen an den Fremdkapitalmärkten stellten die Mehrheit der Einsatzländer der Europäischen Bank auch weiterhin vor extreme Herausforderungen, unter denen die Kofinanzierungstätigkeit gelitten hat. Es kam zu einer Abnahme der Gesamtanzahl kofinanzierter Operationen, die im Vergleich zu 89 im Jahr 1998 auf 58 im Jahr 1999 zurückgingen. Die Gesamtsumme von Kofinanzierungen fiel von 1,9 Milliarden auf 1,5 Milliarden Euro. Entscheidend war dabei eine verminderte Bereitschaft sowohl bei kommerziellen als auch offiziellen Kofinanziers zu langfristigen Engagements in Ländern der früheren und mittleren Übergangsphasen, insbesondere in Russland. Dazu kam ein hohes Maß an

Vorsicht selbst in fortgeschritteneren Ländern gegenüber allen Kreditnehmern, die kreditwürdigsten ausgenommen. Dennoch stellte die Bank flexible und innovative Kofinanzierungslösungen für Projekte in den Bereichen Telekommunikation (mehr als 100 Millionen Euro) und Verkehrsinfrastruktur (100 Millionen Euro) bereit, neben Finanzierungen für Banken und einer gebundenen Finanzierungsfazilität in der Balkanregion. Kofinanzierungen mit offiziellen Partnern, darunter internationalen Finanzinstitutionen, beliefen sich 1999 auf insgesamt 601 Millionen Euro. Dabei ging es um 37 Projekte in 16 Ländern.

Sonstige Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit

Reaktionen auf die Krise im Kosovo

Die EBWE reagierte deutlich auf die Balkankrise und rief einen Aktionsplan für die Balkanregion ins Leben, der für die betroffenen Länder bestimmt ist.

Mit einstimmiger Unterstützung der Anteilseigner der EBWE wurde im September ein spezifischer Plan für das Kosovo ins Leben gerufen. Die Anteilseigner begrüßten die Bemühungen der Bank um eine herausragende Rolle bei den Anstrengungen zum Wiederaufbau. Die Initiativen der EBWE wurden zu einem umfassenden Spektrum von Aktivitäten im Rahmen des Aktionsplans für Südosteuropa entwickelt, der den Stabilitätspakt für Südosteuropa, eine Initiative der Europäischen Union, ergänzt. Obwohl das Kosovo weder Mitglied der Bank noch Teil des Territoriums eines Mitgliedslandes ist, hat das Direktorium befürwortet, dass sich die Bank durch die Weiterleitung von Geberzuschüssen sowie durch die Zusammenarbeit mit vorhandenen Projektpartnern in Nachbarländern beteiligt.

Im Gefolge der Krise hat die EBWE umfassenden Gebrauch von ihren einmaligen Erfahrungen und ihrer Investitionstätigkeit in der Region gemacht, die eine Rekordhöhe von mehr als 2,5 Milliarden Euro erreicht hat und sich vor allem auf den Privatsektor konzentriert. Zusätzlich zu direkten Projekten in den von dem Konflikt betroffenen Mitgliedsländern (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, EJR Mazedonien und



Rumänien) hat die Bank auch Aktivitäten im Kosovo eingeleitet. Angesichts ihrer Erfahrungen bei der Förderung des Handels und von Investitionen im Privatsektor fiel der Bank eine Führungsrolle bei der Entwicklung einer regionalen Vorgehensweise im Privatsektor zu.

Im Oktober bewilligte das Direktorium der Bank einen Sonderfonds für die Balkanregion (BRSF), dessen Aufgabe darin besteht, Gebermittel sowohl für die technische Zusammenarbeit als auch für Kofinanzierungen für Projekte in den am stärksten betroffenen Ländern zu mobilisieren.

8

Gemeinsame Ziele des Transformationsprozesses und des Beitritts zur Europäischen Union

Der Transformationsprozess und die Erweiterung der Europäischen Union zielen beide auf die Verstärkung offener Märkte, des Wettbewerbs, der Privatisierung und der Demokratie in der Region ab. Deshalb begrüßt die EBWE den Beschluss des Europäischen Rats vom Dezember, Beitrittsverhandlungen mit 10 Einsatzländern in die EU aufzunehmen (siehe Seite 24). Dies wird den Transformationsprozess voranbringen, politischen Veränderungen neuen Antrieb geben, die zur Umsetzung von Reformen erforderliche Disziplin unterstützen und Anreize für demokratische und marktorientierte Institutionen schaffen.

Die Erweiterung der EU hatte auch im Jahr 1999 wichtige Auswirkungen auf die fortgeschritteneren Einsatzländer der EBWE. Es entstand eine vermehrte Nachfrage nach Finanzierungen für die Infrastruktur und im kommunalen Bereich, insbesondere in den Sektoren Energie, Transport und Verkehr und Umwelt. Im Jahresverlauf arbeitete die Bank an Investitionen im privaten wie auch öffentlichen Infrastrukturbereich in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Union und anderen internationalen Finanzinstitutionen. Dabei lag der Schwerpunkt auf Umwelt, Energiewirksamkeit und Reformen im Eisenbahn- und Elektrizitätssektor.

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die makroökonomischen Entwicklungen in der Region insgesamt haben 1999 bewiesen, dass sich Reformen auszahlen. Sie dienen dem Schutz einer Volkswirtschaft vor finanziellen Schocks und bieten die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit solcher Schocks zu verringern. Darüber hinaus reagieren reformorientierte Länder selbst während derartiger Schockzustände gewöhnlich flexibler und erfolgreicher.

Während ein Großteil der Region in unterschiedlichem Maße noch immer von der Finanzkrise des Vorjahres betroffen war, haben sich die am meisten für Reformen engagierten Länder im allgemeinen unbeschadet weiterentwickelt und konnten neue Fortschritte erzielen. So erwiesen sich zum Beispiel die Länder Mittel- und Osteuropas und die baltischen Staaten gegenüber der Krise als widerstandsfähig. Dabei stärkten die Hoffnungen auf den Beitritt zur EU die Finanzstabilität, stützten die Strukturreformen und gaben dem Wirtschaftswachstum Antrieb. Im Gegensatz dazu haben sich die Wachstumsraten in den Ländern mit intensiven Handelsbeziehungen zu Russland im Jahr 1999 wesentlich verlangsamt, insbesondere dort, wo makroökonomische Schwächen und strukturelle Mängel bestanden. In der GUS hat die Verschlechterung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds die Stabilisierungsprogramme erneut unter Druck gesetzt.

Die auf den Transformationsprozess orientierten Länder wurden auch weiterhin von ausländischen Investoren bevorzugt. Der Zustrom direkter Ausländischer Investitionen (ADI) nach Mittel- und Osteuropa und in die baltischen Staaten wird in diesem Jahr auf 16,1 Milliarden US-Dollar geschätzt. In der GUS gingen die ausländischen Direktinvestitionen auf schätzungsweise 4,5 Milliarden US-Dollar zurück, nachdem 1998 5,7 Milliarden US-Dollar erreicht worden waren. Aufgrund der sich Ende 1999 andeutenden Erholung in Russland zeigte sich erneutes Interesse der Investoren. Kreditnehmer in den Schwellenländern fanden den Zugang zu Mitteln an den internationalen Märkten schwierig; die Anleihemargen blieben sehr hoch, insbesondere für die am meisten von der Finanzkrise betroffenen Länder.

Finanzergebnisse

Nach Rückstellungen betrug der Gewinn für das Jahr 42,7 Millionen Euro, verglichen mit einem Vorjahresverlust in Höhe von 261,2 Millionen Euro. Aufgrund ihrer soliden Ergebnisse, besonders aus dem Bestand an Kapitalanlagen und der Tätigkeit der Finanzabteilung, einer weiter andauernden Budgetdisziplin und einer beträchtlich verringerten Rückstellungsbelastung kehrte die EBWE 1999 in die Gewinnzone zurück.

Mit 376,4 Millionen Euro lagen die operativen Erträge vor Abzug der allgemeinen Verwaltungskosten unter denen des Vorjahres (450,5 Millionen Euro). Vor allem aufgrund der Auswirkungen der Russlandkrise lagen die Einkünfte aus Nettozinsen, Dividenden, Gebühren und Provisionen unter dem Vorjahresergebnis. Die Ergebnisse aus dem Portfolio der Kapitalanlagen spiegelten einen Gewinnbeitrag von 128,5 Millionen Euro aus dem Verkauf von Aktien wider. Sie lagen damit zwar unter dem 1998 verzeichneten



2

- 1 Im Gefolge der Kosovo-Krise vermehrte die EBWE ihre Zusagen in den südeuropäischen Anrainerländern und in Albanien.
- 2 Ein Darlehen der EBWE für Lietuvos Žemės Ūkio Bankas (Landwirtschaftsbank in Litauen) war eines von fünf syndizierten Darlehen, die die Bank 1999 mit Erfolg im Finanzsektor vereinbarte.

9

Rekordgewinn von 168,7 Millionen Euro, aber immer noch mehr als 60 Prozent über dem Stand von 1997. Da die Russlandkrise die Gewinne einer Reihe von Unternehmen beeinträchtigte, in denen die EBWE investiert hatte, betrug das Einkommen aus Dividenden lediglich 13,9 Millionen Euro und damit weniger als die Hälfte der Einkünfte von 1998. Die Finanzabteilung kann auf ein weiteres erfolgreiches Jahr zurückblicken und profitierte von attraktiven Finanzierungsgelegenheiten und guten Renditen aus dem höheren Aktivavolumen.

Die Rückstellungen für die Tätigkeit des Bereichs Banking erreichten zum Jahresende insgesamt 1,1 Milliarden Euro, verglichen mit 0,9 Milliarden Euro im Vorjahr. Dieser Betrag entspricht 16,2 Prozent der ausgezahlten Darlehen und Kapitalbeteiligungen im Umlauf (1998: 15,7 Prozent) und spiegelt das Engagement der EBWE für eine gute Absicherung gegen vorhandene und vorhersehbare Risiken wider, die sich auf eine laufende Bewertung des Bestands und der ihm innewohnenden Risiken stützt.

Entwicklungen der Institution

Durch eine Überprüfung und Anpassung ihrer Strategien und Grundsätze sowie Verbesserungen bei Organisation und Struktur hat die EBWE sich den Herausforderungen an ihre Tätigkeit im Jahr 1999 gestellt.

Überprüfungen der Grundsätze und Strategien

Neben der Bewilligung der neuen Schwerpunkte der Geschäfts- und Finanzpolitik *Implementing Priorities: Medium-Term Strategy 2002-2003* stimmte das Direktorium der Förderung von KMU im Transformationsprozess, Grundsätzen für Telekommunikation, Informatik und Medien, Grundsätzen für die Tätigkeit im Bereich Bodenschätze sowie Grundsätzen für die Geschäftstätigkeit im Finanzsektor zu. Das Direktorium überprüfte außerdem die

Grundsätze für die Tätigkeit im Energiebereich. Diese wurden 45 Tage vor der Beratung durch das Direktorium in die Webseite der Bank eingestellt, das erste Mal, dass solche Grundsätze auf diese innovative Weise veröffentlicht wurden. Die Bank hat auch eine neue Politik zur Veröffentlichung von Informationen erarbeitet, die dem Direktorium in der ersten Jahreshälfte 2000 zur Bewilligung vorgelegt wird.

Die Bank beschloss zudem, einen Beauftragten zu benennen, der für die Lösung möglicher Interessenkonflikte sowie die Überprüfung anderer Fragen der Integrität im Zusammenhang mit Projekten zuständig sein soll.

Überwachung der Einhaltung von Artikel 1

Es ist das Ziel der EBWE, den Übergang zur Marktwirtschaft in allen Ländern der Region zu fördern, die sich zu den Grundsätzen der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft bekennen und sich von ihnen leiten lassen. Die Chancen für solide Investitionen hängen von dem dafür geschaffenen Klima ab. Deshalb werden Ausmaß und Art der Tätigkeit der Bank in einem spezifischen Land auch in Zukunft in hohem Maße von dessen Reformbereitschaft abhängen.

Als Teil der laufenden Prüfung der Geschäftstätigkeit und Kreditvergabestrategien der EBWE hat das Direktorium für jedes Land die Einhaltung der in Artikel 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank dargelegten Verpflichtungen überprüft. Dabei wurden im Hinblick auf die gemäß Artikel 1 von Weißrussland und Turkmenistan übernommenen Verpflichtungen Besorgnisse über das Engagement und die bisher erreichten Fortschritte zum Ausdruck gebracht. Internationale Beobachter wiesen darauf hin, dass sich die Wahlen in einigen zentralasiatischen Ländern im Jahr 1999 nicht ausschließlich an den internationalen Normen für freie und faire Wahlen orientiert haben.



Management der Ressourcen

Budgetdisziplin

Wie bisher hielt die EBWE auch 1999 ihr Budget strikt unter Kontrolle. In Pfund Sterling entsprachen die allgemeinen Verwaltungsausgaben dem vorgegebenen Rahmen und waren mit denen für 1998 vergleichbar. Das war das Ergebnis wirksamer Kostenkontrollen. Allerdings lagen aufgrund des Wertzuwachses des Pfund Sterling im Jahr 1999 die Aufwendungen in Euro 14,1 Millionen Euro über denen des Vorjahres und erreichten eine Höhe von insgesamt 172,8 Millionen Euro. Auch 1999 nahm die Produktivität zu. Gemessen an der Anzahl der Projekte war der Bestand 11 Prozent und dem Umfang nach 6 Prozent größer als im Vorjahr.

Einführung des Euro

Am 1. Januar 1999, als der Euro in allen 11 Teilnehmerländern deren Währungen ersetzte, stellte die EBWE ihre Berichtswährung vom Ecu auf den Euro um. Die Auswirkungen für die Bank lagen in erster Linie in einer Anpassung der Bearbeitungs- und Rechnungslegungsverfahren. Die Bearbeitung von Geschäftsvorfällen sowie die Buchungssysteme der Bank wurden erfolgreich umgestellt, um die mit diesem Wechsel verbundenen Veränderungen zu berücksichtigen. Infolgedessen kam es weder bei der Bank noch bei ihren Kunden zu negativen Auswirkungen.

Personalbestand

Ende Dezember 1999 beschäftigte die Bank insgesamt 951 Mitarbeiter im Hauptsitz und 256 Mitarbeiter in den Ländervertretungen, verglichen mit 927 bzw. 242 im Vorjahr. Im Verlauf des Jahres wurden Vorschläge erarbeitet und vom Direktorium erörtert, in denen es um den Personalbestand der Bank und die Besetzung der Ländervertretungen auf mittlere Sicht ging. Die Vorschläge berücksichtigten die Notwendigkeit, Personalfragen langfristiger anzugehen, der Laufbahnentwicklung größere Aufmerksamkeit beizumessen, die Qualität des Managements der Mitarbeiter der Bank zu verbessern, und die örtliche Präsenz der EBWE in den Einsatzländern zu verstärken.

Das Jahr 2000

Im Rahmen eines auf die ganze Bank angelegten Programms für das Jahr 2000 hat die EBWE alle entscheidenden IT-Systeme sorgfältig geprüft. Maßnahmen zur Überprüfung und Korrektur möglicher Defekte in den Systemen der Bank wurden im Rahmen des IT-Budgets 1999 abgeschlossen. Das Jahr-2000-Problem zog die Geschäftstätigkeit der Bank nicht in Mitleidenschaft, mögliche Folgewirkungen wurden im ersten Quartal des Jahres jedoch unter Beobachtung gehalten.

Kapitalerhöhung

Im Jahr 1999 hinterlegten Aserbaidschan und Spanien ihre Rechtsurkunden zur Zeichnung der Kapitalerhöhung der EBWE, die der Gouverneursrat im Jahr 1996 gebilligt hatte. Die Zahl der beteiligten Anteilseigner stieg auf 56 (von insgesamt 60 Mitgliedern). Damit erreichte der gesamte gezeichnete Betrag 97,2 Prozent der Kapitalerhöhung der EBWE von 10 Milliarden Euro. Das unterstreicht die bereits früher angedeutete uneingeschränkte Unterstützung der Zeichnerländer für das Mandat und die Geschäftstätigkeit der Bank im Transformationsprozess.

Jahrestagung

Die Jahrestagung der EBWE fand im April 1999 in London statt. Sie wurde durch Ansprachen des Vorsitzenden des Gouverneursrats, des Premierministers des Vereinigten Königreichs und des Präsidenten der Bank eröffnet. In der darauffolgenden Diskussion haben die Gouverneure der Bank das Grundsatzdokument *Den Transformationsprozess voranbringen* einmütig unterstützt und dem Management der Bank in einigen wichtigen Grundsatzbereichen Weisungen erteilt.

Das parallel zur Jahrestagung durchgeführte Business Forum wurde von mehr als 1.500 Teilnehmern besucht. Wie auch in der Vergangenheit ging es um die Förderung der Wirtschaftstätigkeit und der Investitionen in den Einsatzländern der Bank. Thema des Business Forum war „Engagement und Partnerschaft für langfristige Investitionen“. Zum Programm gehörten 26 Länderpräsentationen und 10 Seminare. Das Business Forum wurde durch ein Roundtable-Gespräch führender Vertreter der Wirtschaft unter Vorsitz des Präsidenten der EBWE eröffnet.

Reorganisation der Abteilung Banking

Das komplexe und herausfordernde Umfeld, in dem die EBWE tätig ist, erfordert insbesondere, dass die für die Erarbeitung und Umsetzung wirksamer Projekte erforderlichen Kenntnisse des Personals integriert werden. Auf Grund dieser Notwendigkeit wurde im Juni 1999 eine Reorganisation des Bereichs Banking angekündigt. Die Teams in diesem Bereich wurden in sechs Gruppen unterteilt: drei Ländergruppen (Mitteleuropa/Russland und Zentralasien/Südosteuropa und Kaukasus) und drei Sektorengruppen (Finanzinstitutionen/Infrastruktur/Industrie und Handel).

In den Ländergruppen wurde beschlossen, dass die Länderteamleiter in den 10 größten Ländervertretungen angesiedelt sein sollten. Personal- und Wissensstand in diesen und anderen Vertretungen sollten weiter verstärkt werden, um sie in die Lage zu versetzen, im Verlauf der Zeit mehr und mehr



- 1 Der Präsident der EBWE, Horst Köhler, begrüßt den britischen Premierminister Tony Blair bei der Eröffnung der Jahrestagung der EBWE 1999 in London. Ebenfalls im Bild (von links nach rechts) Antonio Maria Costa (Generalsekretär der EBWE), Clare Short (Staatssekretärin für internationale Entwicklung, Vereinigtes Königreich) und Yannis Papantoniou (damals Vorsitzender des Gouverneursrats der EBWE).
- 2 Angesichts der entscheidenden Rolle, die KMU bei der Förderung von Wirtschaftswachstum und Wettbewerb spielen, wird die EBWE die Entwicklung des KMU-Sektors weiterhin in den Mittelpunkt stellen.
- 3 Regionale Zusammenarbeit ist ein Schwerpunktthema der Jahrestagung der EBWE 2000 in Riga, Lettland.



operative Verantwortung zu übernehmen. Es wird erwartet, dass diese Umstrukturierung die Tätigkeit der Bank noch näher an die Einsatzländer heranbringt und Flexibilität und Effizienz bei der Zuteilung von Ressourcen verstärkt. Außerdem wird sie die Managementfähigkeiten der Bank und die Rechenschaftspflicht für Entscheidungen und deren Umsetzung vergrößern.

Veränderungen in den leitenden Funktionen

Im Herbst trat Nicholas Stern von seinem Amt als Chefvolkswirt und Sonderberater des Präsidenten zurück, um zur London School of Economics und in eine im Privatsektor tätige Beratungsfirma zurückzukehren. Das Direktorium sprach Herrn Stern seinen Dank für den wertvollen Beitrag zur Bestimmung der strategischen Rolle der Bank und insbesondere seine Arbeit zu volkswirtschaftlichen Fragen in Verbindung mit dem Transformationsprozess aus.

Herausforderungen für die Zukunft

Nach einem Aufschwung im Jahr 1999 steht die EBWE beim Eintritt in die nächsten zehn Jahre des Transformationsprozesses vor der Herausforderung, das Erreichte zu nutzen und die Umsetzung ihrer mittelfristigen Strategie voranzutreiben. Der mittelfristige Geschäftsplan für die Jahre 2000-2003 fordert eine Zunahme der Investitionen in den Einsatzländern. Das Ziel liegt bei mehr als 3 Milliarden Euro jährlich bis zum Jahr 2003. Die Entschlossenheit der Bank, neue wirtschaftliche Chancen energisch zu verfolgen, wird zu einem ständigen Wachstum bei den Zusagen führen, denn die Bank erkundet kontinuierlich neue Mittel und Wege, ihr Mandat umzusetzen und die Fortschritte im Transformationsprozess zu nutzen.

Trotz der bisher besonders in den fortgeschrittenen Ländern der Region erreichten Erfolge stellen sich in den nächsten zehn Jahren des Transformationsprozesses erhebliche Herausforderungen. Weitere Fortschritte im Aufbau von Institutionen und energische

Maßnahmen im Kampf gegen Korruption und Verbrechen sind erforderlich. Im Finanzsektor wird sich die EBWE auch weiterhin auf die Schaffung solider Bankensysteme konzentrieren. Die Entwicklung eines breit angelegten KMU-Bereichs ist, wie bereits oben erwähnt, von zentraler Bedeutung für die Strategie der Bank. Eine weitere Priorität bei den Investitionen bildet die Infrastruktur. Insbesondere sind es hier die Sektoren Kommunal- und Umweltinfrastruktur, bei denen eine Vielfalt von Finanzierungsmöglichkeiten genutzt wird. Weitere Schwerpunkte sind die Umstrukturierung von tragfähigen Großunternehmen und ein aktives Vorgehen bei Kapitalbeteiligungen.

Die EBWE wird sich darum bemühen, nach Möglichkeit ihre Auswirkung durch die Entwicklung einer Bündelung von Ansätzen zu vergrößern, deren Ziel darin besteht, gemeinsame Zielvorstellungen von Projekten der Bank und anderen Initiativen auf kommunaler oder regionaler Ebene zu nutzen. Zu diesem Zweck wird sich die EBWE auf reformfreundige und für den Transformationsprozess engagierte Verwaltungen konzentrieren. Die Schlüsselkomponenten dieses Vorgehens sind kommunale Infrastrukturprojekte und die Förderung von KMU. Nach Möglichkeit wird sich die EBWE auch um die Förderung des Transformationsprozesses durch grenzüberschreitende Projekte bemühen. Sie wird sich zunehmend auf die regionale Zusammenarbeit konzentrieren, die auch Hauptthema der Jahrestagung der Bank in Riga im Jahr 2000 ist.

Um ihr Mandat zu erfüllen, beabsichtigt die Bank auch in Zukunft, ihre Rücklagen auszubauen, nachhaltige Rentabilität im Umfeld strenger Kostenkontrolle und Budgetdisziplin zu erreichen und die Kapitalressourcen maximal zu nutzen.

Entwicklungen in der Region

12

Zehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist das Investitionsklima in allen 26 Einsatzländern der EBWE noch immer sehr unterschiedlich. Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass der Transformationsprozess von der Kommandowirtschaft zur freien Marktwirtschaft vielschichtig, schwierig und langwierig ist. Rückschläge können tiefgreifend und schmerzhaft sein. Allerdings wurde in den letzten zehn Jahren auch sehr viel geleistet.

Zehn Jahre Transformation haben dazu geführt, dass die meisten Güter und Dienstleistungen im Privatsektor produziert und in Märkten gehandelt werden – so der *Transition Report 1999*, für den die Volkswirtschaftliche Abteilung der EBWE verantwortlich zeichnet. Die demokratische Gesellschaftsordnung hat sich schnell durchgesetzt, und in den meisten Ländern führten faire und freie Wahlen zum demokratischen Wechsel von Regierungen. Der politische Prozess hat sich angesichts von Krisen und Härten als widerstandsfähig erwiesen. Ein starkes Engagement für Markt-reformen und demokratische Abläufe zeigt sich im gesamten politischen Spektrum und hat alle Regierungswechsel unbeschadet überstanden. Eine Rückkehr zu den alten politischen Strukturen ist höchst unwahrscheinlich. Diese grundsätzlichen Errungenschaften sind Meilensteine des 20. Jahrhunderts.

Tendenzen im Transformationsprozess

Die im jährlich erscheinenden *Transition Report* veröffentlichte Bewertung des Transformationsprozesses durch die EBWE zeigt, dass die Fortschritte sich im Vergleich zum Zeitraum 1994-97 in den letzten beiden Jahren merklich verlangsamt haben. Nichtsdestoweniger erzielten 12 der Einsatzländer der EBWE im Jahr 1999 Fortschritte, wie die allgemeinen Reformindikatoren der Bank zeigen. Zu den Ländern mit den größten Reformfortschritten gehören Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Rumänien und Tadschikistan. Sie alle nahmen seit langem verzögerte Reformen in Angriff. Tadschikistan ist bei der Privatisierung von Kleinunternehmen stetig vorangekommen und bereitet sich auf die vollständige Konvertierbarkeit der Leistungsbilanz vor. Angesichts großer gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte hat Rumänien seine Anstrengungen auf den Gebieten Privatisierung und Bank-reformen verdoppelt. Im Mai 1999 entzog die Nationalbank von Rumänien Bancorex, einer großen staatlichen Bank in ernsten Schwierigkeiten, die Lizenz. Mehr als 70 Prozent ihrer gesamten Darlehen waren als notleidend klassifiziert.

Bulgarien hat sein umfassendes Reformprogramm weiter ausgebaut. Im Verlauf des letzten Jahres hat das Land bei der Privatisierung von Kleinunternehmen erhebliche Fortschritte erzielt, vor allem durch Unternehmensaufkäufe des Managements oder der Beschäftigten. Es hat sein Handels- und Wechselkurssystem weiter liberalisiert. Bosnien und Herzegowina hat im letzten Jahr bemerkenswerte Fortschritte erzielt, dazu gehörten der Abbau interner Handelsschranken zwischen Gebieten innerhalb des Landes und die Verabschiedung eines neuen Gesetzes für das Bankwesen.

Lettland und Litauen sind im abgelaufenen Jahr in ihrem Reformprogramm ebenfalls sehr gut vorangekommen. Beide Länder haben den Beitritt zur Europäischen Union beantragt, und Ende 1999 wurde ihnen zusammen mit Bulgarien, Rumänien und der Slowakischen Republik Gelegenheit gegeben, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Lettland wurde im Februar 1999 Mitglied der Welthandelsorganisation. Außerdem verschärfte es die ordnungsrechtlichen Bestimmungen für das Bankwesen. Die Nationalbank von Lettland unternahm Schritte, die Probleme mit Insolvenzen in einer Reihe von durch die Russlandkrise betroffenen Banken zu lösen. In Litauen waren die Fortschritte bei der Entwicklung von Nichtbanken-Finanzinstituten bemerkenswert. Die dominierende staatliche Versicherungsgesellschaft wurde privatisiert und ein privater Pensionsfonds eingerichtet.

In anderen Ländern Mittel- und Osteuropas waren die Fortschritte bei der Entwicklung von marktorientierten Institutionen allmählicher. Im Lauf des letzten Jahres haben Estland, Kroatien, Slowenien und die Tschechische Republik ihre Bankenregulierungen verstärkt. In Estland, Kroatien und Slowenien haben neue Bankengesetze den Zentralbanken viel stärker greifende Aufsichtsvollmachten gegeben, unter anderem sind sie berechtigt, die Verwalter für die Beaufsichtigung der Restrukturierung oder Liquidation zahlungsunfähiger Banken zu ernennen. Die Tschechische Republik hat die Privatisierung von drei der fünf größten staatlichen Banken vorangetrieben, und Slowenien hat seinen Bankenmarkt für Zweigstellen ausländischer Banken geöffnet.

Die Nachwirkungen der Russlandkrise waren im Jahr 1999 immer noch in der gesamten Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) spürbar. In Russland selbst gelang es den Behörden im Gefolge der Bankenkrise nicht, die grundsätzlichen Rechte von Gläubigern und Minderheitsaktionären durchzusetzen. Das war ein Rückschlag im Hinblick auf die Wirksamkeit der Bankenregulierungen. Bei der Stärkung des rechtlichen Rahmens für die Lösung der Bankenprobleme wurden beträchtliche Fortschritte erzielt, aber die Duldung der Plünderung von Bankenressourcen und der mangelnde Schutz für Bankengläubiger haben die Effektivität der grundlegenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen, z. B. für die Mindestkapitalausstattung, untergraben. Eine Reihe von



Während der Kosovo-Krise im Jahr 1999 strömten 700.000 Flüchtlinge in die Nachbarländer EJR Mazedonien und Albanien. Der Konflikt verursachte schwere Handels- und Investitionseinbrüche in der gesamten Region.

Zahlungsausfällen bei Großunternehmen ging Hand in Hand mit der Unterschlagung von Vermögenswerten, da die Mehrheitsaktionäre notleidender Unternehmen die Rechte der Gläubiger und Minderheitsaktionäre weitgehend ignorierten.

Der weiterhin unzureichende Schutz für die Rechte der Minderheitsaktionäre hatte direkte Auswirkungen auf eine Anzahl von EBWE-Projekten, unter anderem die Investition der Bank in Tschernogorje (Tochtergesellschaft einer größeren Ölfirma), deren Konkurs vor Gericht verhandelt wird. Diese Probleme unterstreichen die Bedeutung von Institutionen für den Transformationsprozess in Russland auf längere Sicht.

Der Ukraine gelang es, die unmittelbaren finanziellen Konsequenzen der Russlandkrise zu überwinden, einen Teil der einheimischen und ausländischen Schulden zu restrukturieren und im großen und ganzen die gesamtwirtschaftliche Stabilität zu erhalten. Das negative Wachstum des Landes ist zum großen Teil auf die langsamen Strukturreformen zurückzuführen. Ende 1999 unterzeichnete der wiedergewählte Präsident eine Verordnung zur Privatisierung von landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Auswirkungen des Krieges im Kosovo

Schon vor Ausbruch der Kosovo-Krise stand Südosteuropa schwierigen Wirtschaftsproblemen und sich verschlechternden äußeren Bedingungen gegenüber. Der Krieg zog die Volkswirtschaften der Region auf verschiedene Weise in Mitleidenschaft.

Flüchtlinge

Der vorübergehende Zustrom von Flüchtlingen übte einen beträchtlichen Druck auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Infrastruktur der Nachbarländer aus, vor allem Albanien und der EJR Mazedonien. Beide Länder nahmen zum Höhepunkt der Krise insgesamt rund 700.000 Flüchtlinge auf.

Handel

In den meisten Anrainerländern der Föderativen Republik Jugoslawien (FRJ) kam es zu Störungen des Handels. Verringerte Exporteinkünfte, eine Verteuerung lebenswichtiger Importe und die Umleitung der Handelsströme in einigen Fällen übten in der Region insgesamt Druck auf die Leistungsbilanzen aus. Der Verlust des jugoslawischen Marktes hatte eine erhebliche Auswirkung auf die EJR Mazedonien; allerdings sind Exporte in die FRJ wieder im Ansteigen begriffen.

Die meisten Länder der Region leiden immer noch unter der Unterbrechung von Handelswegen. Die Donau und die serbischen Straßen und Schienenwege sind wichtige Verbindungen zwischen Südosteuropa und Westeuropa, das der Haupthandelspartner für die meisten Länder der Region ist. Nach Schätzungen erhöhte die Schließung der serbischen Grenzen die Transportkosten für Exporte in die EU in einigen Fällen um bis zu 50 Prozent. Obwohl der Wiederaufbau der Transport- und Lagerungsinfrastruktur in der FRJ im Gange ist, wird der Transithandel noch längere Zeit umgeleitet werden müssen.

Investitionen

Die im Gefolge der Krise entstandene Ungewissheit hatte eine negative Auswirkung auf das Vertrauen von Investoren und Verbrauchern und beeinträchtigte die Leistungsbilanz und Anlagekonten. Anfangs sperrte der Konflikt in der FRJ in einigen Transformationsländern den Zugang zu Krediten, aber die Bedingungen besserten sich relativ schnell. Es gibt keine Anzeichen für einen umfassenden Einbruch bei den ausländischen Direktinvestitionen (ADI). Eine Reihe von Ländern hat Fortschritte bei der Veräußerung großer Vermögenswerte in Verbindung mit Privatisierungen erzielt (zum Beispiel Bulgarien und Kroatien). Erträge aus diesen

Verkäufen können einen wichtigen Beitrag zur Deckung von Haushalts- und Zahlungsbilanzdefiziten leisten.

Strukturreformen

Alle Länder der Region haben im Lauf des Jahres 1999 schwierige Reformen vorangebracht, gelegentlich sogar in beschleunigtem Tempo.

Stabilitätspakt für Südosteuropa

Ein allgemeineres Resultat der Kosovo-Krise war, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf Südosteuropa als Region konzentrierte. Die internationale Staatengemeinschaft sah sich veranlasst, eine große neue Initiative, nämlich den Stabilitätspakt für Südosteuropa¹ ins Leben zu rufen. Er zielt darauf, Länder in Südosteuropa bei ihren Bemühungen zu unterstützen, sich für Frieden, eine demokratische Gesellschaftsordnung, Achtung der Menschenrechte und wirtschaftlichen Wohlstand einzusetzen, um die Stabilität in der ganzen Region zu sichern.

Die wirtschaftliche Integration der Region in die europäische Wirtschaft und die Weltwirtschaft ist ein Kernziel des Pakts. Seine wichtigste Gliederung ist der Südosteuropäische Regionale Roundtable, der Vertreter der Teilnehmerländer zusammenbringt. Der Regionale Roundtable überprüft die Fortschritte bei der Implementierung der Projekte und Initiativen des Pakts, setzt Richtlinien für die Förderung seiner Ziele und regelt die Zusammenarbeit für Demokratie, wirtschaftlichen Wiederaufbau und Sicherheit.

Im Rahmen des Pakts hat die EU ein Stabilitäts- und Assoziierungsverfahren ins Leben gerufen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der fortschreitenden Integration in die EU-Strukturen, um regionale Zusammenarbeit, Sicherheit und Entwicklung zu fördern. Das Endziel ist die EU-Mitgliedschaft.

Zu den Bedingungen für die Eröffnung von Verhandlungen gehören Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Wirtschaftsreform, gutnachbarliche Beziehungen und die Einhaltung des Abkommens von Dayton (für Bosnien und Herzegowina, Kroatien und die FRJ). Verhandlungen mit der EJR Mazedonien und Albanien werden voraussichtlich im Jahr 2000 aufgenommen.

¹ Der Stabilitätspakt wurde offiziell bei der Gipfelkonferenz in Sarajewo ins Leben gerufen und geht auf eine Initiative der EU zurück. Zu den Teilnehmern gehören die Zielländer in Südosteuropa, einige weitere Länder in Mittel- und Osteuropa, die EU, westliche Geber sowie eine Reihe internationaler Organisationen.

Wachstum des realen BIP in Mittel- und Osteuropa, den baltischen Ländern und der GUS

(in Prozent)

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	Höhe des realen BIP 1998 (1989=100)	Geschätzte Höhe des realen BIP 1999 (1989=100)
Albanien	9,8	10,0	-28,0	-7,2	9,6	8,3	13,3	9,1	-7,0	8,0	8,0	89	96
Bulgarien	0,5	-9,1	-11,7	-7,3	-1,5	1,8	2,9	-10,1	-7,0	3,5	2,0	66	68
Estland	8,1	-6,5	-13,6	-14,2	-9,0	-2,0	4,3	3,9	10,6	4,0	-1,0	77	76
Kroatien	-1,6	-7,1	-21,1	-11,7	-8,0	5,9	6,8	6,0	6,5	2,5	-0,2	78	78
Lettland	6,8	2,9	-10,4	-34,9	-14,9	0,6	-0,8	3,3	8,6	3,0	-0,5	59	59
Litauen	1,5	-5,0	-5,7	-21,3	-16,2	-9,8	3,3	4,7	7,3	5,1	-4,0	65	62
EJR Mazedonien	0,9	-9,9	-7,0	-8,0	-9,1	-1,8	-1,2	0,8	1,5	2,9	2,0	72	73
Polen	0,2	-11,6	-7,0	2,6	3,8	5,2	7,0	6,1	6,9	4,8	4,1	117	122
Rumänien	-5,8	-5,6	-12,9	-8,8	1,5	3,9	7,1	3,9	-6,9	-5,4	-5,0	78	74
Slowakische Republik	1,4	-2,5	-14,6	-6,5	-3,7	4,9	6,9	6,6	6,1	4,4	1,5	99	101
Slowenien	-1,8	-4,7	-8,9	-5,5	2,8	5,3	4,1	3,5	4,6	3,9	3,8	104	108
Tschechische Republik	1,4	-1,2	-11,5	-3,3	0,6	3,2	6,4	3,8	0,3	-2,3	0,0	95	95
Ungarn	0,7	-3,5	-11,9	-3,1	-0,6	2,9	1,5	1,3	4,6	4,9	4,1	95	99
<i>Mittel- und Osteuropa und die baltischen Länder¹</i>	<i>-0,1</i>	<i>-6,6</i>	<i>-10,7</i>	<i>-3,6</i>	<i>0,4</i>	<i>3,9</i>	<i>5,5</i>	<i>4,0</i>	<i>3,8</i>	<i>2,6</i>	<i>1,9</i>	<i>95</i>	<i>97</i>
Armenien	14,2	-7,4	-17,1	-52,6	-14,8	5,4	6,9	5,9	3,3	7,2	4,0	41	43
Aserbaidschan	-4,4	-11,7	-0,7	-22,6	-23,1	-19,7	-11,8	1,3	5,8	10,0	7,4	44	47
Georgien	-4,8	-12,4	-20,6	-44,8	-25,4	-11,4	2,4	10,5	11,0	2,9	3,0	33	34
Kasachstan	-0,4	-0,4	-13,0	-2,9	-9,2	-12,6	-8,2	0,5	1,7	-1,9	1,3	61	62
Kirgisistan	8,0	3,0	-5,0	-19,0	-16,0	-20,1	-5,4	7,1	9,9	2,1	2,2	60	62
Moldau	8,5	-2,4	-17,5	-29,1	-1,2	-31,2	-1,4	-7,8	1,3	-8,6	-5,0	33	31
Russland	0,0	-4,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,7	-4,1	-3,5	0,8	-4,6	2,0	55	56
Tadschikistan	-2,9	-1,6	-7,1	-29,0	-11,0	-18,9	-12,5	-4,4	1,7	5,3	3,7	42	44
Turkmenistan	-6,9	2,0	-4,7	-5,3	-10,0	-17,3	-7,2	-6,7	-11,3	5,0	17,0	55	65
Ukraine	4,0	-3,4	-11,6	-13,7	-14,2	-23,0	-12,2	-10,0	-3,2	-1,7	-0,5	37	36
Usbekistan	3,7	1,6	-0,5	-11,1	-2,3	-4,2	-0,9	1,6	2,5	4,4	4,1	91	94
Weißrussland	8,0	-3,0	-1,2	-9,6	-7,6	-12,6	-10,4	2,8	11,4	8,3	3,0	78	80
<i>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten²</i>	<i>0,6</i>	<i>-3,7</i>	<i>-6,0</i>	<i>-14,2</i>	<i>-9,3</i>	<i>-13,8</i>	<i>-5,2</i>	<i>-3,5</i>	<i>0,9</i>	<i>-3,5</i>	<i>1,9</i>	<i>54</i>	<i>55</i>
Mittel- und Osteuropa, baltische Länder und die GUS	0,3	-5,0	-8,1	-9,5	-5,0	-6,0	-0,4	-0,2	2,1	-1,1	1,9	66	67

Anmerkungen:

Angaben für 1989-98 entsprechen den jüngsten offiziellen Schätzungen der Ergebnisse, wie sie in Veröffentlichungen der nationalen Behörden, des IWF, der Weltbank und der OECD wiedergegeben sind. Angaben für 1999 sind vorläufige Istwerte, in der Hauptsache offizielle Regierungseinschätzungen. Wachstumsschätzungen für Bosnien und Herzegowina stehen erst seit 1995 zur Verfügung und sind daher nicht in die zusammenfassende Tabelle aufgenommen.

¹ Schätzungen des realen BIP entsprechen den gewichteten Durchschnittswerten für Albanien, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, EJR Mazedonien, Polen, Rumänien, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn. Die verwendeten Gewichtungen für die Wachstumsraten waren EBWE-Schätzungen des nominellen Dollar-BIP im Vorjahreszeitraum, die für den Index in der letzten Spalte waren EBWE-Schätzungen des BIP, in den Wechselkursen von 1989 in US-Dollar-Kaufkraftparitäten umgerechnet.

² Hier verstanden unter Einschluss aller Länder der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme von Estland, Lettland und Litauen. Schätzungen des realen BIP entsprechen gewichteten Durchschnittswerten. Die für die Wachstumsraten verwendeten Gewichtungen waren Schätzungen des nominellen Dollar-BIP im Vorjahreszeitraum, die für den Index in der letzten Spalte waren EBWE-Schätzungen des BIP, in den Wechselkursen von 1989 in US-Dollar-Kaufkraftparitäten umgerechnet.

In anderen Teilen der GUS gab es Rückschritte bei der Preis- und Handelsliberalisierung. In Weißrussland wurden die bestehenden Preiskontrollen noch verschärft und eine Obergrenze für Preiserhöhungen verordnet. Kasachstan und Usbekistan errichteten im Frühjahr 1999 Handelsbarrieren gegen Importe aus Nachbarländern, u. a. Kirgisistan und Russland, sowie auch gegen Importe aus dem jeweils anderen Land. In Kasachstan erwiesen sich diese Maßnahmen als vorübergehend, aber in Weißrussland und Usbekistan war das Engagement für Marktrefor-men schwach.

Auch das Engagement für politische Reformen lässt in einer Reihe von Ländern zu wünschen übrig. In Weißrussland konzentriert sich die Macht nach wie vor auf den Präsidenten, und die jüngsten Verordnungen der Regierung haben das Privateigentum in Frage gestellt. In Turkmenistan wurde die Amtszeit des Präsidenten auf unbestimmte Zeit verlängert, und die Wahlen in Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan im Jahr 1999 entsprachen nicht den internationalen Maßstäben für freie und faire Wahlen.

Im Gegensatz zu diesen Rückschlägen wurden Errungenschaften bei der Handels- und Devisenliberalisierung angesichts erheblichen externen Drucks in Südosteuropa sowie in Moldau und im Kaukasus aufrechterhalten. Albanien und der EJR Mazedonien ist es mit Hilfe des Stabilitätspakts für Südosteuropa (siehe Kasten Seite 13) gelungen, die Reformfortschritte vor dem schwierigen Hintergrund der Kosovo-Krise zu bewahren. Armenien, Georgien und Moldau haben trotz starker Abhängigkeit vom Russlandhandel und erheblicher Währungsschwankungen der Wiedereinführung von Währungskontrollen widerstanden. Alle drei Länder haben ihre Wirtschaft durch ein Zusammenwirken von Haushaltskonsolidierung und offizieller externer Unterstützung durch Anpassungsdarlehen des Internationalen Währungsfonds stabilisieren können.

Rechtliches Umfeld

Im Jahr 1999 waren Verbesserungen im rechtlichen Umfeld in der gesamten Region nach wie vor ungleichmäßig und widersprüchlich. Auf Fortschritte bei der Entwicklung eines effektiven und umfassenden Wirtschaftsrechtssystem folgten oft Rückschritte. Viele Länder verabschiedeten oder verfeinerten ihre Wirtschaftsgesetzgebung (Konkurs-, Gesellschafts- und Pfändungsrecht), während andere (Rumänien und die Tschechische Republik) sowohl bei der Reichweite als auch bei der Wirksamkeit dieser Gesetze Rückschläge verzeichneten.

Einige Widersprüchlichkeiten lassen sich durch einen Mangel an politischem Konsens über die Richtung der Wirtschafts- und Rechtsreformen erklären. Dazu kommt, dass Unternehmen und Anwälte aufgrund ihrer Erfahrungen mit den neuen Wirtschaftsgesetzen besser in der Lage sind, Unzulänglichkeiten und Probleme bei deren Anwendung zu identifizieren. Positiv ist zu vermerken, dass neue bürgerliche Gesetzbücher, unter anderem für die

Regelung von Handelsbeziehungen, in Armenien, Turkmenistan und Weißrussland in Kraft traten. Neue Pfandgesetze wurden in Albanien sowie in Rumänien verabschiedet, treten aber erst in Kraft, wenn die Umsetzungsfragen geregelt sind.

Im Sektor Telekommunikation standen 1999 eher die Privatisierung und die Schaffung eines wettbewerbsfähigen Mobiltelefonmarkts im Vordergrund als die Verbesserung des ordnungsrechtlichen Umfelds. Im Jahresverlauf billigten jedoch sowohl Albanien als auch Bosnien und Herzegowina eine neue Telekommunikationspolitik, um die Entwicklung des Sektors zu unterstützen. Kroatien und Usbekistan verabschiedeten neue Telekommunikationsgesetze, und Georgien erließ ein Gesetz zur Schaffung einer unabhängigen Aufsichtsbehörde, die aber noch nicht eingerichtet ist.

Im Finanzsektor zeigten sich mehr Fortschritte, für dessen allgemeines rechtliches Umfeld gab es weiterhin langsame, aber beständige Verbesserungen. Eine Reihe von Ländern begann damit, der Entwicklung solider Kapitalmärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Bulgarien, Kirgisistan und Slowenien entwickelten einen neuen rechtlichen Rahmen für ihre Wertpapiermärkte, und die Slowakische Republik stimmte einem Reformverfahren zu, dessen Schwerpunkt auf der Schaffung einer unabhängigen Finanzaufsichtsbehörde liegt. Russland ergriff eine wichtige Maßnahme und verabschiedete ein Gesetz zur Schaffung einer Restrukturierungsbehörde für Banken (ARCO). Wie sich jedoch im Wirtschaftssektor zeigt, wurden diese Gesetze nicht wirksam. Die Entwicklung personell gut ausgestatteter, angemessen finanzierter und hinreichend durchsetzungsfähiger Aufsichtsbehörden konnte mit den Novel-lierungen bei der Wertpapier- und Bankengesetzgebung nicht Schritt halten.

Viele Einsatzländer der Bank haben begonnen, die Bedeutung von Rechtsinstitutionen für die Schaffung einer stabilen, effizienten Marktwirtschaft zu würdigen. Diejenigen, die verstanden haben, daß der Aufbau rechtlicher Institutionen zur Verbesserung der Effektivität ihrer Rechtssysteme nötig ist, haben weiter die Dienstleistungen und die technische Hilfe in Anspruch genommen, die die Rechtsabteilung der EBWE bereitstellt (siehe unten).

Rechtsreformen

Das Rechtsreformprogramm der EBWE (*Legal Transition Programme/LTP*) arbeitet an der Verbesserung des rechtlichen Umfelds in den Einsatzländern der Bank, indem es das Interesse für Rechtsreformen in der Region und deren weitere Entwicklung insgesamt fördert. Das LTP legt den Schwerpunkt auf sechs Rechtsbereiche: Konkurse, Gesellschaftsrecht/Unternehmensführung, Lizenzen, Regulierung des Finanzmarkts, Sicherungsgeschäfte und Telekommunikation.

Im Jahr 1999 begann das Rechtsreformteam der EBWE, Methoden zur Erfassung von Fortschritten bei den Rechtsreformen in den sechs Schlüsselbereichen des LTP zu erarbeiten. Die Bank entwickelte eine Regionale Übersicht über Sicherungsgeschäfte, die eine objektive Bewertung der diesbezüglichen Gesetze in der Region ermöglicht. Diese kann Anfang 2000 von der Webseite der EBWE abgerufen werden. Ähnliche analytische Instrumente werden für Gesellschaftsrecht/Unternehmensführung und Konkurse erarbeitet. Diese Arbeiten werden durch den jährlichen Rechtsindikatoren-Überblick vervollständigt, der Maßstäbe für Umfang und Wirksamkeit verschiedener Wirtschaftsgesetze in der Region an die Hand gibt. Die Resultate werden in der Rechtszeitschrift der Bank *Law in transition* veröffentlicht.

Die Teilnahme der EBWE an den internationalen Bemühungen zum Setzen von Standards wurde 1999 erweitert. Infolge der asiatischen und russischen Finanzkrisen 1998 haben IFI und andere internationale Organisationen ihre Anstrengungen verstärkt, internationale oder harmonisierte Standards für Handelsbeziehungen zu entwickeln. Die EBWE arbeitet eng mit der Weltbank zusammen an einer Insolvenzinitiative, um internationale Prinzipien zum Konkursrecht zu entwickeln. Sie ist auch Mitglied des Global Corporate Governance Forum der OECD. Außerdem arbeitet die EBWE mit Institutionen der Vereinten Nationen an der Entwicklung harmonisierter Standards für Lizenzen und koordiniert ihre Bemühungen zur Förderung der Regulierung von Kapitalmärkten mit der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden.

Im Jahr 1999 kam die EBWE der wachsenden Nachfrage nach technischer Hilfe im Rechtsbereich und nach Rechtspolitikberatung nach, da viele Einsatzländer der Bank ihren weiteren Bedarf an Rechtsinstitutionen anerkannten. Die EBWE rief in allen sechs Schwerpunktgebieten des LTP neue Rechtsreformprojekte ins Leben. Diese reichten von Konkurs- und Kapitalmarktprojekten in Ungarn und der Tschechischen Republik bis zu Telekommunikationsprojekten in Armenien, Georgien, Kasachstan und der Ukraine.

Das Sicherungsgeschäfts-Projekt wurde mit der Vorbereitung von Gesetzen und einem neuen Registriersystem für Moldau fortgesetzt, und es begannen Gespräche in Verbindung mit neuen Projekten in Georgien, der Slowakischen Republik, Slowenien und Turkmenistan. In Russland arbeitet die EBWE mit der Föderativen Wertpapieraufsichtskommission an der Novellierung von Gesellschafts- und Wertpapiergesetzen, die die Verbesserung der Unternehmensführung zum Ziel haben. Außerdem begann die gemeinsame Arbeit mit der Zentralbank von Russland, um bei Bankenkonkursen und -restrukturierungen Beistand zu leisten. Bei all diesen Projekten arbeitet die EBWE eng mit Regierungsbeamten zusammen, um solide politische Rechtsberatung für die Anstrengungen bereitzustellen und das Investitionsklima in den Einsatzländern der Bank zu verbessern.

Schließlich setzte die EBWE 1999 die Förderung von Rechtsreformen durch die Veröffentlichung von zwei Ausgaben der Zeitschrift *Law in transition* fort. In der Frühjahrs- und Herbstausgabe 1999 standen jeweils Finanzmärkte und Unternehmensführung im Mittelpunkt. Außerdem setzte die EBWE ihre intensiven Koordinierungsbemühungen mit der Europäischen Kommission, der Internationalen Finanz-Corporation, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie mit bilateralen Gebern fort, die technische Rechtshilfe zur Verfügung stellen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen in großen Teilen der Region waren nach wie vor stark durch die Russlandkrise 1998 beeinflusst. In der ersten Jahreshälfte 1999 verlangsamten sich die Wachstumsraten in Ländern mit starken Handelsbeziehungen nach Russland erheblich, unter anderem in den baltischen Ländern, Moldau und Aserbaidschan. Andere Länder erlebten eine Verzögerung ihres Aufschwungs.

In Russland zeigen sich jedoch Anzeichen der Erholung. In der ersten Jahreshälfte 1999 ging das BIP im Jahresvergleich nur um ein Prozent zurück, und die Industrieproduktion nahm nach der realen Abwertung des Rubels im August 1998 einen beachtlichen Aufschwung. Vorläufige Schätzungen deuten darauf hin, dass das BIP für das Jahr insgesamt um 2,0 Prozent zunahm, die höchste in Russland seit Beginn des Transformationsprozesses ausgewiesene Wachstumsrate, während die Industrieproduktion um mehr als 8 Prozent stieg. Die Wechselkurse sind wieder relativ stabil, und die Inflation geht rasch zurück – mit 37 Prozent zum Jahresende lag sie 1999 unter der Hälfte des Vorjahresniveaus.

Ähnliche Tendenzen beginnen sich auch in anderen GUS-Ländern zu zeigen, und in der zweiten Jahreshälfte 1999 gibt es in der Mehrzahl von Ländern Anzeichen für ein positives Wachstum. Unter den Volkswirtschaften der GUS verzeichneten nur Moldau (-5 Prozent) und die Ukraine (-0,5 Prozent) einen Rückgang der Produktion für das gesamte Jahr. Zum ersten Mal seit Beginn des Transformationsprozesses wiesen alle zentralasiatischen Volkswirtschaften in diesem Jahr ein positives Wachstum aus. Insbesondere Turkmenistan erfreute sich des höchsten Wachstums in der GUS – 17 Prozent – im Jahr 1999, ein Ergebnis der Wiederaufnahme der Gasexporte.

In Mittel- und Osteuropa und den baltischen Ländern (MOEL) bietet sich allgemein ein Bild kontinuierlicher Widerstandskraft, allerdings mit beträchtlichen Unterschieden zwischen den Ländern. Die wirtschaftlichen Ergebnisse in den drei baltischen Ländern zeigten einen erheblichen Einbruch, eine Folge der Russlandkrise. Positiv sind die jüngsten Zahlen für die Tschechische Republik, die darauf hindeuten, dass die Rezession im zweiten Quartal des Jahres 1999 endlich beendet war.



1

1 In Russland wuchs das Bruttoinlandprodukt im Jahr 1999 nach Schätzungen um 2 Prozent, das beste Ergebnis seit Beginn des Transformationsprozesses.

2 Eine Investition der EBWE in Československá Obchodní Banka a.s. hat zum Abschluss der Privatisierung dieser großen tschechischen Bank beigetragen, eine Ermutigung für weitere Bankenrestrukturierungsanstrengungen in der Tschechischen und der Slowakischen Republik.



2

Allerdings liegt das gesamte Produktionswachstum für das Jahr bei null Prozent. Das Absinken der Produktion in Rumänien war zwar schwerwiegend, aber weniger steil als von einigen erwartet, und es gibt Anzeichen dafür, dass die Talsohle durchschritten ist. Die Länder in Südosteuropa waren in unterschiedlichem Maß von der Kosovo-Krise in Mitleidenschaft gezogen. Aufgrund von Exportausfällen und (in Kroatien) ausbleibenden Erträgen vom Tourismus verlangsamte sich das Wachstum in Bulgarien und Kroatien. Dagegen hielten das rasche Wachstum in Albanien (8 Prozent) und Bosnien und Herzegowina (8 Prozent) an. Das jährliche Wachstum in Ungarn und Polen verlangsamte sich aufgrund des Konjunkturzyklus, bleibt aber in beiden Fällen mit rund 4 Prozent kräftig.

In den mittel- und osteuropäischen Ländern im allgemeinen kam der Rückgang der Inflation zum Stillstand, zum Teil infolge der anziehenden Preise für Energieimporte, die Inflation konnte aber weitgehend unter Kontrolle gehalten werden. Obwohl der ungewichtete Durchschnitt für die Region 1999 leicht auf 8,8 Prozent stieg, lag die Inflation zum Jahresende in allen Ländern bis auf drei (Rumänien, die Slowakische Republik und Ungarn) unter 10 Prozent. Albanien wies mit -1 Prozent die niedrigste Jahresendrate in den MOEL aus. In der GUS jedoch führte die Verschlechterung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds zu erneutem Druck auf die Stabilisierungsprogramme einer Reihe von Ländern. In der ersten Jahreshälfte stieg die Inflation beträchtlich (auf mehr als das Doppelte) in Georgien, Moldau, Kirgisistan, Turkmenistan, der Ukraine und Usbekistan. Die Angaben schwankten zwischen 21 Prozent in Georgien und 43 Prozent in Moldau. Dieser Aufwärtsdruck hat jedoch in der zweiten Jahreshälfte im großen und ganzen nachgelassen, und in zwei Fällen (Ukraine und Usbekistan) lag die Jahresendrate knapp unter dem Niveau von 1998. Die niedrigste Teuerungsrate erreichte Aserbaidschan mit -0,5 Prozent.

Kapitalströme

Erst nachdem die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung sich zu festigen begann, gewannen die Transformationsländer in nennenswerterweise Zugang zu den Kapitalmärkten. Vor 1994 strömten Kapitalflüsse nur in einige wenige MOE-Länder, vor allem nach Ungarn und in die Tschechische Republik, aber nach anfänglichem Zögern nahmen die Kapitalströme zwischen 1994 und 1997 sprunghaft zu. Im Jahr 1998 brachen sie nach Russland um mehr als die Hälfte ein – wie auch das einheimische Finanzsystem – und 1999 folgte ein weiterer Rückgang. In den MOEL blieben sie jedoch relativ stabil.

Ausländische Direktinvestitionen (ADI) können eine entscheidende Katalysatorwirkung im Transformationsprozess haben, aber sie fließen auch eher in Länder, die sich stark für Reformen engagieren. In den MOEL nahmen die ADI um etwa das Vierfache zu, sie stiegen zwischen 1993 und 1999 von 4 Milliarden auf 16 Milliarden US-Dollar an (siehe Kasten nächste Seite). Verglichen mit vielen anderen Schwellenmärkten hat sich diese Region als relativ attraktiv für ADI erwiesen. Besonders die Tschechische Republik und Polen konnten eine erhebliche Zunahme verzeichnen. Im ersteren Land wurden ausländische Investoren durch die neuen Geschäftszonen mit verbesserter von den Kommunen bereitgestellter Infrastruktur angezogen, während die Privatisierungen von Banken und anderen Großunternehmen in Polen bei den ausländischen Investoren weiterhin auf ein beträchtliches Interesse stießen. In der GUS erreichten die ADI im Jahr 1997 infolge von Beteiligungsinvestitionen ihren Höhepunkt. Im Gefolge der Russlandkrise gingen in der GUS die ADI insgesamt von 5,7 Milliarden US-Dollar auf 4,5 Milliarden Dollar zurück, allerdings deuten die vorläufigen Zahlen für 1999 auf einen Aufschwung in Russland, wenn auch noch nicht auf das Niveau von 1997.

Seit Ende 1997 ist es für Kreditnehmer in Schwellenmärkten schwieriger geworden, Mittel an den internationalen Finanzmärkten aufzunehmen. Im Jahr 1998 zum Beispiel belief sich die gesamte syndizierte Kreditvergabe auf weniger als die Hälfte der 1997 ausgewiesenen Beträge. Ursprünglich beeinträchtigte

Ausländische Direktinvestitionen

(in der Zahlungsbilanz ausgewiesene Nettozuströme)

	1995	1996	1997	1998	1999 (geschätzt)	Kumulative ADI-Zuströme 1989-99	ADI- Zuströme pro Kopf 1989-99	ADI- Zuströme pro Kopf 1989	ADI- Zuströme pro Kopf 1999	ADI-Zuströme in Prozent des BIP 1998	ADI-Zuströme in Prozent des BIP 1998
	(in Millionen US-Dollar)						(in Millionen US-Dollar)			(% des BIP)	
Albanien	70	90	48	45	43	427	128	13	13	1,5	1,2
Bulgarien	98	138	507	401	500	1.890	230	48	61	3,3	3,9
Estland	199	111	130	575	300	1.682	1.169	397	208	11,0	5,9
Kroatien	96	509	302	781	850	2.734	605	173	188	3,6	4,2
Lettland	245	379	515	303	250	2.020	833	124	103	4,7	3,8
Litauen	72	152	328	921	400	1.934	524	249	108	8,6	3,9
EJR Mazedonien	9	11	16	118	30	184	95	59	16	3,3	0,9
Polen	1.134	2.741	3.041	4.966	6.642	20.047	518	128	172	3,2	4,3
Rumänien	417	263	1.224	2.040	1.000	5.464	243	91	45	4,9	3,0
Slowakische Republik	194	199	84	374	650	2.059	381	70	120	1,8	3,3
Slowenien	171	178	295	154	50	1.145	574	77	25	0,8	0,3
Tschechische Republik	2.526	1.276	1.275	2.485	4.000	13.856	1.344	241	388	4,4	7,4
Ungarn	4.410	1.987	1.653	1.453	1.414	17.770	1.764	144	140	3,1	2,9
<i>Mittel- und Osteuropa und baltische Länder</i>	9.639	8.033	9.416	14.614	16.129	71.212	647	140	122	4,2	3,5
Armenien	25	18	52	221	150	474	123	58	39	11,6	8,0
Aserbaidshjan	282	661	1.093	1.024	614	3.716	459	128	76	24,9	15,4
Georgien	6	54	236	221	96	622	116	41	18	4,2	2,2
Kasachstan	964	1.137	1.320	1.149	1.250	6.928	451	74	81	5,2	7,8
Kirgisistan	96	47	83	102	39	405	86	22	8	6,2	3,4
Moldova	73	23	71	86	25	327	76	20	6	4,6	2,5
Russland	1.663	1.665	4.036	1.734	1.241	10.839	74	12	9	0,6	0,7
Tadschikistan	20	25	30	12	29	137	22	2	5	0,9	2,7
Turkmenistan	233	108	108	62	60	753	154	13	12	2,7	2,9
Ukraine	257	526	581	747	600	2.862	57	15	12	1,7	1,9
Usbekistan	-24	90	167	176	226	765	31	7	9	1,7	3,0
Weißrussland	15	73	198	142	150	605	59	14	15	1,0	1,4
<i>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</i>	3.610	4.426	7.975	5.675	4.480	28.434	142	34	24	5,4	4,3
Gesamt	13.249	12.459	17.391	20.290	20.609	99.646	405	89	75	4,8	3,9

Quellen: IWF, Zentralbanken und Schätzungen der EBWE.

Anmerkung:

Für die meisten Länder decken die Angaben nur Investitionen in Kapitalanlagen und in einigen Fällen Sachleistungen. Für Länder (z. B. Estland, Slowakische Republik), in denen Nettoinvestitionen in Kapitalanlagen nicht leicht zur Verfügung standen, enthalten die jüngeren Angaben wieder angelegte Erträge sowie Kredittrans-

aktionen zwischen Unternehmen. Die zunehmenden ADI-Ströme der Transformationsländer nach außen trennen Netto- von Bruttozuströmen. Im Jahr 1998 z. B. übertrafen die Bruttozuströme die Nettozuströme in Kroatien um 15 %, in der Slowakischen Republik um 30 %, in Slowenien um 7 % und in Russland um 36 %.



Bulgarien erzielte 1999 beträchtliche Reformfortschritte, muss aber wie die anderen Länder Südeuropas und der GUS im nächsten Transformationsjahrzehnt weitere Reformen in Angriff nehmen.

der Kosovo-Konflikt die Verfügbarkeit von Darlehen in einigen Transformationsländern noch mehr, aber für die fortgeschritteneren Länder besserten sich die Bedingungen rasch.

In einer Reihe von Ländern der Region deuten die gesamtwirtschaftlichen Indikatoren weiterhin auf eine erhebliche Anfälligkeit der Wirtschaft für interne und externe Schocks. In mehreren Ländern sind hohe Leistungsbilanzdefizite mit erheblichen Haushaltsungleichgewichten verbunden. Dazu gehören Armenien, Kirgisistan, Litauen, Moldau und die Slowakische Republik. Ein weiteres Land mit Schwierigkeiten in einer Anzahl von Bereichen ist Russland, trotz der schockartigen Anpassung seiner Wirtschaft im Jahr 1998 und jüngsten Anzeichen eines bescheidenen Aufschwungs. Die Kapitalflucht ist nach wie vor beträchtlich, und die gesamtwirtschaftliche Politik steht in der größten Volkswirtschaft der Region weiterhin ernsthaften Herausforderungen gegenüber. Dies bedeutet für Russlands Nachbarn in der GUS erhebliche Unsicherheiten.

Mit wenigen Ausnahmen ist die Last der Auslandsschulden nach internationalen Maßstäben nicht groß. Jedoch ist sie in den letzten Jahren sehr rasch gewachsen, vor allem in einigen kleineren GUS-Staaten. Die hohe Anzahl von Ländern mit erheblichen Leistungsbilanzdefiziten ist ein Hinweis darauf. Armenien und Kirgisistan zeigen im Verhältnis von externer Bruttoverschuldung zu Leistungsbilanzträgen besonders hohe Werte (im Fall Armeniens über 400 Prozent), obwohl anzumerken ist, dass bei diesen Messungen nicht zwischen Krediten zu kommerziellen Bedingungen (zu denen diese Länder kaum Zugang haben) und konzessionären Darlehen, in der Hauptsache von bilateralen Quellen und internationalen Organisationen, unterschieden wird.

Obwohl die Bedingungen in den Schwellenmärkten sich 1999 mehr als in den zwei vorausgehenden Jahren normalisierten, verweisen Angaben zu den einheimischen Liquiditätsverpflichtungen gegenüber internationalen Reserven wie auch die kurzfristige Verschuldung darauf, dass mehrere Länder, unter anderem Rumänien, Russland und die Ukraine, gegenüber Verlagerungen von Portfoliopräferenzen anfällig sind. In Ungarn und der Tschechischen Republik ist die kurzfristige Verschuldung relativ hoch, obwohl ein plötzliches Versiegen der internationalen Kreditvergabe zur Refinanzierung dieser Verpflichtungen unwahrscheinlich bleibt.

Herausforderungen des zweiten Transformationsjahrzehnts

Im Blick auf die Zukunft kommt der *Transition Report* zu einer Reihe von Schlussfolgerungen.

Der Bericht betont, dass Liberalisierung und Privatisierung durch die Entwicklung von Institutionen und Verhaltensweisen ergänzt werden müssen, die das Funktionieren von Märkten und Privatunternehmen unterstützen. Politischer und wirtschaftlicher Wettbewerb sind unerlässlich. Die Herausforderungen des zweiten Transformationsjahrzehnts liegen im demokratischen Prozess, dem Marktzugang und der Expansion neuer Privatfirmen und der fortgesetzten Integration in die Weltwirtschaft.

Die weniger fortgeschrittenen Länder Südsteuropas und der GUS müssen ihre Anstrengungen verdoppeln, die Liberalisierung abzuschließen und die Grundlage für eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung zu schaffen. Zu diesem Zweck sollten Regierungen die Barrieren gegen die Entwicklung von Neuunternehmen abbauen, die neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und das Wirtschaftswachstum fördern können. In der gesamten Region muss der Staat bei der Entwicklung von Marktinstitutionen eine starke Führungsrolle übernehmen. Reformen des Staates behalten in allen Reformländern Vorrang.

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass sowohl schnelle Liberalisierung und Stabilisierung als auch Fortschritte bei der Privatisierung von Kleinunternehmen erhebliche Vorteile in Form von schnellerem Produktionswachstum mit sich gebracht haben. Mittelfristig haben die Reformländer im Prinzip aufgrund des hohen Niveaus von Fachkenntnissen und des Potentials für rasche Produktivitätssteigerungen nach der Einführung neuer Technologien gute Ausgangspositionen für rasches Wachstum. Dieses Potential hat sich zum Teil realisiert, vor allem in Mittel- und Osteuropa. Die Hauptherausforderung für den Süden und den Osten der Region ist der Ausbruch aus dem Teufelskreis politischer Instabilität und schlechter Unternehmensführung.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass der Transformationsprozess langwierig und schwierig wird. Damit die Versprechen des Prozesses Wirklichkeit werden, und die öffentliche Unterstützung erhalten bleibt, ist es entscheidend, aus den Erfahrungen der ersten zehn Jahre zu lernen und das Engagement für die Reformen zu vertiefen. Eine Hauptquelle für Wachstum und Innovation sind kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die zum Wettbewerb beitragen. Die Politik der KMU-Förderung steht im Mittelpunkt einer erfolgreichen Transformation. Grundlegend für das zweite Transformationsjahrzehnt ist auch ein günstiges Investitionsklima. Daher ist es entscheidend, dass die Regierungen der Region insgesamt Bedingungen schaffen, die Investitionen des Privatsektors begünstigen.

Rückblick auf die Geschäftstätigkeit 1999

20

Im Jahr 1999 erzielte die EBWE im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit sehr ermutigende Ergebnisse, insbesondere angesichts der schwierigen Bedingungen während des ersten Halbjahres. Die Russlandkrise vom August 1998 beeinträchtigte die wirtschaftliche Tragfähigkeit zahlreicher Projekte, die die Bank geplant hatte. Folglich mussten diese neu organisiert werden. Nicht tragfähige Projekte wurden gestrichen oder vorübergehend ausgesetzt. Neue Projekte wurden entwickelt, die auf die veränderten Bedingungen abgestimmt waren.

Daher war das Niveau der Zusagen der EBWE zu Jahresanfang sehr niedrig. Im ersten Vierteljahr beliefen sie sich auf insgesamt weniger als 50 Millionen Euro. Im weiteren Verlauf des Berichtsjahrs stieg das Volumen der Zusagen stetig an und erreichte im Dezember allein fast 1 Milliarden Euro.

Insgesamt wurden im Jahr 1999 Zusagen im Wert von 2,2 Milliarden Euro gemacht. Damit lagen sie nur knapp unter dem Rekordwert des Vorjahres von fast 2,4 Milliarden Euro. Diese Leistung wurde erreicht, obwohl das Volumen der Zusagen für Russland einen Einbruch erlitt – es fiel von 761 Millionen Euro im Jahr 1997 auf 546 Millionen Euro im Jahr 1998 und auf 217 Millionen Euro im Jahr 1999. Die Zusagen für Länder in der frühen und mittleren Übergangsphase stiegen deutlich an – um fast 170 Millionen Euro auf insgesamt 1,039 Milliarden Euro im Jahr 1999. Das Volumen der Zusagen für die Länder in der fortgeschrittenen Übergangsphase lag bei 906 Millionen Euro; der Vergleichswert aus dem Vorjahr lag mit 952 Millionen Euro noch darüber. Der Anteil des Privatsektors an den Zusagen im Jahr 1999 betrug 75 Prozent.

Unter den im Berichtsjahr gezeichneten Projekten gab es einige schwierige und innovative Transaktionen. So wurde z. B. ein neues Handelsförderungsprogramm gestartet, das ungarische Autobahnprojekt M1/M15 wurde restrukturiert, was beträchtlichen Einfallreichtum erforderte. Für Golden Telecom und das slowakische EVU wurde der Zugang zu den Kapitalmärkten durch entsprechende Transaktionen erleichtert. Das Programm für Getreideeinlagerungsbestätigungen wurde auf Bulgarien ausgeweitet, im Projekt zur Finanzierung der Goldgewinnung aus russischen Flüssen und im ukrainischen Balkan-Erdgastransportprojekt wurden innovative Kreditstrukturen verwendet.

Ferner wurden die ersten langfristigen Finanzierungen in lokaler Währung für zwei Wasserwirtschaftsprojekte ins Leben gerufen – das Projekt in Bydgoszcz in polnischen Zloty und das Projekt in Brno in tschechischen Kronen.

Die zur Mittelvergabe an KMU bestimmten Kreditlinien für Banken und Aktienfonds sowie andere KMU-orientierte Darlehen und Investitionstätigkeiten beliefen sich im Jahr 1999 auf insgesamt 454 Millionen Euro. Bei den Bemühungen, nach der Krise vom August 1998 das Darlehensprogramm für Mikro- und Kleinunternehmen in Russland wiederzubeleben, spielte die Gründung der Russischen Bank für Kleinunternehmen eine wesentliche Rolle. Auch in Albanien und im Kosovo wurden entsprechende Banken gegründet, die auf Mikrodarlehen spezialisiert sind und das Tätigkeitsfeld einer Mikrofinanzbank in Bosnien und Herzegowina wurde ausgeweitet.

Es wurden beträchtliche Anstrengungen unternommen, das Portfolio der EBWE zu restrukturieren. Vermögenswerte von insgesamt 166 Millionen Euro wurden restrukturiert, etwa 8 Prozent des Zusagevolumens im Jahr 1999. Der rentable Aktivbestand nahm um 18 Prozent zu, von 5,2 Milliarden Euro auf 6,2 Milliarden Euro.

Das Portfolio im Bereich Banking erreichte 10,8 Milliarden Euro, gegenüber 1998 ein Anstieg um 6 Prozent. Aufgrund der aktiven Bemühungen, unproduktive bzw. ungenutzte Zusagen vor allem in Hochrisikoländern im Wert von 1,1 Milliarden Euro zu stornieren, war das Wachstum des Portfolios begrenzt.

Projektauszahlungen im Jahr 1999 beliefen sich auf 1,4 Milliarden Euro, verglichen mit 2,4 Milliarden Euro im Vorjahr. Dies spiegelte eine Abnahme der Auszahlungen in Russland wider. Zum Jahresende 1999 betrugen die Auszahlungen insgesamt 7 Milliarden Euro (eine nach Ländern geordnete Liste der Auszahlungen findet sich auf Seite 88 des Jahresabschlusses).

Die Projekte in der intensiven Vorbereitungsphase hatten ein Volumen von 10,2 Milliarden Euro, eine Steigerung um 1,2 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr. Die neuen Bewilligungen des Direktoriums nahmen gegenüber 1998 um 31 Prozent zu, die abschließenden Projektprüfungen um 52 Prozent, die Erstprüfungen um 27 Prozent. Um das Genehmigungsverfahren zu erleichtern, wurden detaillierte Reformprüflisten entwickelt, anhand derer der Beitrag einzelner Projekte zur Transformation in den unterschiedlichen Sektoren bewertet wird.

Auswirkungen der Aktivitäten der EBWE auf den Transformationsprozess

Das Kerngeschäft der EBWE ist die Finanzierung von Projekten, die den Übergang zur Marktwirtschaft fördern. Detaillierte Einschätzungen, inwieweit die Projekte der Bank den Transformationsprozess voranbringen, werden zu Beginn des Projektzyklus vorgenommen, um sicherzustellen, dass die Projekte die höchstmögliche Auswirkung in der Region erreichen können. Die „Transformationsauswirkung“ eines Projekts kann allgemein auf dreierlei Weise erfolgen. Erstens können Projekte zur Struktur und zur Ausdehnung der Märkte beitragen, indem sie den Wettbewerb im Projektsektor verstärken oder die Interaktion mit Märkten in anderen Sektoren erweitern. Zweitens können Projekte Institutionen und eine marktorientierte Politik fördern, indem sie zu einer Weiterverbreitung des Privateigentums und -unternehmertums anregen oder Institutionen, Gesetze und Verfahren verbessern, die das Funktionieren und die Effizienz von Märkten unterstützen. Drittens können Projekte durch die Entwicklung neuer Methoden und Fachkenntnisse oder durch das Setzen von Standards für Unternehmensführung und Geschäftsgepflogenheiten marktorientierte Verhaltensmuster schaffen.

Im Jahresverlauf 1999 setzte die EBWE die Förderung des Übergangs zur Marktwirtschaft fort, indem sie in Projekte mit großer Auswirkung auf den Transformationsprozess investierte. Eine Bewertung der Transformationsauswirkung von EBWE-Projekten in früheren Jahren findet sich auf Seite 54.

Die Höhe der Aktienveräußerungen war im Jahr 1999 mit 139 Millionen Euro beträchtlich; die Vergleichszahl aus dem Vorjahr belief sich auf insgesamt 111 Millionen Euro. Der Anteil der Kapitalbeteiligungen an den Zusagen lag im Jahr 1999 mit 31 Prozent deutlich über dem angestrebten Anteil von 17 bis 21 Prozent und nur knapp unter dem Rekordniveau von 33 Prozent, das 1998 erreicht wurde.

Das Portfolio der Bank wurde durch die Russlandkrise stark beeinträchtigt. Vor allem betroffen sind Projekte in Russland, aber auch solche in anderen Ländern, die von den russischen Märkten abhängig sind. Der Wert der unproduktiven Anlagen stieg bis Ende August 1999 von 519 Millionen Euro auf einen Spitzenwert von 824 Millionen Euro, ehe er bis zum Jahresende auf 795 Millionen zurückging.

Die Abteilung Banking führte eine grundlegende Neuorganisation durch, um sicherzustellen, dass die neuen Schwerpunkte der Geschäftspolitik implementiert werden, um Verantwortlichkeiten und Zuständigkeitsbereiche eindeutig festzulegen und durch Spezialisierung und Bündelung der Ressourcen die Effizienz weiter zu steigern. Die Abteilung gründete sechs Geschäftsgruppen. Drei dieser Gruppen sind auf Sektoren ausgerichtet und für jeweils einen der folgenden Bereiche zuständig: Finanzinstitute, Industrie und Handel sowie Infrastruktur. Die übrigen drei Gruppen sind auf Regionen ausgerichtet: 1. Russland und Zentralasien, 2. Mitteleuropa und 3. Südosteuropa und Kaukasus. Um den Bekanntheitsgrad der Bank in der Geschäftswelt zu

verbessern, wurde eine Abteilung für Marketing und Wirtschaftsentwicklung ins Leben gerufen, die die sechs Gruppen in ihren neuen Geschäftsbemühungen unterstützen soll.

Die EBWE trieb den Prozess der Dezentralisierung durch personelle Verstärkung der Ländervertretungen voran. Die Zahl der lokalen Fachkräfte stieg von 66 Ende 1998 auf 85 Ende 1999. Das Verhältnis der in Ländervertretungen beschäftigten zur gesamten Anzahl der Fachkräfte erhöhte sich von 29 Prozent im Jahr 1998 auf 34 Prozent Ende 1999.

Durch die Neuorganisation kam die EBWE den drei wichtigsten Zielen ihrer neuen KMU-Strategie näher: Konzentration auf Kredite und Investitionen zugunsten kleinster, kleiner und mittlerer Unternehmen, Nutzung des politischen Dialogs zur Schaffung eines günstigen Investitionsklimas für KMU und Zusammenarbeit mit Organisationen, die Netzwerke zur Unterstützung von KMU bereitstellen können. Die Verantwortung für die erste dieser drei Aufgaben übernahm die für Finanzinstitute zuständige Gruppe. Außerdem wurde ein separates interdisziplinäres Team gegründet, das die anderen beiden Bereiche abdecken und die Unterstützung der KMU in der gesamten Abteilung fördern soll. Das Team untersteht dem Stellvertretenden Vizepräsidenten der Abteilung Banking.

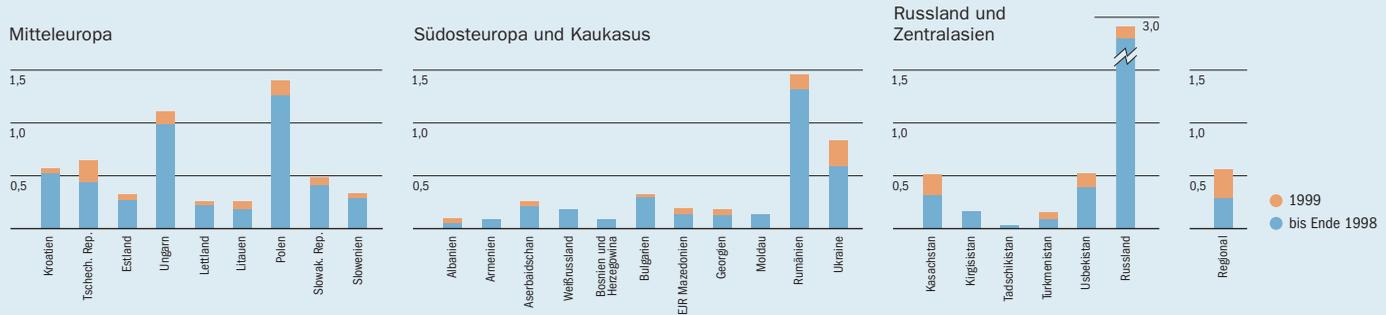
Im Berichtsjahr verwaltete die EBWE Gruppen von Projekten länderübergreifend auf regionaler Ebene, um gemeinsame Tätigkeitsbereiche zu fördern. Andererseits konzentrierte sie sich auch auf Regionen innerhalb von – vor allem größeren – Ländern, um die Auswirkung der Projekte der Bank auf den Reformprozess zu verstärken. Beispiele hierfür sind die Projekte zur Restrukturierung des Eisenbahnwesens im Kaukasusgebiet und die Identifizierung der höher entwickelten Regionen Russlands als Partner für intensivere Zusammenarbeit.

Der regionale Ansatz wurde auch in der Formulierung des Aktionsplans der EBWE für Südosteuropa aufgegriffen. Nach dem Konflikt in Südosteuropa spielte die Bank eine maßgebliche Rolle bei der Förderung von Projekten in der Region, auch im Kosovo. In den beiden am stärksten betroffenen Ländern – Albanien und EJR Mazedonien – verstärkte die EBWE ihr Engagement beträchtlich. Trotz der kriegsbedingten Ausnahmesituation wurden sieben Projekte im Gesamtwert von 89 Millionen Euro gezeichnet.

Es wurden neue Leitlinien für die Auswahl, Schulung und Beaufsichtigung der von der EBWE für den Vorstand von Unternehmen benannten Kandidaten vorgelegt, in die die Bank investiert hat. Dadurch sollte sichergestellt werden, dass die Kandidaten verstärkt zur guten Unternehmensführung und zu Wirtschaftsreformen beitragen und potenzielle Interessenkonflikte erfolgreich beigelegt werden.

Zugesagte kumulative EBWE-Finanzierungen, nach Ländern

Milliarden Euro



Von der EBWE zugesagte Finanzierungen, nach Ländern

	1999			Kumulativ		
	Anzahl ¹	Mio Euro ²	%	Anzahl ¹	Mio Euro ²	%
Tadschikistan	2	3	<1	4	14	<1
Armenien	0	1	<1	3	82	1
Bosnien und Herzegowina	2	7	<1	9	82	1
Albanien	3	41	2	11	93	1
Moldau	1	<1	<1	12	133	1
Turkmenistan	1	63	3	4	154	1
Kirgisistan	1	6	<1	10	162	1
Weißrussland	0	0	0	7	170	1
Georgien	4	44	2	12	172	1
EJR Mazedonien	4	47	2	11	179	1
Litauen	3	62	3	17	249	2
Lettland	3	29	1	19	252	2
Aserbaidschan	3	41	2	10	254	2
Estland	5	46	2	33	315	2
Bulgarien	3	27	1	24	325	2
Slowenien	1	40	2	20	329	2
Slowakische Republik	3	70	3	22	481	4
Kasachstan	4	183	8	11	507	4
Usbekistan	3	131	6	14	519	4
Regional	8	267	12	30	553	4
Kroatien	4	44	2	25	565	4
Tschechische Republik	3	205	9	27	642	5
Ukraine	7	243	11	29	832	6
Ungarn	4	117	5	54	1.106	8
Polen	6	147	7	76	1.398	10
Rumänien	5	134	6	46	1.456	11
Russland	6	164	8	85	2.723	20
Gesamt	88	2.162	100	624	13.745	100

¹ Werden zahlreiche Teildarlehen in einer Rahmenvereinbarung erfasst, können Geschäftsvorfälle als Bruchzahlen geführt werden.

² Die Gesamtsumme für jedes Land versteht sich ausschließlich regionaler Projekte, die in dieser Tabelle gesondert aufgeführt sind.

Von der EBWE zugesagte Finanzierungen, nach Art der Fazilität

	1999			Kumulativ		
	Anzahl ¹	Mio Euro ²	%	Anzahl ¹	Mio Euro ²	%
Privatdarlehen	36	862	40	276	6.508	47
Staatsdarlehen	20	548	25	127	4.046	29
Kapitalbeteiligungen	29	664	31	214	3.003	22
Garantien ²	3	88	4	6	188	1
Gesamt	88	2.162	100	624	13.745	100

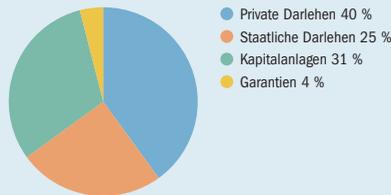
¹ Werden mehrere Teildarlehen in einer Rahmenvereinbarung erfasst, können Geschäftsvorfälle als Bruchzahlen geführt werden.

² Einschließlich weiterer nicht bilanzwirksamer Posten.

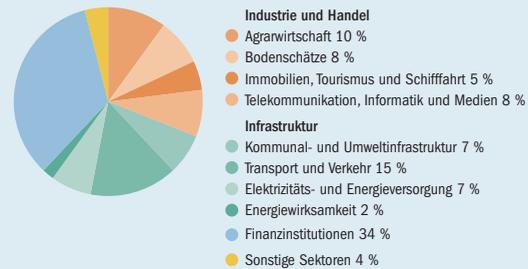
Die EBWE verstärkte ihre effektive Zusammenarbeit mit anderen Internationalen Finanzinstituten (IFI). Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die enge Kooperation mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bei der Restrukturierung des russischen Bankenwesens. Wesentliche Fortschritte wurden in der Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Union erzielt. Das Flughafenprojekt Tallinn und das estnische Eisenbahnprojekt wurden gemeinsam mit der EIB finanziert. Die KMU-Finanzierungsfazilität der EU und der EBWE für die Beitrittsländer der EU wurde erfolgreich gestartet, und das usbekische Eisenbahnprojekt ist das erste, das die EBWE gemeinsam mit der Asiatischen Entwicklungsbank finanziert.

Im Jahr 1999 übernahmen vier Teams der Abteilung Banking – 1. Agrarindustrie, 2. Immobilien, Tourismus und Schifffahrt, 3. Elektrizitäts- und Energieversorgungsunternehmen sowie 4. Bodenschätze – jeweils die Schirmherrschaft über ein einwöchiges Seminar im Joint Vienna Institute (JVI). Zweck der Seminare ist die Vermittlung praktischer Kenntnisse an Wirtschaftsmanager und Regierungsvertreter. Die Veranstaltungen wurden von Juristen der EBWE unterstützt.

Zugesagte EBWE-Finanzierungen, nach Fazilität
1999



Zugesagte EBWE-Finanzierungen, nach Sektor
1999



Von der EBWE zugesagte Finanzierungen, nach Sektor

Sektor	Anzahl ¹	Mio Euro	1999			Kumulativ		
				% ²				% ²
Finanzinstitute								
Finanzinstitute								
Zwischensumme	32	735	34		247	4.165	30	
Industrie und Handel								
Agrarindustrie	9	222	10		55	871	6	
Bodenschätze	5	180	8		30	1.146	8	
Immobilien, Tourismus und Schifffahrt	5	102	5		36	565	4	
Telekommunikation, Informatik und Medien	7	180	8		44	1.330	10	
Zwischensumme	25	684	32		164	3.912	28	
Infrastruktur								
Energiewirksamkeit	1	34	2		7	171	1	
Kommunal- und Umweltinfrastruktur	7	161	7		21	556	4	
Elektrizitäts- und Energieversorgungsunternehmen	4	155	7		30	1.162	8	
Transport	12	315	15		59	1.952	14	
Zwischensumme	24	665	31		116	3.841	28	
Sonstige Sektoren								
Zwischensumme	8	78	4		97	1.827	13	
Gesamt	88	2.162	100		624	13.745	100	

¹ Der prozentuale Anteil des Teams wird als Teil der Gesamtzahl errechnet.

² Werden mehrere Teildarlehen in einer Rahmenvereinbarung erfasst, können Geschäftsvorfälle als Bruchzahlen geführt werden.

Das Joint Vienna Institute wurde von der EBWE, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gemeinsam mit der österreichischen Staats-

regierung gegründet. Die Welthandelsorganisation trat 1998 bei, als alle Schirmherren übereinkamen, das Mandat des Joint Vienna Institute um weitere fünf Jahre bis zum Jahr 2004 zu verlängern. Seit Gründung des JVI wurden über 10.000 Teilnehmer aus den Einsatzländern der EBWE in Kursen des Instituts geschult.

Mitteleuropa

Im Jahr 1999 war die EBWE weiterhin maßgeblich an den Wirtschaftsreformen der mitteleuropäischen Länder beteiligt. Die Weiterentwicklung der Finanzinstitutionen, die Stabilisierung der makroökonomischen Bedingungen und die relative politische Stabilität in Mitteleuropa haben zu einem schnellen Wachstum an den Finanzmärkten geführt, das durch die Bereitstellung umfangreicher Finanzmittel von ausländischen Kreditgebern und internationalen Investoren unterstützt wurde. Aufgrund dieser Entwicklungen war es möglich, dass die Finanzmärkte der Investitionsnachfrage immer besser gerecht werden konnten. Außerdem konnte die EBWE ihre Aktivitäten auf Bereiche konzentrieren, in denen sie den Transformationsprozess ergänzend zu privaten Finanzquellen unterstützen kann, statt mit ihnen in Konkurrenz zu treten. Gleichzeitig ist sich die Bank bewusst, dass die internationalen Kapitalströme sehr selektiv und langfristig nicht immer eine stabile Finanzierungsquelle sind.

Im Berichtsjahr konzentrierte die EBWE ihre Bemühungen auf die Bereiche Finanzinstitute, Infrastruktur und Förderung des Unternehmenssektors. Für Mitteleuropa machte die Bank Zusagen in Höhe von insgesamt 906 Millionen Euro, die sich auf 37 Einzelprojekte verteilten. Im Finanzsektor unterstützte die Bank

weiterhin die Privatisierung großer Lokalbanken, engagierte sich aber auch verstärkt im Nichtbanken-Sektor, z. B. in den Bereichen Versicherungen und Leasing. Die Investitionen der EBWE in die Infrastruktur zielten insbesondere auf die Verbesserung der Wasserqualität in der Region ab, wie auch auf die Unterstützung bedeutender Eisenbahn- und Flughafenprojekte in den baltischen Ländern. Die Bank engagierte sich auch maßgeblich für lokale Unternehmen, die sie durch innovative Fremdfinanzierungen und direkte Kapitalbeteiligungen unterstützte.

Die EBWE führte weiterhin neue Finanzprodukte und -strukturen ein, um den sich verändernden Bedürfnissen der Region gerecht zu werden. So nahm sie z. B. an ihrer ersten Anleiheemission für das slowakische Gasversorgungsunternehmen SPP teil. In Polen erteilte die EBWE gemeinsam mit Privatbanken der EIB eine Geschäftsrisikogarantie. Dadurch konnte ein Kredit der EIB im Wert von 250 Millionen Euro an das polnische Telekommunikationsunternehmen TPSA wirksam werden.

Der beim Gipfeltreffen in Helsinki getroffene Beschluss der Europäischen Union, mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und der Slowakischen Republik Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, war eine der wichtigsten Entwicklungen des Jahres 1999 für Mitteleuropa. Die Verhandlungen mit den fünf anderen Beitrittskandidaten Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn, sind bereits im Gange.



- **Mitteleuropa**
 Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn
- **Südosteuropa und Kaukasus**
 Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, EJR Mazedonien, Moldau, Rumänien, Ukraine, Weißrussland
- **Russland und Zentralasien**
 Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan.



1

1 Estland kamen im Jahr 1999 fünf Projekte der EBWE zugute, davon unterstützten zwei die Infrastruktur.

2 Seit Gründung der Bank hat Ungarn EBWE-Finanzierungen von über 1,1 Milliarden Euro zur Unterstützung von mehr als 50 Projekten erhalten.



2

Die Strategie der EBWE für die Region spiegelt auch die gemeinsamen Ziele des EU-Beitrittsprozesses sowie des Transformationsmandats der Bank wider. Die Bank setzte ihre enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union fort. Gemeinsam organisierten sie technische Hilfe durch die Kommission und zunehmend auch durch die Kofinanzierung von Investmentvorhaben. Ein gutes Beispiel für diese Kooperation ist das Projekt für milchwirtschaftliche Betriebe in Polen, das durch ein Darlehen in Höhe von 24 Millionen Euro von der EBWE und Zuschüsse aus dem Phare-Programm der EU im Wert von 8 Millionen Euro finanziert wurde. Ziel ist die Verbesserung der Qualitätsstandards in diesem wichtigen Sektor. Außerdem zeichnete die EBWE ihr erstes Projekt im Rahmen der gemeinsamen KMU-Finanzierungsfazilität von EU und EBWE, die der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in Mitteleuropa dient.

Mittelfristig beabsichtigt die EBWE, ihr Engagement in Mitteleuropa vor allem im Bereich der Infrastruktur zu verstärken.

Russland und Zentralasien

Auch im Jahr 1999 waren die Aktivitäten der EBWE in Russland durch die Finanzkrise des Vorjahres beeinträchtigt. Trotz der schwierigen Investitionsbedingungen zeichnete die Bank neue Projekte im Wert von insgesamt 217 Millionen Euro. Ende 1999 umfasste das Portfolio der Bank in Russland 85 Projekte im Gesamtwert von 2,7 Milliarden Euro.

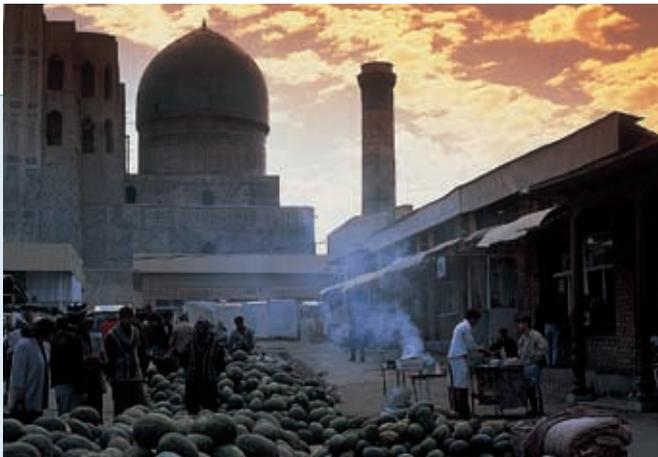
Im Lauf des Berichtsjahres gewährte die EBWE kleinen und mittleren Unternehmen Unterstützung durch das größte Programm der Bank für Mikro- und Kleinkredite, den Fonds für Kleinunternehmen in Russland (RSBF). Insgesamt wurden im Jahr 1999 aus dem Fonds 7.300 Mikro- und Kleindarlehen im Wert von 60 Millionen US-Dollar ausgereicht. Damit wurden seit Gründung des Programms im Jahr 1994 bisher insgesamt 31.000 Darlehen im Gesamtwert von 380 Millionen US-Dollar vergeben.

Außerdem unterstützte die EBWE die Restrukturierung privatisierter mittelständischer Unternehmen durch eine Reihe privater Aktienfonds – Regionale Wagnisfonds (RWF) – die von der Bank und den Geberregierungen eingerichtet wurden. Durch diese Fonds werden Eigenkapital und zuschussfinanzierte Beratungsdienste zur Verfügung gestellt, die Unternehmen während bzw. nach der Privatisierung in Anspruch nehmen können.

Durch Programme wie RSBF und die RWF sowie durch direkte Kreditvergabe und Kapitalbeteiligungen der Bank hat die EBWE Kunden in den meisten der 89 russischen Regionen erreichen können.

Eines der größten Hindernisse für die Geschäftstätigkeit der EBWE in Russland waren im Jahr 1999 die immer noch mangelhaften Geschäftspraktiken und die Unzuverlässigkeit der Politik. Das Investitionsklima wurde im Berichtsjahr vor allem durch willkürliche und diskriminierende Praktiken beeinträchtigt. Im allgemeinen waren die russischen Wirtschaftsakteure wenig bereit, sich von positiven Beispielen beeinflussen zu lassen, so dass die Modellprojekte der Bank für die Entwicklung von KMU und im kommunalen Finanzwesen kaum nachgeahmt wurden.

Trotz der schwierigen Marktbedingungen betrachtet die EBWE Russland weiterhin als langfristigen Partner. Außerdem spielt die Bank wegen ihres besonderen Mandats, ihrer erhöhten Risikobereitschaft und ihrer Erfahrungen im Transformationsprozess in Russland eine größere Rolle denn je. Da die anderen internationalen Organisationen, die sich in Russland engagieren, ihre Prioritäten und Strategien in jüngster Zeit verändert haben, ist das Tätigkeitsfeld der Bank gewachsen, ihre Aufgaben sind anspruchsvoller geworden. Unter diesen Umständen besteht die oberste Priorität der EBWE in der Beilegung der gegenwärtigen Vertrauenskrise, die die russische Wirtschaft und Gesellschaft erfasst hat.



1



2

- 1 Angesichts der Tatsache, dass der Transformationsprozess in den fünf zentralasiatischen Ländern langwierig sein wird, hat die EBWE ihre Strategie durch die Verlegung des Schwerpunkts auf die Entwicklung von KMU und Mikrounternehmen geändert.
- 2 Trotz schwieriger Marktbedingungen aufgrund der Finanzkrise im Jahr 1998 setzt die EBWE ihr Engagement in Russland als langfristiger Partner fort.
- 3 Der Aktionsplan der EBWE für Südosteuropa gilt der Unterstützung Bulgariens und der anderen 1999 durch den Kosovo-Konflikt betroffenen Balkanländer.

Auch die fünf zentralasiatischen Länder wurden von der Finanzkrise in Russland ernsthaft betroffen. Darüber hinaus wurden ihre Volkswirtschaften durch den Verfall der Weltmarktpreise wichtiger Rohstoffe wie Öl, Gold, Baumwolle, Kupfer und anderer Nichtedelmetalle beeinträchtigt. Der spätere Anstieg des Ölpreises und die Abwertung der Währungen, die durch den starken Wertverlust der russischen Währung notwendig geworden war, trugen zur Wiederherstellung gesunder Wettbewerbsbedingungen bei, doch die Aussicht auf eine grundlegende wirtschaftliche Erholung blieb nach wie vor getrübt. Diese Ereignisse führten dazu, dass die EBWE ihre Strategie für die Region überprüfte.

Das wichtigste Ergebnis dieser Überprüfung war ein besseres Verständnis für die begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten dieser Länder aufgrund ihrer geographischen Lage und der wenigen spezialisierten und aufgeblähten Fertigungsindustrien, die sie innerhalb der ehemaligen Sowjetunion aufgebaut hatten. Die EBWE schloss daraus, dass der Transformationsprozess in diesen Ländern mehr Zeit in Anspruch nehmen würde als ursprünglich angenommen, und dass er sich eher auf der Ebene von KMU und Mikrounternehmen vollziehen werde. Daher legte die Bank den Schwerpunkt verstärkt darauf, die Finanzinstitutionen der Region durch technische Hilfe und Finanzmittel zu unterstützen, um die Liquidität der Unternehmer sicherzustellen. Die EBWE intensivierte auch ihre Gespräche mit den zuständigen Ministerien der betroffenen Länder über die wichtigsten Mängel im Investitionsklima, die der Investitionsbereitschaft ausländischer Anleger im Wege stehen.

Die Bank setzte die Förderung des Privatisierungsprozesses fort. Sie stellte Finanzmittel zur Beseitigung von Engpässen in der Infrastruktur durch Investitionen in die Sektoren Elektrizität, Transport und Telekommunikation bereit. Weiterhin wurde der Schwerpunkt auf ordnungspolitische Maßnahmen gelegt, die zum Erwirtschaften der erforderlichen Anlagerenditen notwendig sind.

Südosteuropa und Kaukasus

Die EBWE weitete im Jahr 1999 ihre Geschäftstätigkeit in den Ländern der frühen und mittleren Übergangphase in Süd- und Osteuropa sowie im Kaukasus aus. Dabei geht es um eine langfristige Verpflichtung, Möglichkeiten im weiter entfernten Osten zu entwickeln, wo die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums eine zusätzliche Nachfrage nach langfristigem Kapital anregen wird. Da die meisten dieser Länder nur begrenzten Zugang zu den Kapitalmärkten haben, spielt die Bank weiterhin eine entscheidende Rolle.

Im Jahr 1999 überschattete der Kosovo-Konflikt die Geschäftstätigkeit der EBWE in Südosteuropa. Vor dem Hintergrund der Krise rief die Bank einen Aktionsplan für die Balkanregion ins Leben. Ziel dieses Plans war es, den vom Konflikt betroffenen Ländern Unterstützung zukommen zu lassen. Im September hatte die Bank einen eigenen Plan für das Kosovo vorgelegt, der von den Anteilseignern einstimmig angenommen wurde. Diese Initiativen flossen später in den Aktionsplan für Südosteuropa ein, der der EBWE eine herausragende Rolle bei der Förderung von Investitionen und der Herbeiführung der wirtschaftlichen Gesundung der Region einräumt. Der Aktionsplan für Südosteuropa ergänzt den Stabilitätspakt für Südosteuropa, der im Gefolge der Krise von der internationalen Staatengemeinschaft ins Leben gerufen worden war.

Die wichtigsten Ziele des Aktionsplans für Südosteuropa sind, den Investitionsfluss in die Länder Südosteuropas durch direkte Operationen, u. a. Darlehen und Kapitalbeteiligungen, zu stärken und neue Initiativen zum Aufbau von Institutionen zu fördern. Im Lauf des Jahres erreichte die Bank die größte Steigerung der Zusagen in den Ländern, die am meisten von der Krise betroffen waren, nämlich Albanien, die EJRMazedonien sowie Bosnien und Herzegowina. Das ist eindeutig darauf zurückzuführen, dass sich die Regierungen dieser Länder zur Aufrechterhaltung und Beschleunigung der Wirtschaftsreformen verpflichtet haben. Im Jahr 1999 zeichnete die EBWE Projekte im Wert von insgesamt 95 Millionen Euro in diesen drei Ländern. Die Gesamtzusagen für Südosteuropa beliefen sich im Berichtsjahr auf mehr als 300 Millionen Euro.



3



4

4 In der Region des Kaspischen Meeres steht die EBWE kleinen, unabhängigen Ölgesellschaften bei der Erschließung von Offshore-Öl und Erdgasquellen zur Seite.

Zusätzlich zur Geschäftstätigkeit in den Mitgliedsländern der Region initiierte die EBWE eine Reihe von Maßnahmen im Kosovo. Dazu gehörten die Errichtung einer Mikrofinanzbank und die Schaffung des ersten Aktienfonds im Kosovo, der außerdem erhebliches Beteiligungskapital von der italienischen Regierung erhielt. Darüber hinaus erzielte die EBWE Fortschritte bei der Finanzierung einer umfangreichen ausländischen Direktinvestition im Stahlsektor.

Gegen Ende des Jahres entwickelte die EBWE eine Reihe regionaler Initiativen, die das Wachstum des Privatsektors fördern sollen. Kernbereiche dieses Programms sind die Förderung der grenzübergreifenden Handels- und Investitionstätigkeit, die Unterstützung von KMU, eine Geschäftsstrategie für die regionale Infrastruktur und die Verbesserung des Investitionsklimas in der Region. Dies würde die Bereitstellung einer Handelsfinanzgarantiefazilität, Finanzmittel für KMU und Mikrounternehmen, Risikogarantiefonds und Betriebskapital für lokale Auftragnehmer einschließen. Die EBWE beabsichtigt, bei der Stabilitätspaktkonferenz im März 2000 und bei Folgekonferenzen die Geber für diese Initiative zu gewinnen.

Im Rahmen der Handelsfinanzgarantiefazilität ist es das Ziel der EBWE, den grenzübergreifenden Handel zu fördern, indem sie Lokalbanken bei der Gewährung von Kreditlinien durch ausländische Banken behilflich ist, und auch neue Produkte zu entwickeln, u. a. langfristige Handelsfinanzierungen für lokale Exporteure. Die EBWE garantiert der ausländischen Bank, dass die Lokalbank ihren Kredit mit Hilfe geberfinanzierter Zuschussmittel zurückzahlt und so ihr eigenes Risiko deckt.

Das Programm für Mikrokredite im KMU-Sektor dient der Förderung längerfristiger Kredite von Lokalbanken an KMU und Mikrounternehmen, die häufig nicht in der Lage sind, anderweitig Kredite zu erhalten. Die EBWE hat bereits neue Mikrokreditfazilitäten eingerichtet und hofft auf die notwendigen Gebermittel, um diese Finanzierungsform in ganz Südosteuropa – auch im Kosovo – bereitstellen zu können.

Zur weiteren Unterstützung des Privatsektors verfolgt die EBWE die Absicht, Beteiligungsfinanzierungen für kleine Unternehmen verstärkt selektiv zur Verfügung zu stellen. Dadurch sollen Unternehmen in der Region, die nicht über genügend Eigenkapital verfügen, um Kredite zu erhalten, ihre Kreditwürdigkeit verbessern können. Außerdem will die EBWE einen geberdotierten Garantiefonds für politische Risiken für das Kosovo und die anderen Länder der Region einrichten.

Schließlich möchte die EBWE die zahlreichen lokalen Unternehmen/Auftragnehmer in Südosteuropa unterstützen, die keinen Anspruch auf Mittel internationaler Finanzinstitutionen zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten haben, da sie nicht über ausreichendes Betriebskapital verfügen. Daher prüft die Bank derzeit, wie die Lokalbanken an Finanzmittel oder Garantien für finanzielle Unterstützung gelangen können, damit sie in der Lage sind, Betriebskapital zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 1999 zeichnete die EBWE im Kaukasus Projekte im Gesamtwert von 85 Millionen Euro für die Bereiche Agrarindustrie, verarbeitendes Gewerbe, Elektrizität und Energie, Immobilien und Tourismus sowie Transport und Verkehr. Erwähnenswert ist insbesondere ein Darlehen für das aserbaidische Eisenbahnunternehmen zur Modernisierung der Transkaukasus-Eisenbahnlinie. Vorbild für dieses Vorhaben ist ein Projekt, das im Vorjahr in Georgien durchgeführt wurde.

Im Berichtsjahr zeichnete die EBWE sieben Projekte für die Ukraine mit einem Volumen von insgesamt 243 Millionen Euro. Ihr Spektrum reichte von der Verbesserung der Wasserversorgung und der Abwasserbehandlung in einem der größten Industriezentren des Landes bis zu Kapitalbeteiligungen im Finanzsektor.



1



2

Von der EBWE gezeichnete Projekte für Finanzinstitute

Kumulativ zum 31. Dezember 1999

	Anzahl der Projekte	Mio Euro	% der Gesamtzahl
Kapitalbeteiligungen an Banken	64	726	17
Darlehen an Banken	102	2.275	54
Darlehen ohne Staatsgarantie	79	1.507	
Darlehen mit Staatsgarantie	19	684	
Handelsförderung	4	84	
Aktiefonds¹	60	947	22
Geberdotierte Fonds ²	14	234	
Aktienwagnisfonds	25	247	
Große Aktiefonds	21	466	
Mikrodarlehen	8	216	5
Nichtbanken-Finanzinstitute	15	83	2
Gesamt	250	4.247	100

¹ Schließt sektorspezifische Aktiefonds ein.

² Diese Projekte stellen Investitionen in 27 geberdotierten Fonds dar.

Finanzinstitutionen

Eines der wichtigsten strategischen Ziele der EBWE besteht darin, die Entwicklung eines Finanzsektors zu unterstützen, der auf den Prinzipien des soliden Bankgeschäfts beruht, den Unternehmen wie dem Einzelhandel qualitativ hochwertige Dienstleistungen zur Verfügung stellt und nach den Grundsätzen der Transparenz und der guten Unternehmensführung funktioniert.

Die EBWE ist bestrebt, diese Entwicklung zu fördern, indem sie Anlageinvestitionen in Finanzinstitutionen tätigt und Finanzmittel für lokale Intermediäre zur Verfügung stellt, die wiederum eingesetzt werden, den Privatsektor, insbesondere KMU, zu finanzieren. Zu ihrer Aufgabe gehört es auch, mit den lokalen Behörden einen Grundsatzdialog über Themen zu führen wie die Reform des

Finanzsektors, Privatisierung, gute Unternehmensführung, Geschäftsklima, Vorschriften und Überwachung.

Im Lauf des Jahres 1999 waren die Auswirkungen der Russlandkrise vom August 1998 weiterhin im Finanzsektor zahlreicher Volkswirtschaften der Einsatzländer der EBWE zu spüren. In den meisten Einsatzländern war ein Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen zu verzeichnen. Die EBWE spielte eine maßgebliche Rolle bei der Unterstützung des Finanzsektors. Sie unterstrich die Bedeutung von Kapitalbeteiligungen, beteiligte sich an Restrukturierungen, richtete eine neue Handelsfinanzfazilität zur Förderung der Handelstätigkeit ein und ermutigte syndizierte Kredittransaktionen mit Beteiligung der EBWE.

Außerdem verzeichneten die Nichtbanken-Aktivitäten im Finanzsektor, insbesondere im Bereich Versicherungen, im Jahr 1999 ein schnelles Wachstum. Die Nachfrage nach Beteiligung der EBWE in diesem Sektor war rege.

Eine der wichtigsten Geschäftsgruppen ist nach wie vor die Gruppe, die für Finanzinstitute zuständig ist. Ein Drittel der von der Bank im Jahr 1999 gezeichneten Zusagen fällt in ihren Bereich, das sind 30 Prozent der kumulativen Zusagen. Die Unterstützung von KMU ist ein Kernpunkt der Arbeit der Gruppe, insbesondere die Unterstützung für Mikro- und Kleinunternehmen, deren Zugang zu herkömmlichen Finanzierungen begrenzt ist. In Verbindung mit Sonderprogrammen für Mikrokredite, die auf dem erfolgreichen Fonds für Kleinunternehmen in Russland basieren, wurden eigene Initiativen für diesen Bereich gestartet. Des Weiteren wurde eine gemeinsame Fazilität mit dem Phare-Programm der Europäischen Union eingerichtet, durch die KMU in den Beitrittsländern der EU unterstützt werden sollen.

Im Lauf des Berichtsjahres wurde die für Finanzinstitute zuständige Gruppe in fünf Produktsektoren aufgeteilt: Darlehen an Banken, Kapitalbeteiligungen an Banken, Aktiefonds, Finanzmittel für Mikro- und Kleinunternehmen sowie Nichtbanken-Finanzinstitute. Durch diese Aufteilung können Ressourcen, Fachwissen und professionelle Erfahrungen innerhalb der Gruppe optimal genutzt werden.



3

- 1 Die Unterstützung der EBWE für Rigas Komerbanka, eine der bedeutendsten Finanzinstitutionen in Lettland, trug zur Restrukturierung der Bank bei, die 1999 unter dem neuen Namen Pirmā Latvijas Komerbanka ihre Geschäftstätigkeit wieder aufnahm.
- 2 EBWE-Projekte im Finanzsektor beliefen sich 1999 auf insgesamt 735 Millionen Euro. Dazu gehörte eine Kreditlinie an Banca Transilvania zur Weiterleitung an kleine und mittlere Unternehmen in ganz Rumänien.
- 3 Durch die abgeänderte Finanzsektorpolitik der EBWE wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die Privatisierung staatlicher Banken zu vereinfachen, KMU im Privatsektor zu unterstützen und die Unternehmensführung zu stärken.

29

Das Direktorium der EBWE stimmte im Juli 1999 einer revidierten Finanzsektorstrategie zu. Im Rahmen dieser Strategie sind die Ziele der Bank:

- Vergrößerung der Vielfalt der Institutionen und des Spektrums der Finanzinstrumente im lokalen Finanzsektor;
- Erreichen neuer Kunden, insbesondere privater KMU;
- Erweiterung der geographischen Streuung der Projekte der Bank im Finanzsektor;
- Stärkung guter Unternehmensführung und solider Geschäftspraxis der lokalen Finanzinstitute;
- Förderung ausländischer Direktinvestitionen in den lokalen Finanzsektor;
- gegebenenfalls Förderung von Unternehmenszusammenschlüssen innerhalb der Region; und
- Unterstützung der Privatisierung staatlicher Finanzinstitute.

Im Jahr 1999 steigerte die EBWE ihre Tätigkeit im Finanzsektor beträchtlich. Sie zeichnete 32 Projekte im Gesamtwert von 735 Millionen Euro. Insgesamt beliefen sich die Zusagen in diesem Sektor Ende 1999 auf 4,165 Milliarden Euro.

Kapitalbeteiligungen an Banken

Kapitalbeteiligungen an Banken sind nach wie vor ein sehr wichtiges Produkt der EBWE. Im Lauf des Jahres 1999 wurden neue Kapitalanlagen getätigt, und die EBWE beteiligte sich an vier weiteren Kapitalaufstockungen. Kapitalbeteiligungen wurden in Ländern vorgenommen, in denen die Projekte wesentliche Auswirkungen auf den Transformationsprozess haben – z. B. in der Ukraine, in Armenien und Tadschikistan. Die EBWE war auch an einigen wichtigen Privatisierungen beteiligt, z. B. an der von CSOB in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik. In der EJR Mazedonien nahm die EBWE an der Privatisierung von Stopanska Banka teil, sie investierte auch in die rumänische Entwicklungsbank, die als erste Bank in Rumänien privatisiert wurde. Außerdem wandelte die EBWE ein Darlehen in Beteiligungskapital für die Slovanska Banka in Kroatien um.

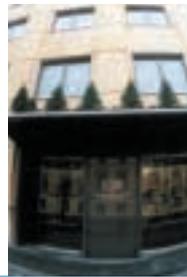
Die Bank wurde verkauft, nachdem sie mit staatlichen Mitteln saniert worden war.

Die Notwendigkeit, den Bankensektor in zahlreichen Einsatzländern der EBWE zu konsolidieren, ist offenkundig. Viele Banken verfügen nicht über genügend Kapital, um die erforderlichen Investitionen in Informationstechnologie und Infrastruktur vorzunehmen. Die EBWE unterstützt den Konsolidierungsprozess und ist bereit, ihn durch Kapitalbeteiligungen zu fördern.

Außerdem ist es dringend notwendig, die Privatisierung und Restrukturierung staatlicher Banken fortzuführen. Die EBWE arbeitete im Jahr 1999 an einer Vielzahl von Transaktionen. Derzeit ist sie an mehreren großen Restrukturierungen und Privatisierungen von Banken beteiligt. Insgesamt betrachtet ist das Aktienportfolio der Bank gesund, es hat befriedigende Anlageerträge abgeworfen. Einen Anhaltspunkt gibt die laufende interne Rendite des Aktienportfolios der EBWE, die bei ca. 20 Prozent im Jahr liegt.

Während des Berichtsjahres zog sich die EBWE aus reifen Kapitalanlagen zurück, sofern die ursprünglichen Ziele der Investitionen erreicht waren, d. h. der Transformationsprozess unterstützt und ein Beitrag zur Schaffung eines gesunden und wettbewerbsfähigen Finanzsektors geleistet worden war.

Insbesondere schloss die EBWE den Verkauf der BPH Polen ab und verkaufte ihren Anteil an Unibanka Lettland an die schwedische SE-Banken. In Ungarn verkaufte die Bank ihre Anteile an der K & H Bank an die belgische KBC Bank und die portugiesische Banco Espirito Santo. In Litauen ermutigte die EBWE Bankas Hermis und Vilniaus Bankas in ihren Fusionsverhandlungen und verkaufte später ihre Anteile an Bankas Hermis.



1

2

- 1 Wielkopolski Bank Kredytowy in Polen war eine der ersten Finanzinstitutionen, die Finanzierungen im Rahmen einer neuen 1999 bewilligten EU-EBWE-Fazilität für KMU erhielt.
- 2 Das syndizierte Darlehen der EBWE an Vilniaus Bankas, die größte Privatbank in Litauen, trägt dazu bei, dass die Institution mit der wachsenden Nachfrage nach Weiterleitung von Krediten an Privatunternehmen Schritt halten kann.

30

Die EBWE setzte ihre Unterstützung für die Restrukturierung und Privatisierung von Banken fort, aber auch für die Konsolidierung kleinerer Banken in größere inländische Banken, wobei der Schwerpunkt auf der Bereitstellung besserer Finanzprodukte und -dienstleistungen lag.

Darlehen an Banken

Syndizierte Darlehen

Im Sektor Finanzinstitutionen vereinbarte die EBWE im Jahr 1999 fünf syndizierte Darlehen. Sie stellte Finanzmittel für Vilniaus Bankas und die Landwirtschaftsbank in Litauen zur Verfügung ebenso wie für Hansa Capital in Estland, die First Investment Bank in Bulgarien und Latvijas Unibanka in Lettland. Insgesamt belief sich die Direktfinanzierung durch die EBWE auf 58,2 Millionen Euro, weitere 112,2 Millionen Euro wurden an beteiligte Geschäftsbanken syndiziert. In allen genannten Fällen waren dies die ersten Syndizierungen seit der Russlandkrise.

Finanzfazilität von EU und EBWE

Im April 1999 billigte das Direktorium der EBWE eine KMU-Finanzfazilität von EU und EBWE. Den zehn EU-Beitrittsländern werden im Rahmen dieser Fazilität Finanzmittel für KMU zur Verfügung gestellt. Insgesamt machte die Bank Zusagen in Höhe von 75 Millionen Euro, während weitere 50 Millionen Euro aus dem Budget des Phare-Programms der Europäischen Kommission für technische Zusammenarbeit und über Zuschüsse bereitgestellt wurden. Das Hauptziel dieser Fazilität besteht darin, Finanzintermediäre (Lokalbanken und private Aktienfonds) zu ermutigen, ihre KMU-Projekte mittel- bis langfristig auszuweiten. Die Fazilität umfasst zwei „Fenster“ – das Eigenkapital- und das Darlehensfenster.

Das Eigenkapitalfenster: Die Fazilität investiert nicht direkt in KMU, sondern in private Aktienfonds, die auf die Bedürfnisse von KMU ausgerichtet sind. Die Fonds sollen voraussichtlich ein Volumen von durchschnittlich 10 bis 15 Millionen Euro haben, die Höchstgrenze für Investitionen wird bei einer Million Euro für einen Minderheitsanteil angesetzt. Die Fonds sollen von unabhängigen Fondsmanagern verwaltet werden.

Das Darlehensfenster: Den teilnehmenden Banken werden Darlehen zur Weiterleitung an KMU zur Verfügung gestellt. Außerdem werden die Mitarbeiter der Banken im Rahmen technischer Zusammenarbeit in den Bereichen Prüfung von KMU-Darlehen, Überwachung und Darlehensverwaltung geschult. Ferner wird bei der Durchführung verfahrenstechnischer, organisatorischer und managementbezogener Veränderungen, die für die Bewilligung von KMU-Darlehen erforderlich sind, Hilfestellung geleistet.

Im Lauf des Jahres 1999 genehmigten die EBWE und die EU Projekte im Rahmen des Darlehensfensters mit Wielkopolski Bank Kredytowy und Bank Slaski in Polen sowie Banca Transilvania in Rumänien.

Handelsförderungsprogramm

Im Rahmen des Handelsförderungsprogramms begibt die EBWE Garantien zugunsten von bestätigenden Banken, um die Verpflichtungen der Emissionsbanken in ihren Einsatzländern zu garantieren.

Im Januar 1999 startete die EBWE ein erweitertes Handelsförderungsprogramm, das alle 26 Einsatzländer abdeckt. Ursprünglich setzte das Direktorium die Grenze auf 100 Millionen Euro fest, im Jahr 2000 wird sie voraussichtlich auf 200 Millionen Euro erhöht werden. Ziel des Handelsförderungsprogramms ist es, den Handel innerhalb der einzelnen Regionen sowie zwischen ihnen zu unterstützen, den teilnehmenden Banken dabei zu helfen, dass sie gegenüber westlichen Banken Erfolge nachweisen können und die Handelsfinanzierungskapazitäten zu stärken. Die neue Fazilität steht allen in der Region eingetragenen Banken zur Verfügung, unter anderem solchen, die sich mehrheitlich in ausländischem Besitz befinden.



3

3 Der Export von Baumwolle aus Usbekistan war eine der vielen durch das 1999 neu eingerichtete Handelsförderungsprogramm der EBWE unterstützten Transaktionen.

Bis Ende 1999 waren 22 Emissionsbanken in 13 Ländern in das Handelsförderungsprogramm aufgenommen worden, die Gesamt-obergrenze näherte sich 200 Millionen Euro. Es besteht die Absicht, mindestens eine oder zwei Emissionsbanken in jedes der Einsatzländer der EBWE einzubeziehen, um so bis Ende des Jahres 2000 ein Netz von ca. 60 Emissionsbanken aufzubauen. Insgesamt sind bisher 61 bestätigende Banken dem Programm beigetreten. Die meisten haben ihren Sitz in westlichen Ländern, doch der Anteil derjenigen, die in den Einsatzländern der Bank ansässig sind, steigt.

Seit Juli 1999, als die EBWE erstmals eine Garantie vergab, sind insgesamt 42 Garantien im Gesamtwert von 66 Millionen Euro ausgestellt worden. Das Volumen der Transaktionen, die durch die Garantien abgesichert sind, belief sich auf insgesamt 77 Millionen Euro. Die Differenz zwischen den beiden Beträgen erklärt sich durch den Risikoausgleich der bestätigenden Banken. Beispiele für entsprechende Transaktionen sind der Export ukrainischer Baumwolle, die Einfuhr von Weizen nach Kasachstan, von Zucker nach Aserbaidschan und von Arzneimitteln und medizinischen Gütern in die EJR Mazedonien, nach Russland und Usbekistan. Das Programm trägt wesentlich zur Förderung des Handels im Bereich der KMU bei, insbesondere bei Einfuhren in die EJR Mazedonien. Durch eine Garantie wurde der Wiederaufbau eines im Krieg zerstörten Geschäftszentrums in Sarajewo unterstützt, der von einem Bauunternehmen aus der EJR Mazedonien durchgeführt wurde.

In Südosteuropa trat die erste bosnische Emissionsbank dem Handelsförderungsprogramm bei, drei weitere werden voraussichtlich in Kürze dazukommen. Die EJR Mazedonien hat 23 Transaktionen mit einem Gesamtvolumen von 6,2 Millionen Euro abgeschlossen, die von drei Banken zur Verfügung gestellt wurden. Damit ist sie das aktivste Teilnehmerland des Programms.

In anderen Teilen der Einsatzregion der EBWE war Usbekistan aktivstes Teilnehmerland im Jahr 1999, insbesondere im Hinblick auf den Baumwollexport, gefolgt von Kasachstan und Russland.

Aktienfonds

Private Aktienfonds sind in den Einsatzländern der Bank nach wie vor die wichtigste Quelle für die Beteiligungsfinanzierung im KMU-Bereich. Bis Ende 1999 hatte die EBWE 947 Millionen Euro für 73 Aktienfonds zugesagt. In ihren Einsatzländern ist die Bank damit der größte Investor in diesem Segment.

Derartige Fonds wirken als äußerst effektive Intermediäre bei der Mobilisierung zusätzlicher Finanzierungsmittel, einem Prozess, der sich in zwei Phasen vollzieht, zunächst auf der Ebene von Fonds, in die Investoren ihr Kapital einzahlen. Die zweite Phase findet auf der Ebene von Zielunternehmen statt, da Kapitalanlagen diese in die Lage versetzen, zusätzlich lokales Fremdkapital und/oder Beteiligungsfinanzierungen aufzunehmen.

Zum Ende des Berichtsjahres betrug das gesamte für derartige Fonds unter Beteiligung der EBWE mobilisierte Kapital 3,8 Milliarden Euro. Mit diesen Zusagen wurden 2,6 Milliarden Euro von privaten Investoren sowie 270 Millionen Euro für technische Hilfe aus Gebermitteln mobilisiert. Folglich wurden Anlageinvestitionen von insgesamt mehr als einer Milliarde Euro in über 500 Unternehmen vorgenommen, die in der Region ansässig und dort in einer Vielzahl unterschiedlicher Industriesektoren tätig sind. Diese Investitionen trugen zur Mobilisierung von Finanzmitteln in Höhe von insgesamt mehr als 3,5 Milliarden Euro für Unternehmen in der Region bei.

Die EBWE investiert in drei unterschiedliche Arten von Fonds. Hinsichtlich Struktur, Größe und Investitionsstrategie wird zwischen Aktienwagnisfonds, großen Aktienfonds und geberdotierten Fonds unterschieden.

Aktienwagnisfonds

Aktienwagnisfonds, die von Privatinstitutionen und Fondsverwaltern getragen werden, finanzieren die Entwicklung in der Frühphase und unterstützen Geschäfte zwischen 1,8 Millionen Euro und 5 Millionen Euro. Im Normalfall investiert die EBWE bis zu 30 Prozent des Gesamtkapitals des Fonds und spielt eine führende Rolle bei Investitionsentscheidungen und der

Festlegung der Grundsätze des Fonds. Ende des Berichtsjahres umfasste das Portfolio 25 Fonds mit einem Gesamtkapital von 924 Millionen Euro; davon hatte die EBWE 247 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 1999 investierte die EBWE in einen neuen Aktienwagnisfonds: Information and Communication Technology and Industrial Electronic Fund Ltd. Dieser Fonds hatte einen anfänglichen Schlusspreis von 47 Millionen Euro und wird von TechnologieHolding and Sitra getragen. Die Zusage der EBWE belief sich auf 16 Millionen Euro.

Große Aktienfonds

Die von privaten Institutionen und Fondsverwaltern getragenen großen Aktienfonds bestehen aus großen Regional- oder Länderfonds und konzentrieren sich auf Projekte im Wert von über 5 Millionen Euro, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Privatisierungen, Buyouts und Erweiterungskapital liegt. Die Fondsstrukturen sind relativ kompliziert und umfassen mehrere Manager-, Berater- und Koinvestitionsstrukturen sowie industrieweite Netze. Die Fonds können einen Teil ihres Kapitals in mittleren bis großen Unternehmen investieren und größere Unternehmensabschlüsse in den Sektoren Telekommunikation, Energie und Infrastruktur planen. Zum Ende des Jahres 1999 umfaßte der Bestand 21 derartige Fonds mit einem Gesamtkapital von 2,2 Milliarden Euro, von dem die EBWE 466 Millionen zur Verfügung gestellt hatte.

Im Jahr 1999 gab die EBWE Zusagen an fünf neue große Aktienfonds. Der wichtigste ist der AIG New Europe Fund (Träger: AIG) mit 300 Millionen Euro, von denen 47 Millionen Euro durch die EBWE investiert wurden. Darüber hinaus sagte die Bank 50 Millionen Euro in den Power & Energy Private Equity Fund, 20 Millionen Euro in den Energy Efficiency and Joint Implementation Fund und 22 Millionen Euro in Emerging Europe Capital Investors Ltd zu und stellte 59 Millionen Euro für eine Kofinanzierung mit dem TPG-Fonds bereit.

Geberdotierte Fonds

Gemeinsam mit mehreren Geberregierungen richtete die EBWE eine Reihe privater Aktienfonds ein, mit denen die Privatisierung und Restrukturierung mittelständischer Unternehmen gefördert wird. Diese Fonds stellen eine Kombination aus Kapitalbeteiligungen und zuschussfinanzierter Unterstützung zur Verfügung. Die Zuschüsse werden zur Finanzierung der Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht sowohl vor Tätigkeit der Investition als auch für die Unterstützung des Managements nach der Investition eingesetzt. Auf diese Weise soll der Zuschuss die mit dem wirtschaftlichen und politischen Umfeld der Fondstätigkeit verbundenen Kapitalrisiken verringern. Daher kann die EBWE das Spektrum ihrer Investitionen erweitern und als erster Anleger in Ländern mit erhöhtem Risiko tätig werden.

Zum Ende des Berichtsjahrs umfasste der Bestand 27 Fonds mit einem Gesamtkapital von 620 Millionen Euro, von dem die EBWE 491 Millionen Euro bewilligt hatte. Im Normalfall konzentrieren sich die Fonds auf Geschäftsvereinbarungen in der Frühphase oder kleine Transaktionen von bis zu 1,8 Millionen Euro. Sie umfassen die Regionalen Wagnisfonds (RWF) in Russland sowie die Nach-Privatisierungsfonds im Baltikum, in Bulgarien, Kasachstan, Rumänien, der Slowakischen Republik und der Ukraine. Außerdem zählen hierzu kleine Aktienfonds in den baltischen Ländern, Bulgarien, Polen und Russland (Nischnij Nowgorod und St. Petersburg) und ein geberdotierter Fonds in Albanien.

Im Berichtsjahr investierte die EBWE in einen neuen geberdotierten Fonds, den SEAF-Mazedonienfonds. Er ist mit 12 Millionen Euro ausgestattet, von denen die EBWE 4 Millionen Euro zur Verfügung stellte.

Finanzierung von Mikro- und Kleinunternehmen

Im Jahr 1999 entwarf die EBWE eine neue Strategie für KMU.

Im Rahmen der neuen KMU-Strategie setzt die EBWE folgende Schwerpunkte:

- Ausbau der Finanzierung von KMU;
- Verbesserung des Investitionsklimas; und
- Einrichtung von Netzwerken zur Unterstützung dieser Unternehmen.

Konkret verfolgt die Strategie die Absicht, den Bedürfnissen der KMU in allen Einsatzländern der EBWE gerecht zu werden. Dies soll durch Stärkung der Finanzinstitutionen erreicht werden, die der Finanzierung des Wachstums von KMU verpflichtet sind, sowie durch Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dieser Unternehmen. Während die Bank Finanzmittel in erster Linie über Finanzintermediäre zur Verfügung stellt, werden KMU eine wichtige Rolle in allen Bereichen ihrer Geschäftstätigkeit spielen.

Das größte Darlehensprogramm für Mikro- und Kleinunternehmen der EBWE, der Fonds für Kleinunternehmen in Russland (RSBF), wurde im Jahr 1999 restrukturiert. Dabei wurde eine zweigleisige Strategie verfolgt: Das Programm setzt die Zusammenarbeit mit Sberbank und einer Reihe verbleibender regionaler Banken fort, und investiert gleichzeitig in eine neue Bank, die Kreditbank für Kleinunternehmen in Russland, die auf KMU-Kredite spezialisiert ist.

Im Juni hatte die Sberbank das vor der Krise bestehende Darlehensniveau wiedererreicht. Bis Ende des Jahres vergab sie monatlich über 550 Darlehen in Höhe von mehr als 3 Millionen US-Dollar. Die regionalen Banken erholten sich weniger rasch. Sie leiden nach wie vor unter mangelnder Liquidität. Dennoch lassen sich bei einigen ermutigende Anzeichen beobachten. Die Far East Bank, Petrovsky und die NBD Bank werden



1



2

- 1 Eine Investition der EBWE in der Bank für Mikrounternehmen in Bosnien und Herzegowina hat dieser Bank die Eröffnung neuer Zweigstellen ermöglicht. Bisher wurden mehr als 3.000 Darlehen ausgezahlt; die Rückstände waren minimal.
- 2 Die EBWE hat in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, im Kosovo, in Moldau, Russland und der Ukraine Darlehensprogramme für kleine Unternehmen eingerichtet.

beispielsweise weiterhin eine zentrale Rolle in der künftigen RSBF-Strategie spielen. Im Lauf des Berichtsjahres vergab der RSBF insgesamt 7.299 Darlehen an KMU im Wert von 60 Millionen US-Dollar. Seit Beginn des Programms im Jahr 1994 wurden damit fast 31.000 Darlehen mit einem Volumen von über 380 Millionen US-Dollar vergeben.

Im Jahr 1999 half die Kreditbank für Kleinunternehmen in Russland nicht nur, die bisherige Geschäftstätigkeit des RSBF neu zu beleben, sie war gleichzeitig ein leuchtendes Beispiel einer Finanzinstitution für Mikro- und Kleinunternehmen, die der vollständigen Transparenz und guten Unternehmensführung verpflichtet ist. Bis Ende des Jahres hatte die Kreditbank für Kleinunternehmen in Russland 1.250 neue Mikro- und Kleinkredite in Höhe von fast 20 Millionen US-Dollar vergeben. Bis Dezember hatte sich das monatliche Volumen auf 5 Millionen US-Dollar erhöht; im Jahr 2000 wird es vermutlich weiter ansteigen. Der Anteil der Zahlungsrückstände, die länger als 30 Tage bestehen, liegt derzeit bei 0,2 Prozent. Im Berichtsjahr stieg die Nachfrage eindeutig an, und die Kreditbank für Kleinunternehmen in Russland ist dabei, sich am Markt der

KMU-Darlehensgeber zu etablieren. Bisher hat die Bank Zweigstellen in Jekaterinburg, Moskau, Nischnij Nowgorod, Nowosibirsk, Omsk, Samara, St. Petersburg und Togliatti eröffnet.

Das Programm für Kleinunternehmen in Kasachstan wuchs im Jahr 1999 ständig an. Bisher wurden über 3.200 Darlehen im Gesamtwert von über 25 Millionen US-Dollar vergeben. Das Programm arbeitet mit sieben Banken in acht Regionen des Landes zusammen. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen blieb die hohe Qualität des Kreditportfolios erhalten. Den Teilnehmerbanken gelang es, auch die kleinsten Kreditnehmer zu erreichen – ein Drittel aller vergebenen Darlehen umfassen Beträge unter 2.000 US-Dollar. Für das Jahr 2000 wird erwartet, dass sich das Wachstum in der Region fortsetzt; daher ist geplant, das Programm für Kleinunternehmen in Kasachstan auf das gesamte Land auszuweiten.

Nach einem schweren Start für das gemeinsame Mikrokreditprogramm von KfW und EBWE für die Ukraine infolge der Russlandkrise, erzielte es in der zweiten Jahreshälfte 1999 zunehmend gute Ergebnisse. Zum Jahresende waren im Rahmen des Programms 774 Darlehen im Wert von 10,6 Millionen US-Dollar vergeben worden. Entsprechend der Strategie, die in Russland verfolgt wurde, wird die Ukraine Microfinance Bank (UMFB) gegründet, um den Wettbewerb im KMU-Sektor anzukurbeln. Die Bank wird neben anderen beteiligten Banken tätig sein. Die Investition der EBWE in die Ukraine Microfinance Bank wurde im Dezember 1999 gebilligt, sie wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2000 abgeschlossen.

In Bosnien und Herzegowina erzielten die Investitionen der EBWE in die Bank für Mikrounternehmen im Jahr 1999 ausgezeichnete Fortschritte. Bis Ende des Jahres hatte die Bank 3.300 Darlehen im Wert von fast 26 Millionen D-Mark vergeben, die Rate der Zahlungsrückstände im Portfolio, die länger als 30 Tage bestehen, war mit 0,3 Prozent außerordentlich niedrig. Die Bank für Mikrounternehmen hat Zweigstellen in Bihac, Ilidza, Sarajewo und Tuzla eingerichtet, die Öffnung einer weiteren Filiale

Von der EBWE im Jahr 1999 zugesagte Mikro- und Kleindarlehen

	Anzahl der Darlehen	Volumen der Darlehen (Mio US\$)	Portfolio der Darlehen und Kapitalbeteiligungen (Mio US\$)	Zahlungsrückstände von weniger als 30 Tagen (%)
Russland	7.299	59,7	57,9	4,67 ¹
Kasachstan	2.485	17,7	10,3	1,62
Bosnien und Herzegowina	2.334	10,5	7,3	0,32
Albanien	926	16,5	7,3	1,19
Ukraine	774	11,7	5,7	2,42
Gesamt	13.044	116,1	88,5	2,44

¹ Aktive Banken



1 Ein Darlehen der EBWE für die Entwicklung des Flughafens Tallinn in Estland soll zu einer Erweiterung der Flughafenkapazitäten und erhöhtem Komfort für die Fluggäste beitragen.

2 Die Abwasserbehandlungsanlage in Brno, Tschechische Republik, erhielt 1999 eine erhebliche Investition der EBWE, die eine Erweiterung des Betriebs der Anlage und Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit ermöglichen wird.

in Mostar ist für die erste Hälfte des Jahres 2000 vorgesehen. Schneller als erwartet erreichte die Bank im Jahr 1999 die Rentabilitätsschwelle, vermutlich wird sie ihre finanzielle Position im Lauf des Jahres 2000 weiter konsolidieren.

Im Juli 1999 billigte das Direktorium der Bank eine Investition in die FEFAD-Bank in Albanien. Ursprünglich war FEFAD als Stiftung von der KfW gegründet worden, derzeit wird sie in eine spezialisierte KMU-Bank nach dem Vorbild der Bank für Mikrounternehmen in Bosnien und Herzegowina umgewandelt. Dieser Prozess wird voraussichtlich im ersten Quartal 2000 abgeschlossen.

Im Jahr 2000 wird die EBWE an diese Initiativen anknüpfen. Voraussichtlich werden weitere Programme für Mikrodarlehen ins Leben gerufen und Institutionen gegründet, die auf die Vergabe solcher Darlehen spezialisiert sind. Obwohl all diese Bemühungen durch Gebermittel unterstützt werden, möchte die EBWE erreichen, dass diese Programme mittelfristig auch ohne die Hilfe von Gebern auskommen.

Nichtbanken-Finanzinstitute

Im Jahresverlauf 1999 wurde die EBWE verstärkt im Bereich der Nichtbanken-Finanzinstitute tätig, vor allem durch Erwerb von Minderheitsanteilen an Versicherungsunternehmen und Unternehmen, die Pensionsfonds verwalten. Insgesamt wurden im Jahresverlauf zehn neue Transaktionen mit Neuzusagen in Höhe von 65,6 Millionen Euro gezeichnet.

Die EBWE ist einer der größten Finanzinvestoren im Versicherungs- und Pensionssektor. Zum Bereich Nichtbanken-Finanzinstitute gehören auch Leasing-, Verbraucherfinanz- und Hypothekengesellschaften sowie lokale Vermögensverwaltungs- und Investmentfonds. Bis Ende 1999 war die Bank in fast allen Ländern der Region engagiert, in denen die Reformen der gesetzlichen Altersversorgung bereits eingeführt sind oder derzeit eingeführt werden.

Versicherungsunternehmen

Im Lauf des Berichtsjahres zeichnete die EBWE vier neue Kapitalbeteiligungen an Versicherungsunternehmen. Zwei der Investitionen – Ceska Rakouska pojistovna in der Tschechischen Republik und Austrija Osiguranje in Kroatien – waren die ersten Investitionen, die gemeinsam mit der österreichischen Versicherungsgruppe UNIQA (vormals Bundesländer) im Rahmen einer Multiprojektfazilität getätigt wurden, die wiederum mit UNIQA im Jahr 1998 gezeichnet worden war. Ein neues Lebensversicherungsunternehmen wurde in Polen gegründet zusammen mit der Wiener Städtischen aus Österreich, einer Schwesterfirma der Sachversicherungsgesellschaft Heros S.A., an der die Bank seit vier Jahren Anteile besitzt. Die EBWE zeichnete auch eine Minderheitsbeteiligung an der bulgarischen Versicherungs- & Pensionsgruppe. Neben den neuen Kapitalbeteiligungen an Versicherungsunternehmen stockte die EBWE ihre Kapitalbeteiligungen an der russischen Versicherungsgesellschaft Principal von 10 Prozent auf 32,5 Prozent auf.

Die erfolgreiche Multiprojektfazilität mit der schweizerischen Versicherung Winterthur wurde um weitere drei Jahre verlängert und um 50 Millionen Schweizer Franken auf 100 Millionen Schweizer Franken erhöht. Ende 1999 hatte die Bank in sieben Versicherungs- und Pensionsgesellschaften von Winterthur in der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen investiert. Im Jahresverlauf beteiligte sich die Bank auch an einer Kapitalerhöhung für die Versicherungsunternehmen von Winterthur in Ungarn.

Gruppe Infrastruktur, Zusagen

1999



2

Altersversorgung

Im Jahr 1999 zeichnete die EBWE eine Kapitalbeteiligung an der bulgarischen Pensionsfondsverwaltung Doverie durch eine Investition in die oben erwähnte bulgarische Versicherungs- & Pensionsgruppe. Nachdem sie in den letzten fünf Jahren einen Fonds für freiwillige Altersvorsorge in Bulgarien geführt hatte, ist Doverie in einer guten Position, sich an den Reformen der gesetzlichen Altersversorgung zu beteiligen, die das bulgarische Parlament gegen Ende 1999 verabschiedete. In Kroatien zeichnete die Bank eine Minderheitsbeteiligung an einem Fondsverwaltungsunternehmen für gesetzliche Altersvorsorge, das von der Ersten aus Österreich geführt wird. Zuvor hatte das kroatische Parlament eine Rentenreform verabschiedet. Neben den beiden neuen Investitionen in die Pensionsfondsgesellschaften beteiligte sich die EBWE an Kapitalaufstockungen für Fondsverwaltungsunternehmen von Winterthur für freiwillige und gesetzliche Altersvorsorge in Ungarn.

Infrastruktur

Im Jahr 1999 wurde im Zuge der Reorganisation der Abteilung Banking eine Infrastrukturgruppe gebildet, die sich aus vier Teams zusammensetzt: Kommunal- und Umweltinfrastruktur, Transport und Verkehr, Elektrizitäts- und Energieversorgungsunternehmen sowie Energiewirksamkeit. Die Teams haben Gemeinsamkeiten, z. B. was den Monopolstatus vieler ihrer Kunden betrifft, die staatliche Aufsicht über den Sektor sowie die Finanzstruktur der Investitionen der EBWE und die Eigenschaften der damit verbundenen Risiken. Die Infrastrukturgruppe wurde ins Leben gerufen, um die Entwicklung neuer Finanzierungsformen für den Infrastruktursektor zu fördern, für die Geschäftstätigkeit der Bank in diesem Sektor zu werben und gemeinsame Tätigkeitsfelder der vier Teams zu identifizieren.

Im Jahr 1999 investierte die EBWE 665 Millionen Euro in insgesamt 24 Infrastrukturprojekte. Infrastrukturprojekte machten etwa ein Drittel der Zusagen der Bank im Berichtsjahr aus.

Der größte Anteil der Zusagen der Bank im Bereich Infrastruktur entfiel auf den Sektor Transport und Verkehr (47 Prozent), gefolgt von Kommunal- und Umweltinfrastruktur (24 Prozent), Elektrizität und Energie (23 Prozent) und Energiewirksamkeit (5 Prozent). Etwas mehr als 35 Prozent der Infrastrukturinvestitionen der EBWE wurden in Ländern der fortgeschrittenen Übergangsphase getätigt.

Fast 64 Prozent der Finanzmittel der EBWE flossen in staatliche Projekte im öffentlichen Sektor – vornehmlich im Transport- und in geringerem Maße auch im Elektrizitätssektor. Zunehmend verlagerte sich der Schwerpunkt auch auf nichtstaatliche öffentliche Finanzierungen. Im Elektrizitätssektor stieg die Anzahl privater Projekte im Jahr 1999 weiter an. Im Infrastruktursektor gab es einige Neuerungen: die ersten Darlehen in Landeswährung in der Tschechischen Republik und in Polen, Aktienfonds in den Sektoren Elektrizität und Energiewirksamkeit und Unternehmensinvestitionen in kommunale Versorgungsbetriebe ohne kommunale Garantien.

Das Portfolio der Infrastrukturzusagen wuchs im Jahr 1999 auf über 3,8 Milliarden Euro, die in Projekte flossen, deren Gesamtwert auf 11 Milliarden Euro geschätzt wird. Infolge von Restrukturierungen und Stornierungen waren zum Jahresende alle Vermögenswerte der EBWE im Infrastrukturportfolio produktiv.



1



2

1 Ein Darlehen der EBWE kommt dem Hafen Baku in Aserbaidschan zugute. Es wird zur Verbesserung der Hafeneinrichtungen und zur Restrukturierung des Betriebs beitragen.

2 Eine Investition der EBWE in Slowenien trägt zum Bau einer Abwasserbehandlungsanlage in Maribor bei. Damit wird der Stadt eine Abwasserbehandlung nach EU-Normen ermöglicht.

Durch Projektmittel, die mittlerweile vollständig ausgereicht wurden, hat die EBWE im Infrastruktursektor bereits beachtliche Ergebnisse erzielt. Dazu zählt beispielsweise ein Darlehen in Höhe von 30 Millionen Euro für ein Projekt zum Wiederaufbau des Straßennetzes in Kroatien, das die Fertigstellung einer wichtigen Verkehrsverbindung zwischen Zagreb und der adriatischen Küste und den Ausbau stark befahrener Strecken finanzierte. Die EBWE hat auch eine Kapitalbeteiligung im Wert von 11,5 Millionen Euro an der Teilprivatisierung des kommunalen Abwasserbehandlungsunternehmens der Stadt Budapest abgeschlossen. Dadurch wurde die Beteiligung privatwirtschaftlicher Unternehmen in einem der wichtigsten Sektoren der ungarischen Volkswirtschaft eingeführt. Im Elektrizitätssektor hat die EBWE ein Darlehen in Höhe von 27 Millionen Euro für das Kraftwerk Orsha in Weißrussland ausgereicht. Damit wurde ein Beitrag zur Modernisierung der Anlage und zur Verbesserung der inländischen Versorgung geleistet.

Kommunal- und Umweltinfrastruktur

Im Jahr 1999 hat die EBWE ihr Engagement im Sektor Kommunal- und Umweltinfrastruktur verstärkt. Sie stellte Finanzmittel im Wert von 161 Millionen Euro für Projekte mit einem Gesamtvolumen von 327 Millionen Euro zur Verfügung. Investiert wurde vor allem in die Bereiche Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und -reinigung, wobei fast 70 Prozent der Zusagen der Bank auf EU-Beitrittsländer entfielen. Zum ersten Mal zeichnete die Bank Projekte im Kommunal- und Umweltinfrastruktursektor in der Tschechischen Republik, in Slowenien und in der Ukraine.

Trotz der Auswirkungen der Finanzkrise in Russland, die in zahlreichen Ländern die finanzielle Kapazität der regionalen und kommunalen Behörden beeinträchtigte, blieben die Zusagen der EBWE auf demselben Niveau wie im Vorjahr. Gegen Ende

des Jahres 1999 hatte die Bank insgesamt 556 Millionen Euro für Projekte im Bereich kommunale Infrastruktur und Dienstleistungen in ca. 125 Städten und Kommunen in 15 Ländern zugesagt.

Im Jahr 1999 stellte die EBWE als erste internationale Finanzinstitution Gelder für kommunale Wasser- und Abwasserunternehmen ohne vollständige Finanzgarantie durch die Städte und Kommunen zur Verfügung. Die Projekte umfassten die Bereitstellung von Finanzmitteln für drei Wasser- und Abwasserunternehmen: ein Darlehen in Höhe von 42,5 Millionen Euro für eine öffentlich-private Partnerschaft im tschechischen Brno, ein Darlehen über 26 Millionen Euro für ein Unternehmen, das gänzlich der polnischen Stadt Bydgoszcz gehört, und ein Darlehen im Wert von 24,7 Millionen Euro für ein Unternehmen, das von der Stadt Timisoara in Rumänien privatisiert werden soll.

In allen drei oben erwähnten Projekten spielte die EBWE eine maßgebliche Rolle bei der Entwicklung von Betreiberverträgen zwischen den jeweiligen Städten und Kommunen und den Wasser- und Abwasserunternehmen. Diese Betreiberverträge setzen Qualitätsstandards für die Bereitstellung der Dienstleistungen und schaffen gleichzeitig wirtschaftliche Anreize für Effizienzsteigerungen. Bei Beteiligung des privaten Sektors stellen sie auch sicher, dass Risiken und Nutzen gerecht auf den öffentlichen und den privaten Partner verteilt sind.

Eines der bedeutendsten Projekte der EBWE war ein Bau-Betrieb-Transfer-Projekt im Wasserwirtschaftssektor. Es handelte sich um das erste Projekt dieser Art in der Region, das in einem internationalen Tendersverfahren ausgeschrieben wurde. Gegenstand des Projekts ist eine Abwasseraufbereitungsanlage im slowenischen Maribor, die im Rahmen eines Bau-Betrieb-Transfer-Vertrags gebaut wird, der zwischen der Stadt Maribor und einem privaten Betreiber abgeschlossen wurde. Dem Vertrag zufolge wurden alle Risiken im Zusammenhang mit Bau und Betrieb der Anlage auf den privaten Sektor übertragen. Die Bank spielte eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung des Bau-Betrieb-Transfer-Ansatzes und



3

- 3 Ein EBWE-Darlehen zur Verbesserung der Schienenwartung bei der staatlichen Eisenbahngesellschaft der Ukraine wird verlässlichere Frachtgüterdienste zu niedrigeren Kosten ermöglichen und die Güter des Landes im internationalen Markt wettbewerbsfähiger machen.
- 4 Eine größere Investition der EBWE ging an KEGOC, die staatliche Stromnetzgesellschaft in Kasachstan. Sie unterstützt die Restrukturierung des kasachischen Stromsektors und fördert die Entwicklung eines effizienten und wettbewerbsfähigen Elektrizitätsmarktes.



4

der Strukturierung der Transaktion. Die EBWE stellte ein Darlehen in Höhe von 28,1 Millionen Euro zur Verfügung, von denen 13,3 Millionen Euro syndiziert wurden, sie mobilisierte technische Hilfe für die Ausschreibung, die Bewertung und das Aushandeln des Bau-Betrieb-Transfer-Vertrags.

Eine weitere wichtige Investition, die die EBWE im Berichtsjahr tätigte, ist das Wasser- und Abwasserprojekt in Kaliningrad in Russland, wo die Bank eng mit der schwedischen Staatsregierung und einigen anderen kofinanzierenden Partnern zusammenarbeitet. Ein EBWE-Kredit in Höhe 17,9 Millionen Euro wird dazu verwendet, die Versorgung der Einwohner der Stadt mit gesundheitlich unbedenklichem und sauberem Trinkwasser zu verbessern, außerdem wird die Verschmutzung der Ostsee erheblich verringert. Ein ähnliches Projekt wurde im ukrainischen Zaporizhzhia durchgeführt, wo ein EBWE-Kredit im Wert von 27,9 Millionen Euro dazu beitragen wird, die Verschmutzung des Flusses Dnjepr zu reduzieren. Mit Hilfe der Gelder werden auch die Effizienz und Qualität der Wasserversorgungs- und Abwasserbehandlungsdienste für die Bevölkerung eines der wichtigsten Industriezentren des Landes verbessert. Die Aufwendungen für beide Projekte sollen durch die Einnahmen aus den Verbrauchergebühren beglichen werden.

Bei allen Operationen förderte die EBWE nach wie vor die Dezentralisierung der Verantwortung für Finanzierung und Bereitstellung der kommunalen Dienstleistungen. Die Bank ermutigte Städte und Kommunen sowie Versorgungsunternehmen, Verantwortung für die Dienstleistungen zu übernehmen und den Wahlkreisen Rechenschaft abzulegen. Sie setzte sich auch weiterhin dafür ein, dass das Vertrauen auf staatliche Zuschüsse finanzieller Eigenständigkeit weicht.

Vor dem Hintergrund der neuen Schwerpunkte im Zusammenhang mit dem Voranbringen des Transformationsprozesses entwickelte die EBWE eine Strategie, die sich die Tatsache zunutze macht, dass die verschiedenen Projekte der Bank und andere Initiativen auf kommunaler und regionaler Ebene ähnliche Ziele verfolgen. In

enger Zusammenarbeit mit reformwilligen Behörden auf lokaler und regionaler Ebene erkundet die Bank Investitionen in eine Vielzahl von Sektoren der kommunalen Infrastruktur und Dienstleistungen, in denen bereits EBWE-Projekte laufen, um die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern.

Transport und Verkehr

Im Jahr 1999 erweiterte die EBWE ihr Portfolio im Bereich Transport und Verkehr um 12 Projekte. Diese Neuzusagen belaufen sich auf insgesamt 315 Millionen Euro, damit umfassen die Projekte der Bank im Bereich Transport und Verkehr 2 Milliarden Euro. Neue Projekte wurden vor allem in den baltischen Ländern und in der GUS, u. a. in der Ukraine und Ländern des Kaukasusgebiets und in Zentralasien, abgeschlossen. Diese Projekte machten über 60 Prozent aller von der Bank in diesem Sektor im Berichtsjahr erteilten Zusagen aus. Sie sind das Ergebnis jahrelanger Bemühungen, dem östlichen Teil der Region zum Fortschritt zu verhelfen.

Die Projekte der EBWE deckten alle wichtigen Bereiche des Verkehrssektors ab, doch der Schwerpunkt lag auch in diesem Jahr im Eisenbahnwesen. Fünf neue Eisenbahnprojekte wurden unterzeichnet, die etwas mehr als die Hälfte der Gesamtzusagen des Jahres 1999 ausmachten. Dazu gehören große Projekte in Kasachstan (64,8 Millionen Euro) und in der Ukraine (51,7 Millionen Euro) zur Modernisierung der Schienenwartung und -erneuerung. Dies ist eine Grundvoraussetzung für die Steigerung der Effizienz im Eisenbahnsektor. In Usbekistan vergab die EBWE ein Darlehen in Höhe von 39,8 Millionen Euro für die Bereitstellung neuer elektrischer Güterzuglokomotiven im Rahmen eines Kofinanzierungspakets, das mit der Asiatischen Entwicklungsbank vereinbart wurde. In Estland wird ein Kredit im Wert von 14,9 Millionen Euro für die Modernisierung des Rangierbahnhofs in Narva verwendet, der die laufenden Investitionen in die Hauptstreckenverbindung zwischen dem Osten und dem Westen des Landes ergänzt, die von der Europäischen Investitionsbank (EIB) finanziert wird.



1

- 1 Ein EBWE-Darlehen an KESH, den albanischen Stromversorger, wird zur Modernisierung der Wasserkraftwerke des Unternehmens beitragen und im Gefolge des Kosovo-Konflikts für eine zuverlässigere Stromlieferung sorgen.
- 2 Der Fonds für Energiewirksamkeit und Gemeinsame Implementierung wird mit Hilfe von EBWE-Finanzierungen in Energiewirksamkeitsprojekte in einer Reihe von Sektoren, unter anderem Fernheizung, öffentliche Beleuchtung und Industrie, investieren.



2

In Aserbaidschan stellte die EBWE dem staatlichen Eisenbahnunternehmen ein Darlehen in Höhe von 20,1 Millionen Euro zur Verfügung, der für den Ausbau der Transkaukasus-Eisenbahnlinie bestimmt ist. Vorbild für dieses Vorhaben ist ein ähnliches Projekt, das 1998 in Georgien gezeichnet wurde. Zusammen mit einer Neuzusage im Wert von 16,1 Millionen Euro für den Fährterminal im Hafen von Baku tragen diese beiden Projekte grundlegend zur Verbesserung der Handelswege nach Europa bei. Sie wurden gemeinsam mit dem Tacis-Programm der EU kofinanziert.

Die Neuzusagen der EBWE für den Eisenbahnsektor sind ein wesentlicher Beitrag zu dem Engagement, das die Bank bereits in der Vergangenheit für die Förderung der Eisenbahn, dem bei weitem wichtigsten Verkehrsmittel der Region, gezeigt hat. Ende 1999 hatte die EBWE Darlehensverträge mit 17 Eisenbahnunternehmen abgeschlossen, darunter alle wichtigen Eisenbahnen in Mitteleuropa und den baltischen Ländern.

Die EBWE zeichnete im Jahr 1999 außerdem ihr erstes privatwirtschaftliches Hafenprojekt. Die Bank stellte ein Darlehen in Höhe von 9,9 Millionen Euro für ein Joint-venture zur Verfügung, das von einem strategischen Investor aus Belgien unterstützt wird. Dabei geht es um den Bau und Betrieb eines neuen Containerterminals im Hafen von Ventspils in Lettland. Außerdem stellte die EBWE dem ungarischen Eisenbahnunternehmen ein Darlehen im Wert von 10 Millionen Euro zur Verfügung, mit dem die Infrastruktur eines Terminals für den kombinierten Verkehr am Stadtrand von Budapest finanziert werden soll. Dabei ist es die Aufgabe des ungarischen Eisenbahnunternehmens, einen strategischen Partner aus der Privatwirtschaft auszuwählen, der den Terminal betreiben soll. Das Projekt wird vom Phare-Programm der EU kofinanziert.

Im Lauf des Jahres 1999 machte die Bank zwei Zusagen für den Straßenverkehrssektor. Die wichtigste war ein Darlehen in Höhe von 66,8 Millionen Euro für die Restrukturierung des Autobahnprojekts M1/M15 in Ungarn. Die EBWE vergab außerdem ein Darlehen im Wert von 10 Millionen Euro an die albanische Staatsregierung. Dies geschah im Rahmen einer internationalen Maßnahme zur Modernisierung der Ost-West-Autobahnverbindung, die Albanien mit dem ehemaligen Jugoslawien und dem übrigen

Südosteuropa verbindet. Die EBWE erwirkte für dieses Projekt Zuschüsse in Höhe von 4,1 Millionen Euro von der italienischen Staatsregierung und der Mitteleuropäischen Initiative.

Im Jahr 1999 wurden zwei neue Flughafenprojekte gezeichnet, darunter ein Darlehen in Höhe von 7,6 Millionen Euro für die zweite Phase der Erweiterung des Flughafens im estnischen Tallinn, die von der EIB kofinanziert wird. Außerdem wurde ein Kredit in Höhe von 3 Millionen Euro für dringende Modernisierungsmaßnahmen am Flughafen der tadschikischen Stadt Chudzand zur Verfügung gestellt.

Elektrizität und Energieversorgung

Mit der Unterzeichnung von vier Projekten im Gesamtwert von 155 Millionen Euro baute die EBWE im Jahr 1999 ihr Engagement im Elektrizitäts- und Energiesektor aus. Erstmals überstiegen die privatwirtschaftlichen Projekte die Transaktionen im öffentlichen Sektor sowohl bezüglich der Anzahl als auch des Volumens der von der Bank bereitgestellten Finanzierungen. Nach der Umsetzung der Reformen im Elektrizitäts- und Energiesektor wird damit der wachsenden Nachfrage nach privaten Finanzierungen Rechnung getragen. Alle Projekte der Bank entfielen auf Länder der frühen und mittleren Übergangsphase.

Eines der wichtigsten privatwirtschaftlichen Projekte der Bank war eine Kapitalanlage in Höhe von 50 Millionen US-Dollar im EIF Group Central and Eastern European Power Fund. Der Fonds investiert in kleine bis mittlere Projekte im Bereich der Erzeugung und Verteilung von Strom und Wärme in Mittel- und Osteuropa sowie in den baltischen Ländern. Der Fonds wird über ein Kapital in Höhe von bis zu 250 Millionen US-Dollar verfügen, das teilweise zur Förderung des Privatisierungsprozesses eingesetzt wird.

Die EBWE stellt Finanzmittel im Wert von 51 Millionen Euro zur Verfügung, mit deren Hilfe Gastransit, eine geschlossene Aktiengesellschaft, die erste ausschließlich privat finanzierte Gasverdichtungsanlage in der südlichen Ukraine bauen will. Mit Hilfe des neuen Verdichters wird der Engpass im Gasübertragungsnetz

überwunden und die Lieferung von russischem Erdgas an die Türkei erleichtert. Damit werden zum ersten Mal in der Ukraine Pipeline-Betreiberdienste auf der Grundlage eines barmittelbasierten Handelsvertrags entsprechend der international üblichen Geschäftspraxis der Energiewirtschaft zur Verfügung gestellt.

Mit einem Firmenkredit in Höhe von 30 Millionen Euro für das vor kurzem privatisierte Verteilungsunternehmen Telasi unterstützte die EBWE die georgische Staatsregierung in ihren Bemühungen, die Verteilung zu privatisieren und die Gebühreneintreibung zu verbessern. Der Kredit wird Telasi in die Lage versetzen, die Verteilung im Bereich der Hauptstadt Tiflis und des Umlandes zu verbessern. Er wird auch dazu beitragen, die Gebühreneintreibung deutlich zu steigern und damit die Voraussetzung für Neuinvestitionen und Modernisierungen im Elektrizitätssektor zu schaffen.

Im öffentlichen Sektor stellte die EBWE dem Betreiber des staatlichen Netzes in Kasachstan 45 Millionen Euro zur Verfügung mit dem Ziel, das Übertragungsnetz landesweit zu verbessern und einen wettbewerbsfähigen Strommarkt zu fördern. Das Projekt wird ferner die Privatisierung von fünf Verteilerunternehmen unterstützen sowie die Entwicklung ordnungsrechtlicher Bestimmungen, die notwendig sind, um weiteres Interesse der Privatwirtschaft zu wecken.

In Albanien vergab die EBWE 30 Millionen Euro an das staatliche Elektrizitätsversorgungsunternehmen KESH zum Zweck der Verringerung von Netzverlusten, der Verbesserung der Wasserkapazität und der allgemeinen Zuverlässigkeit des Stromnetzes. Das Projekt führt auch erstmals die Bewirtschaftung durch einen privaten Betreiber ein, da die Verteilung im Rahmen eines leistungsorientierten Managementvertrags geregelt wird.

Außerdem wirkte die EBWE als Katalysator bei der Privatisierung des Verteilungssystems in mehreren Ländern, u. a. in Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Rumänien und der Ukraine.

Zahlreiche Projekte der Bank im Elektrizitäts- und Energiesektor tragen auf der Angebotsseite zur Steigerung der Energiewirksamkeit und zur Verringerung der Emission von Luftschadstoffen bei. Durch das Stromübertragungsprojekt in Kasachstan werden beispielsweise die Übertragungsverluste und damit auch die Notwendigkeit der Energieerzeugung durch Kohlekraftwerke reduziert, was wiederum eine Verringerung der Kohlendioxidemissionen zur Folge hat. Auch das Telasi-Projekt in Georgien wird zur Minimierung der Verteilungsverluste führen, außerdem wird es die Installation von Stromzählern für die Endverbraucher finanzieren. Im Jahr 1999 gab die EBWE eine neue Geschäftspolitik für den Energiesektor heraus, die auf der Webseite der Bank veröffentlicht wurde, damit die Öffentlichkeit vor Billigung durch das Direktorium Stellung beziehen konnte. In der Geschäftspolitik, die dem Direktorium im Frühjahr 2000 vorgelegt wird, sind die wichtigsten Ziele der EBWE für den Energiesektor umrissen.

Gruppe Industrie und Handel, Zusagen

1999



39

Energiewirksamkeit

Im Jahr 1999 setzte die EBWE die Entwicklung der Schlüsselbereiche Fernwärme und Energiedienstleistungsunternehmen (ESCO) fort, indem sie Projekte im Gesamtwert von 168 Millionen Euro zeichnete, darunter den ersten Aktienfonds für Energiewirksamkeit sowie ein Projekt im Bereich der Energiewirksamkeit der Industrie in Litauen. Allerdings waren die Möglichkeiten für Neuzusagen aufgrund der widrigen Marktbedingungen und der Auswirkungen der Russlandkrise auf den Energiesektor der Länder der frühen und mittleren Übergangsphase beschränkt. Ende 1999 beliefen sich die Gesamtzusagen der Bank im Energiesektor auf 171 Millionen Euro, mit denen Projekte im Wert von insgesamt 464 Millionen Euro unterstützt wurden.

In der Tschechischen Republik, in Ungarn, Polen und Rumänien gründete die EBWE im Lauf des Jahres neue ESCO, die Energie-sparmaßnahmen einführen werden. Durch diese Maßnahmen fallen jedoch keine zusätzlichen Kosten für die Kunden an, da die Rückzahlung der Kredite für die entsprechenden Investitionen durch die Einsparungen finanziert wird. Die neuen ESCO sind neben den Unternehmen tätig, die die Bank bereits in Litauen, der Slowakischen Republik und in der Ukraine gegründet hat. Insgesamt gibt es mittlerweile 14 ESCO, an die bisher über 100 Millionen Euro an Finanzmitteln der EBWE sowie 220 Millionen Euro an Kofinanzierungsmitteln aus der Wirtschaft geflossen sind.

Ein wichtiger Erfolg, den die EBWE im Jahr 1999 erzielte, war die Einrichtung des Energy Efficiency and Joint Implementation Fund, in den die Bank 20 Millionen Euro investierte. Weitere 41 Millionen Euro wurden von privaten Anlegern zur Verfügung gestellt. Der Fonds wird Anlageinvestitionen in Unternehmen tätigen, die Güter und Dienstleistungen zur Steigerung des Energiewirkungsgrades anbieten. Der Fonds setzt außerdem Kapital ein, um Energieeinsparungen zu fördern. Ferner wird der Fonds die Abkommen zum „Emissionshandel“ nutzen, sobald die nationalen Regierungen einen entsprechenden Rahmen dafür verabschiedet und bestätigt haben. Gemäß diesem Abkommen können die Industriestaaten der westlichen Welt die Einhaltung



1



2

1 Angesichts einer steigenden Nachfrage nach Finanzierungen im Sektor Agrarwirtschaft unterzeichnete die EBWE 1999 neun Projekte, unter anderem ein Darlehen an Georgian Wines & Spirits, den führenden Weinexporteur des Landes, das zur Steigerung der Produktionskapazität des Unternehmens beitragen wird.

2 Eine Investition der EBWE in Danone Ciastka, dem führenden Kekshersteller in Polen, wird zur Expandierung des Unternehmens beitragen.

ihrer Quoten zur Reduzierung der Kohlendioxidemissionen erreichen, indem sie Investitionen zur Steigerung der Energieeffektivität in anderen Teilen der Welt finanzieren.

Im Industriesektor stellte die EBWE dem litauischen Wollhersteller Drobe eine Fremd- und Eigenkapitalfazilität in Höhe von 5,6 Millionen Euro zur Verfügung. Die Fazilität wird verwendet, um die Privatisierung, Restrukturierung und Modernisierung des Unternehmens zu finanzieren, und bringt eine beträchtliche Steigerung der Energieeffektivität mit sich.

Im Jahr 1999 profitierte die Geschäftstätigkeit der EBWE im Bereich Energieeffektivität von der Reorganisation der Abteilung Banking. Durch die Restrukturierung wurde die Zusammenarbeit der für Kommunen, Energie und Energieeffektivität zuständigen Stellen verstärkt, so dass die Tätigkeit in den Bereichen Marketing, Produktentwicklung und Entwicklung neuer Projekte besser koordiniert werden konnte. Im Jahr 1999 wurde die Vorbereitung neuer Investitionsprojekte im Sektor Energieeffektivität beschleunigt. Daher wird für die kommenden Jahre eine deutliche Steigerung der Finanzierungszusagen in diesem Bereich erwartet. Dabei wird vermutlich die Einrichtung neuer ESCO im Vordergrund stehen sowie weitere Fortschritte bei der Strukturierung öffentlich-privater Partnerschaften mit kommunalen Fernwärmeunternehmen und eine verstärkte Ausrichtung auf Zentralasien.

Industrie und Handel

Die Gruppe Industrie und Handel wurde 1999 im Zuge der Reorganisation der Abteilung Banking geschaffen. Sie besteht aus vier Banking-Teams: Agrarwirtschaft, Bodenschätze, Immobilien, Tourismus und Schifffahrt sowie Telekommunikation, Informatik und Medien.

Die Einrichtung der Gruppe unterstreicht die Bedeutung von sektorspezifischem Know-how. Eines ihrer Ziele ist die Ermittlung gemeinsamer Aktivitätsgebiete der Teams, die sich vor allem auf die Finanzierung von Projekten im Privatsektor konzentrieren.

Im Jahr 1999 zeichnete die Gruppe 25 Projekte im Gesamtwert von 684 Millionen Euro; dieser Betrag lag um 21 Prozent über dem des Vorjahres. 32 Prozent der Zusagen der EBWE im Jahr 1999 entfielen auf Industrie- und Handelsprojekte.

Der größte Anteil der Zusagen in der Gruppe Industrie und Handel galt dem Sektor Agrarwirtschaft (32 Prozent), es folgten Telekommunikation, Informatik und Medien (26 Prozent), Bodenschätze (26 Prozent) und Immobilien, Tourismus und Schifffahrt (15 Prozent). Insgesamt 29 Prozent der Neuzusagen der EBWE auf dem Gebiet Industrie und Handel entfiel auf Länder der fortgeschrittenen Übergangsphase.

Im Jahr 1999 wurde zunehmend mehr Gewicht auf Projekte im Privatsektor gelegt, die 86 Prozent der gesamten Zusagen der Gruppe während des Jahres und 94 Prozent der geplanten Projekte für das Jahr 2000 ausmachten. Beteiligungsprojekte umfassten einen zunehmenden Anteil der Neuzusagen und beliefen sich auf 25 Prozent der Unterzeichnungen im Jahr 1999.

Zu den innovativsten Transaktionen im Sektor Industrie und Handel gehörten das größte Privatprojekt in der Ukraine (gemeinsam mit Cargill im Nahrungsmittelsektor), das Getreide-Quittungsprojekt in Bulgarien, das allererste private Geschäft in



3 Ein EBWE-Darlehen an Baltika, Russlands führende Brauerei, wird zur Erhöhung der Produktionskapazität und der Entwicklung des Vertriebsnetzes des Unternehmens beitragen.

Turkmenistan (unterzeichnet mit Dragon Oil) und eine russische Goldfazilität. Weitere bedeutende Projekte waren das erste Einkaufszentrum in der Slowakischen Republik und eine Kapitalbeteiligung an Golden Telecom, die erste Aktienneuemission eines russischen und ukrainischen Unternehmens an der NASDAQ seit der Finanzkrise im August 1998. Bis Ende 1999 belief sich der kumulative Gesamtbetrag von Zusagen im Sektor Industrie und Handel auf mehr als 3,9 Milliarden Euro.

Finanzierungen der EBWE haben bereits zu einer Reihe von Verbesserungen im Sektor Industrie und Handel geführt. Zu den Projekten, für die Finanzierungen voll ausgereicht worden sind, gehört ein Darlehen von 26,4 Millionen Euro für die Modernisierung des Telekommunikationsnetzes in der EJR Mazedonien. Infolgedessen wurden etwa 80.000 neue Teilnehmer an das Netz angeschlossen, und moderne Dienstleistungen von hoher Qualität wurden eingeführt. In Polen wurde ein Darlehen der EBWE in Höhe von 9,4 Millionen Euro für den Bau eines neuen Bürokomplexes in Warschau verwendet. Mit Hilfe des fertiggestellten Sienna-Zentrums konnte der schwerwiegende Mangel an modernen Büroräumen in der Innenstadt überwunden werden. Ein ähnliches Projekt in Riga (Lettland), die Finanzierung von Bauarbeiten am Valdemara Zentrum, stellte mehr als 10.000 qm Büro- und Einzelhandelsflächen in erstklassiger Citylage zur Verfügung.

Agrarwirtschaft

Die Nachfrage nach EBWE-Finanzierungen im Sektor Agrarwirtschaft hat 1999 beträchtlich zugenommen und führte zu der bisher höchsten Anzahl von EBWE-Zusagen auf diesem Sektor. Während des Jahres wurden neun Projekte im Gesamtwert von 222 Millionen Euro gezeichnet, gegenüber 1998 eine Steigerung von 28 Prozent. Die meisten dieser Investitionen (82 Prozent) wurden in Russland und in Ländern der frühen/mittleren Übergangsphase getätigt. Bis Ende 1999 belief sich das gesamte Agrarwirtschafts-Portfolio auf 0,87 Milliarden Euro; dies entspricht etwa 6 Prozent des gesamten Portfolios der Bank.

Die hohe Nachfrage lässt sich zum Teil durch die Reihe von Abwertungen im Gefolge der russischen Finanzkrise im August 1998 erklären. Diese Abwertungen belasteten Exporteure nach Russland und anderen GUS-Ländern und belohnten Unternehmen mit lokalen Produktionsfazilitäten, die nicht übermäßig von importierten Rohstoffen abhängen. Das hatte zum Ergebnis, dass die meisten führenden internationalen Agrarfirmen ihre Investitionspläne in der Region beibehielten oder sogar ausweiteten. Diese Tendenz trug dazu bei, dass die EBWE zusätzliche Investitionen mobilisieren und die ersten Syndizierungen in den GUS-Ländern seit der Krise abschließen konnte.

In Russland vergab die EBWE an Baltika, die größte und erfolgreichste Brauerei, ein Darlehen in Höhe von 39,9 Millionen Euro, von denen 7,8 Millionen Euro syndiziert waren. Das Darlehen trägt dazu bei, dass das Unternehmen seine Produktionskapazität an den beiden Fertigungsstätten erweitern und sein Vertriebsnetz auf ganz Russland ausdehnen kann. In der Ukraine vergab die Bank ein Darlehen in Höhe von 43,3 Millionen Euro an die Ölmühle in Dnipropetrowsk, die größte Mahlanlage für Speiseöl im Land. Das Darlehen enthielt eine Syndizierung von 18,1 Millionen Euro an vier beteiligte Banken. Die Finanzierung ermöglicht dem Unternehmen die Erweiterung der Verkäufe von Oleina-Speiseöl, der führenden Marke in Russland und der Ukraine.

Eine Reihe großer internationaler und lokaler Agrarfirmen arbeitete 1999 zum ersten Mal mit der EBWE zusammen. Neben der oben erwähnten Firma Baltika kooperierte die Bank mit Cargill (USA), dem größten privaten Agrarwirtschaftsunternehmen der Welt. Zusammen mit Cargill finanzierte die Bank die Neuan siedlung einer Sonnenblumenölanlage in der Ukraine und stellte in Form von Fremd- und Eigenkapital Finanzierungen in Höhe von 56 Millionen Euro zur Verfügung. In Georgien finanzierte die EBWE die Modernisierung der Firma Georgian Wines & Spirits, die zum Teil der multinationalen Gruppe Pernod Ricard gehört. In Litauen investierte die Bank 11,5 Millionen Euro in die Erweiterung und Modernisierung des größten Molkereibetriebs, Rokiskio Suris, der in amerikanischen, russischen und einheimischen Märkten gut eingeführt ist.



1

1 Ein Darlehen der EBWE an Dragon Oil, eine Öl- und Gasförderungsgesellschaft in der Region des Kaspischen Meeres, wird zu weiteren Investitionen im wichtigsten Sektor der turkmenischen Wirtschaft anregen.

2 Permtext LLC, eine russische Ölförderungsgesellschaft, hat ein EBWE-Darlehen erhalten, das die Entwicklung von Ölfeldern im Uralgebiet unterstützen wird.



2

Die EBWE hat im Jahr 1999 die Zusammenarbeit mit einer Reihe ihrer Kunden ausgebaut. Im Zuge der fünften Investition im Rahmen der 101 Millionen-Euro-Multiprojektfazilität mit der Gruppe Danone erwarb die Bank einen Minderheitsanteil an Danone Ciastka, dem führenden polnischen Kekspanzer. Zusammen mit Carlsberg und in Verbindung mit einem weiteren langjährigen Partner der EBWE, dem Dänischen Investitionsfonds für Mittel- und Osteuropa, tätigte die Bank eine Kapitalinvestition in der litauischen Brauerei Svityrys.

Die EBWE arbeitet weiterhin an der Entwicklung und Erweiterung ihrer Finanzierungsinstrumente für kleine und mittlere Unternehmen. Nach der erfolgreichen Umsetzung des Getreide-Quittungsprogramms in der Slowakischen Republik dehnte die Bank dieses auf Bulgarien aus und hofft, im Jahr 2000 weitere Länder einzubeziehen. Zusammen mit der Europäischen Kommission, polnischen Behörden und lokalen Geschäftsbanken arbeitete die EBWE 1999 an der Entwicklung eines Programms, das die Milchqualität im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsverfahren des Landes verbessern soll.

Im Jahr 1999 erneuerte die EBWE ihr Rahmenabkommen mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Im Rahmen dieses Abkommens stellen die Bank und die FAO verschiedenen Firmen und Regierungsbehörden in der Region technische Hilfe zur Verfügung. Im Kosovo zum Beispiel beteiligten sich die Bank und die FAO gemeinsam am Wiederaufbauprozess, indem sie lokalen Agrarunternehmen Hilfestellung bei der Ausarbeitung von Investitionsplänen und dem Aufbringen von Finanzierungen gaben. Diese Hilfe war Teil einer größeren ländlichen Wiederaufbauinitiative, die auch von der Weltbank und der Europäischen Union unterstützt wird. Weitere Projekte der technischen Zusammenarbeit im Rahmen des Abkommens wurden in Bulgarien, Kroatien, der EJR Mazedonien, Polen und der Ukraine durchgeführt.

Bodenschätze

Der Sektor Bodenschätze erholte sich 1999 deutlich von den negativen Auswirkungen des Preisverfalls im Vorjahr. Investitionen in neue Projekte gingen jedoch weiter zurück, und erst in den letzten Monaten des Jahres nahmen die Anzeichen für Investorinteresse zu.

Im Jahr 1999 unterzeichnete die EBWE Projekte in Russland, der Slowakischen Republik und Turkmenistan in Höhe von insgesamt 180 Millionen Euro. Bis zum Jahresende beliefen sich die Zusagen der EBWE im Sektor Bodenschätze für 30 Projekte auf 1,1 Milliarden Euro.

Im Frühjahr 1999 bewilligte die EBWE eine neue Geschäftspolitik für den Sektor Bodenschätze, die die Reaktionen der Bank auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ihrer Einsatzländer regelt. In Russland zum Beispiel konzentrieren sich die Anstrengungen darauf, den Ölfirmen bei der Verbesserung der Unternehmensführung und des Managements beizustehen. Im Rahmen der Geschäftspolitik werden auch neue Finanzinstrumente angesprochen, mit denen sich einige der schwerwiegenden Probleme im Transformationsprozess angehen lassen. Insbesondere wird die EBWE für Unternehmen in diesem Sektor anspruchsvollere mittelfristige Darlehen von Betriebskapital ausreichen. Die in der Geschäftspolitik dargelegten Hauptziele der EBWE sind die folgenden:

- Vermehrte Beteiligung des Privatsektors und Förderung von strategischen Investitionen in der Öl- und Gasindustrie sowie im Bergbau;
- Abbau von Transportengpässen und Sicherung des Zugangs zu wettbewerbsfähigen Märkten;
- Verbesserung des regulatorischen und institutionellen Rahmens; und
- hohe Standards in Bezug auf Geschäftspraxis und Umweltschutz.



3

3 Die Einzelhandels- und Bürobauentwicklung in der Tschechischen Republik wird durch eine Investition der EBWE in die European Property Group unterstützt.

4 Alpha Properties Group erhielt ein Darlehen der EBWE, das den unterentwickelten kommerziellen Immobiliensektor in Nordpolen fördern wird.



4

In der Region des kaspischen Meeres und in Zentralasien ist die EBWE an der Entwicklung von Inlandöl- und Erdgasvorkommen durch kleine, unabhängige Ölgesellschaften beteiligt. Im Jahr 1999 zeichnete die Bank ihr erstes Bodenschatzprojekt in Turkmenistan, ein Darlehen von 59,8 Millionen Euro an Dragon Oil für die Entwicklung eines Ölfelds. Es soll eine Förderungsmenge von etwa 200.000 Barrel pro Tag erreichen und wird einen wichtigen Beitrag zur Diversifizierung des turkmenischen Exports leisten. Es wird erwartet, dass das Projekt zur Entwicklung ähnlicher Vorhaben in Turkmenistan und in der Region führt.

In der Slowakischen Republik stellte die EBWE eine Finanzierung in Höhe von 30 Millionen Euro bereit, um dem staatseigenen Gasunternehmen Slovenský Plynárenský Priemysel, š.p. die Einführung eines integrierten IT-Systems und die Modernisierung und Ausweitung des Verteilernetzes zu ermöglichen. In Russland bekam Permex LLC ein Darlehen von 25 Millionen Euro zur Entwicklung von Ölfeldern in der Region Perm.

In Mittel- und Osteuropa bemüht sich die EBWE, den Transformationsprozess und den Beitritt zur EU durch Unterstützung der Privatisierung, Umstellung und Modernisierung der Ölindustrie zu fördern. In Kroatien, der EJR Mazedonien, Litauen und Rumänien zum Beispiel arbeitet die Bank eng mit staatlichen Unternehmen, Regierungen und strategischen Sponsoren im Öl- und Gassektor zusammen und unterstützt Projekte für Pipelines, Raffinerien und Verteilungsnetze. Obwohl diese Projekte finanziell komplex sind, leisten sie einen erheblichen Beitrag zum Transformationsprozess in diesen Ländern.

Im Sektor Bergbau bewilligte die EBWE eine Rahmenfazilität bis zu 116 Millionen Euro zur Finanzierung des kurzfristigen Arbeitskapitalbedarfs von Schwemmgoldproduzenten in Russland. Dabei handelt es sich um kleine bis mittlere Unternehmen, die alle relativ bescheidene Mengen von Gold produzieren. Die Fazilität kann insgesamt dreimal jährlich verlängert werden und finanziert die Produktion von bis zu 12 Tonnen Gold. Die ersten Projekte im Rahmen der Fazilität wurden im Dezember 1999 unterzeichnet.

Immobilien, Tourismus und Schifffahrt

Durch die Unterzeichnung von fünf Projekten im Gesamtwert von 102 Millionen Euro stärkte die EBWE 1999 ihre Rolle im Immobiliensektor. Dieser Wert liegt doppelt so hoch wie im Jahr 1998 und bringt den Gesamtwert der EBWE-Projekte im Sektor Immobilien und Tourismus auf 565 Millionen Euro.

In Mitteleuropa konzentrierte sich die EBWE auf Beteiligungs- und Quasi-Beteiligungsfinanzierungen im Immobiliensektor mit dem Ziel, weitere Investitionen des Privatsektors zu ermutigen. In Osteuropa und der GUS lag der Schwerpunkt der Bank nach wie vor auf der Vergabe von Darlehen.

Die erste größere Beteiligungsinvestition im Immobiliensektor war eine Zusage der EBWE in Höhe von 34,3 Millionen Euro an die European Property Group zur Unterstützung bei der Entwicklung kommerzieller Immobilientätigkeit in der Tschechischen Republik. Diese Mittel werden für Investitionen zur Entwicklung von Einzelhandels- und Bürogebäuden eingesetzt und sollen Anstoß zu weiteren Investitionen und mehr Wettbewerb im Immobiliensektor des Landes geben.

Eine weitere Beteiligungsinvestition von insgesamt 13,5 Millionen Euro tätigte die EBWE in TAP Investment Ltd. Durch dieses Projekt wurde die Bank Teilhaber bei einer Reihe bekannter Einzelhandels- und Bürokomplexe in Ungarn, unter anderem dem West End City Centre und dem Polus Centre in Budapest.

In Polen nahm die EBWE ihre erste Direktfinanzierung außerhalb des Warschauer Immobilienmarkts vor und reichte ein Wandelarlehnen in Höhe von 9,4 Millionen Euro an die Alpha Properties Group aus. Das Darlehen leistet einen Beitrag zur Ausweitung der Immobilientätigkeit des Unternehmens in Nordpolen, wo es durch die vollständig in ihrem Besitz befindliche Tochtergesellschaft JWK Invest vertreten ist. Neben gewerblichen Immobilien wird das Projekt auch den Wohnungsbau unterstützen, den die EBWE zum ersten Mal fördert.



1



2

- 1 Ein Projekt der EBWE zur Unterstützung der GSM-Mobiltelefon-dienste in Rumänien trägt zur Erweiterung des nationalen Netzwerks bei und hat beträchtliche Kofinanzierungen mobilisiert.
- 2 Die Investition der EBWE in Golden Telecom, einem führenden Bereitsteller von Telekommunikationsdiensten in der GUS, trägt zur Entwicklung von innovativen Dienstleistungen und zur Erweiterung des Telekommunikationsnetzes bei.

Teilfinanzierung für die Planung, den Bau und Betrieb des Polus Centre in Bratislava stellte die EBWE durch ein vorrangiges Darlehen an Polus Inv. S.r.o., eine von der TrizecHahn Corporation getragene Firma, bereit. Das Zentrum umfasst Einkaufs-, Freizeit-, Büro- und Parkeinrichtungen und leistet einen Beitrag zur weiteren Entwicklung des Sektors gewerbliche Immobilien in der Slowakischen Republik.

In Zentralasien vergab die EBWE ein vorrangiges Darlehen in Höhe von 9,8 Millionen Euro an Samal Properties für die Fertigstellung eines Bürokomplexes in Almaty, Kasachstan. Mehrheitsaktionär des Projekts ist Turan Alem Bank. Es wird erwartet, dass es die Erschließung gewerblicher Immobilien von besserer Qualität in der Stadt anregen wird.

In Aserbaidzhan unterzeichnete die EBWE ihr erstes Projekt im Rahmen ihres Direkten Investmentfondsprogramms, das zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen eingerichtet wurde. Das Projekt besteht aus einer Investition in Höhe von 1,6 Millionen Euro im Silk Road Motel, einem Dreisterne-Motel mit 142 Zimmern südlich von Baku. Obwohl der Betrag relativ klein ist, wird das Projekt eine erhebliche Auswirkung auf den Transformationsprozess haben, weil es eine Finanzierungsstruktur aufweist, die neu für den lokalen Markt ist, und weil es geeignet ist, vor Ort ein Leistungsspektrum in der Dienstleistungsbranche zu entwickeln.

Trotz der Stagnation in den Schifffahrts- und Schiffbauindustrien der Welt während des größten Teils des Jahres 1999 setzte die EBWE die Unterstützung beider Sektoren fort. Bis Ende des Jahres hatte sie Projekte im Gesamtwert von 260 Millionen Euro im Sektor Schifffahrt unterzeichnet, und derzeit überprüft die Bank eine Reihe neuer Projekte. Zu diesen gehören Vorschläge von privatisierten Fluss- und Seeschifffahrtsunternehmen und Flusskreuzfahrtspezialisten sowie eine Anzahl von potentiellen Rückerstattungs-Garantiefazilitäten sowohl für privatisierte als auch für in öffentlicher Hand befindliche Werften.

Im Jahr 1999 zahlte die EBWE 1,9 Millionen Euro im Rahmen einer mittelfristigen Fazilität an JSSC Ukrrihflot aus, ein vollständig privatisiertes Fluss- und Seeschifffahrtsunternehmen in Kiew. Dieser Betrag wurde zum Ankauf von zwei Frachtschiffen von der rumänischen Werft Societatea Comerciala Navol S.A. verwendet und leistete einen Beitrag zur Erneuerung der Flotte des Unternehmens. Außerdem verlängerte die EBWE ihre Unterstützung für die North Western Shipping Company von St. Petersburg durch eine Neuzusage von 3,4 Millionen Euro. Dieser Betrag wird für den Ankauf eines Stückgutfrachters von der Werft Wolgograd (Russland) verwendet.

Telekommunikation, Informatik und Medien

Die EBWE war der führende institutionelle Investor für Projekte im Privatsektor im Telekommunikations-, Informatik- und Medien-sektor (TIM) im Jahr 1999. Insbesondere führte die Bank ihre Unterstützung für die Schaffung hochwertiger, leicht zugänglicher und preisgünstiger Telekommunikationseinrichtungen fort, die für den wirtschaftlichen Erfolg der Region unerlässlich sind. Im Jahresverlauf zeichnete die EBWE sieben Projekte im Gesamtwert von 180,3 Millionen Euro, alle im Privatsektor. Damit erreicht die Gesamthöhe der unterzeichneten Zusagen im TIM-Sektor für 44 Projekte in 20 Ländern 1,3 Milliarden Euro bei Projektkosten von insgesamt 7,3 Milliarden Euro.

Im Jahr 1999 bewilligte das Direktorium der EBWE neue Geschäftsgrundsätze für Telekommunikation, Informatik und Medien. Sie spiegeln die folgenden Ziele der EBWE für den TIM-Sektor wider:

- Förderung der Netzerweiterung, um Telefondienstleistungen und die Servicequalität zu verbessern;
- Förderung von innovativen und fortgeschrittenen Kommunikationsdienstleistungen;
- Beschleunigung des Privatisierungsprozesses;
- Entwicklung des regulatorischen und rechtlichen Rahmens; und
- Entwicklung des Sektors über die grundlegenden Telefondienstleistungen hinaus.



3



4



5

- 3 Ein Darlehen der EBWE an Ózdi Acélművek Kft Minimill, einen Produzenten von Armierungsstahl und Walzdraht in Ungarn, ermöglicht dem Unternehmen die Expandierung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- 4 Eine Investition der EBWE in Saaktsio Sazogadoeba MINA (Ksani), einem Glasflaschenhersteller in Georgien, trägt zum Abschluss der Privatisierung des Unternehmens und zur Verbesserung seiner Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit bei.
- 5 A/O Gap Turkmen, eine Baumwollkörperfabrik, ist Nutznießer des ersten Privatsektorprojekts der Bank in Turkmenistan.

Die EBWE arbeitete weiterhin eng mit anderen IFI zusammen, vor allem der Weltbank und der Europäischen Investitionsbank sowie mit der Europäischen Kommission (EC). Im September unterzeichneten die EBWE und die EC eine Absichtserklärung, um die Entwicklung des Telekommunikationssektors in Mittel- und Osteuropa und der GUS zu fördern. Außerdem arbeitet die Bank mit anderen Institutionen an der Umsetzung der Ziele für den Bereich der Telekommunikation im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa.

Im Jahr 1999 vergab die EBWE Darlehen an GSM-Mobiltelefonunternehmen in Kroatien (22,4 Millionen Euro), der EJR Mazedonien (18,7 Millionen Euro) und Rumänien (10 Millionen Euro), um ihnen bei der Erweiterung ihrer Netze behilflich zu sein. In Kroatien und Rumänien mobilisierte die Beteiligung der Bank Kofinanzierungen in Höhe von 191 Millionen Euro. In der EJR Mazedonien trägt das Projekt der Bank dazu bei, die Telekommunikationsdienste zu erweitern und die wachsende Nachfrage zu befriedigen. Sie entstand ursprünglich durch Aktivitäten im Zusammenhang mit der Krise im benachbarten Kosovo.

In Zentralasien nahm die EBWE ihr erstes Telekommunikationsprojekt in Kasachstan in Angriff und reichte ein Darlehen an Kazaktelecom in Höhe von 49,8 Millionen Euro aus. Das Vorhaben leistet durch die Einbeziehung eines ausländischen strategischen Investors einen Beitrag zur beschleunigten Privatisierung des derzeitigen Betreibers. Es unterstützt weiterhin die Erweiterung und Modernisierung der Telekommunikations-Infrastruktur und die Verbesserung des regulatorischen Umfelds in Kasachstan.

In der GUS tätigte die EBWE außerdem eine Beteiligungsinvestition in Höhe von 32,6 Millionen Euro in Golden Telecom, einem führenden Bereitsteller integrierter Telekommunikationsdienste für Unternehmen und sonstige Großverbraucher in Kiew, Moskau, St. Petersburg und anderen Städten der GUS. Die Investition ermöglicht dem Unternehmen die Erweiterung seines Netzes und

wird die Entwicklung innovativer und neuartiger Dienstleistungen fördern, die für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in der Region unerlässlich sind. In Russland vergab die EBWE an die New Telephone Company ein Darlehen in Höhe von 16,8 Millionen Euro zur Finanzierung von Überlandtelefondiensten in Wladiwostok und GSM-Mobiltelefondiensten für Primorsky Krai im russischen fernen Osten.

Zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen investierte die EBWE 16,9 Millionen Euro im Technologieholding Central and Eastern European Fund, der sich auf Investitionen in KMU im Sektor Information und Kommunikation und Industrieelektronik in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn spezialisiert. Polen erhielt weiter Unterstützung durch eine Garantiefazilität in Höhe von 30 Millionen Euro, die TPSA, dem derzeitigen Betreiber, Zugang zu Finanzierungen der EIB verschafft. Die Beteiligung der EBWE an dem Projekt mobilisierte offizielle Kofinanzierungen in Höhe von 220 Millionen Euro.

Die Bank unterstützte Regierungen in der Region weiterhin bei ihren Reformanstrengungen in Verbindung mit dem Telekommunikations-, Informatik- und Mediensektor. Mittel der technischen Zusammenarbeit werden zur Umsetzung von rechtlichen und regulatorischen Reformprogrammen in Albanien, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Tadschikistan und der Ukraine verwendet.



1



2

- 1 Russische goldproduzierende Unternehmen müssen strikte Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutzkriterien erfüllen, um für Finanzierungen im Rahmen der neuen EBWE-Fazilität für Goldproduktion in Frage zu kommen.
- 2 Ein EBWE-Darlehen an Alkaloid, einen Arzneimittelhersteller in der EJR Mazedonien, verhilft der Firma zu einem GHP-Zertifikat (Gute Herstellungspraxis), einer Vorbedingung für Verkäufe an westliche Länder.

Sonstige Sektoren

Verarbeitungs- und Vertriebsprojekte sind Sache der Ländertteams der EBWE und nicht der oben erwähnten Industriesektorengruppen.

Verarbeitung

Die größte Auslandsinvestition außerhalb des Ölsektors in Georgien war eine EBWE-Zusage in Höhe von 8,8 Millionen Euro an Saaktsio Sazogadoeba MINA, einen Glasflaschenhersteller. Träger des Projekts ist der führende türkische Glasfabrikant Turkiye Sise ve Cam Fabrikalari AS (Sisecam). Die Finanzierung leistet einen Beitrag zum Abschluss der Privatisierung des staatlichen Unternehmens und wird Produktivität, Energiewirksamkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte verbessern. Außerdem wird sie dazu beitragen, die Umweltverfahren auf internationale Standards anzuheben. Kofinanzierung wird von der IFC bereitgestellt.

Im Gefolge des Kosovo-Konflikts stellte die EBWE ein Darlehen in Höhe von 8,7 Millionen Euro an Alkaloid bereit, einen führenden Hersteller von Arzneimitteln, Chemikalien, Kosmetika, Beschichtungen und Kräuterprodukten in der EJR Mazedonien. Dieses Vorhaben ist insbesondere bedeutsam, da es sich um das erste Industrieprojekt handelt, das die Bank in diesem Land ohne einen ausländischen strategischen Investor finanziert hat. Das Darlehen wird zur Modernisierung der Arzneimittel-Produktionsanlagen durch die Einrichtung einer neuen Fazilität verwendet, die den Normen der guten Herstellungspraxis entspricht. Kofinanzierung wird von der IFC bereitgestellt.

Die erste Investition der EBWE im Privatsektor Turkmenistans war eine Finanzierung von 3 Millionen Euro für die Aktiengesellschaft A/O Gap Turkmen, eine Baumwollkörperfabrik. Dabei handelt es sich um die Folgeinvestition einer Finanzierung von 29,4 Millionen im Jahr 1995. Die Kapitalerhöhung von 1999 wird langfristig die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Firma unterstützen und könnte als Modell für weitere ausländische Investitionen in Turkmenistan dienen.

In Rumänien vergab die EBWE ein Darlehen von 8,5 Millionen Euro an Ambro, eine privatisierte Zellstoff- und Papierfabrik. Ambro gehört zur internationalen Verpackungsgruppe Sical. Durch die Bereitstellung neuer Technologien, die die Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf die Kosten und die Umweltstandards verbessern wird, trägt die Investition zu der Restrukturierung des Unternehmens bei (siehe Seite 48).

In Ungarn vergab die EBWE ein Darlehen in Höhe von 10,2 Millionen Euro an Ózdi Acélművek Kft Minimill, den einzigen Hersteller von Armierungsstahl und Walzdraht im Land. Das Darlehen wird für die Teilfinanzierung eines neuen Lichtbogenofens verwendet. Damit können ein Beitrag zur Verbesserung der Kosteneffizienz dieses mittelständischen lokalen Unternehmens erbracht und mehr Arbeitsplätze in einer wirtschaftlich stagnierenden Region geschaffen werden.

Durch ein Darlehen von 5,1 Millionen Euro an AS Imavere Saeveski, eine Aktiengesellschaft, die eines der modernsten Sägewerke Estlands betreibt, hilft die EBWE bei der Erweiterung der Produktionskapazität von Estlands Holz- und Papierindustrie. Der Kredit unterstützt die Entwicklung neuer Technologien, die durch erhöhte Flexibilität der Produktion und der Einführung des Unternehmens in neue Märkte die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens in den Exportmärkten stärken.



3

3 Rokiskio Suris, der größte Käseproduzent im Baltikum, erhielt eine Kapitalanlage der EBWE, die dazu beitragen wird, dass das Unternehmen die Umweltnormen der EU und Litauens einhalten kann.

Umwelt

Die EBWE ist durch ihr Mandat gehalten, in all ihren Aktivitäten eine umweltfreundliche und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Sie erkennt an, dass der Schutz der Umwelt wesentlicher Bestandteil einer soliden Geschäftspraxis ist. Die EBWE setzt ihr Umweltmandat um, indem sie Projekte in Bereichen wie kommunale Infrastruktur und Energiewirksamkeit finanziert (siehe Seite 36-37, Seite 39-40) und bei allen Projekten der Bank die Auswirkung auf die Umwelt einer Prüfung unterzieht.

Im Jahr 1999 wurden 14 Umweltprojekte unterzeichnet. Dafür sagte die EBWE insgesamt 196 Millionen Euro zu. Umweltkomponenten weiterer Investitionsprojekte umfassten die Finanzierung von Technologien zur Verringerung von Emissionen, Abwasserbehandlung und sonstige Aufwendungen für die Umwelt in Verbindung mit Umweltaktionsplänen (UAP).

Untersuchungen im Rahmen der Sorgfaltspflicht für die Umwelt werden in der Regel früh im Projektzyklus durchgeführt, um genug Zeit zur Klärung von Umweltproblemen und Möglichkeiten zur Planung von Entlastungs- und Verbesserungsmaßnahmen zu haben und zu einer Einigung über Vorgehensweisen zu kommen, bevor das Projekt durch das Direktorium der EBWE bewilligt wird. Umweltkonditionen in Verbindung mit Entlastungs- und Verbesserungsmaßnahmen und deren Überwachung werden in die jeweiligen Darlehensverträge aufgenommen.

Dreiundfünfzig Umweltanalysen, darunter eine Umweltverträglichkeitsprüfung und 23 Ökoaudits, wurden 1999 für vom Direktorium bewilligte Projekte durchgeführt. In einigen Fällen waren sowohl Analysen als auch Audits erforderlich.

Bodenschätze

Eine Investition der EBWE in Permtex, einer Ölförderungsgesellschaft in Russland (siehe Seite 43), verfolgte eine Reihe von Umweltzielen. Zu diesen gehörten verringerte Abfacklung und Emissionen in die Umluft, Einhaltung nationaler Normen und Umweltvorschriften der Weltbank sowie der guten Industriepraxis, verbessertes Umwelt-, Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement sowie eine effiziente Nutzung von Gas- und Wasservorräten. Um die Auswirkungen des Projekts auf die Umwelt zu verringern, verwendet das Unternehmen wenig giftige Spülflüssigkeit, moderne Schlammbohrungstechnologie und Richtungs- oder Horizontalbohrung. Eine Gasturbine wird installiert, um das anfallende Gas zur Stromerzeugung für den Eigengebrauch zu nutzen. Die Einführung neuer und umweltgerechter Technologien, Know-how und Verfahren der Ölindustrie wird die Umwelleistung des Unternehmens verbessern und Umweltschäden verringern.

Im Rahmen der Globalfazilität der EBWE für goldproduzierende Unternehmen in Russland (siehe Seite 43), schließt der von Beratern betreute Auswahlprozess für diese Unternehmen Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutzkriterien ein. Unternehmen in der engeren Auswahl werden einer zusätzlichen Prüfung im Hinblick auf Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutz unterworfen. Jedes ausgewählte Unternehmen muß sich einem UAP unterziehen, der festlegt, welche lang- bzw. kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung seiner Leistung erforderlich sind. Alle Kreditvorschläge werden durch die Umweltprüfungsgruppe der EBWE geprüft und müssen durch die Bank bewilligt werden. Während der Laufzeit der Finanzierung durch die EBWE wird die Implementierung der erforderlichen Gesundheits-, Arbeitsschutz- und Umweltmaßnahmen des Unternehmens überwacht.

Im Jahr 1999 wurde ein Programm der technischen Zusammenarbeit (TZ) in Kirgisistan begonnen. Das Ziel war die Einsetzung eines Wirtschaftsrats und Kommunalforums, um Gespräche zwischen interessierten Parteien über ein Zyankalileck im Mai 1998 in Zusammenhang mit dem Kumtor-Goldprojekt (kofinanziert durch die EBWE) zu erleichtern. In Turkmenistan wurde ebenfalls eine TZ-Initiative ins Leben gerufen, um das Land auf mögliche



1



2

Öllecks und Notfallmaßnahmen vorzubereiten. Zu diesem Zweck fand im November 1999 in Zusammenarbeit mit der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) und dem kaspischen Umweltprogramm ein Workshop in Aschabat statt.

Elektrizität und Energie

Vorteile für die Umwelt von 1999 durch die EBWE unterzeichneten Strom- und Energieprojekten waren in der Hauptsache mit Effizienzverbesserungen verbunden. Ein Beispiel ist die Modernisierung der kasachischen Überlandnetz-Gesellschaft KEGOC, die Energieverluste im System und somit die damit verbundenen Emissionen von Luftschadstoffen verringern wird. Ein Darlehen an Telasi, das georgische Stromverteilungsunternehmen, wird durch die Verringerung von Verlusten im System (siehe Seite 39) einen Beitrag zur Verbesserung der Effizienz und Zuverlässigkeit des Verteilersystems in Tiflis leisten. Die Umsetzung eines UAP durch Talesi wird darüber hinaus die Anlagensicherheit verbessern und dazu beitragen, dass internationale Normen im Umweltmanagement erreicht werden.

Zu den Vorteilen für die Umwelt, die sich aus der Investition in den Mittel- und Osteuropäischen Stromfonds der EIF-Gruppe ergeben, gehören wahrscheinlich Effizienzverbesserungen und ein besseres Management der Ressourcen. Beim ersten durch den Fonds finanzierten Teilprojekt geht es um die Neuausstattung eines kohlegefeuerten Kombikraftwerks in Polen, das Daewoo Motors Polska gehört. Die Modernisierung umfasst die Installation von Umweltschutztechnik, unter anderem zur Rauchgasentschwefelung und elektrostatischen Ausfällung. Die Ausrüstung wird die Emission von Schwefeloxiden und Feststoffen erheblich verringern.

Industrie

Ein Darlehen der EBWE an Ambro, eine Zellstoff- und Papierfabrik in Rumänien (siehe Seite 46) wird die Umweltbedingungen in der Anlage verbessern. Auf Grundlage der Ergebnisse von Umweltprüfungen wurde ein UAP entwickelt. Die dreijährige Umsetzung des UAP wird sicherstellen, dass das Unternehmen die rumänischen und EU-Umweltnormen und die Richtlinien der Weltbank einhält. Die Schlüsselkomponente des UAP, die 12 Millionen US-Dollar kosten wird, umfasst Verbesserungen in der Behandlung von Schwarzlauge, Abwässern und Klärschlamm, die Wiederverwendung von Aschenfiltrat, Verbesserungen der Verwaltung im allgemeinen und umweltbezogene Überwachung und Weiterbildung.

Die Investition der EBWE in Alkaloid, einem Verarbeitungsunternehmen in der EJR Mazedonien (siehe Seite 46), werden die Umweltwerte des Unternehmens, gemessen an EU- und Weltbanknormen, in einem Dreijahresprogramm erheblich verbessern. Die Umweltprüfungen im Rahmen der Sorgfaltspflicht ergaben, dass

Alkaloid Investitionen in die Abwasser- und Abfallbehandlung sowie einen Abbau der Luftemissionen benötigt. Eine Reihe weiterer Verbesserungen ist erforderlich, um den internationalen Normen in den derzeitigen Anlagen zu genügen, unter anderem die Einführung eines unternehmensweiten Luftemissions-Überwachungsprogramms, eine Kontrolle der Abwässer, die Modernisierung von Lagereinrichtungen, die Entsorgung von unterirdischen Sammelbehältern und Verbesserungen der Arbeitsschutzprogramme. Diese sind in einem detaillierten UAP aufgelistet, das mit dem Unternehmen vereinbart wurde. Dies wird dazu beitragen, dass das Unternehmen das GHP-Zertifikat (Gute Herstellungspraxis) erhält, das Voraussetzung für Verkäufe in einigen internationalen Märkten ist.

Ein unabhängiges Ökoaudit von A/O Gap Turkmen, in dem die EBWE eine Beteiligungsinvestition vorgenommen hat, bestätigte, dass das Unternehmen den einschlägigen Umwelt- und Arbeitsschutznormen in Turkmenistan sowie auch den Richtlinien der Europäischen Union voll und ganz entspricht. Die eingesetzten Maschinen entsprechen den Arbeitsschutzvorschriften der EU. Gap-Turkmen wird allgemein als modernstes, am besten ausgerüstetes und umweltfreundlichstes in Turkmenistan tätiges Unternehmen angesehen und übt einen erheblichen Demonstrationseffekt auf andere Unternehmen des Landes aus.

Agrarwirtschaft

Eine Investition der EBWE in Rokiskio Suris, einem litauischen Molkereiunternehmen (siehe Seite 41), versetzte es in die Lage, die durch Abwässer der Milchverarbeitung verursachten Umweltprobleme in Angriff zu nehmen. Die Abwässer enthielten viele organische Schadstoffe, insbesondere Molke. Aufgrund der Sorgfaltsprüfungen der Bank untersuchte das Unternehmen alternative Lösungen, unter anderem den Bau einer neuen Abwasserbehandlungsanlage und die Trennung der Flüssigkeitsabfälle zur Gewinnung von Laktose für den Verkauf. Beide Elemente wurden in das UAP des Unternehmens aufgenommen, der Anfang des Jahres 2001 abgeschlossen sein soll. Die EBWE wird jährliche Umweltberichte über die Erfüllung der im UAP eingegangenen Verpflichtungen erhalten.

Ökoaudits und Analysen anderer Agrarwirtschafts-Projekte der EBWE wurden nach Bedarf durchgeführt und führten zur Formulierung von UAP, um sicherzustellen, dass die Anlagen den Anforderungen der Bank entsprechen. Typische Fragen betrafen die Notwendigkeit einer besseren Abwasserbehandlung, der Überwachung des eingeleiteten Brauchwassers, der Verbesserung der Festmüllentsorgung und organisatorischer Angelegenheiten.

Transport und Verkehr

Eine Reihe von durch die EBWE 1999 unterzeichneten Projekten in den Sektoren Eisenbahnen, Straßen und Häfen wird sich vorteilhaft auf die Umwelt auswirken. Zum Beispiel wurde infolge einer

- 1 Zu den EBWE-Projekten im Eisenbahnsektor 1999 gehörte ein Darlehen an die estnische Eisenbahn, die zur Verbesserung der Umweltstandards in Verbindung mit Schienenwartung und Abfallentsorgung beitragen wird.
- 2 Im Rahmen eines durch die EBWE 1999 abgeschlossenen Projekts der technischen Zusammenarbeit wurde eine Reihe potenzieller Projekte zur Verbesserung von Fahrzeugbrennstoffen, Emissionen und Testverfahren in der Einsatzregion der EBWE identifiziert.
- 3 Der Tschernobyl-Sarkophag-Fonds, der durch die EBWE verwaltet wird, finanzierte 1999 die Fertigstellung einer Reihe wichtiger Sicherheitsmaßnahmen im Kernkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine.



3

Sorgfaltsuntersuchung eine wichtige Umweltkomponente in das transkaukasische Eisenbahnprojekt in Aserbaidschan aufgenommen (siehe Seite 38). Verbesserungen einer Tankwagen-Waschanlage ermöglichen den Betrieb bei voller Leistung und stellen sicher, dass das Wasch- und Abwasser-Management effektiv und in Übereinstimmung mit den einschlägigen Umweltnormen ausgeführt wird.

Ein TZ-Projekt zur Verbesserung von Fahrzeugbrennstoffen, Emissionen und Testverfahren wurde von der EBWE 1999 abgeschlossen. Mit der finanziellen Hilfe von EU-Phare prüfte das Projekt die möglichen Finanzierungsgelegenheiten für die Bank und ihre Finanzintermediäre in Verbindung mit der schrittweisen Verringerung von Blei im Benzin, Emissionsstandards für Kraftfahrzeuge und Sicherheitstests. Aufgrund einer anfänglichen Einschätzung aller zehn EU-Beitrittsländer wurden Bulgarien, Litauen und Polen für ausgedehntere Untersuchungen ausgewählt. Dies führte zu einer detaillierten Liste potentieller Investitionsprojekte, die derzeit von der Bank geprüft werden. Dazu gehören: die Modernisierung von Raffinerien und Terminals, die Entgiftung von verschmutztem Boden und Wasser in Raffinerien, Terminals und Tankstellen, Verbesserungen bei Brennstoffuntersuchungen und die Modernisierung von Fahrzeugkontrollsystemen.

Finanzintermediäre

Alle mit Finanzintermediären (FI) verbundenen Projekte sind den Umweltverfahren der EBWE für Finanzintermediäre unterworfen. FI erstatteten der Bank, als Teil der Bewertung ihrer vorgeschlagenen Investitionen, Bericht über mit Teilprojekten verbundene Umweltfragen. Nach der Auszahlung berichten sie über die in ihre Firmengeschäfts- und Kreditvergabetätigkeit eingeführten Umweltverfahren. Mit Rücksicht auf die zunehmende Diversifizierung des FI-Portfolios der EBWE wurden die Umweltverfahren verfeinert und erweitert, um Leasing- und Lizenzgeschäfte sowie die Geschäftstätigkeit im Versicherungs- und Pensionssektor einzubeziehen.

Das gesamte Spektrum von Umweltverfahren und Richtlinienmaterialien für FI wurde in ein elektronisch gespeichertes Umweltverfahrenshandbuch für FI aufgenommen, das sich auf die beste

Praxis und Erfahrungen im Umwelttraining für FI in den letzten Jahren stützt. Es wird erwartet, dass das auf CD-ROM angebotene Handbuch die Handlichkeit, Verbreitung und Zugänglichkeit der Umwelttrichtlinien der Bank für FI erheblich verbessert.

Dreißig FI wurden 1999 im Rahmen des laufenden Umweltschulungsprogramms der Bank ausgebildet, und zwar in Albanien, Aserbaidschan, Bulgarien, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, Tadschikistan, der Tschechischen Republik, Usbekistan und Weißrussland. Infolge des Umweltschulungsprogramms der EBWE gibt es Anzeichen für ein wachsendes Umweltbewusstsein bei den FI und für einen proaktiveren Ansatz bei der Behandlung von Umweltfragen.

Sonstige Initiativen

Der Projektvorbereitungsausschuss (PPC), dessen Sekretariat sich in der EBWE befindet, war weiterhin damit befasst, Kofinanzierungen von Gebern für umweltbezogene Projekte mit den marktgestützten von der EBWE und anderen IFI zur Verfügung gestellten Finanzierungen zusammenzubringen. Im Jahr 1999 organisierte der PPC ein PPC-Treffen für die Teilregion in Bukarest, wo 19 Projekte in Rumänien und Bulgarien den Gebern zur Begutachtung vorgelegt wurden. Außerdem fand ein reguläres PPC-Treffen in London statt, wo den Gebern 40 IFI-Projekte zur Begutachtung vorlagen. Darüber hinaus fand ein auf den Privatsektor orientiertes Treffen in Helsinki statt, um einen potentiellen Beitrag des PPC zur Erhöhung von Investitionen des Privatsektors für Umweltzwecke zu erörtern.



1



2

- 1 Über das von der EBWE verwaltete Reaktorsicherheitskonto wurden Projekte in Bulgarien, Litauen, Russland und der Ukraine durchgeführt; dabei lag der Schwerpunkt auf Sanierungen zum Zweck der kurzfristigen Sicherheit.
- 2 Im Jahr 1999 erklärte die bulgarische Regierung, dass sie sich zur Schließung von vier Blöcken im Kernkraftwerk Koslody verpflichtet.

50

Der Umweltbeirat der EBWE (ENVAC), ein Forum von Umweltexperten aus den Einsatzländern der Bank und OECD-Ländern beriet den Präsidenten und die Mitarbeiter weiterhin über grundsätzliche und strategische Fragen in Verbindung mit dem Umweltmandat der Bank. Im Jahr 1999 trat ENVAC zweimal zusammen, einmal in Krakau, Polen, und einmal im Hauptsitz der Bank. Unter anderem wurde die Rolle der Bank bei der Förderung des EU-Beitritts durch verbesserte Umweltnormen bei industriellen Projekten, die Zusammenarbeit mit Kommunen, Umweltfinanzierungen und globalen Umweltfragen erörtert.

Auf der Jahrestagung der EBWE im April 1999 in London wurde ein gut besuchtes Seminar mit dem Thema „Bessere Umwelt – bessere Geschäfte“ abgehalten. Leiter war Jan-Olaf Willums, leitender Vizepräsident von Storebrand. Beiträge kamen von Kunden der Bank, die für den Banksektor im allgemeinen, Wagniskapital-Investitionen, und den Chemiesektor tätig sind. Willums schloss das Seminar mit der Bemerkung ab, dass sich Investoren zunehmend auf Unternehmen konzentrieren, die sich um die Verbesserung einer bereits guten Umweltleistung bemühen. Auf diesem Gebiet ließen sich erhebliche Wettbewerbsvorteile nutzen und höhere Gewinne erwirtschaften.

Im Jahr 1999 erschienen zwei Ausgaben des EBWE-Bulletins *Environments in transition*. Zu den behandelten Themen gehörten erneuerbare Energien sowie Fahrzeugemissionen und Testverfahren, außerdem enthielt das Bulletin Berichte über spezifische Bankprojekte in den Sektoren Metallurgie, Erdölverarbeitung und Festmüllentsorgung.

Reaktorsicherheit

Die EBWE verwaltet das Reaktorsicherheitskonto (RSK) und den Tschernobyl-Sarkophag-Fonds (TSF) entsprechend den für den jeweiligen Fonds gültigen Bestimmungen. Sie erbringt technische, finanzielle, rechtliche und administrative Leistungen und unterstützt die Projektumsetzung. Die Bank kommt ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber den Beitragszahlern durch Berichte an die Vollversammlungen der Beitragszahler beider Fonds nach. Diese Gremien

beaufsichtigen die Leitung des jeweiligen Fonds, billigen Arbeitspläne, genehmigen die Jahresberichte und fassen Beschlüsse über die Finanzierung der einzelnen Projekte. Die EBWE erhält aus den Fonds eine Vergütung für alle ihr entstehenden Kosten.

Das Reaktorsicherheitskonto

Bei der Münchener Gipfelkonferenz im Juli 1992 boten die Staats- und Regierungschefs der G7 den Ländern Mittel- und Osteuropas ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit ihrer Atomkraftwerke (AKW) an. Es sollte Sofortmaßnahmen in folgenden Bereichen umfassen: Erhöhung der Betriebssicherheit, kurzfristige Verbesserungen der technischen Sicherheit der Kraftwerke auf der Grundlage von Sicherheitsanalysen sowie eine Verschärfung der Überwachungsbestimmungen. Weiterhin sollte im Rahmen dieses Programms eine Grundlage für langfristige Sicherheitsverbesserungen geschaffen werden. Zu diesem Zweck sollte der mögliche Aufwand einer Ersetzung von weniger sicheren Kraftwerken durch die Entwicklung alternativer Energiequellen sowie einer effizienteren Nutzung von Energie eingeschätzt und das Potenzial für technische Verbesserungen an Kernkraftwerken neuerer Bauart untersucht werden.

Die G7-Länder befürworteten die Einrichtung eines zusätzlichen multilateralen Mechanismus, der Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebssicherheit und der technischen Sicherheit in Angriff nehmen sollte, die nicht durch bilaterale Programme abgedeckt sind. Sie forderten die internationale Gemeinschaft auf, sich an der Finanzierung dieser Arbeiten zu beteiligen. Im Februar 1993 schlugen die G7-Länder offiziell vor, dass die EBWE ein Konto für Reaktorsicherheit eröffnen solle, auf das Beiträge der Geberländer eingezahlt werden könnten, die für Zuschüsse für Sicherheitsprojekte in der Region verwendet werden sollten. Kurze Zeit später hat die Bank das RSK eingerichtet.

Die Bank erarbeitet Projekte und legt sie einer Vollversammlung der Beitragszahler zur Annahme vor. Insgesamt waren bis zum 31. Dezember 1999 von der Europäischen Gemeinschaft und 14 Ländern Zusagen in Höhe von 260,6 Millionen Euro eingegangen (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten von Amerika).

Aktivitäten des RSK

Das RSK hat Reaktoren mit hohem Risiko (WWER-440/230 und RBMK-Reaktoren) Priorität eingeräumt. Erstrangiges Ziel war die Verringerung ursprünglicher Mängel bei Konstruktion und Betriebssicherheit durch Investitionen für Ausrüstungen für kurzfristige Sicherheitsmaßnahmen mit dem Ziel, die Sicherheit für einen beschränkten Zeitraum bis zur Stilllegung zu verbessern. Es ist zu Absprachen mit den betreffenden Ländern über Bedingungen für die Einführung neuer, auf gründlichen Sicherheitsanalysen basierender Überwachungssysteme, über die Entwicklung des Energiesektors sowie die vorzeitige Stilllegung von Hochrisiko-Reaktoren aus Gründen der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit gekommen.

Bis zum 31. Dezember 1999 wurden von der Vollversammlung der Beitragszahler Projekte in Bulgarien, Litauen, Russland und der Ukraine gebilligt. Die betreffenden Regierungen, die EVU und die EBWE unterzeichneten entsprechende Zuschussvereinbarungen. Nahezu alle Projekte zur kurzfristigen Verbesserung der Sicherheit wurden erfolgreich abgeschlossen. Das RSK konzentriert sich nunmehr darauf, die Stilllegung des AKW Tschernobyl in der Ukraine zu unterstützen. Die vollständige Einhaltung der Beschaffungsgrundsätze und -verfahren der Bank führte zu einem effizienten Einsatz der Fondsmittel. Das ursprüngliche Budget wurde voll und ganz eingehalten.

Das langsame Reformtempo in einigen Ländern im Tätigkeitsbereich des RSK wirkte sich negativ auf den Übergang zu einer höheren Sicherheitskultur bei den Kernkraftwerken aus. Der Beitritt zur EU hat jedoch in den Beitrittsländern zu Stilllegungsentscheidungen geführt, die im großen und ganzen den vertraglichen Regelungen in den Zuschussvereinbarungen des RSK entsprechen. Die Europäische Kommission gab ihre Absicht bekannt, die Folgen solcher Stilllegungen in Kosloduj (Bulgarien), Ignalina (Litauen) und Bohunice (Slowakische Republik) jeweils mit einem Zuschuss von 200 Millionen Euro über einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren abzufedern. Die EBWE wurde in diesem Zusammenhang gebeten, einen multilateralen Fonds zur Unterstützung dieser Stilllegungen zu verwalten.

Bulgarien

Das aus RSK-Mitteln finanzierte Projekt zur Verbesserung der Sicherheit im AKW Kosloduj wurde komplett umgesetzt und Ende 1998 vollständig in Dienst gestellt. Im Umfeld von Gesprächen über den Beitritt zur EU hat die bulgarische Regierung im November 1999 ihre Verpflichtung bekanntgegeben, die Blöcke 1 bis 4 zum frühestmöglichen Zeitpunkt stillzulegen, womit sie

die im Juni 1993 eingegangene vertragliche Verpflichtung in der Zuschussvereinbarung über 24 Millionen Euro erfüllt. Die Blöcke 1 und 2 sollen definitiv vor 2003 abgeschaltet werden und die Blöcke 3 und 4 vor den früher ins Auge gefassten Stilllegungszeitpunkten 2008 und 2010. Die endgültigen spezifischen Zeitpunkte sollen bis zum Jahr 2002 festgelegt werden.

Litauen

Ein im Februar 1994 unterzeichnetes Projekt für 20 kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit für das AKW Ignalina (2 RBMK-1500-Reaktoren) im Wert von 34,8 Millionen Euro wurde bis zum Ende 1999 im wesentlichen abgeschlossen.

Im Juli 1999 hat die litauische Behörde für Reaktorsicherheit (VATESI) eine an 20 Gültigkeitsbedingungen geknüpfte Betriebs-erlaubnis für Block 1 für einen beschränkten Zeitraum von 5 Jahren erteilt. Diese Betriebserlaubnis berücksichtigt die Diagnosen und Empfehlungen internationaler Fachleute, die im wesentlichen auf den Ergebnissen einer vom RSK finanzierten eingehenden Sicherheitsbewertung im Wert von 8 Millionen Euro aufbauen.

Im Zuschussabkommen hat sich die litauische Regierung dazu verpflichtet, den Betrieb der beiden Blöcke in dem AKW nicht über den Zeitpunkt hinaus zu verlängern, zu dem die Druckkanäle ausgewechselt werden müssen. In seiner im Herbst 1999 gebilligten Energiestrategie hat das litauische Parlament dieser vorzeitigen Außerdienststellung entsprechend den vertraglichen Regelungen in der Zuschussvereinbarung zugestimmt. Der Block 1 in Ignalina wird demgemäß vor 2005 stillgelegt, Block 2 folgt zu einem späteren Zeitpunkt. Dabei wird der Altersunterschied zwischen beiden Blöcken berücksichtigt. Dieser spätere Zeitpunkt wird bis 2004 in der nächsten Energiestrategie spezifisch festgelegt werden.

Russland

Bis Ende 1999 hatte das AKW Leningrad (4 RBMK-1000 Reaktoren) Zuschüsse in Höhe von 30,4 Millionen Euro erhalten. Gleichzeitig hatten Rosenergoatom und die AKW Nowoworonesh und Kola (4 WWER-440/230-Reaktoren) gemäß den im Juni 1995 unterzeichneten Vereinbarungen Zuschüsse von 45,1 Millionen Euro erhalten. Diese Projekte sehen unter anderem 41 kurzfristig umzusetzende Sicherheitsverbesserungen vor. Nach der Finanzkrise in Russland 1998 trug die zusätzliche Finanzierung für örtlich lieferbare Güter und Dienstleistungen zur beschleunigten Fertigstellung nahezu aller Sicherheitsvorkehrungen in den AKW Nowoworonesh, Kola und Leningrad bei. RF Gosatomnadsor erhält Einzelunterstützung durch einen Zuschuss in Höhe von

1,5 Millionen Euro. Diese Mittel helfen bei der Einhaltung international üblicher Verfahrensweisen beim Zulassungsprozess kurzfristiger Sicherheitsvorkehrungen mit der Unterstützung von Organisationen für die technische Sicherheit.

Die RSK-Vereinbarungen sehen außerdem die Einführung neuer ordnungsrechtlicher Bestimmungen für zehn ausgewählte Blöcke mit RBMK- und WWER-400/230-Reaktoren vor, die nach eingehenden Sicherheitsüberprüfungen erfolgen soll. Gemäß dem Abkommen erteilen die russischen Behörden erst dann längerfristige Betriebsgenehmigungen für diese Blöcke bis zum Ablauf der ursprünglich konzipierten Nutzungsdauer, wenn die Anlagenbetreiber nachweisen können, dass die Sicherheitsstandards der Kraftwerke den international anerkannten Sicherheitsgrundsätzen und -leitlinien sowie den üblichen Verfahrensweisen entsprechen. Beim Programm für Genehmigungsverfahren in Russland kam es 1999 zu weiteren Verzögerungen.

Zusätzlich dazu wurde die Erarbeitung eines Mindestkostenplans für Investitionen für die Entwicklung entsprechender Bereiche im russischen Energiesektor in Angriff genommen.

Ukraine

Im Jahr 1999 wurden Ausrüstungen für Sicherheitsmaßnahmen im AKW Tschernobyl in Dienst gestellt, die gemäß einem im November 1996 unterzeichneten Projekt über 118 Millionen Euro angeschafft worden waren. Es war Bestandteil eines umfassenden Programms, das – wie in der Absichtserklärung der Ukraine und der G7/Europäischen Gemeinschaft vorgesehen – die Entscheidung der Ukraine für die Stilllegung des AKW Tschernobyl bis zum Jahr 2000 unterstützt.

Das RSK-Projekt befasst sich mit den Vorbereitungen für die Stilllegung der Blöcke 1, 2 und 3. Zu diesem Zweck werden eine Aufbereitungsanlage für radioaktive Abwässer und ein Zwischenlager für abgebrannte Brennstäbe eingerichtet. Weiterhin sieht das Projekt kurzfristige Sicherheitsvorkehrungen für Block 3 vor, die noch vor Stilllegung zu treffen sind. Die sicherheitsbezogenen Ausrüstungen dafür wurden 1998 angeliefert.

Verträge für Einrichtungen zur sicheren Lagerung abgebrannter Brennstäbe und zur Behandlung radioaktiver Abwässer wurden im Sommer 1999 unterzeichnet. Beide voll betriebsfertigen Anlagen sollen bis 2002 fertiggestellt sein. Es wird erwartet, dass die Hälfte der Vertragssumme durch lokale ukrainische Unterauftragnehmer erbracht wird.

Der Tschernobyl-Sarkophag-Fonds

Bei der G7-Gipfelkonferenz in Denver 1997 befürworteten die G7, die Europäische Gemeinschaft und die Ukraine die Schaffung eines zusätzlichen multilateralen Mechanismus zur Bereitstellung von Mitteln an die Ukraine. Dieser sollte das Land bei der Umwandlung des vorhandenen Sarkophags in Tschernobyl in ein sicheres und umweltstabiles System unterstützen. Die dafür vorgesehenen Massnahmen sind im „Sarkophag-Durchführungsplan für Block 4“ vom 31. Mai 1997 dargelegt. Die G7-Länder und die Europäische Gemeinschaft sagten 300 Millionen US-Dollar zu und riefen verantwortungsbewusste Regierungen und weitere Geber dazu auf, sich der Initiative anzuschließen, um die vollständige Implementierung des Durchführungsplans zu ermöglichen.

Der Plan wurde im Frühjahr 1997 gemeinsam vom Tacis-Programm der EU und dem amerikanischen Energieministerium erarbeitet. Er legt Verfahrensweisen für die Entscheidung zugunsten bestimmter technischer Varianten vor, ohne eine endgültige technische Entscheidung vorzunehmen. Die wichtigsten technischen Ziele wurden in 297 Operationen entwickelt, die preislich festgelegt und in den Projektplan aufgenommen wurden. Aus letzterem ergibt sich, dass bis zum Abschluss des Durchführungsplans acht bis neun Jahre benötigt werden; die Aufwendungen dafür belaufen sich auf ca. 760 Millionen US-Dollar.

Im September 1997 stimmte das Direktorium der EBWE der Übernahme der Aufgaben des Fondsverwalters durch die Bank zu. Sie nahm die Fondsbestimmungen im November 1997 an. Bei der Beitragskonferenz in New York im November 1997, die unter dem gemeinsamen Vorsitz des ukrainischen Präsidenten Kutschma und des US-Vizepräsidenten Gore veranstaltet wurde, erklärten sich 13 neue Geberländer bereit, dem Beispiel der G7-Staaten und der Europäischen Gemeinschaft zu folgen und Zusagen für den TSF einzugehen. Der TSF nahm im Dezember 1997 seine Tätigkeit auf, nachdem die erforderliche Mindestanzahl von acht Beitragszahlern entsprechende Beitragsvereinbarungen mit der EBWE getroffen hatte.

Bis zum 31. Dezember 1999 hatten die Europäische Gemeinschaft und 21 weitere Staaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Japan, Kanada, Kuwait, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz, Spanien, Ukraine, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten) Beiträge von insgesamt 393 Millionen US-Dollar für den Sarkophag-Durchführungsplan geleistet. Darüber hinaus stellten Island, Polen¹, Portugal und die Slowakische Republik insgesamt 3,5 Millionen US-Dollar zur Verfügung.

¹ Am 11. Januar 2000 wurde Polen Vollmitglied der Vollversammlung der Beitragszahler.

Jüngste Aktivitäten im Rahmen des Sarkophag-Durchführungsplans

Der grundlegende institutionelle Rahmen für das Komplexprojekt im Zusammenhang mit dem Sarkophag ist nunmehr fertiggestellt worden. Dazu bedurfte es einer konzentrierten Anstrengung und enger Zusammenarbeit mit der ukrainischen Regierung.

Im Februar 1999 hat das Ministerkabinett der Ukraine eine Verordnung unterzeichnet, mit der – entsprechend der Wiener Konvention – einer „Reaktorgarantie“ für alle am Sarkophag-Projekt beteiligten Auftragnehmer zugestimmt wurde. Das bewirkte, dass die konventionelle Versicherung wirksam wird und alle Teilnehmer am Projekt vollständig abgedeckt sind. Die im Dezember 1998 gesetzlich geregelte Steuerbefreiung für den Sarkophag-Durchführungsplan trat im zweiten Quartal des Jahres 1999 in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt erlangten die benötigten Durchführungsverfahren Wirksamkeit.

Die Sachleistungen der Ukraine schließen die Schaffung der Projektinfrastruktur und die Bereitstellung von Dienstleistungen sowie die Finanzierung der in den Durchführungsplan integrierten ukrainischen Projekte ein. Sie stellte im Juli 1999 die Büroräume für das Projekt und im letzten Quartal des Jahres dringend benötigte Mittel zur Verfügung. Wichtig ist, dass der Haushaltsentwurf der Ukraine für das Jahr 2000 nunmehr einen gesonderten Posten für den Sarkophag-Durchführungsplan enthält. Die wirksame Partnerschaft mit den Behörden der Ukraine wird auch in Zukunft von entscheidender Bedeutung für die Schaffung eines Umfelds sein, das einen effizienten Fortgang des Projekts begünstigt.

Durch die im Juli 1999 unterzeichnete fünfte Zuschussvereinbarung wurden 111 Millionen Euro für die Lieferung von Ausrüstungen und die Erbringung verbundener Dienstleistungen für den Sarkophag-Durchführungsplan bereitgestellt und damit die Summe der Zuschüsse auf 265 Millionen Euro angehoben. Der Beschaffungsplan für die Projektausrüstungen und die bauliche Infrastruktur werden derzeit erarbeitet bzw. errichtet. Ungefähr 98 Prozent der Beschaffung erfolgt über öffentliche Ausschreibungen.

Im Dezember 1999 wurden die Notreparaturen an den Trägern abgeschlossen, die die Dachkonstruktion über dem Sarkophag stützen. Damit wurde der unmittelbar drohende Einsturz abgewendet. Aus der Sicht des Umweltschutzes ist diese genau vor Winterbeginn beendete Reparatur auf jeden Fall die wichtigste Leistung des abgelaufenen Jahres.

Die Hauptbestandteile der ersten Phase des Sarkophag-Durchführungsplans sind technische Prüfungen und Untersuchungen. Sie sind nunmehr zu über 60 Prozent fertiggestellt. Die Vorbereitungen für den Übergang zum zweiten Abschnitt des Projekts sind bereits in vollem Gange. Sie werden Mitte 2000 anlaufen und umfassen eine neue Struktur für die Projektorganisation und größere Verträge für Bauleistungen.

Nach dem Protokoll der Gipfelkonferenz in Köln vom Juni 1999 haben die G7-Länder die Initiative ergriffen und eine zweite Beitragskonferenz organisiert. Sie soll in der ersten Jahreshälfte 2000 stattfinden. Diese zeitgemäße Initiative hat auch die volle Unterstützung der Nicht-Mitglieder der G7 in der Vollversammlung der Beitragszahler. Sie wird die Durchführung neuer Zuschussvereinbarungen ermöglichen und das Projekt voranbringen. Das spielt für seinen zeitigen und effizienten Abschluss eine entscheidende Rolle.

Bewertung von Bankprojekten

Die Projektbewertung ist die Einschätzung abgeschlossener Projekte und Programme durch die systematische Analyse ihrer Produktivität bzw. Ergebnisse im Vergleich zu den geplanten oder erwarteten Ergebnissen. Außerdem umfasst sie eine Bewertung der Projektkategorien und Erfahrungsstrukturen durch thematische und sektorbezogene Studien.

Die Abteilung Projektbewertung (*Project Evaluation Department/PED*) der EBWE bemüht sich festzustellen, inwieweit die Projekte der Bank einem breiten Spektrum von Zielen gerecht werden, und bewertet auf diese Weise die Auswirkung der Bank auf den Transformationsprozess. Sie sucht einschlägige Lehren aus den abgeschlossenen Projekten der EBWE zu ziehen und nutzt die Erfahrungen anderer internationaler Finanzinstitutionen, um einen Beitrag zur Gestaltung zukünftiger Projekte zu leisten. Um aus den Erfahrungen während des Projektzyklus zu lernen, versucht sie außerdem, laufende Projekte und bestehende Programme zu bewerten.

Durch die unabhängige Projektbewertung werden Objektivität und Transparenz sichergestellt.

Bewertung von Projekten

Der Projektbewertungsprozess findet ein bis zwei Jahre nach vollständigem Mittelabfluss statt. Bisher erstellte die Abteilung 97 Berichte zur Leistungsbewertung von Projekten (*Operation Performance Evaluation Review/OPER*) im privaten und öffentlichen Sektor; das entspricht 39 Prozent der 248 Projekte, die für eine Nachbewertung in Frage kamen. Außerdem hat sie 101 Einschätzungen von ausführlichen Überwachungsberichten (Eigenbewertung von Projekten durch Projektleiter) durchgeführt, um deren Ergebnisse zu validieren. Durch die OPER-Berichte und diese Einschätzungen wurden 198 Projekte abgedeckt bzw. 78 Prozent der für eine Bewertung in Frage kommenden Projekte. Bis Ende 1999 hatte die EBWE Mittel für 496 Projekte bereitgestellt, von denen 40 Prozent bewertet oder eingeschätzt wurden.

Neben den OPER-Berichten über Investitionen und Projekte im öffentlichen Sektor hat die EBWE auch Bewertungen großer Projekte der technischen Zusammenarbeit (TZ), Thema- und Auswirkungsstudien sowie mittelfristige Überprüfungen von Bankaktivitäten durchgeführt. Seit 1993 wurden insgesamt 142 Bewertungsberichte angefertigt.

Auswirkungen auf den Transformationsprozess und die allgemeine Transformationswirksamkeit der EBWE

Um zu beurteilen, ob die EBWE im Einklang mit ihrem Mandat vorgegangen ist, konzentriert die PED ihre Bewertung auf die Transformationswirkung von Projekten auf einen bestimmten

Sektor und auf die Wirtschaft insgesamt. In den letzten Jahren hat die Bank Verbesserungen der Methoden erreicht, mit denen die Transformationswirkung eines Projekts eingeschätzt und im Stadium der Konzeptfreigabe (im voraus) und ein bis zwei Jahre nach der Auszahlung (nachträglich) eingestuft wird.

Einstufungen der Transformationswirksamkeit von nachträglich bewerteten EBWE-Projekten im Zeitraum 1996-1999

	Negativ %	Keine %	Niedrig %	Niedrig-negativ %	Mittelmäßig %	Hoch %	Mittelmäßig-hoch %	Gesamtzahl der bewerteten Projekte
1996	0	0	23	23	63	14	77	35
1997	0	6	25	31	42	28	70	36
1998	4	8	14	26	43	31	74	49
1999	4	10	8	22	52	26	78	50
1996-97	0	3	24	27	52	21	73	98
1996-98	2	4	20	26	48	26	74	120
1996-99	3	6	16	25	49	26	75	170

Um die Auswirkung auf den Transformationsprozess zu bewerten, wenden erfahrene Mitarbeiter ein analytisches Verfahren an, bei dem sie jedes Projekt mit Hilfe von Reformindikatoren¹ prüfen. Die Ergebnisse dieser Prüfung können dann genutzt werden, um die Gesamtleistung der Bank in diesem Bereich einzuschätzen.

Die Ergebnisse des Jahres 1999 spiegeln die Leistung der EBWE-Projekte aus früheren Jahren wider. Daher ist die zugrundeliegende mittelfristige Tendenz wichtiger als die Ergebnisse in einem besonderen Jahr. Die Ergebnisse bis Ende 1999 zeigen, dass die Transformationsauswirkung von 75 Prozent der im Zeitraum 1996-99 bewerteten Projekte zwischen „mittelmäßig“ und „hoch“ eingestuft wurde. Angesichts der relativen Unreife des bewerteten Portfolios und des problematischen regionalen Umfelds ist dies ein relativ gutes Ergebnis. Die Transformationsauswirkung von insgesamt 26 Prozent der in diesem Zeitraum bewerteten Projekte wurde mit „hoch“ bewertet, das gleiche Ergebnis wie für den Zeitraum 1996-98.²

Die Einschätzung von Projekten deutet darauf hin, dass die Transformationsauswirkungen in einigen Fällen besser sein könnten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig anzumerken, dass die bewerteten Projekte in der Mehrzahl im Zeitraum 1991-97 vorbereitet wurden und dass die EBWE erst seit 1996 die Transfor-

¹ Für Unternehmen/Kunden, Industriezweig/Sektor und die Volkswirtschaft im allgemeinen gibt es einen Satz von sieben Reformindikatoren: Wettbewerbsfähigkeit, Markterweiterung, Privateigentum, Rahmenbedingungen für die Märkte, Weitergabe von Kenntnissen, Demonstrationseffekt und Normen für die Unternehmensführung. Diese Indikatoren hat die Volkswirtschaftliche Abteilung der EBWE gemeinsam mit der PED entwickelt.

² Die ReformEinstufungen vor diesem Zeitraum waren noch nicht genau genug, und die Prüfliste der Reformindikatoren war noch nicht vollständig entwickelt.

Gesamte Transformationswirksamkeit bewerteter EBWE-Projekte im Zeitraum 1996-99

	Nicht erfolgreich %	Teilweise erfolgreich %	Erfolgreich %	Sehr erfolgreich %	Erfolgreich/ Sehr erfolgreich %	Gesamt zahl der bewerteten Projekte
1996	14	31	43	11	54	35
1997	11	42	36	11	47	36
1998	22	20	53	4	57	49
1999	22	24	46	8	54	50
1996-97	13	37	39	11	50	98
1996-98	17	30	45	8	53	120
1996-99	18	28	45	8	53	170

mationsauswirkung zunehmend in den Mittelpunkt gestellt hat. Diese Schwerpunktverlagerung ergab sich aus der Notwendigkeit, Projekte mit größeren Auswirkungen auf den Transformationsprozess auszuwählen, und wird sich voraussichtlich in Zukunft in besseren Einstufungen der Transformationsleistung niederschlagen.

Die Gesamteinstufung der operativen Leistung der EBWE in der Tabelle oben wird wegen des hohen Stellenwerts, der der Transformationsauswirkung zukommt, als allgemeine „Transformationswirksamkeit“ der EBWE bezeichnet. Die Tabelle berücksichtigt allerdings ebenfalls die Leistungseinstufungen im Hinblick auf „Additionalität“, Umweltleistung, Erfüllung der Ziele und die Investitionsleistung der Bank. Sie zeigt, dass der prozentuale Anteil der als „erfolgreich“ oder höher eingestuften Projekte sowohl im Zeitraum 1996-98 als auch im Zeitraum 1996-99 mit 53 Prozent konstant geblieben ist. Allerdings hat sich infolge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in den Einsatzländern der Bank der Anteil der „nicht erfolgreichen“ Projekte von 13 Prozent im Zeitraum 1996-97 auf 18 Prozent im Zeitraum 1996-99 erhöht.

Die in der Tabelle oben analysierten Projekte sind ein repräsentatives Beispiel der für eine Bewertung geeigneten Projekte. Auf der Grundlage dieser Bewertungsarbeit hat das Portfolio eine akzeptable Qualität beibehalten, und die EBWE hat seit ihrer Gründung ihr Mandat erfolgreich umgesetzt. Ein Bereich, der noch zu wünschen übrig lässt, sind die finanziellen Ergebnisse der Projekte. Sie ließen sich durch weitere Fortschritte bei der Projekteinschätzung verbessern.

Die Bedeutung früherer Erfahrungen

Das Projektbewertungsverfahren soll nicht nur sicherstellen, dass die EBWE sich an ihr Mandat gehalten hat (Rechenschaftspflicht). Darüber hinaus ist es wesentlich, dass der Prozess es erlaubt, wertvolle Lehren aus Erfahrungen bei früheren Projekten zu ziehen. Die Weitergabe dieser Lehren innerhalb der Bank versetzt die Banker in die Lage, zukünftige Projekte zu verbessern (Qualitätssteuerung). Ein großer Teil der Arbeitszeit ist der Weitergabe der Bewertungsergebnisse an Bankmitarbeiter gewidmet, und zwar schon zum Zeitpunkt der Projekteinschätzung, und den Workshops, in denen Erfahrungen ausgewertet werden. Auf diese Weise wird das Gelernte auf angemessene Weise genutzt und kann in die Gestaltung und Struktur neuer Projekte einfließen.

Zusammenarbeit der multilateralen Entwicklungsbanken (MEB) im Bereich Bewertung

Über die Gruppe Zusammenarbeit bei Bewertungen (*Evaluation Cooperation Group/ECG*) arbeitete die PED weiterhin eng mit den Bewertungsabteilungen anderer MEB zusammen. Die Gruppe wurde 1996 aufgrund des Berichts der Taskforce zu MEB gegründet, die vom ministeriellen Entwicklungsausschuss ins Leben gerufen worden war. Eine Schlüsselempfehlung der Taskforce war, dass die MEB Kriterien, Mechanismen und Verfahren für die Bewertung von Ergebnissen verschiedener Bewertungseinheiten harmonisieren sollten. In den letzten Jahren hat die ECG zur Stärkung von Partnerschaften unter den Bewertern der MEB beigetragen. Teilnehmer sind die EBWE, die Weltbank, die Internationale Finanz-Corporation (IFC), die drei anderen regionalen Entwicklungsbanken (die Asiatische Entwicklungsbank, die Afrikanische Entwicklungsbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank) und die Europäische Investitionsbank. Daher wurden Fortschritte bei der Harmonisierung und Verbesserung von Methoden zur Bewertung von Projekten sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor erzielt.

Im Jahr 1999 schlossen die ECG-Mitglieder Arbeiten zur Maßstabsetzung bei Bewertungen ab, die zur Harmonisierung der angewendeten Kriterien beigetragen haben. Die Festsetzung von Normen guter Praxis für Bewertungen im Privatsektor war eine besondere Leistung der ECG im Berichtsjahr. Sie wird weiterhin an den verbleibenden Unterschieden in der Bewertungspraxis arbeiten, zu denen bestimmte Aspekte der Bewertung im öffentlichen Sektor und der Entwicklung von Institutionen gehören. Die ECG wird ihre Bemühungen fortsetzen, die beste Praxis zu identifizieren, die Bewertungskapazitäten in Einsatzländern zu fördern, Bewertungsergebnisse vergleichbarer zu gestalten und sie in operative Normen umzuwandeln.

Beispiele für die Bewertung von EBWE-Projekten

Projekte mit positivem Ergebnis

Kreditlinie und nachrangiges Darlehen an neu gegründete Privatbank

Im Jahr 1995 vergab die EBWE an eine neu gegründete Privatbank in einem baltischen Land eine Kreditlinie in Verbindung mit technischer Hilfe. Später (1998) wurde ein nachrangiges Darlehen bewilligt. Die PED kam zu dem Schluss, dass die gründliche Projektvorbereitung und -einschätzung der Bank zur Qualität des Management-Teams und dem Engagement für beste Praxis der Unternehmensführung beigetragen hat. Auf diese Qualitäten legte die EBWE bei der engen Zusammenhang mit der Bank großen Wert, und sie versetzten das Institut in die Lage, mehrere schwierige Perioden in der Entwicklung des Finanzsektors der baltischen Länder zu überstehen. Die Bank hat sich zu einer leistungsfähigen Institution mit wesentlicher Auslandsbeteiligung entwickelt. Nach Ansicht der PED kommt der Bank inzwischen bei Dienstleistungen für lokale Unternehmen eine wichtige Rolle zu. Ihr Erfolg hat zum Wettbewerb im Sektor beigetragen, die Stabilität und Nachhaltigkeit des gesamten Bankingsektors verbessert und den Transformationsprozess vorangebracht. Das Engagement der EBWE in dieser Finanzinstitution spielte bei diesen positiven Entwicklungen eine wichtige Rolle.

Projekte im Bereich Kommunal- und Umwelteinfrastuktur (KUI)

Die EBWE hat in den letzten vier Jahren in Estland Kredite in Höhe von 10,2 Millionen Euro für die Finanzierung von Wasser- und Abwasserinvestitionen vergeben. Dies geschah in Form eines staatlich garantierten Darlehens an Wasserversorgungsunternehmen im Besitz von 12 kleinen Kommunen. Ein privatisiertes zentrales Versorgungsunternehmen wurde ausgewählt, um Teildarlehen für den lokalen Einsatz weiterzuleiten. Finanzierung aus Mitteln der technischen Zusammenarbeit (TZ) unterstützen ein Partnerschaftsprogramm zwischen einer größeren nordischen Stadt und den Wasserversorgungsunternehmen; dabei ging es um Schulung auf allen Ebenen. Die PED stellte fest, dass die institutionellen Reformen gut vorangekommen sind und dass dies letztendlich Estlands Beitritt zur Europäischen Union unterstützt. Umweltziele wurden ebenfalls auf angemessene Weise erfüllt. Darüber hinaus war die gründliche Projektüberwachung der EBWE maßgeblich daran beteiligt, dieses vielschichtige Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Projekte im Bereich Energiewirksamkeit

Bei einem Projekt im Bereich Energiewirksamkeit in Mitteleuropa ging es darum, ein großes Heizungsanlage- und Wartungsunternehmen zu Anfang der Nach-Privatisierung in ein rentables, marktorientiertes Energiedienstleistungsunternehmen (ESCO) zu verwandeln. Dieses Projekt wurde mit der Unterstützung einer gesamteuropäischen Versorgungs- und Dienstleistungsgruppe als Träger mit einer klaren Expansionsstrategie in den neuen östlichen Markt erfolgreich abgeschlossen. Die EBWE stellte die Finanzierung für die ESCO bereit, bei der es zunächst darum ging, durch den Umstieg von Öl auf Gas in kommunalen und öffentlichen Gebäuden Energiewirksamkeitsverbesserungen zu erreichen.

Eine völlig neue Bank für Darlehen an Mikrounternehmen

Die EBWE ist Mitbegründer einer neuen Bank für Darlehen an Mikrounternehmen in Osteuropa, die vor allem Kredite an kleine Unternehmer im Handels- und Dienstleistungsbereich ausreichen wird. Zu den weiteren Trägern zählen internationale und bilaterale Finanziere und Berater, die zu Anfang das Management übernommen hatten. Eine mittelfristige Überprüfung durch die PED bestätigte vor kurzem ausgezeichnete Anfangsergebnisse nach lediglich zwei Jahren Geschäftstätigkeit. Man kam jedoch zu dem Schluss, dass wirkliche Nachhaltigkeit zunehmende Marktengagements erfordert. Die neue Bank hatte Darlehen an fast 2.000 Mikro- und Kleinunternehmen vergeben, und der Anteil überfälliger Rückzahlungen liegt immer noch bei unter einem Prozent. Kreditsachbearbeiter und Zweigstellenmanager waren lokal ausgebildete Mitarbeiter, die leitenden Manager kamen mit Unterstützung durch technische Hilfe aus dem

Ausland. Nach Ansicht der PED unterstützten interne Systeme und Schulung von hoher Qualität die ausgezeichnete Produktivität der Kreditvergabe. Die durch Zuschuss gestützte Kapitaldeckung wurde als erreichbar betrachtet. Schließlich könnte dies zögernde Geschäftsbanken davon überzeugen, dass die Mikrokreditvergabe sich rentieren kann. TZ-finanzierte Beratung, erhebliches Eigenkapital und Darlehen aus dem Ausland zu Vorzugsbedingungen haben die neue Bank unterstützt. Die PED ist der Ansicht, dass die verbleibende Herausforderung für die Bank darin besteht, ihre Abhängigkeit von solchen Zuschüssen zu vermindern. Die Einlagetätigkeit ist noch im Anfangsstadium und benötigt beträchtliche Investitionen in die Banking-Infrastruktur, um zu expandieren. Mittel- bis langfristig wird mehr Unterstützung durch Finanzintermediäre gebraucht, um die Eigenständigkeit der Bank zu ermöglichen.

Projekte mit weniger positivem Ergebnis

Restrukturierung eines großen Industriekomplexes

Die EBWE stellte einem großen Maschinenbauunternehmen in einer Stadt mit einem einzigen Betrieb ein beträchtliches Darlehen zur Verfügung. Da der Umsatz der Firma infolge des schwierigen Investitionsklimas zurückging, sollte das EBWE-Projekt ihr einigen Spielraum verschaffen. Es wurde erwartet, dass infolge technischer Beratung durch westliche Industrieunternehmen tiefgreifende Unternehmensreformen folgen würden. Der Marktabschwung dauerte jedoch an. Da das Unternehmen der beherrschende lokale Arbeitgeber war – eine Situation wie in vielen anderen Städten der Region – bedeutete die groß angelegte Restrukturierung eine Aufteilung des Unternehmens. Eine tiefgreifende Restrukturierung hätte zum Abbau vieler Arbeitsstellen geführt. Da für die Abfederung der sozialen Folgen keine nennenswerten Mittel zur Verfügung standen, stießen diese Pläne auf starken politischen und gesellschaftlichen Widerstand. Daher wurde eine umfassende Restrukturierung fallengelassen, und die derzeitigen Manager nahmen einen bescheidenen Rückbau der Kapazitäten vor, ohne radikalere Reformen in Angriff zu nehmen. Die PED kam zu dem Schluss, dass die EBWE es bei der Einschätzung dieses Projekts unterlassen hatte, einige unüberwindliche gesellschaftliche, politische und im Managementbereich angesiedelte Probleme zu identifizieren. Dazu kam das Fehlen eines robusten Reformplans und eines engagierten Trägers, dessen Kapital gefährdet war – nach Ansicht der PED zwei erhebliche Nachteile. Zur Milderung der sozialen Folgen des Stellenabbaus hätte ein Plan erarbeitet werden müssen, da die Erfahrungen zeigten, dass sehr große Unternehmen dieses Typs in Städten mit nur einem Betrieb ohne einen solchen Plan zögern, Reformen in Angriff zu nehmen.

Minderheitskapitalanlagen in bestehenden großen Geschäftsbanken

Als die EBWE einen Minderheitsanteil an einer führenden Geschäftsbank in einem der größten Transformationsländer erwarb, erwartete man, dass die Investition der Bank durch die Präsenz der EBWE im Aufsichtsrat zu einer verbesserten Unternehmensführung führen würde. Außerdem wurde erwartet, dass das Projekt sich als attraktiv für zusätzliche Finanzierungen und möglicherweise Investitionen durch andere westliche Investoren erweisen würde. Das Engagement der EBWE fiel jedoch mit vermehrten Schwierigkeiten der Bank zusammen, und die EBWE war nicht in der Lage, die Entwicklung zu beeinflussen. Vier Jahre später wurde der Bank die Lizenz entzogen, und die EBWE verlor ihre gesamte Investition. Die PED zog folgende Schlüsse:

- Bei der anfänglichen Einschätzung der Bank hatte die EBWE zuviel Gewicht auf die Kapitalausstattung der Bank und die guten Agentur-Ratings sowie die günstigen Berichte in den Medien gelegt.
- Die Maßnahmen zur Abfederung von Risiken griffen nicht direkt, sondern hingen von der Koordinierung und Zusammenarbeit mit anderen Projekten ab, die entweder nicht wie erhofft verwirklicht wurden oder nicht mit den allgemeineren Zielen der EBWE in diesem Bereich übereinstimmten.

Thematische Lehren aus der Investitionstätigkeit

Im Sinne der Offenlegungspolitik der EBWE beziehen sich die oben dargestellten Einsichten sowohl auf positive als auch negative Aspekte von EBWE-Projekten der letzten Jahre. Sie sollen dazu beitragen, die Gesamtqualität des zukünftigen Portfolios der Bank zu steigern, indem sie Mitarbeiter aller Ebenen in die Lage versetzen, sowohl aus positiven als auch aus negativen Projekterfahrungen zu lernen.

Der Bankensektor in Russland

Unternehmensführung

Obwohl die Förderung guter Unternehmensführung eines der wichtigsten Ziele vieler EBWE-Projekte und ein Schlüsselement der Geschäftspolitik der Bank für den Bankensektor in Russland ist, hat eine Reihe von Projekten nicht den akzeptierten Normen entsprochen und den Ruf der Bank aufs Spiel gesetzt. Vor allem im Bereich der Finanzinstitutionen waren unwirksam arbeitende Institute sowohl Symptom als auch Ursache. Von Anfang an hatte die EBWE auf einige Projekte im russischen Bankwesen zu wenig Einfluss, um echte Chancen zu haben, Fragen der formellen Führung zu beeinflussen, insbesondere in Situationen, wo die Bank lediglich als Gläubiger auftrat.

Strategischer Ausgangspunkt sind gründliche analytische Kenntnisse des Bankensystems und seines Hintergrunds, seiner Entwicklung und Daseinsberechtigung

Bei der Analyse mehrerer EBWE-Projekte im russischen Finanzsektor stellte sich heraus, dass man offenbar annahm, der neue russische Bankensektor würde eine intermediäre Rolle vergleichbar mit der in der traditionellen Marktwirtschaft übernehmen. Der starke Einfluss des planwirtschaftlichen Erbes und der dramatischen Banken- und Unternehmensreformen kurz vor dem Fall des Kommunismus auf den russischen Bankensektor fand nicht genug Beachtung.

Interpretation der Anzeichen für eine überhöhte staatliche Kreditaufnahme

Das Fehlen normaler Kredittransaktionen in der realen Wirtschaft stellt ein hohes Risiko dar, wenn die Höhe von Staatsanleihen auf nicht vorhandene Regelungen für die Erfassung angemessener Steuern oder anderer Staatseinnahmen verweist und die Höhe der Investitionen in Staatspapiere durch Finanzinstitutionen das normale Maß überschreitet. Es ist für die EBWE unerlässlich, gründliche Kenntnisse über die Wirtschaft insgesamt zu haben, da wichtige gesamtwirtschaftliche Signale ihr dabei helfen können, Investitionen in Bereiche mit hoher Auswirkung auf den Transformationsprozess zu lenken.

Währungsrisiko

Die EBWE muss ihre Strategie zur Steuerung von Währungsrisiken erneut analysieren und dabei den Bedürfnissen der Wirtschaft in den einzelnen Einsatzländern mehr Aufmerksamkeit schenken. Dazu gehört auch ein breit gefächertes Interesse für lokale Kapitalmarktendenzen und -entwicklungen. Es ist besonders misslich, wenn Empfänger von Finanzierungen der Bank Mittel an den internationalen Finanzmärkten neu anlegen, um Währungsrisiken zu vermeiden, und auf diese Weise die Auswirkung der EBWE-Finanzierungen auf die Wirtschaft des jeweiligen Landes verringern. Währungsrisiken können durch die Aufwertung der Währungen von Einsatzländern und durch die Akzeptanz längerer als ursprünglich vorgesehener Zeiträume für die Kreditvergabe-tätigkeit der EBWE aufgefangen werden.

Kontrolle der Mittelverwendung durch Institutionen

Trotz der „Fungibilität“ der Finanzressourcen von Banken ist es dennoch von grundsätzlicher Bedeutung, dass die Bank sich energisch um gute Informationen, Kontrollmöglichkeiten oder Zusicherungen bemüht, um zu wissen, wie ihre Mittel voraussichtlich genutzt werden, wenn sie in Finanzinstitutionen investiert. Es ist äußerst wichtig, sich zu vergewissern, dass die Finanzierungen der Bank spekulative Aktivitäten nicht ermutigen. Es ist eine Tatsache, dass die internationalen Märkte eine Investition der EBWE in eine Finanzinstitution (sei es ein Darlehen oder eine Kapitalanlage) als eine Form der Risikoabfederung betrachten. Deshalb ist es wichtig zu versuchen, ein bestimmtes Maß an Kontrolle über den verbesserten Zugang zu ausländischen Finanzierungen auszuüben, zu dem das Engagement der Bank in einer Finanzinstitution Anlass geben kann.

Bewertung von Minderheitspositionen in Banken vor ihrer Übernahme

Wenn die EBWE mit dem Ziel der Förderung guter Unternehmensführung eine Minderheitsposition in einer Finanzinstitution übernimmt, muss sie sicherstellen, dass in diesem Bereich gute Aussichten für Fortschritte bestehen. Ein Zugehen auf andere Aktionäre mit übereinstimmenden Zielsetzungen und die ausführliche Darlegung dieser Zielstellungen in einer Aktionärsvereinbarung sind hierbei wichtige Schritte.

Restrukturierung von Großunternehmen

Reform von Großunternehmen und Abfederung politischer und führungsbezogener Sachzwänge

Die EBWE hat die Erfahrung gemacht, dass die umfassende Restrukturierung von Großunternehmen die volle Unterstützung der örtlichen Behörden erfordert, um die sozialen Folgen des Stellenabbaus zu verringern. Ohne diese Unterstützung werden sich solche Unternehmen radikalen Reformen energisch wider-

setzen. Eine weitere Voraussetzung für den Erfolg der Restrukturierung ist ein neues und kompetentes Management, das von den Eigentümern voll und ganz unterstützt wird. Es müssen auch Konzepte für das Abfangen der negativen sozialen Folgen des Stellenabbaus vorliegen. Die EBWE bemüht sich um eine Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und Finanzinstitutionen wie der Weltbank, um anhand einiger sorgfältig ausgewählter Projekte zu zeigen, wie Großunternehmen erfolgreich restrukturiert werden können. Von den meisten dieser Projekte wird erwartet, dass sie die Unterstützung neuer strategischer Industrieträger haben.

Weit verbreitete Bartergeschäfte und die Effizienz der Märkte

Weit verbreitete Bartergeschäfte verzögern den Transformationsprozess. Projekte, die die Reform von Fertigungsunternehmen unterstützen, werden dadurch einem Risiko ausgesetzt. Marktorientierte Preisgestaltung und Kostenrechnungen sowie zugunsten von Transparenz und Rechenschaftspflicht verbesserte Rechnungslegungs- und Prüfungsvorschriften sind Gebiete, auf denen die EBWE die Standards verbessern kann. Selbst diese Maßnahmen sind jedoch ungeeignet, weit verbreitete Bartergeschäfte zu unterbinden. Folglich könnte es sich für die Bank als notwendig erweisen, Projekte in Sektoren und Industrien zu vermeiden, in denen das Bartergeschäft blüht, so in der Fahrzeugindustrie.

Unterstützung der Reform von Großunternehmen

Eine direktes Eingreifen der EBWE zur Unterstützung der Reform von Großunternehmen in Russland nach der Privatisierung wird sich unter den gegenwärtigen Umständen als schwierig erweisen. Der Anreiz für Direktinvestitionen durch westliche Unternehmen ist – zumindest kurzfristig – gering. Derzeit sind Großunternehmen durch Gesetze daran gehindert, ausländischen Eigentümern und Führungskräften die Mehrheitskontrolle zu überlassen, selbst wenn betriebliche Reformen dringend nötig sind. Die EBWE sollte für ihre Investitionen in Großbetrieben unter anderem folgende Bedingungen stellen:

- volle Rückendeckung durch die betreffenden zentralen und lokalen Behörden, die sich auf vorangehende Gespräche und Vereinbarungen stützt;
- die Kontrolle wird kompetenten TurnAround-Managern überlassen. Im Lauf der Zeit Einbeziehung eines strategischen Investors oder Abgabe an reformbereite Besitzer in Form von langfristigen auf Anreizen basierenden Managementverträgen; und
- abgestimmte Aktionspläne, unter anderem Methoden zur Milderung der sozialen Folgen von Restrukturierungen und des sich daraus ergebenden Abbaus von Arbeitsstellen.

Finanzierung für Mikro- und Kleinunternehmen (MKU)

Die Ziele der EBWE bei der Finanzierung von MKU

MKU-Projekte sollten klar definierte Ziele haben, um Unsicherheiten bei der Durchführung und Überwachung des Projekts und etwaige Effizienzverluste zu vermeiden. Außerdem sollte jedes derartige Projekt eine klar definierte Zielgruppe haben. Es erfordert Kredittechnologie, hinreichende Ressourcen, eine Reihe von Vertretern und mehrere Zielsetzungen. Die Erfüllung dieser Anforderungen trägt zu einer effektiven Strukturierung der Transaktion und Überwachung bei. Außerdem erleichtert sie den allmählichen Abbau der Zuschusselemente der TZ und Kapitalfinanzierung im Einklang mit angemessenen Zeitplänen und gemäß dem Mandat der EBWE.

Vorsichtiges Vorgehen bei nicht-kreditgebundenen Investitionen

Investitionen in Systeme und Infrastruktur von neu gegründeten MKU-Banken in einem Umfeld ohne die übliche Infrastruktur können als zeitlich begrenzte Versuche gerechtfertigt sein, allerdings dann nicht in größerem Umfang, wenn sie von Subventionen oder hohen Margen in unzureichenden Märkten abhängig sind. Erträge für angebotene Konten, Überweisungen und Privatkundendienstleistungen können Eignerverbände oder strategische Allianzen mit Geschäftsbanken als Alternativen zu Investitionen in selbstständige Banksysteme und -infrastruktur rechtfertigen.

Projekte in der Kommunal- und Umweltinfrastruktur (KUI)

Größenvorteile bei der Finanzierung kleiner Kommunen durch starke einheimische Intermediäre

Die Bereitstellung von KUI-Finanzierungen für kleine Kommunen über einheimische Intermediäre kann bei der Steuerung der Projektvorbereitung und -durchführung von Größenvorteilen profitieren. Das ermöglicht stärkere Auswirkungen auf den Transformationsprozess.

KUI-Programme und die Auswahl von einheimischen Finanzinstitutionen

Für die Auswahl von Finanzintermediären sollten Ausschreibungen oder andere Arten der Auftragsvergabe mit eindeutigen Wettbewerbsmerkmalen genutzt werden. Die ausgewählte Bank oder das Institut sollte klar und strategisch auf den kommunalen Markt orientiert und in der Lage sein, Kommunen und ihre Versorgungsbetriebe so zu bedienen, dass die erweiterten einheimischen Kapitalmärkte unterstützt werden.

Finanzierung von Investitionen in die Wasser- und Abwasseranlagen kleiner Kommunen

Die Weiterleitung von Finanzierungen an kleine lokale Versorgungsbetriebe über einen zentralen Intermediär kann KUI-Investitionen und institutionelle Veränderungen auf effiziente Weise fördern. Die wettbewerbskonforme Auswahl von Intermediären ist der Auftragsvergabe aufgrund von Verhandlungen allgemein vorzuziehen. Durch EBWE-Projekte sollte versucht werden, Kommunen in den Finanzmarkt und die marktgerechte Auftragsvergabe einzubinden und so die Verwirklichung zu unterstützen.

KUI-Programme und Leistungsüberwachung auf Teilkreditnehmerebene

KUI-Programme sollten für die Leistungsüberwachung der Teilkreditnehmer sorgen, so dass einheimische Intermediäre ermutigt werden, diesen Prozess fortzusetzen und die Kriterien den einheimischen Gegebenheiten anzupassen.

Sonstige geschäftliche Aktivitäten

Kofinanzierung

Gemäß dem Übereinkommen zur Errichtung der EBWE ist die Bank verpflichtet, bei ihrer Geschäftstätigkeit andere Finanzierungsquellen heranzuziehen. Die wichtigsten Kofinanzierungspartner der Bank sind:

- Geschäftsbanken: durch Beteiligungen an EBWE-Darlehen, Übertragungen, Anleihen, Paralleldarlehen und Kreditlinien;
- offizielle Kofinanzierungsinstitutionen wie Regierungsbehörden und bilaterale Finanzinstitutionen: durch Bereitstellung von Zuschüssen, Paralleldarlehen und Kapitalbeteiligungen;
- Exportkreditgesellschaften (ECA): durch Direktfinanzierung, Exportkredite und Garantien für Investitionsversicherungen;
- Internationale Finanzinstitutionen (IFI): durch Staatskredite und Privatarlehen für größere Projekte oder Vorhaben in Ländern, in denen es bisher keinen Zugang zu privaten Quellen gibt.

Für die Einsatzländer der EBWE bietet die Kofinanzierung zwei Vorteile: Die Kreditnehmer werden an die internationalen Kapitalmärkte herangeführt, gleichzeitig werden ausländische Direktinvestitionen gefördert. Bei der Wahl der Kofinanzierungspartner sind stets die spezifischen Bedürfnisse und Wünsche des Kunden zu berücksichtigen; möglicherweise hängt die Entscheidung davon ab, ob es sich um ein Projekt des privaten oder öffentlichen Sektors handelt, oder von den besonderen Marktbedingungen, die die kommerziellen und offiziellen Kofinanzierungspartner vorfinden.

Im ganzen Jahr 1999 waren die Konditionen an den Märkten für Schuldtitel für die meisten Schwellenländer äußerst schwierig. Private Finanzinstitutionen waren kaum zur Vergabe langfristiger Kredite an Länder in der frühen oder mittleren Übergangsphase bereit. In diesen Ländern verringerten die Geschäftsbanken viele ihrer Kredit- oder Länderobergrenzen, was zu einer vermehrten Abhängigkeit von offiziellen Kofinanzierungsquellen, insbesondere internationalen Finanzinstitutionen (IFI), führte. Vor allem galt dies für Russland. Der Verfall des Marktvertrauens wirkte sich auch auf fortgeschrittene Transformationsländer aus und führte zu strikteren Konditionen.

Infolge dieser schwierigen Marktbedingungen fiel das Gesamtvolumen der von der EBWE mobilisierten Kofinanzierung 1999 auf 1,5 Milliarden Euro, im Gegensatz zu 1,9 Milliarden Euro im Vorjahr. Allerdings nahm insgesamt die Anzahl der Kofinanzierungspartner leicht zu, und die Bank passte sich dem schwierigen Geschäftsumfeld durch die Bereitstellung flexibler und innovativer Kofinanzierungslösungen an.

Die EBWE arbeitete im Jahr 1999 mit 51 Geschäftsbanken aus 13 Ländern zusammen. Die Kofinanzierungsmittel dieser Banken beliefen sich auf insgesamt 324 Millionen Euro zur Unterstützung von 19 Projekten. Sechs Exportkreditgesellschaften brachten entweder durch Direktkredite, Versicherung gegen politische Risiken oder im Rahmen ihrer Garantiesysteme insgesamt

Kofinanzierungsquellen, nach Wert

1999



Art der Kofinanzierungsmittel, nach Wert 1999

	Mio Euro
A/B-Darlehen ¹ /Beteiligungen	324
Paralleldarlehen	172
Garantien	190
Direktkredite/Garantien/Versicherungen von ECA	210
Darlehen von internationalen Finanzinstitutionen	359
Garantien von internationalen Finanzinstitutionen	30
Beteiligungskapital	37
Zuschüsse	143
Gesamt	1.465

¹ Ein A/B-Darlehen wird von der EBWE zum Teil aus eigenen Mitteln finanziert (Teil A), der Rest wird an einen kommerziellen Kreditgeber syndiziert (Teil B).

Unterstützung durch Kofinanzierung für Projekte im privaten und staatlichen Sektor 1999

	Anzahl	Gesamte Projektkosten Mio Euro	EBWE-Finanzierung Mio Euro	Kofinanzierung Mio Euro	Kofinanzierung %
Privatsektor	44	3.939	585	852	58
Staatlicher Sektor	14	1.269	415	613	42
Gesamt	58	5.208	1.000	1.465	100

210 Millionen Euro an Kofinanzierungsmitteln auf. Exportkreditgesellschaften waren an sechs Projekten in fünf Ländern beteiligt.

Offizielle kofinanzierende Organisationen (ausgenommen Exportkreditgesellschaften) nahmen im Jahr 1999 an 37 Projekten teil und trugen insgesamt 601 Millionen Euro bei. Kofinanzierungen durch andere internationale Finanzinstitutionen in Form von Darlehen, Beteiligungen und Garantien für 21 Projekte beliefen sich auf insgesamt 407 Millionen Euro. Sonstige offizielle Quellen kofinanzierten 22 Projekte in Höhe von 194 Millionen Euro.

Kommerzielle kofinanzierende Organisationen

Im gesamten Jahresverlauf 1999 betrachteten die meisten kommerziellen Kofinanziers das politische und wirtschaftliche Umfeld in Russland als höchst instabil. Dies wirkte sich erheblich auf die Kofinanzierungsanstrengungen der EBWE in den am meisten von der wirtschaftlichen Lage in Russland betroffenen Ländern aus, namentlich in der GUS und bei den Handelspartnern Russlands. Viele kommerzielle Kofinanziers waren gezwungen, sich vor allem auf die ihnen in fortgeschritteneren Ländern zur Verfügung stehenden Kreditvergabe-möglichkeiten zu konzentrieren.

Unter den kommerziellen Kofinanziers stellten die Geschäftsbanken im Jahr 1999 den größten Anteil an Kofinanzierungen bereit. Einige nennenswerte Beispiele für die flexible Reaktion der Bank auf die Herausforderungen des Umfelds waren:

- eine gemeinsam mit ABN AMRO Bank NV vereinbarte aus mehreren Quellen stammende Finanzierung in Höhe von 105 Millionen US-Dollar für MobiFon SA, Rumänien, eine GSM-Telefongesellschaft. Zur Finanzierung gehörten zwei Tranchen einer Exportkreditfinanzierung, Mittel der Nordischen Investitionsbank und ein Konsortialdarlehen kommerzieller Kreditgeber;
- eine gemeinsam mit der Royal Bank of Canada Europe Limited vereinbarte aus mehreren Quellen stammende Finanzierung in Höhe von 65 Millionen US-Dollar an Europort, Polen, für ein Getreideterminale in Gdansk. Dazu gehörten Exportkreditfinanzierungen, Mittel der Nordischen Investitionsbank und ein Konsortialdarlehen kommerzieller Kreditgeber;
- verschiedene syndizierte vorrangige und nachrangige Darlehen für Banken in den baltischen Ländern, Bulgarien und Slowenien in Zusammenarbeit mit Instituten wie ABN AMRO Bank NV, Bankgesellschaft Berlin AG, RZB-Austria und Hamburgische Landesbank;
- eine Finanzierung in Höhe von 21,2 Millionen US-Dollar für ein kombiniertes Cargo- und Container-Terminal (Abfertigung und Lagerung) im Hafen Ventspils in Lettland mit Hilfe eines syndizierten Darlehens von 10,6 Millionen US-Dollar;
- eine von der Sumitomo Bank arrangierte Beteiligung in Höhe von 30 Millionen Euro an einer Garantiefazilität von 250 Millionen Euro für ein Darlehen der EIB an TSPA, Polen.

Diese Beispiele unterstreichen die Bereitschaft der EBWE, sich an gemeinsam mit Geschäfts- und Investitionsbanken vereinbarten Kofinanzierungen zu beteiligen. Außerdem zeigen sie, dass die Bank unter Umständen bereit ist, sich an ausschließlich durch andere Banken vereinbarten Transaktionen zu beteiligen.

Die EBWE legte weiterhin großen Wert auf die enge Zusammenarbeit mit Exportkreditgesellschaften. Sie leisteten im Jahr 1999 einen Kofinanzierungsbeitrag in Höhe von 210 Millionen Euro. Die Bank pflegte nach wie vor einen engen Dialog mit dem Internationalen Verband der Kredit- und Investitionsversicherer (Berner Verband) und nahm an allen Sitzungen seines Investitions- und Exportkreditversicherungsausschusses teil. Außerdem arbeitete sie eng mit der Exportkreditgruppe der OECD zusammen.

Internationale Finanzinstitutionen und sonstige offizielle kofinanzierende Institutionen

Kofinanzierungen mit offiziellen Partnern beliefen sich im Jahr 1999 auf 601 Millionen Euro für 37 Projekte der EBWE. Im Hinblick auf die schwierigen Marktbedingungen entfiel der größte Anteil auf internationale Finanzinstitutionen (IFI). Insgesamt handelte es sich um 406,8 Millionen Euro (67 Prozent) für 21 Projekte. Weitere offizielle Kofinanziers trugen 194,3 Millionen Euro (32 Prozent) für 22 Projekte bei. Offizielle Kofinanzierungen erstreckten sich auf 16 Einsatzländer und zwei Regionalprogramme und umfassten ein breites Spektrum von Sektoren.

Unter den IFI stellte die Weltbankgruppe die meisten Kofinanzierungen bereit. Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung kofinanzierte ein großes Stromprojekt in Kasachstan in Höhe von 139,5 Millionen Euro, während die Internationale Finanz-Corporation 11 Projekte in Höhe von 89,9 Millionen Euro kofinanzierte, vor allem in Industrie, kleinen und mittlerern Unternehmen (KMU) und Elektrizität.

Die Nordische Investitionsbank (NIB) stellte Kofinanzierungen in Höhe von 50,4 Millionen Euro für vier Projekte in den Bereichen Kommunal- und Umweltinfrastruktur, Telekommunikation und Hafenentwicklung bereit. Die Europäische Investitionsbank (EIB) kofinanzierte ein Projekt im Sektor Transport und Verkehr und stellte dafür 10 Millionen Euro bereit.

Fünf neue IFI-Partner waren an Kofinanzierungen beteiligt: Der European Investment Fund trug 29,7 Millionen Euro zu einem Telekommunikationsprojekt in Polen bei, die Black Sea Trade and Development Bank 12 Millionen Euro zu einem Strom- und Energieprojekt in der Balkanregion, der OPEC-Fonds für internationale Entwicklung 5 Millionen Euro für die usbekische KMU-Kreditlinie; die Asian Development Bank investierte 70 Millionen US-Dollar in das Eisenbahnprojekt in Usbekistan, und der Aga Khan Fund nahm an einem Bankbeteiligungsprojekt in Tadschikistan teil.

Kofinanzierungspartner 1999

Kommerzielle Institutionen

ABN AMRO Bank	Niederlande
ABN AMRO Bank – Verschiedene Kreditgeber	Niederlande
Allied Irish Banks plc	Irland
American Express Bank	USA
Auxiliaire du Crédit Foncier de France	Frankreich
Banca Nazionale del Lavoro	Italien
Bank Austria Creditanstalt	Österreich
Bank für Arbeit und Wirtschaft Aktiengesellschaft	Österreich
Bank Kreiss	Deutschland
Bank Rozwjuju Eksportu SA	Polen
Bankgesellschaft Berlin AG	Deutschland
Banque et Caisse d'épargne de l'Etat	Luxemburg
Banque Nationale de Paris	Frankreich
Banque Paribas	Frankreich
Banque Paribas (Verschiedene andere – Anleiheemission)	Frankreich
Bayerische Landesbank Girozentrale	Deutschland
BBL Financial Services Dublin Ltd	Belgien
BG Bank	Deutschland
Bikuben Girobank	Dänemark
BNP Dresdner Bank	Deutschland
Bulbank	Bulgarien
Caisse de Dépôts et Consignations	Frankreich
Československá Obchodní Banka A.S.	Tschechische Republik
Chase Manhattan Bank	USA
Citibank, NA	USA
Commerzbank	Deutschland
Crédit Lyonnais	Frankreich
De Nationale Investerings Bank NV	Niederlande
Deutsche Bank	Deutschland
Deutsche Girozentrale	Deutschland
DG Bank	Deutschland
Dresdner Bank	Deutschland
Efibanca SpA	Italien
Erste Bank	Österreich
Europa Bank	Deutschland
Hamburgische Landesbank	Deutschland
HypoVereinsbank	Deutschland
ING Bank	Niederlande
Jupiter Asset Management	Vereinigtes Königreich
(East European Food Fund)	Belgien
KBC Bank N.V.	Belgien
Landesbank Rheinland-Pfalz	Deutschland
Landesbank Schleswig-Holstein	Deutschland
Leoniabank	Finnland
MeritaNordbanken	Schweden
Natexis Banque	Frankreich
Österreichische Investitionskredit AG	Österreich
Raiffeisen Landesbank Burgenland	Österreich
Raiffeisen Landesbank Niederösterreich	Österreich
Raiffeisen Landesbank Oberösterreich	Österreich
Raiffeisen Zentralbank Österreich	Österreich
Republic National Bank of New York	USA
Sao Paulo Bank	Italien
Société Générale des Caisses d'épargne	Frankreich
Société Générale	Frankreich
Soros Economic Development Fund	USA
Sumitomo Bank	Japan

Swedbank	Schweden
Triodos Bank	Niederlande
Unibank	Dänemark
Vereins- und Westbank	Deutschland
WGZ-Bank	Deutschland
Westdeutsche Landesbank Girozentrale	Deutschland

Offizielle Institutionen

Central European Initiative (CEI)	Italien
Deutsche Entwicklungs Gesellschaft (DEG)	Deutschland
Europäische Kommission	Strukturpolitische Instrumente vor dem Beitritt
Europäische Kommission	Groß-Infrastruktur-Fazilität
Europäische Kommission	Phare/Tacis
International Cooperation Development Fund,	
Taipeh-China/Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären	Taipeh-China
Internationale Mikroinvestitionen AG (IMI)	Deutschland
Japanischer Fonds für Unterstützung nach Konflikten	Japan
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	Deutschland
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Italien
Ministerium für Finanzen	Italien
Netherlands Development Finance Company (FMO)	Niederlande
Regierung Dänemarks	Dänemark
Regierung Frankreichs	Frankreich
Regierung Norwegens	Norwegen
Regierung Schwedens	Schweden
Regierung der Schweiz	Schweiz
Western NIS Fund	USA

Internationale Finanzinstitutionen

Aga Khan Fund (AKF)
Asian Development Bank
Black Sea Trade & Development Bank
Europäische Investitionsbank (EIB)
European Investment Fund
Internationale Finanz-Corporation (IFC)
Nordic Investment Bank (NIB)
OPEC Fund for international Development
Weltbank

Exportkreditgesellschaften

Compagnie Française d'Assurance pour le Commerce Extérieur (COFACE)	Frankreich
Export Development Corporation (EDC)	Kanada
Israel Foreign Trade Risks Insurance Corp. (IFTRIC)	Israel
Exportkreditnämnden (EKN)	Schweden
Österreichische Kontrollbank (OeKB)	Österreich
Office National du Dueroire (OND)	Belgien

Organisationen, die 1999 zum ersten Mal mit der EBWE eine Kofinanzierung durchgeführt haben, sind **fett** gedruckt.

Unter den sonstigen offiziellen Partnern stellte die Europäische Kommission Kofinanzierungen im Wert von 104 Millionen Euro für sechs Projekte zur Unterstützung von KMU, Kommunal- und Umweltinfrastruktur, Hafenentwicklung, Eisenbahnen und Straßentransport bereit.

Bilaterale Finanzinstitutionen schlossen eine Reihe wichtiger Kofinanzierungsprojekte ab, vor allem in den Sektoren Industrie, KMU sowie Transport und Verkehr. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Deutsche Entwicklung Gesellschaft (DEG), Internationale Microinvestitionen (IMI), Netherlands Development Finance Company (FMO) und der Western NIS Fund der USA beteiligten sich mit Mitteln in Höhe von insgesamt 49 Millionen Euro.

Eine Reihe von Regierungsbehörden stellten Kofinanzierungen auf Zuschussbasis zur Verfügung. Die italienische Regierung gab Zuschüsse von 14,1 Millionen Euro, direkt oder über die Mitteleuropäische Initiative, für drei Projekte in Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo. Andere Zuschüsse kamen von den Regierungen Dänemarks und Schwedens (3,0 Millionen Euro bzw. 14,9 Millionen Euro), den Regierungen Frankreichs und Norwegens (1,5 Millionen Euro) und dem Japanischen Fonds für die Unterstützung nach Konflikten (2,5 Millionen Euro) für Projekte in Estland, Russland und Tadschikistan.

Ein erheblicher Beitrag an offizieller Kofinanzierung galt der Unterstützung des Aktionsplan für Südeuropa der EBWE. Die schweizerische Regierung zum Beispiel lieferte den ersten Beitrag zum Sonderfonds für die Balkanregion, der von der Bank eingerichtet wurde, um im Rahmen des Handelsförderungsprogramms Transaktionen in Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie in der EJR Mazedonien zu kofinanzieren. Auch andere Geber (Kanada, Frankreich, Italien, die Niederlande, Taipeh-China und die Vereinigten Staaten) machten erhebliche Zusagen für Projekte, die in Südosteuropa entwickelt werden.

Die erste Transaktion zur Kofinanzierung von KMU wurde 1999 mit Mitteln des OPEC Fund getätigt. Zusätzlich verwendete der Sonderfonds für Investitionen von Intermediären Mittel des International Cooperation Development Fund von Taipeh-China zur Finanzierung der ersten zwei Projekte des Fonds in Aserbaidschan und Litauen.

Fonds für Technische Zusammenarbeit

Das EBWE-Programm der Fonds für Technische Zusammenarbeit (TZFP) unterstützt die Bank bei der Förderung des Übergangs zur Marktwirtschaft und der unternehmerischen Initiative in ihren Einsatzländern.

Um den Transformationsprozess voranzubringen, muss die Bank sowohl ihre öffentlichen als auch privaten Kunden bei der Vorbereitung und Strukturierung solider Investitionsprojekte unterstützen. Um Investitionspläne nach Kriterien zu entwickeln, die den Erfordernissen von Investoren und Kreditgebern genügen, ist oft die Expertise von Außenseitern nötig. Diesen Bedarf erfüllt das TZFP mit Gebermitteln.

Fonds der technischen Zusammenarbeit (TZ) werden auch für die Förderung institutioneller und rechtlicher Reformen genutzt, die eine Vorbedingung für den erfolgreichen Übergang zur Marktwirtschaft sind. Diese Aktivitäten werden in enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen Finanzinstitutionen (IFI) und Geberbehörden ausgeführt und konzentrieren sich auf Gebiete, auf denen die Bank über solide einschlägige Erfahrungen verfügt. Außerdem fördert das TZFP durch den vermehrten Einsatz lokaler Berater die Entwicklung einer lokalen Beraterbranche.

Die Verwendung von TZ-Mitteln ist immer mit den drei Grundprinzipien verbunden, die die Aktivitäten der EBWE leiten: Auswirkung auf den Transformationsprozess, Prinzipien des soliden Bankgeschäfts und „Additionalität“ (ergänzende Rolle statt Wettbewerb mit anderen privaten Finanzierungsquellen). Aus Mitteln für technische Zusammenarbeit finanzierte Durchführbarkeitsstudien und Aktionen im Rahmen der Sorgfaltspflicht tragen dazu bei, dass die Bank abschätzen kann, ob das Projekt die Mobilisierung anderer Finanzquellen erleichtert und auf diese Weise die Auswirkung der Investitionen vergrößert. Die technische Zusammenarbeit hat daher die Summe der durch die EBWE aufgebrauchten Investitionen erhöht. Darüber hinaus hat sie die Auswirkung dieser Investitionen auf den Transformationsprozess verbessert und gleichzeitig die Einhaltung der Prinzipien des soliden Bankgeschäfts sichergestellt.

Im Jahresverlauf finanzierte die EBWE über das TZFP 289 Beratereinsätze, was deren Gesamtzahl auf 2.381 erhöhte. Kumulative Zusagen dafür erreichten bis Ende 1999 646,8 Millionen Euro. Zusagen während des Jahres beliefen sich auf 89,4 Millionen Euro, verglichen mit 80,3 Millionen Euro im Vorjahr. Der Gesamtwert der kumulativen Auszahlungen betrug Ende 1999 421,3 Millionen Euro, von denen 71,3 Millionen Euro im Jahr 1999 ausgezahlt wurden.

Abkommen über Fonds für Technische Zusammenarbeit

Zum 31. Dezember 1999

Geber	Zeitpunkt des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Euro-Äquivalent (Millionen)
Belgien (Bundesregierung)	27. Sept. 94	BEF	30,00	0,74
Belgien (Flämische Regierung)	9. Nov. 94	Euro	0,40	0,40
Belgien (Wallonische Regierung)	16. März 95	BEF	15,00	0,37
Dänemark	1. Juli 92	Euro	3,12	3,12
Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden (TAM Nordischer Rat)	22. Sept. 95	DKK	7,00	0,94
Deutschland	11. Dez. 92	DEM	10,00	5,11
Deutschland KfW	27. Sept. 95	DEM	12,51	6,40
Europäische Gemeinschaft (Bangkok-Fazilität) ¹	15. Okt. 91	Euro	268,78	268,78
Europäische Gemeinschaft (Mikrokreditprogramm für Bosnien und Herzegowina)	26. Juni 98	Euro	1,50	1,50
Europäische Gemeinschaft (Bulgarien NPF)	1. Mai 98	Euro	15,00	15,00
Europäische Gemeinschaft (Polnischer SRP)	12. Dez. 96	Euro	2,00	2,00
Europäische Gemeinschaft (Rumänischer NPF)	10. Okt. 96	Euro	10,00	10,00
Europäische Gemeinschaft (Slowakischer NPF)	3. Apr. 96	Euro	8,00	8,00
Europäische Gemeinschaft (TAM Phare Regional)	26. Juni 95	Euro	5,90	5,90
Finnland	13. Jan. 92	FIM	25,55	4,30
Finnland, Norwegen, Schweden (RWF für Nordwest-Russland)	25. Juli 94	USD	20,00	19,86
Frankreich (Auswärtige Angelegenheiten)	1. Aug. 91	FRF	20,51	3,13
Frankreich (RWF für Südrussland) ^{2, 3}	28. Feb. 95	FRF	120,00	18,29
Frankreich (Finanzministerium)	26. März 92	FRF	30,46	4,64
Georgien (Finanzsektor) ⁴	12. Dez. 96	USD	0,40	0,40
Griechenland	4. Apr. 95	GRD	299,00	0,91
Irland	17. Sept. 93	Euro	1,34	1,34
Island	3. Dez. 92	Euro	0,26	0,26
Israel	14. Apr. 92	ILS	1,04	0,25
Italien	14. Apr. 92	ITL	9.000,00	4,65
Italien (Investmentfonds Wiederaufbau Albanien)	28. Sept. 98	USD	3,00	2,99
Italien (Bosnien und Herzegowina KMU)	1. Okt. 99	Euro	1,60	1,60
Italien (Mitteleuropäische Initiative)	14. Apr. 92	ITL	41.135,00	21,24
Italien (RWF für Westrussland) ²	6. Juni 95	USD	20,00	19,92
Italien (KMU für das Kosovo)	18. Nov. 99	Euro	0,85	0,85
Japan	5. Juli 91	JPY	12.761,45	124,33
Kanada	24. Jan. 92	CAD	7,66	5,25
Kanada (TAM-Programm)	30. März 99	CAD	0,55	0,38
Korea, Republik	25. Apr. 93	USD	0,60	0,59
Luxemburg	26. Nov. 91	Euro	0,70	0,70
EJR Mazedonien (Finanzsektor) ⁴	14. Feb. 96	DEM	1,58	0,81
Moldau – Agroindbank S.A. ⁴	18. Dez. 98	USD	0,02	0,02
Niederlande	20. Nov. 91	NLG	25,08	11,38
Niederlande (Umwelt Niederlande)	22. Juni 95	NLG	0,90	0,44
Niederlande (Ostukraine NPF)	30. Jan. 97	NLG	8,60	3,90
Niederlande (Übergang)	3. Nov. 97	NLG	3,00	1,36
Neuseeland	10. Juli 92	NZD	0,33	0,17
Norwegen (Umwelt und Energie)	16. Apr. 91	NOK	27,60	3,42
Norwegen (Allgemein)	27. Apr. 93	Euro	1,50	1,50
Österreich	31. Dez. 91	USD	5,00	4,98
Portugal	20. Okt. 92	PTE	80,00	0,40
Spanien	21. Juli 92	ESP	566,00	3,40
Spanien (Südukraine NPF)	17. Jan. 97	Euro	20,00	20,00
Schweden	13. Aug. 91	SEK	55,00	6,42
Schweden (TAM- und BAS-Programm)	11. Dez. 98	Euro	1,00	1,00
Schweiz	31. März 92	CHF	12,52	7,80
Taipeh-China	16. Sept. 91	USD	20,00	19,92
Türkei	17. Juni 92	TRL	10.000,00	0,02
Turkmenistan (Finanzsektor) ⁴	15. März 99	USD	0,00	0,00
Vereinigtes Königreich ⁵	25. Nov. 91	GBP	4,52	7,27

Abkommen über Fonds für Technische Zusammenarbeit (Fortsetzung)

Zum 31. Dezember 1999

Geber	Zeitpunkt des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Euro-Äquivalent (Millionen)
Vereinigtes Königreich – B ⁶	14. März 94	GBP	3,72	5,99
Vereinigtes Königreich – C ⁷	25. März 94	GBP	3,96	6,37
Vereinigtes Königreich – D ⁸	8. Apr. 99	GBP	1,39	2,24
Vereinigtes Königreich – E ⁹	28. Okt. 99	GBP	1,00	1,61
USA	30. Juli 91	USD	1,27	0,91
USA (Evergreen)	3. Juni 94	USD	4,53	4,51
USA (RWF für Region Untere Wolga) ²	29. Sept. 94	USD	20,00	19,92
USA (US-Berater)	10. Nov. 97	USD	0,95	0,94
Gesamte Fonds für Technische Zusammenarbeit				700,86
Sonderfonds				
Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum	14. Apr. 92	Euro	20,72	20,72
Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland	18. Okt. 93	USD	65,15	55,65
Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit ¹⁰	12. Sept. 95	Euro	0,86	0,86
KMU-Finanzfähigkeit der EG ¹¹	7. Apr. 99	Euro	6,25	6,25
Gesamte Sonderfonds				83,48
Projektspezifische Fonds				
Gesamte Fonds für Technische Zusammenarbeit				29,15
Gesamte Sonderfonds				83,48
Gesamte projektspezifische Fonds				29,15
Gesamte Abkommen über Technische Zusammenarbeit				813,49

Kooperationsfonds für Investitionen

Zum 31. Dezember 1999

Donor	Zeitpunkt des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Euro-Äquivalent (Millionen)
Europäische Gemeinschaft (Mariza Block 8)	29. Dez. 97	Euro	7,50	7,50
Europäische Gemeinschaft (Micro-Enterprise Bank)	25. Juni 98	Euro	6,00	6,00
Europäische Gemeinschaft (MUDP II)	19. März 98	Euro	27,40	27,40
Italien – Bosnien und Herzegowina	12. Sept. 96	USD	7,50	7,47
Japan-Fonds für Unterstützung nach Konflikten	11. Juli 97	JPY	1.000,00	9,74
Norwegen – Bosnien und Herzegowina	24. Apr. 97	NOK	63,14	7,82
Norwegen – Ostslawonien	12. Dez. 97	NOK	30,00	3,72
Norwegen – Micro-Enterprise Bank d.d.	2. Juni 98	NOK	2,70	0,33
Österreich – Bosnien und Herzegowina	5. Dez. 96	ATS	66,20	4,81
Gesamte Kooperationsfonds für Investitione				74,79

¹ Der Abkommensbetrag wurde von der EBWE geändert, um die jährliche Revision durch die EG widerzuspiegeln (Bangkok-Fazilität). Eingeschlossen in das Abkommen sind 1,28 Millionen Euro an zur Durchführung von Projekten bestimmten Mitteln.

² In der Tabelle werden alle Abkommen über technische Zusammenarbeit aufgelistet, die die EBWE direkt verwaltet und für die sie Beiträge erhalten hat. Zusätzliche Regionale Wagnisfonds, werden nicht durch die EBWE verwaltet, sie sind unter „Offizielle Kofinanzierung“ ausgewiesen (siehe Seite 61).

³ Das Fondsübereinkommen wurde im Juni 1999 im gegenseitigen Einvernehmen beendet. Der Übereinkommensbetrag wird im Jahr 2000 geändert, um den endgültigen Wert des Fonds nach Zahlung aller ausstehenden Verpflichtungen im Rahmen der Schlussvereinbarung zu bestimmen.

⁴ Beiträge zu diesen Fonds umfassen Gebühren für technische Hilfe, die gemäß den Darlehensvereinbarungen zwischen der EBWE und bestimmten Finanzintermediären von den Kreditnehmern zu entrichten sind. Die Gebühren sind an den in den Darlehensvereinbarungen vorgesehenen Zinszahlungstagen zu zahlen und werden am Eingangstag als Abkommens- und Einlageerträge ausgewiesen.

⁵ Der Fonds des Vereinigten Königreichs ist in der Russischen Föderation aktiv. Nicht zugesagte Mittel wurden im Lauf des Jahres an den D-Fonds des Vereinigten Königreichs übertragen.

⁶ Der B-Fonds des Vereinigten Königreichs ist in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion (mit Ausnahme von Russland). Nicht zugesagte Mittel wurden im Laufe des Jahres an den D-Fonds des Vereinigten Königreichs übertragen.

⁷ Der C-Fonds des Vereinigten Königreichs ist in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, EJR Mazedonien, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn aktiv.

⁸ Der D-Fonds des Vereinigten Königreichs ist in Osteuropa und Zentralasien aktiv.

⁹ Der E-Fonds des Vereinigten Königreichs ist in Mittel- und Südosteuropa aktiv.

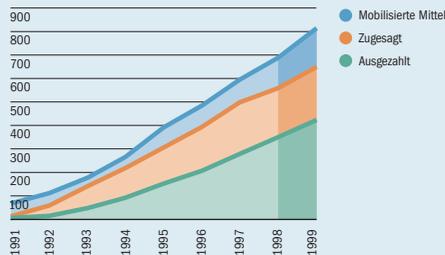
¹⁰ Abkommens- und Einlageerträge schließen Rückzahlungen verschiedener Empfänger und direkte Einlagen von Gebern ein. Diese Beträge werden am Eingangstag als Abkommens- und Einlageerträge ausgewiesen.

¹¹ Der gesamte Fondswert beträgt 50 Millionen Euro. Davon wurden 6,25 Millionen Euro für technische Zusammenarbeit eingeteilt.

Seit dem ursprünglichen Abkommen wieder aufgefüllte Fonds der technischen Zusammenarbeit.

Kumulative Mittel für technische Zusammenarbeit, mobilisiert, zugesagt und ausgezahlt 1991-99

Mio Euro



Zusagen für technische Zusammenarbeit, nach Empfängerländern

	Anzahl	1999 Mio Euro	Anzahl	1991-99 Mio Euro
Russland	57	32,1	424	238,0
Ukraine	23	3,5	156	31,9
Rumänien	1	0,2	76	29,8
Polen	16	2,2	96	20,7
Kasachstan	7	0,4	57	20,1
Bosnien und Herzegowina	9	6,4	56	18,5
Usbekistan	12	1,8	43	15,5
Estland	12	1,8	153	15,4
Bulgarien	14	5,3	44	14,4
Albanien	3	0,1	67	12,7
Kirgisistan	4	3,3	62	13,3
Litauen	14	0,6	126	12,7
Slowakische Republik	2	0,5	50	11,9
Lettland	9	0,5	112	11,4
Weißrussland	2	0,3	75	11,4
Ungarn	1	0,1	60	10,1
Slowenien	1	1,0	77	9,5
Moldau	7	0,6	53	8,7
Aserbaidshjan	5	1,2	38	8,6
Turkmenistan	2	0,5	24	7,9
Kroatien	10	2,0	47	7,4
Tadschikistan	3	0,9	20	6,2
Georgien	5	0,4	38	5,6
Tschechische Republik	1	0,1	29	5,3
EJR Mazedonien	5	0,6	34	4,4
Armenien	2	0,3	24	3,3
Jugoslawien (Kosovo)	1	0,2	1	0,2
Regional	61	22,8	339	91,9
Gesamt	289	89,4	2.381	646,8

Insgesamt 71 Prozent aller TZ-Zusagen waren entweder mit der Vorbereitung von EBWE-Investitionen (30 Prozent) oder der Umsetzung solcher Investitionen (41 Prozent) verbunden. Dies umfasst die Unterstützung für Regionale Wagnisfonds, Nach-Privatisierungsfonds und Kreditlinien. Die übrigen Mittel wurden für Beratungsdienste (24 Prozent), Schulung (3 Prozent) und Sektorstudien (1 Prozent) zugesagt. Die meisten TZ-Mittel gelten der Unterstützung des Finanzsektors oder der Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen.

Seit 1991 hat das TZFP die Initiierung von 316 gezeichneten EBWE-Projekten unterstützt, für die die Bank Finanzierungen in Höhe von 7,3 Milliarden Euro zugesagt hat. Durch die von ihr geförderten Investitionen hatte die technische Zusammenarbeit daher sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen auf den Transformationsprozess.

Im Jahr 1999 unterzeichnete die EBWE acht neue Vereinbarungen über technische Zusammenarbeit und Sonderfonds, was die Gesamtzahl auf 67 brachte. Dazu gehört eine neue Finanzierungsfazilität in Höhe von insgesamt 6,25 Millionen Euro, die als nicht gebundener Sonderfonds¹ von der Europäischen Kommission eingerichtet wurde, und zwei nicht gebundene von der Regierung des Vereinigten Königreichs eingerichtete Sonderfonds. Zusätzlich wurden 12 bestehende TZ-Fonds wieder aufgefüllt und zwei projektspezifische TZ-Vereinbarungen unterzeichnet. Die gesamten Zuschussressourcen für die technische Zusammenarbeit erhöhten sich um 127,4 Millionen Euro. Damit stieg die kumulative Summe

Zusagen für technische Zusammenarbeit, nach Sektoren

	Anzahl	1999 Mio Euro	Anzahl	1991-99 Mio Euro
Finanzen, Kommerz	64	52,7	596	339,9
Verarbeitung	114	16,4	739	90,2
Energie	39	6,8	369	76,8
Transport, Lagerung	24	6,1	179	47,1
Kommunal-/Sozialdienste	27	3,5	267	46,9
Telekommunikation	7	1,5	110	16,9
Bauwesen	1	1,0	37	13,6
Grundstoffindustrien	5	1,1	35	10,3
Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	6	0,2	35	3,8
Handel, Fremdenverkehr	2	0,2	13	1,4
Nicht klassifizierbare Gewerbe	-	-	1	0,1
Gesamt	289	89,4	2.381	646,8

¹ Mittel, deren Verwendung in Bezug auf Nationalität der vertraglich gebundenen Firma oder Experten keiner Beschränkung unterliegt.



1

1 Finanzierungen im Rahmen der technischen Zusammenarbeit tragen im Sektor Agrarwirtschaft zur Entwicklung von Groß- und Einzelhandelsmärkten bei.

2 Die Fonds der technischen Zusammenarbeit der EBWE unterstützen die Sanierung einer Reihe von Kraftwerken.



2

bis Ende 1999 auf 813,5 Millionen Euro. Kanada, Italien und die Schweiz änderten ihre TZ-Vereinbarungen, um eine flexiblere Verwendung von Mitteln zu ermöglichen.

Im Jahresverlauf unterzeichnete die EBWE eine neue Beitragsvereinbarung mit Deutschland für den Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit (TZSF). Der TZSF ist eine durch zurückgezahlte TZ-Mittel, die für Privatprojekte zugeteilt waren, und/oder durch direkte Geberbeiträge finanzierte ungebundene Fazilität. Bis Ende 1999 belief sich der TZSF auf 0,9 Millionen Euro, von denen 0,7 Millionen Euro zugesagt waren.

TurnAround-Management

TurnAround-Management-Programm

Das TurnAround-Management-Programm (TAM) zielt auf die Vermittlung von Fachwissen für Industriemanager und die Entwicklung neuer Formen der Unternehmenstätigkeit auf der Ebene des Spitzenmanagements kleiner und mittlerer Unternehmen in den Einsatzländern der EBWE. Über diese Aktivitäten unterstützt das Programm den Transformationsprozess, indem es Unternehmen in den entstehenden Marktwirtschaften der Region wettbewerbsfähiger macht.

Die von der Europäischen Kommission, dem Russischen Privatisierungszentrum, dem Nordischen Ministerrat und weiteren bilateralen Gebern bereitgestellte Zuschussfinanzierung hat dem TAM-Programm seit seiner Gründung im Juli 1993 die Durchführung von 650 Projekten in 23 Ländern ermöglicht. Bisher haben diese Geber mehr als 44 Millionen Euro für das Programm zugesagt, mit denen insgesamt mehr als 750 Projekte finanziert werden.

Eine Analyse von Angaben der 241 Unternehmen, in denen TAM-Programme zum Abschluss gebracht wurden, zeigt einen kombinierten Jahresabsatz von 5,4 Milliarden Euro. Dieser Wert liegt um 20 Prozent über dem von diesen Unternehmen zu Beginn des Programms ausgewiesenen Ergebnis. Das Ergebnis wurde mit einem minimalen Verlust an Arbeitsstellen erzielt. Die Gesamtzahl der Beschäftigten ging um weniger als 11 Prozent zurück (von 280.000 auf 248.000). Darüber hinaus waren 86 dieser Unternehmen in der Lage, externe Finanzierungen von insgesamt mehr als 770 Millionen Euro zu mobilisieren.

In den Ländern, die Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen haben (Estland, Polen, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn) konzentrieren sich die TAM-Teams auf Verbesserung der Standards für Produktion, Arbeits- und Gesundheitsschutz und Umwelt, um diese Länder zu befähigen, die Bedingungen für den Beitritt zur EU zu erfüllen.

Programm für Geschäftsberatungsdienste

Das Programm für Geschäftsberatungsdienste (BAS) ergänzt das TAM-Programm und hilft Klein- und Mikrounternehmen, die für EU-Beitrittsländer erforderlichen Standards zu erreichen. Das durch das TAM-Programm überwachte BAS-Programm leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, des Marketing und Finanzmanagements der Firmen sowie zur Umsetzung der ISO-Qualitätssysteme und der strategischen Planung.

Derzeit ist das BAS-Programm in den baltischen Ländern, wo es in externen Wirtschaftsprüfungen und Bewertungen als sehr befriedigend eingestuft wurde, und in Nordwest-russland tätig. Das Programm soll außerdem auf Südosteuropa ausgedehnt werden.

Bis Ende 1999 hatte das BAS-Programm 980 Projekte in mehr als 850 Unternehmen mit mehr als 110.000 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von fast 4 Milliarden US-Dollar unternommen. Eine Reihe dieser Unternehmen sind Kunden von durch die EBWE finanzierten lokalen Finanzinstituten und konnten infolge der BAS-Hilfe 27 Millionen US-Dollar an externen Finanzierungen aufbringen.

Ursprünglich wurde das BAS-Programm von den nordischen Ländern finanziert, die 4,4 Millionen Euro bereitstellten. Dazu kamen Mittel der Europäischen Kommission in Höhe von 3,85 Millionen Euro. Darüber hinaus trug der nordische Ministerrat weitere 4,6 Millionen Euro bei. Von diesem Gesamtbetrag wurden 1,85 Millionen Euro für sehr kleine Unternehmen (bis zu 50 Beschäftigte) bereitgestellt, die das höchste Beschäftigungswachstum in den baltischen Ländern aufweisen. Seit seinen Anfängen in der zweiten Jahreshälfte 1998 hat dieses „Mikro-BAS“-Programm bereits mehr als 170 Kundenunternehmen beraten.

Beschaffung und Auftragsvergabe

Die Grundsätze und Verfahren der EBWE für die Beschaffung stützen sich auf die Prinzipien der Nichtdiskriminierung, Fairness und Transparenz. Sie sollen Wirtschaftlichkeit und Effektivität fördern und Kreditrisiken bei der Umsetzung der Mittelvergabe und Investitionstätigkeit der Bank minimieren.

Zwischen den Verfahren der Beschaffung für den öffentlichen Sektor zum einen und für den Privatsektor zum anderen besteht ein klarer Unterschied. Die Beschaffung für ein Projekt im Privatsektor erfolgt im Einklang mit kommerziellen Gepflogenheiten, die der besten Geschäftspraxis in der jeweiligen Industriesparte entsprechen. Spezifische Vorschriften und Verfahren bestehen nicht. Durch die Gewährleistung ihrer Sorgfaltspflicht in Verbindung mit solchen Projekten stellt die EBWE sicher, dass Beschaffung und Auftragsvergabe ohne Interessenkonflikte ablaufen und im Interesse der Bankkunden solide Einkaufsmethoden angewandt werden.

Die Beschaffung für Projekte der EBWE im öffentlichen Sektor unterliegt den Beschaffungsgrundsätzen und -verfahren der Bank, die besagen, dass für Projekte der öffentlichen Hand im Normalfall das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung gelten soll. Die öffentliche Ausschreibung garantiert die Gleichbehandlung aller Interessenten ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit. Die Bank erwartet von ihren Kunden sowie von anderen beteiligten Unternehmen und Einzelpersonen, dass sie bei der Beschaffung und Durchführung EBWE-finanzierter Projekte strengste ethische Verhaltensregeln befolgen.

Um allen an dem Prozess der Ausschreibung und Auftragsvergabe beteiligten Parteien zu helfen, stellt die Bank eine Reihe von Materialien zur Verfügung, unter anderem Standardvorlagen für Ausschreibungen und Beschaffungsrichtlinien. Aufforderungen zur Abgabe von Angeboten, Absichtserklärungen von Interessenten, Informationen über die Auftragsvergabe und weitere wichtige Informationen über Aufträge, die von der EBWE finanziert werden, werden von der Bank monatlich in den *Procurement Opportunities* auf der Webseite der Bank veröffentlicht. Die Veröffentlichung der

Druckversion von *Procurement Opportunities* wurde im Dezember 1999 eingestellt und durch die kostenlose Webseitenversion ersetzt. Diese Entwicklung lässt schnellere Benachrichtigungen und eine weitere Verbreitung von Ausschreibungsmöglichkeiten und beschaffungsbezogenen Informationen zu.

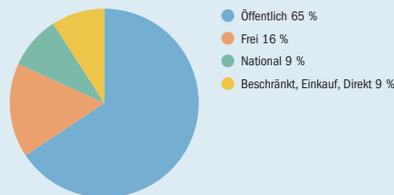
Die EBWE arbeitete 1999 weiterhin eng mit multilateralen Entwicklungsbanken (MEB) und anderen internationalen Finanzinstitutionen an der Harmonisierung ihrer Position im Zusammenhang mit Beschaffungsfragen, unter anderem zu Betrug und Korruption und der Standardisierung der Beschaffungsunterlagen zusammen. Die endgültige Version einer MEB-Dokumentenvorlage für die Beschaffung von Gütern wurde im Oktober vereinbart und herausgegeben. Die EBWE war am Entwurf und an der Überprüfung dieses Dokuments voll beteiligt und setzt ihre Beteiligung am Entwurf anderer Standard-Ausschreibungsunterlagen fort.

Die EBWE-Gruppe Beschaffung und Technische Dienste (*Procurement and Technical Services Unit*) stellt nach wie vor während des ganzen Jahres sowohl für interne als auch für externe Kunden fachliche Beratung und einschlägige Dienstleistungen zur Verfügung. Während des Berichtsjahres wurde eine Reihe von Vorträgen und Präsentationen über die Beschaffungsgrundsätze und -verfahren der Bank für Kunden, Lieferanten und Berater veranstaltet. Dies geschah entweder direkt oder im Rahmen internationaler und nationaler Konferenzen.

Im Jahresverlauf 1999 finanzierte die EBWE insgesamt 140 Aufträge im Rahmen ihrer Tätigkeit im öffentlichen Sektor im Gesamtauftragswert von 362 Millionen Euro. Im Vorjahr waren es 329 Aufträge im Gesamtwert von 436 Millionen Euro. Der Zurückgang ist vor allem auf die verminderte Anzahl gezeichneter Projekte im öffentlichen Sektor während der zweiten Jahreshälfte 1998 und im Frühjahr 1999 zurückzuführen.

Beschaffungsart für die Auftragsvergabe im öffentlichen Sektor 1999

nach Anzahl



Definitionen der Beschaffungsmethoden

Öffentliche Ausschreibung: Verfahren, in deren Rahmen alle interessierten Lieferanten oder Vertragspartner ausreichend über die Anforderungen des Kunden informiert werden und die gleichen Möglichkeiten zur Unterbreitung eines Angebots haben.

Freie Ausschreibung: Verfahren zur Auswahl eines Beraters aus Angeboten, die von Firmen der engeren Auswahl vorgelegt werden.

Nationale Ausschreibung: Ausschreibung gemäß nationalen Verfahren, die für die EBWE akzeptabel sind (ausländischen Firmen muss die Beteiligung gestattet sein).

Beschränkte Ausschreibung: Verfahren ähnlich denen der öffentlichen Ausschreibung, abgesehen davon, dass der Kunde eine Vorauswahl unter geeigneten Firmen trifft, die dann zur Angebotsabgabe eingeladen werden.

Einkauf: Vereinfachte Form des wettbewerbsgerechten Einkaufs, bei der schriftliche Preisangebote von Firmen eingeholt werden müssen, nach Möglichkeit unter Einschluss ausländischer Firmen.

Direktvergabe: Ein nur in Ausnahmefällen angewendetes Verfahren, bei dem eine einzige Firma ohne vorherige öffentliche Bekanntmachung zur Angebotsabgabe aufgefordert wird.

Auftragsvergabe im öffentlichen Sektor 1999, nach Vertragsart

nach Anzahl



Definitionen der Auftragsarten

Lieferung von Gütern: Aufträge für die Lieferung von Anlagen und Ausrüstungsgegenständen in Fällen, in denen die Installation und Inbetriebnahme einen geringen Teil des Auftragswerts ausmacht.

Bauarbeiten: Aufträge über zivile und andere Bauarbeiten nach abgestimmtem Plan, z. B. für Straßen und Gebäude, unter Einschluss spezifischer Anlagen, Ausrüstungsgegenstände, Vorrichtungen und Armaturen, die in den Bau integriert werden.

Lieferung und Installation: Aufträge für die Lieferung von Anlagen und Ausrüstungsgegenständen, bei denen die Installation einen wesentlichen Teil des Auftragswerts ausmacht.

Beratertätigkeit: Verträge mit Beratern zur fachlichen Beratung und dazugehörigen Dienstleistungen sowie zur Durchführung spezifischer Aufgaben.

69

Im Jahresverlauf stieg der Anteil (nach Wert) der nach öffentlichen Ausschreibungsverfahren platzierten Aufträge beträchtlich. Der Gesamtwert der nach diesen Verfahren zugeschlagenen Aufträge belief sich auf 340 Millionen Euro bzw. 94 Prozent des Gesamtwerts aller im Jahr 1999 platzierten Aufträge, gegenüber 80 Prozent im Jahr 1998. Aufträge für Bauarbeiten machten mehr als die Hälfte des Gesamtwerts der 1999 platzierten Aufträge aus. Der mittlere Auftragswert belief sich hier auf 5,7 Millionen Euro. Die meisten Aufträge wurden für die Lieferung von Gütern platziert – insgesamt 51 – und der mittlere Auftragswert belief sich auf 900.000 Euro.

Der Auftrag mit dem höchsten Wert im Jahr 1999 (64 Millionen Euro) betraf den schlüsselfertigen Bau eines Erdwärmekraftwerks in Russland.

Finanzergebnisse und Jahresabschluss

71 Finanzergebnisse

79 Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

Anmerkungen zum konsolidierten Jahresabschluss

98 Zusammenfassung der Sonderfonds

Finanzergebnisse

Im Jahr 1999 gelang es der EBWE, aufgrund guter operativer Ergebnisse, vor allem aus dem Aktienportfolio und den Aktivitäten der Finanzabteilung, in die Gewinnzone zurückzukehren. Dazu kamen die anhaltende Budgetdisziplin und erheblich verringerte Belastungen durch Rückstellungen. Die Einzelrückstellungen gingen aufgrund der besseren Portfolioergebnisse in der zweiten Jahreshälfte im Gefolge der russischen Finanzkrise zurück, und allgemeine Rückstellungen waren wegen höherer Stornierungen, Rückzahlungen und Vorauszahlungen niedriger als im Vorjahr. Der Gewinn für das Berichtsjahr belief sich nach Rückstellungen auf 42,7 Millionen Euro, gegenüber einem Verlust von 261,2 Millionen Euro nach Rückstellungen für 1998.

Die Einkünfte aus der Geschäftstätigkeit lagen vor den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen mit 376,4 Millionen Euro unter denen des Vorjahres mit 450,5 Millionen Euro. Das Einkommen aus Nettozinsen, Dividenden, Gebühren und Provisionen war vor allem aufgrund der Auswirkungen der russischen Krise niedriger als im letzten Jahr. Die Nettozins-einkünfte waren durch eine steigende Anzahl notleidender Kredite in der ersten Jahreshälfte negativ betroffen, obwohl diese in der zweiten Jahreshälfte langsam sank. Zum Jahresende 1999 waren für 26 Darlehen im Gesamtwert von 452,7 Millionen Euro, in der Hauptsache im Russlandportfolio, keine Zahlungen eingegangen, verglichen mit 16 Darlehen im Gesamtwert von 289,8 Millionen Euro Ende 1998.

Die Ergebnisse aus dem Aktienportfolio enthalten einen Gewinnbeitrag in Höhe von 128,5 Millionen Euro aus Aktienveräußerungen, der zwar niedriger als der für 1998 ausgewiesene Rekordbetrag von 168,7 Millionen Euro war, jedoch mehr als 60 Prozent über dem 1997 erreichten Niveau lag. Die Dividendeneinkünfte von 13,9 Millionen Euro waren weniger als halb so hoch wie die für 1998, da die russische Krise die Rentabilität einer Reihe von Unternehmen beeinträchtigte, in die die Bank investiert hatte. Die Finanzabteilung kann wieder auf ein profitables Jahr zurückblicken, sie erwirtschaftete Gewinne aus attraktiven Finanzierungsmöglichkeiten sowie guten Renditen aufgrund höherer Anlagevolumen.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der EBWE bewegten sich – in Pfund Sterling ausgedrückt – durchaus im Rahmen des Budgets und entsprachen denen für 1998. Darin spiegeln sich die anhaltende Budgetdisziplin und eine effektive Kostenkontrolle wider. Allerdings lagen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Bank infolge der zunehmenden Stärke des Pfund Sterling im Jahresverlauf 1999 einschließlich Abschreibungen in Euro ausgedrückt mit 172,8 Millionen um 14,1 Millionen über dem Niveau des Vorjahres (1998: 158,7 Millionen Euro).

Rückstellungen für den Bereich Banking beliefen sich zum Jahresende auf insgesamt 1,1 Milliarden Euro, verglichen mit 0,9 Milliarden Euro Ende 1998. Dies entsprach 16,2 Prozent der ausgezahlten ausstehenden Darlehen und Kapitalanlagen (1998: 15,7 Prozent) und bezeugt die Entschlossenheit der EBWE, sich auf der Basis einer kontinuierlichen Bewertung des Portfolios und der damit verbundenen inhärenten Risiken umsichtig gegen bestehende und voraussehbare Risiken zu sichern. Rückstellungen in Verbindung mit Projekten in Russland machten etwa 48 Prozent der gesamten Rückstellungen aus (1998: 50 Prozent) aus. Die Rückstellungen für nichtstaatliche Ausleihungen entsprachen 37 Prozent der nichtstaatlichen ausgezahlten Darlehen und Kapitalanlagen in Russland (1998: 35 Prozent).

Die Umsetzung neuer Bilanzrichtlinien für Leistungen für Mitarbeiter (IAS 19) hatte die Gutschrift eines Gesamtbetrags in Höhe von 20,5 Millionen Euro auf einbehaltene Gewinne zum Ergebnis. Infolge dieser Gutschrift und des Gewinns von 42,7 Millionen Euro für 1999 nach Rückstellungen verbesserte sich die Rücklageposition der Bank von einem Defizit von 158,5 Millionen Euro zum 31. Dezember 1998 auf ein Defizit von 91,3 Millionen Euro zum 31. Dezember 1999.

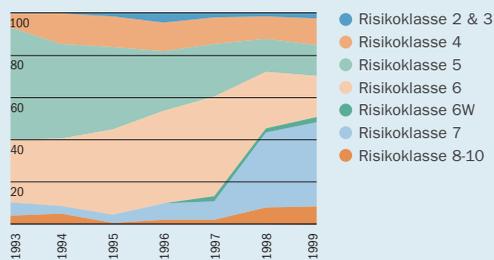
Geschäftstätigkeit im Bereich Banking

Portfolio

Das Direktorium bewilligte im Jahr 1999 99 Projekte im Gesamtwert von 2,6 Milliarden Euro, verglichen mit 82 Projekten in Höhe von 2,0 Milliarden Euro im Jahr 1998. Die kumulativen Zusagen beliefen sich Ende 1999 ohne Stornierungen auf 16,5 Milliarden Euro (1998: 14,5 Milliarden Euro). Der kumulative Gesamtwert der vom Direktorium bewilligten Projekte betrug zum 31. Dezember 1999 55,9 Milliarden Euro, verglichen mit 50,6 Milliarden Euro Ende 1998. Dies umfasst die Mobilisierung von primären Ressourcen in Höhe von 39,4 Milliarden Euro per Ende Dezember 1999 (1998: 36,1 Milliarden Euro).

Gesamtrisikoprofil des Bestands an Darlehen, Garantien und Kapitalanlagen, zeitliche Entwicklung, nach gezeichneten Beträgen

Prozent des Gesamtportfolios



Gewichtetes mittleres Gesamtrisikoprofil, zeitliche Entwicklung, nach gezeichneten Beträgen

Gewichtete mittlere Gesamtrisikoeinstufung



72

Im Jahresverlauf wurden 88 Projekte im Wert von 2,2 Milliarden Euro unterzeichnet, verglichen mit 96 Projekten im Wert von 2,4 Milliarden Euro im Jahr 1998. Der Anteil von im Privatsektor gezeichneten Projekten lag 1999 bei 75 Prozent und der Anteil von Kapitalbeteiligungen bei 31 Prozent der gezeichneten Zusagen, verglichen mit 80 Prozent bzw. 33 Prozent im Jahr 1998.

Die kumulativen Bruttozusagen beliefen sich zum 31. Dezember 1999 auf insgesamt 13,7 Milliarden Euro und ausstehende Zusagen (ohne Stornierungen und Rückzahlungen, mit Ausnahme von Rückzahlungen für revolving Darlehen) auf 10,8 Milliarden Euro.

Projektauszahlungen (ohne mehrfache Auszahlungen für revolving Kreditfazilitäten) betragen im Jahr 1999 1,4 Milliarden Euro, verglichen mit 2,4 Milliarden Euro im Jahr 1998. Die Gesamtrückzahlungen für das Jahr, einschließlich Darlehensrückzahlungen und Vorauszahlungen sowie Aktienverkäufe (ohne mehrfache Rückzahlungen für revolving Darlehensfazilitäten), beliefen sich auf 690 Millionen Euro, verglichen mit 680 Millionen Euro im Jahr 1998.

Der Bestand der Auszahlungen belief sich zum 31. Dezember 1999 auf insgesamt 6,9 Milliarden Euro (1998: 5,7 Milliarden Euro) und umfasste Darlehen in Höhe von 5,3 Milliarden Euro (1998: 4,3 Milliarden Euro) und Kapitalanlagen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro (1998: 1,4 Milliarden Euro).

Risiken

Die Darlehen und Kapitalanlagen der EBWE werden laufend durch die unabhängige Abteilung Risikomanagement der Bank geprüft. Sie stuft die Projekte in Risikokategorien von 1 (niedriges Risiko) bis 10 (erwarteter Verlust) ein. Diese Einstufungen sind sowohl projekt- als auch länderspezifisch, und die allgemeine Risikoeinstufung entspricht gewöhnlich dem jeweils höheren Risiko (projekt- oder länderspezifisch). Im Hinblick auf die Märkte, in denen die Bank tätig ist, und ihr Transformationsmandat

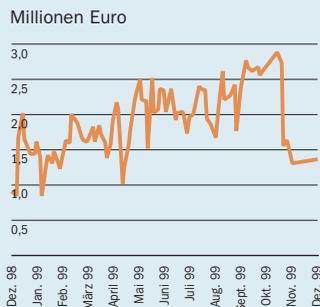
ist normalerweise zum Zeitpunkt der Bewilligung eine projektspezifische Einstufung in die Risikokategorien 4 bis 6 zu erwarten. Die mittlere allgemeine Risikoeinstufung der im Jahr 1999 gezeichneten Projekte lag bei 5,73 (1998: 6,02). Die gewichtete allgemeine Risikoeinstufung für das gezeichnete Portfolio lag zum 31. Dezember 1999 bei 6,14 (31. Dezember 1998: 6,14).

Bis Ende 1999 ging der Anteil der gezeichneten Projekte in den allgemeinen Risikokategorien 4 bis 6 von 53 Prozent am 31. Dezember 1998 auf 47 Prozent zurück. Die Zahl der Projekte in den Risikokategorien 6W (Unter Beobachtung) und 7 (Besondere Aufmerksamkeit) stieg auf 42 Prozent (1998: 35 Prozent) und die in der Kategorie 8 (Unbefriedigend) und 9 (Zweifelhaft) blieb mit 8 Prozent unverändert. Diese Veränderung in der Streuung der Risikokategorien für gezeichnete Projekte spiegelt im Wesentlichen die andauernde Verschlechterung des Russland-Portfolios der Bank sowie des Bestands in anderen betroffenen Ländern in der ersten Jahreshälfte 1999 im Gefolge der russischen Krise wider und wird in dem Schaubild oben dargestellt. Allerdings zeigten sich in der zweiten Jahreshälfte mit einer leichten Verbesserung der durchschnittlichen Einstufung des Portfolios Anzeichen der Stabilisierung.

Für das Jahr im Ganzen blieb die durchschnittliche Einstufung des gezeichneten Portfolios unverändert bei 6,14. Das staatliche Risikoportfolio wies im Jahresverlauf eine Verschlechterung von 6,03 auf 6,23 aus. Dies entsprach einer zunehmenden Konzentration dieses Portfolios auf Länder mit höherem Risiko in den frühen Übergangsphasen. Dagegen verbesserte sich das Risikoportfolio für nichtstaatliche Ausleihungen im Jahresverlauf von 6,21 auf 6,09. Dies war zur Hauptsache auf die während des Jahres unterzeichneten neuen Projekte mit niedrigerem Risikoprofil zurückzuführen. Bei den Einstufungen für das Portfolio im ganzen zeigt sich noch keine eindeutige Erholung von den negativen Risikoentwicklungen im Gefolge der russischen Finanzkrise.

Intern verwaltete Bestände, VaR 1999

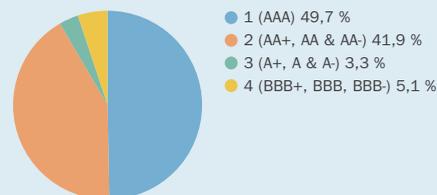
(10 Börsentage, Vertrauensniveau 99 %; BIZ-Angaben)

**Gesamtes nicht diversifiziertes VaR – Gesamtbegrenzung; 18,0 Mio Euro 1999**

(10 Börsentage, Vertrauensniveau 99 %; BIZ-Angaben)

**Kreditqualitätsprofil des Portfolios der Finanzabteilung**

Stand 31. Dezember 1999

**Ergebnisse**

Die Einkünfte aus dem Kerngeschäft der Abteilung Banking im Jahr 1999 in Höhe von 313,7 Millionen Euro lagen 19 Prozent niedriger als die Einkünfte von 385,3 Millionen Euro für 1998. Dies war vor allem auf niedrigere Gewinne aus der Veräußerung von Aktienanlagen und niedrigere Gebühren, Provisionen und Dividenden zurückzuführen. Die operativen Einkünfte der Abteilung Banking entsprachen 83 Prozent der Einkünfte aus der Geschäftstätigkeit der Bank (1998: 86 Prozent, 1997: 82 Prozent). 128,5 Millionen Euro Gewinne aus der Veräußerung von Aktienanlagen entsprachen 41 Prozent der operativen Einkünfte der Abteilung Banking, verglichen mit 168,7 Millionen Euro bzw. 44 Prozent im Jahr 1998. Die Nettozinsenerträge machten 46 Prozent der operativen Einkünfte aus (1998: 37 Prozent), Gebühren- und Kommissionserträge 8 Prozent (1998: 12 Prozent) und Dividendenerträge 5 Prozent (1998: 7 Prozent).

Die Veräußerung einer kleinen Zahl der reiferen Aktien der EBWE macht einen erheblichen Teil der aus dem Aktienanlagenportfolio erwirtschafteten Einkünfte aus. Der Beitrag dieses Portfoliosektors zur Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ist normalerweise wegen seiner Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Aktienveräußerungen von Jahr zu Jahr äußerst verschieden, denn der Zeitpunkt ist mit der Beendigung der Transformationsrolle der Bank im einzelnen Projekt verbunden und hängt von der Möglichkeit ab, den Aktienbesitz im Markt oder anderweitig zu veräußern. Veräußerungen werden mit der kontinuierlichen Reifung des wachsenden Aktienbestands zunehmen, aber es ist schwierig, den möglichen Zeitpunkt und die Erträge solcher Veräußerungen vorauszusagen.

Geschäftstätigkeit der Finanzabteilung**Portfolio**

Die von der Finanzabteilung verwalteten Vermögenswerte beliefen sich zum 31. Dezember 1999 auf 10,6 Milliarden Euro (1998: 8,2 Milliarden Euro). Sie umfassten Schuldtitel in Höhe von 7,8 Milliarden Euro und Platzierungen bei Kreditinstituten in Höhe von 2,8 Milliarden Euro.

Zum Jahresende 1999 wurden etwa 5 Prozent der Aktiva der Finanzabteilung von insgesamt 12 externen Vermögensverwaltern betreut. Die extern verwalteten Portfolios umfassten einen finanzierten und nominellen Betrag in Höhe von 353,1 Millionen Euro eines auf Euro lautenden Zinsterminkontraktprogramms¹ und 472,5 Millionen Euro eines auf US-Dollar lautenden hypothekarisch besicherten Wertpapierprogramms. Die Mittel werden von unabhängigen Managern verwaltet, um Zugang zu spezialisierten Dienstleistungen und Investitionsverfahren zu erlangen und um Leistungsmaßstäbe von Drittparteien zu ermitteln. Die unabhängigen Verwalter müssen dieselben Investitionsrichtlinien einhalten, die die Bank bei ihren intern verwalteten Mitteln befolgt.

Risiken

Im Jahresvergleich hat das Gesamtmarktrisiko der EBWE zugenommen, hielt sich aber in den Grenzen ihrer Risikobereitschaft. Zum 31. Dezember 1999 belief sich der Risikowert (*Value-at-Risk*/VaR) der intern verwalteten Portfolios der EBWE auf 1,3 Millionen Euro (1998: 0,9 Millionen Euro). Dieser Wert wurde mit Bezug auf ein Zuverlässigkeitsniveau von 99 Prozent über einen Börsenzeitraum von zehn Tagen berechnet.²

¹ Beim Euro-Programm werden den Verwaltern für die Zusatzpositionierung Nominalbeträge zugewiesen. Sie erhalten jedoch keine Barmittel.

² Anders ausgedrückt, es bestand die einprozentige Wahrscheinlichkeit, dass die EBWE aufgrund negativer Veränderungen bei Zinssätzen und Wechselkursen über einen Börsenzeitraum von zehn Tagen Verluste von mindestens 1,3 Millionen Euro erleiden könnte.

Fast während des ganzen Jahres bewegte sich der Wert in einer Bandbreite zwischen 0,8 Millionen und 2,9 Millionen Euro, was aktivere Positionseröffnungen und einen höheren Liquiditätsgrad in der zweiten Jahreshälfte widerspiegelt.

Darüber hinaus ergaben die extern verwalteten Portfolios zum Jahresende einen VaR in Höhe von 1,0 Millionen Euro (1998: 1,1 Millionen Euro) für das auf Euro lautende Programm und 2,4 Millionen Euro (1998: 1,4 Millionen Euro) für das auf US-Dollar lautende Programm.

Dementsprechend belief sich zum 31. Dezember 1999 der VaR des Gesamtportfolios (99 Prozent Zuverlässigkeitsniveau, Börsenzeitraum zehn Tage) auf insgesamt 4,7 Millionen Euro (1998: 3,4 Millionen Euro). Diese Zahlen sollten vor dem Hintergrund eines Gesamtportfoliovolumens von durchschnittlich 10,1 Milliarden Euro im Jahr und der VaR-Begrenzung für alle Mittel der Finanzabteilung – ob intern oder extern verwaltet – im Rahmen der im Dezember 1998 angenommenen neuen Vollmachten der Finanzabteilung interpretiert werden. Sie entsprechen einem Betrag von 18,0 Millionen Euro mit einem Zuverlässigkeitsniveau von 99 Prozent über einen Zeitraum von 10 Börsentagen, worauf sich die Schaubilder in diesem Abschnitt beziehen.

Die Gesamtqualität des Kreditengagements der Finanzabteilung blieb weiterhin hoch. Das gewichtete mittlere Kreditrisikoring lag knapp über AA+ (vergleichbar mit der Einstufung von 1,7 auf der internen Skala der EBWE). Zum Jahresende 1999 waren 91,6 Prozent des Gesamtrisikos mit AA- oder besser bewertet (1998: 87,8 Prozent). Alle Engagements waren als erstklassige Anlagepapiere eingestuft, nur staatsnahe Engagements in Griechenland und Korea und ein voll gesichertes Derivatengagement lagen unter der internen Einstufung, die einem Rating von A- entspricht.

Das Kreditengagement im Portfolio der Finanzabteilung war über 25 Länder gestreut, wobei auf ein Land maximal 9,0 Prozent entfielen. Ausnahmen sind die Vereinigten Staaten mit 38,1 Prozent und das Vereinigte Königreich mit 11,9 Prozent (1998: 30,6 Prozent bzw. 7,5 Prozent).

Ergebnisse

Die Finanzabteilung erbrachte 1999 mit einer Rendite von 54,3 Millionen Euro nach Rückstellungen (1998: 46,0 Millionen Euro) einen beträchtlichen Gewinnanteil. Dies war Ergebnis eines größeren verwalteten Volumens und einer die Erwartungen übertreffenden Leistung. Das Handelsportfolio der Finanzabteilung, das täglich entsprechend der Marktentwicklung neu bewertet wird, spiegelte nach den Schwankungen Ende 1998 infolge der asiatischen und russischen Marktkrise den Aufschwung im erstklassigen Kreditmarkt wider.

Finanzierung

Kapital

Das eingezahlte Kapital belief sich am 31. Dezember 1999 auf insgesamt 5,2 Milliarden Euro, gegenüber 5,1 Milliarden Euro am 31. Dezember 1998. Bis auf vier haben inzwischen alle Mitglieder die Kapitalerhöhung gezeichnet und Zeichnungsurkunden für 972.200 Anteile hinterlegt. Damit wuchs die Zahl der eingezahlten Anteile der EBWE auf mehr als 1,9 Millionen. Die zweite Rate der Kapitalerhöhung wurde im April 1999 fällig, und das eingegangene eingezahlte Kapital stieg kumulativ auf 3,5 Milliarden Euro, verglichen mit 3,2 Milliarden zum Jahresende 1998.

Das überfällige Kapital in bar und in Schuldscheinen betrug zum Jahresende insgesamt 31,9 Millionen Euro (1998: 10,5 Millionen Euro). Davon entfielen etwa 25,2 Millionen Euro auf die Kapitalerhöhung, von denen seit dem 31. Dezember 1999 5,0 Millionen Euro eingegangen sind. Außerdem sind Einlösungen von hinterlegten Schuldscheinen in Höhe von 4,0 Millionen Euro überfällig, von denen 3,0 Millionen Euro auf das ursprüngliche Kapital entfallen.

Kapitalausstattung

Die im April 1996 bewilligte Erhöhung des genehmigten Stammkapitals der EBWE auf 20 Milliarden Euro hatte das Ziel, der Bank die weitere Umsetzung ihrer Strategie des kontrollierbaren Wachstums auf nachhaltiger Basis und ohne weiteren Rückgriff auf Kapitalauffüllungen zu ermöglichen. Die Bank hat sich zu finanzieller Selbständigkeit verpflichtet, und in diesem Sinne ist sie proaktiv in ihren Bemühungen, eine effektive und effiziente Kapitalverwendung sicherzustellen.

Bei der Umsetzung der Geschäftsstrategie ist die Kapitalverwendung der EBWE an den satzungsmäßigen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen der Bank ausgerichtet. Im Hinblick darauf verfeinert die Bank ihre Verfahren zur Einschätzung von Kapitalnutzung und Kapitalausstattung, indem sie die herkömmlichen Messungen des finanziellen Spielraums um eine Risikoeinschätzung ergänzt.³ Im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung der Finanzpolitik und des Kapitals wird die Arbeit auf diesem Gebiet fortgesetzt.

³ Der finanzielle Spielraum umfasst die Mittel, die die Bank für neue Darlehen, Kapitalbeteiligungen und Garantien zusagen kann, bis die Begrenzung des Verschuldungsgrads das Verhältnis 1:1 erreicht hat. Dieses Verhältnis legt fest, dass der Gesamtbetrag von ausstehenden Darlehen, Kapitalbeteiligungen und Garantien bei ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit nicht höher sein darf als die Summe ihres unverminderten gezeichneten Kapitals und der Rücklagen und Überschüsse.

Kreditaufnahme

Bei der Kreditaufnahme lässt sich die Bank von zwei Hauptgrundsätzen leiten. Erstens bemüht sie sich um Fristenkongruenz ihrer Aktiva und Passiva, um Refinanzierungsrisiken zu verringern. Zweitens bemüht sie sich um langfristige Mittel mit optimaler Kosteneffizienz für die Bank.

Zum 31. Dezember 1999 belief sich die Kreditaufnahme auf 12,6 Milliarden Euro, gegenüber 1998 eine Zunahme von 2,9 Milliarden Euro. Es gab 41 neue Emissionen im Rahmen des mittel- und langfristigen Kreditaufnahmeprogramms; die Durchschnittskosten lagen nach Swap bei Libor abzüglich 35 Basispunkte. Die durchschnittliche Restlaufzeit mittel- und langfristiger Schuldtitel wurde im Jahresverlauf verlängert und betrug zum 31. Dezember 1999 8,1 Jahre (1998: 7,1 Jahre).

Zusätzlich zu mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten sind in der Zahl für die Gesamtkreditaufnahme auch kurzfristige Titel enthalten, die als verbrieft von der Bank zu Zwecken der Liquiditätssteuerung aufgenommene Schulden eingestuft werden.

Aufwendungen

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen für das Berichtsjahr beliefen sich auf 172,8 Millionen Euro, (1998: 158,7 Millionen Euro). Die Verwaltungsaufwendungen hielten sich im Rahmen des Budgets für 1999, ein Beweis für den unveränderten Einsatz der Bank für Budgetdisziplin, effektive Kostenkontrolle und ein proaktives Kostendeckungsprogramm.

Der Anstieg bei den Aufwendungen war in erster Linie auf die höheren effektiven Umrechnungskurse Pfund Sterling/Euro während des Berichtsjahrs zurückzuführen. Der Durchschnittskurs lag 1999 bei 1,53 Euro pro Pfund Sterling, verglichen mit 1,48 im Vorjahr. Der effektive gewichtete Durchschnittskurs lag jedoch darunter. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Bank grundsätzlich Devisenkontrakte abschließt, um sicherzustellen, dass sich Schwankungen des Euro/Sterling-Wechselkurses nicht negativ auf die überwiegend auf Pfund Sterling lautenden Aufwendungen auswirken, wenn sie zu Berichtszwecken in Euro umgerechnet werden. Folglich wurde bei den Aufwendungen ein gewichteter durchschnittlicher Euro/Sterling-Kurs von 1,36 erreicht (1998: 1,29). Im Jahr 1999 ergab diese Praxis eine Kostenverringerung von 20,3 Millionen Euro, verglichen mit 21,8 Millionen Euro im Jahr 1998. Die Zunahme der Aufwendungen in Euro verglichen mit 1998 spiegelte außerdem eine Abgrenzung für noch nicht in Anspruch genommene Urlaubstage zum 31. Dezember 1999 im Rahmen der Implementierung von ISO 19 (Leistungen für Mitarbeiter) wider.

Darüber hinaus schloss die EBWE eine Reihe von Devisenterminkontrakten ab, um die für zukünftige allgemeine Verwaltungsaufwendungen erforderlichen Kosten in Pfund Sterling abzusichern. Zum 31. Dezember 1999 wies der Marktwert dieser Optionen einen Gewinn in Höhe von 24,6 Millionen Euro aus (1998: 17,5 Millionen Euro). Im Einklang mit der Rechnungslegungspraxis der Bank wurde dieser Gewinn abgegrenzt und wird in den Ausgabejahren ergebniswirksam verbucht.

Rückstellungen

Die Rückstellungspraxis der EBWE für nichtstaatliche Engagements wird durch die gesamte Kreditrisikoeinstufung für einzelne Darlehen und Kapitalanlagen bestimmt, wie sie durch die unabhängige Abteilung Risikomanagement der Bank festgelegt wird. Für staatliche Projekte wird eine einheitliche Rückstellung in Höhe von 3 Prozent für ausstehende ausgezahlte staatliche Risikoengagements vorgenommen. Dabei werden das Risiko und der bevorzugte Gläubigerstatus berücksichtigt, der der Bank von den Mitgliedern eingeräumt wird. Darüber hinaus nimmt die Bank angesichts ihrer regionalen Portfoliokonzentration eine Rückstellung gegen allgemeine unvorhergesehene Risiken für das Gesamtportfolio in Höhe von 0,75 Prozent der ausstehenden gezeichneten Zusagen vor. Außerdem nimmt sie nach Bedarf von Fall zu Fall Einzelrückstellungen vor.

Die konsequente Anwendung der Rückstellungspraxis der Bank führte dazu, dass für das Geschäftsjahr Rückstellungen in Höhe von 160,9 Millionen Euro eingestellt wurden. Dieser Betrag liegt erheblich niedriger als der für 1998 (der die anfängliche Einschätzung der Auswirkungen der russischen Krise widerspiegelte) und entspricht 90 Prozent der Belastung für 1997. Aufgrund der verbesserten Portfolioergebnisse gingen die Einzelrückstellungen zurück, und die allgemeinen Rückstellungen waren aufgrund höherer Stornierungen, Rückzahlungen und Vorauszahlungen niedriger als im Vorjahr. 5,3 Millionen Euro davon entfielen auf eine Gutschrift für Rückstellungen der Finanzabteilung (siehe nächste Seite). Rückstellungen der Abteilung Banking in Höhe von 166,2 Millionen schlossen eine Nettobelastung von 142,1 Millionen Euro für im Jahr 1999 vorgenommenen Einzelrückstellungen ein. Die gesamten Einzelrückstellungen beliefen sich zum Jahresende auf 632,3 Millionen Euro. Ein erheblicher Anteil der Einzelrückstellungen war mit Projekten in Russland verbunden. Die allgemeinen Rückstellungen für staatliche Risikoposten erhöhten sich bis Ende des Jahres 1999 um 14,1 Millionen Euro auf 66,3 Millionen Euro.

Infolge dieser Belastungen für 1999 beliefen sich die gesamten Rückstellungen für die Geschäftstätigkeit im Bereich Banking auf 1,1 Milliarden Euro, was 16,2 Prozent des in Umlauf befindlichen ausbezahlten Portfolios von Darlehen und Kapitalanlagen entspricht (1998: 0,9 Milliarden Euro bzw. 15,7 Prozent).

Die gesamten Rückstellungen in Verbindung mit dem Portfolio der Finanzabteilung beliefen sich zum Jahresende auf 6,3 Millionen Euro (1998: 11,1 Millionen Euro). Von dieser Summe entfielen 3,0 Millionen Euro auf Derivatpositionen (1998: 6,2 Millionen Euro) und 3,3 Millionen Euro auf Schuldtitel (1998: 4,9 Millionen Euro). Die Rückstellungen für Derivate verändern sich in Abhängigkeit von der täglichen Neubewertung, der Laufzeit der Positionen sowie der Kreditwürdigkeit der Gegenpartei. Die Rückstellungen für Schuldtitel basieren auf den nominellen Anleihebeständen und der Krediteinstufung des Emittenten. Aufgrund höherer Kreditwürdigkeit der Emittenten wurden die Rückstellungen 1999 verringert.

Ausblick auf 2000

Das Budget der EBWE sieht für das Jahr 2000 einen bescheidenen Gewinn vor. Die Finanzergebnisse bleiben jedoch weiterhin anfällig gegenüber anhaltenden Ungewissheiten im Umfeld der Geschäftstätigkeit der Bank.

Die Bank beabsichtigt, auch in Zukunft ihre Rücklagen wieder auszubauen und alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um ihre finanzielle Tragfähigkeit zu konsolidieren.

Zusätzliche Berichterstattung und Offenlegung

In ihren Berichten und Offenlegungen hält sich die EBWE im Einklang mit der besten Geschäftspraxis grundsätzlich an die Berichtsgepflogenheiten von Finanzinstitutionen im Privatsektor.

Grundsätze des Finanz- und Risikomanagements

In ihrer Finanzpolitik folgt die EBWE den Richtlinien eines soliden Finanzmanagements. Sie gründen sich auf das Übereinkommen zur Errichtung der Bank und bilden den finanziellen Rahmen, innerhalb dessen die Bank ihr Mandat ausübt.

Das Finanzmanagement der EBWE hat folgende Ziele:

- Streben nach finanzieller Tragfähigkeit;
- Bildung von Rücklagen und Sicherung nachhaltiger Rentabilität;
- Markt- und Leistungsorientierung bei allen Aktivitäten;
- Tätigkeit innerhalb eines umfassenden Rahmens der Risikosteuerung; und
- Sicherstellung von Transparenz und Verantwortlichkeit auf allen Ebenen und Förderung einer effektiven Unternehmensführung.

Die EBWE ist sowohl in ihrer Bankingtätigkeit als auch bei den Aktivitäten der Finanzabteilung Kreditrisiken ausgesetzt. Kreditrisiken entstehen entweder, weil Kreditnehmer und Geschäftspartner der Finanzabteilung ihren vertraglichen Verpflichtungen möglicherweise nicht nachkommen oder weil die Investitionen der Bank beeinträchtigt sein könnten. Die weitaus meisten Kreditrisiken liegen im Banking-Portfolio. Die unabhängige Abteilung Risikomanagement der Bank, der ein Mitglied ihres Exekutivausschusses vorsteht, bemüht sich sicherzustellen, dass alle Risiken ordnungsgemäß identifiziert und angemessen gesteuert und abgedeckt werden. Dies geschieht durch ein umfassendes und stringentes Kreditverfahren, das jedes Jahr durch den Finanzprüfungsausschuss des Direktoriums auf Effektivität und Effizienz überprüft, und mit Hilfe der gewonnenen Erfahrungen verfeinert wird. Alle normalen Projekte werden regelmäßig überprüft, um umgehend alle Veränderungen der vorgenommenen Risikoeinstufung und alle zur Abfederung wachsender Risiken nötigen Maßnahmen zu identifizieren.

Das hauptsächliche Risiko der EBWE besteht darin, dass Veränderungen der Kreditspannen, Zinsauschläge und Wechselkurse die von der Bank bezogenen Positionen – insbesondere im Portfolio der Finanzabteilung – negativ beeinflussen können. Die Bank bemüht sich, Marktrisiken in den Portfoliowerten der Finanzabteilung so weit wie möglich durch ein aktives Aktiva- und Passivmanagement und die Steuerung von Fremdwährungsrisiken einzugrenzen und zu steuern. Zinsrisiken werden durch Abgleich des Zinsprofils der Aktiva mit dem der Passiva und die Nutzung von Derivaten gesteuert. Durch eine Kombination von Limit- und VaR-Berichten werden Währungs- und Zinsrisiken unabhängig von der Tätigkeit der Finanzabteilung gemessen, um die Einhaltung der genehmigten Begrenzungen zu gewährleisten.

In Übereinstimmung mit dem Ziel der EBWE – insbesondere im Hinblick auf den Bestand der Finanzabteilung – das Kapital zu pflegen, werden VaR- und Belastungstestangaben in Form von Risiken berechnet, die über den auf Libor basierenden Maßstab für Investitionen hinausgehen.¹

¹ Der Wert 0 beim VaR würde z.B. bedeuten, dass keinerlei Wechselkursrisiko besteht und dass die Zinssatzpositionen bei den Aktiva der Bank vollständig mit denen für die Passiva übereinstimmen.

Die Bank achtet besonders darauf, dass das eingegangene Marktrisiko die Grenzen ihrer Risikobereitschaft in keiner Weise überschreitet. Daher werden VaR-Tendenzen und Belastungstests sorgfältig überwacht.

Im Jahr 1998 verabschiedete die EBWE eine überarbeitete Vollmacht für die Finanzabteilung. Dabei handelt es sich um das Dokument, in dem das Direktorium dem Vizepräsidenten für Finanzen die Vollmacht überträgt, die Tätigkeit der Finanzabteilung zu leiten, und das die Risikoparameter festlegt, die dabei zu beachten sind.

In der Vollmacht für die Finanzabteilung werden Regeln und Verfahren auf der Ebene der Geschäftstätigkeit definiert. Die jüngsten Veränderungen betreffen:

- eine klare Definition der Rolle des Risikomanagements;
- den Ersatz des ursprünglich auf der Laufzeit basierenden Limits durch eine VaR-Begrenzung, die de facto bereits seit zwei Jahren das wichtigste Instrument für die Kontrollierung des Marktrisikos ist;
- die Möglichkeit der Finanzabteilung der Bank, beim Aktiv- und Passivmanagement und im Investitionsverfahren im Rahmen des Gesamtmarktrisikos und der VaR-Begrenzung ihre Devisenrisiken aktiv zu steuern; und
- die Vollmacht der EBWE, durch den Ankauf von Verkaufsoptionen ihre finanziellen Risiken über Vermögens- oder Risikoklassifizierungen zu besichern, in die die Finanzabteilung anderweitig nicht investieren bzw. in denen sie kein Engagement akzeptieren könnte.

Die Verwirklichung des Programms für Verbesserungen des Risikomanagements wurde im Jahr 1999 fortgesetzt. Ziel dieses laufenden Programms ist es sicherzustellen, dass der Ansatz der EBWE beim Management von Risiken in den Aktivitäten der Finanzabteilung mit der sich herausbildenden besten Marktpraxis in diesem Bereich übereinstimmt. Diesbezügliche Fortschritte werden regelmäßig durch den Finanzprüfungsausschuss des Direktoriums der Bank überprüft.

Das operative Risiko wird dadurch ermittelt, dass alle Aspekte der Risikoanfälligkeit untersucht werden, die nicht in den Bereich des Kredit- oder Marktrisikos fallen. Dazu gehören Verlustrisiken, die durch Irrtümer oder Versäumnisse bei der Abwicklung und beim Abschluss von Transaktionen, bei der Berichterstattung der Finanzergebnisse oder beim Versagen von Kontrollen entstehen können. Eine vor kurzem erfolgte Überprüfung und Reorganisation der Geschäftsverfahren der Bank wird einen weiteren Beitrag zur Abfederung dieses Risikos leisten.

In der EBWE werden Grundsätze und Verfahren angewendet, die alle wichtigen Aspekte des operativen Risikos abdecken. Dazu gehören an erster Stelle ein hoher Standard der Geschäftsethik in der Bank und ein etabliertes System gegenseitiger interner Kontrollen sowie die Trennung von Zuständigkeitsbereichen, die die Bank von Anfang an davor bewahren, in ihrer Geschäftstätigkeit ein Risiko einzugehen.

Ergänzend kommen hinzu:

- der Verhaltenskodex der EBWE;
- Planung für Katastrophen- und Eventualfälle;
- Grundsätze für den öffentlichen Zugang und die Offenlegung von Informationen;
- Integrität der Verfahren im Rahmen der Sorgfaltspflicht;
- Verfahren im Hinblick auf korrupte Verhaltensweisen und Geldwäsche;
- Verfahrensregeln in Fällen von Betrug oder Betrugsverdacht;
- Grundsätze für die Informationstätigkeit;

- Richtlinien für das Management operativer Risiken in der Finanzabteilung; und
- Beschaffungsgrundsätze.

Nutzung von Derivaten

Die EBWE benutzt Derivate vor allem zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken, die im Rahmen ihrer Aktivitäten im Bereich Banking und der Finanzabteilung auftreten. Die sich in Derivaten ausdrückenden Marktbewertungen sind Bestandteil der Aktivitäten der Finanzabteilung. Alle Zins- und Währungsrisiken unterliegen allgemeinen VaR-Begrenzungen. Darüber hinaus nutzt die Bank Kreditderivate als Alternative zu Investitionen in bestimmte Wertpapiere oder zur Besicherung bestimmter Engagements.

Auf dem Gebiet des Risikomanagements der Finanzabteilung hat die EBWE die G-30-Empfehlungen zum Einsatz von Derivaten übernommen und sich zur Einhaltung der besten Praxis auf diesem Gebiet verpflichtet. Die Bank hält sich voll und ganz an alle für die Endverbraucher relevanten Aspekte, wie sie von den G-30 definiert wurden. Außerdem hat sie sich zur Einhaltung der Empfehlungen im Zusammenhang mit Marktmanern entschlossen, da sie Derivate für eine strategische Positionierung innerhalb klar definierter Grenzen nutzt.

Die Zinsrisiken aus Derivaten werden mit den Risiken aller anderen zinsabhängigen Instrumente kombiniert. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei solchen Risiken, die für den Einsatz von Derivaten spezifisch sind, zum Beispiel durch die Überwachung von Kursschwankungsrisiken bei Optionen, der Margenrisiken bei Swaps und der Basisrisiken bei Terminkontrakten.

Um das Kreditrisiko bei den Transaktionen der Finanzabteilung zu kontrollieren, ist es Praxis der EBWE, alle Gegenparteien einzeln zuzulassen und ihre Eignung in regelmäßigen Abständen zu überprüfen. Begrenzungen für einzelne Gegenparteien werden in Übereinstimmung mit Richtlinien zugeteilt, die auf der Grundlage der Kreditwürdigkeit der Gegenpartei die maximale Höhe und Dauer des Engagements festlegen. Insbesondere sind Derivattransaktionen normalerweise auf Parteien beschränkt, die mit AA- oder besser eingestuft werden. Parteien mit der Einstufung A werden nur dann akzeptiert, wenn das Engagement voll besichert ist.

Die EBWE ist durch den systematischen Zugriff auf eine Vielzahl von Mechanismen zur Verbesserung von Problemerkrediten um eine weitere Abfederung von Risiken der Finanzabteilung bemüht. Derivattransaktionen im Freiverkehr werden systematisch im Rahmen von Globalvereinbarungen dokumentiert, die bei Ausbuchung eine Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten sicherstellen. Auch ist die Bank bestrebt, den Anwendungsbereich dieser Bestimmung durch den Nachweis eines möglichst breiten Spektrums von mit einem gegebenen Partner im Rahmen einer einzelnen ISDA-basierten Globalvereinbarung gehandelten Instrumenten zu dokumentieren.

Die EBWE hat den Einsatz von Besicherungsvereinbarungen in Verbindung mit ihrer Tätigkeit mit Derivaten im Freiverkehr noch erweitert. Zum Jahresende 1999 waren 89 Prozent der Bruttoengagements mit Parteien in Verbindung mit Derivaten Gegenstand von Besicherungsvereinbarungen, und mit allen verbleibenden aktiven Parteien waren Verhandlungen über die Unterzeichnung solcher Vereinbarungen im Gange.

Unternehmensführung

Die EBWE setzt sich für eine effektive Unternehmensführung ein, bei der Zuständigkeiten und die damit verbundenen Kontrollen in der gesamten Bank eindeutig festgelegt und voneinander abgegrenzt sind. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind integrale Bestandteile des Rahmens der Unternehmensführung. Diese Struktur wird darüber hinaus durch ein System der Berichterstattung gestützt, in dem die Informationen eigens auf die verschiedenen Zuständigkeitsbereiche innerhalb der EBWE zugeschnitten sind, denen sie zugeleitet werden. Auf diese Weise kann das System der gegenseitigen Kontrolle bei den Aktivitäten der Bank reibungslos funktionieren.

Die grundlegende Satzung der EBWE ist das Übereinkommen zur Errichtung der Bank, das vorsieht, dass sie über einen Gouverneursrat, ein Direktorium, einen Präsidenten, Vizepräsidenten sowie leitende und sonstige Bedienstete verfügt.

Sämtliche Befugnisse der EBWE liegen beim Gouverneursrat, der die 60 Anteilseigner vertritt. Mit Ausnahme bestimmter ihm vorbehaltenen Vollmachten hat der Gouverneursrat die Ausübung seiner Befugnisse auf das Direktorium übertragen, er behält jedoch die allgemeine Weisungsgewalt.

Das Direktorium und seine Ausschüsse

Das Direktorium unterliegt der allgemeinen Weisungsgewalt des Gouverneursrats. Vorbehaltlich dieser ist es für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit und Grundsätze der EBWE verantwortlich und übt zu diesem Zweck die ihm im Übereinkommen ausdrücklich zugeteilten Befugnisse und die ihm vom Gouverneursrat übertragenen Befugnisse aus.

Das Direktorium hat zu seiner Unterstützung drei Ausschüsse gebildet:

- den Finanzprüfungsausschuss;
- den Ausschuss für Budget- und Verwaltungsangelegenheiten; und
- den Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit.

Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse im Jahr 1999 ist auf Seite 108 im einzelnen aufgeführt.

Der Präsident und der Exekutivausschuss

Der Präsident wird vom Gouverneursrat gewählt und ist der gesetzliche Vertreter der EBWE. Er führt die laufenden Geschäfte der Bank nach den Weisungen des Direktoriums.

Der Exekutivausschuss besteht aus den Mitgliedern der Führungsspitze der Bank und steht unter dem Vorsitz des Präsidenten.

Berichterstattung

Die Führungsstruktur der Bank wird durch eine angemessene Finanz- und Managementberichterstattung unterstützt. Die Bank ist bestrebt, durch ihre Finanzberichterstattung die notwendigen Informationen über Risiken und Ergebnisse ihrer Tätigkeit bereitzustellen und bei der Erarbeitung ihrer für die Öffentlichkeit bestimmten Finanzberichte die Prinzipien der besten Praxis anzuwenden. Darüber hinaus verfügt die Bank über ein umfassendes System der Berichterstattung an das Direktorium und dessen Ausschüsse. Dem Management stehen detaillierte Informationen zur Verfügung, damit es die Umsetzung der Geschäftspläne und die Einhaltung von Budgets überwachen kann.

Vergütungsgrundsätze

Im Rahmen ihres Status als multilaterale Institution hat die Bank eine marktorientierte Vergütungspolitik entwickelt, um den folgenden Zielstellungen gerecht zu werden:

- Wettbewerbsfähigkeit, um hochqualifizierte Spitzenkräfte anzuwerben und an sich binden zu können;
- Berücksichtigung verschiedener Zuständigkeitsebenen;
- ausreichende Flexibilität, um rasch auf den Markt reagieren zu können;
- Schaffung von Anreizen für ausgezeichnete Leistungen.

Um diese Zielsetzungen zu unterstützen, haben die Anteilseigner der Bank ihre Zustimmung für die Aufwendung von Marktkriterien auf die Mitarbeitervergütung erteilt. Gehälter und Bonuszahlungen sind leistungsorientiert.

Durch Zuwendungen aus dem Bonusfonds sollen die Beiträge einzelner Mitarbeiter oder Teams zu den Gesamtergebnissen der Bank anerkannt werden. Die Bonuszahlungen sind zwar ein wichtiger Bestandteil der gesamten Mitarbeitervergütung, beschränken sich jedoch auf einen bestimmten Prozentsatz des Grundgehalts. In der Regel gehen sie nicht über 30 Prozent des Grundgehalts hinaus.

Das Direktorium der EBWE, der Präsident und die Vizepräsidenten erhalten keine Zuwendungen aus dem Bonusfonds. Die an das Direktorium und den Präsidenten gezahlte Vergütung wird vom Gouverneursrat festgelegt, über die der Vizepräsidenten entscheidet das Direktorium.

Das Jahr 2000

Als Reaktion auf die Herausforderungen des Jahres 2000 wurden alle wichtigen Systeme im Rahmen eines für die gesamte Bank geltenden Programms gründlich überprüft. Die gesamte Tätigkeit zur Überprüfung und Abstellung möglicher Fehlerquellen in den Systemen der EBWE wurde im Rahmen pauschaler nomineller IT-Budgets für das Jahr 1999 zur Zufriedenheit abgeschlossen. Zwar war die geschäftliche Tätigkeit der Bank von diesem Problem nicht betroffen, dennoch werden die möglichen Auswirkungen des Jahreswechsels weiterhin geprüft und sie bleiben auch im ersten Quartal des Jahres 2000 Bestandteil laufender Kontrollen.

Der Euro

Nach Beginn der dritten Phase der Europäischen Währungsunion (EWU) am 1. Januar 1999, als der Euro die Währungen der elf Teilnehmerländer ablöste, hat die EBWE den Ecu als ihre bisherige Berichtswährung durch den Euro ersetzt.

Das das Übereinkommen zur Errichtung der Bank keiner Novellierung bedurfte, zeigten sich die Auswirkungen der Euro-Einführung auf die Bank in erster Linie in der Anpassung der Bearbeitungs- und Abrechnungssysteme. Davon erfasst waren alle auf Ecu lautenden Transaktionen, die nach Bedarf umgerechnet und in Euro erneut verbucht wurden. Dazu gehörten Darlehen und Kapitalinvestitionen im Bankingportfolio sowie Anleihen, Swaps und die von der Bank selbst begebenen Schuldtitel sowie die dazugehörigen Besicherungspositionen in den Portfolios der Finanzabteilung.

Konsolidierter Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 1999 abgelaufene Geschäftsjahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1999 000 Euro	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998 000 Euro
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
aus Darlehen		297.073	278.907
aus festverzinslichen Wertpapieren sowie sonstigen Zinsen		368.377	292.178
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		(478.885)	(366.233)
Nettozinseinkünfte		186.565	204.852
Dividendenerträge		13.899	30.761
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	4	25.847	44.729
Finanzgeschäfte			
Nettoerträge aus dem Verkauf von Aktienanlagen		128.530	168.724
Gewinn (netto) aus Handels- und Devisengeschäften	5	21.584	1.440
Betriebliche Erträge		376.425	450.506
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	6	(159.685)	(143.172)
Abschreibungen	12	(13.162)	(15.506)
Betriebsgewinn vor Wertberichtigungen		203.578	291.828
Wertberichtigungen für Verluste	7	(160.911)	(553.061)
Gewinn/(Verlust) für den Zeitraum		42.667	(261.233)

Bilanz

zum 31. Dezember 1999	Anmerkung	000 Euro	31. Dezember 1999 000 Euro	000 Euro	31. Dezember 1998 000 Euro
Aktiva					
Platzierungen und Schuldtitel					
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		2.773.490		2.945.224	
Schuldtitel	8	7.865.490		5.272.705	
			10.638.980		8.217.929
Sonstige Aktiva	9		994.620		743.853
Darlehen und Aktienanlagen					
Darlehen	10	4.756.369		3.894.987	
Aktienanlagen	10	1.238.960		1.147.453	
			5.995.329		5.042.440
Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	12		41.009		43.322
Ausstehendes eingezahltes Kapital	15		1.924.695		1.999.086
Summe der Aktiva			19.594.633		16.046.630
Passiva					
Aufgenommene Gelder					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		743.657		554.354	
Verbriefte Schulden	13	11.818.129		9.171.069	
			12.561.786		9.725.423
Sonstige Passiva	14		1.961.040		1.395.332
Gezeichnetes Kapital	15	19.640.750		19.290.750	
Abrufbares Kapital	15	(14.477.645)		(14.206.395)	
Eingezahltes Kapital			5.163.105		5.084.355
Rücklagen			(133.965)		102.753
Gewinn/(Verlust) für den Zeitraum			42.667		(261.233)
Eigenkapital der Mitglieder			5.071.807		4.925.875
Summe der Verbindlichkeiten und Eigenkapital der Mitglieder			19.594.633		16.046.630
Bilanzvermerke					
Zusagen	11		3.880.872		4.420.742

Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

für das am 31. Dezember 1999 abgelaufene Geschäftsjahr	Gezeichnetes Kapital 000 Euro	Abrufbares Kapital 000 Euro	Rücklage für Umrechnungs- differenzen 000 Euro	Allgemeine Rücklage 000 Euro	Sonder- rücklage 000 Euro	Aufgelaufene Rücklage 000 Euro	Zwischen- summe Rücklagen 000 Euro	Gewinn/ (Verlust) für das Jahr 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Stand 31. Dezember 1997	18.369.100	(13.492.115)	57.972	20.074	74.012	(69.629)	82.429	16.150	4.975.564
Neuausweis des Pensionsfonds zum 1. Januar 1998	-	-	-	-	-	15.438	15.438	-	15.438
Wechselkursdifferenzen bei der Umrechnung der Kapitaleinlagen	-	-	(118)	-	-	-	(118)	-	(118)
Interner Steueraufwand für das Geschäftsjahr	-	-	-	4.292	-	-	4.292	-	4.292
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	22.371	(22.371)	-	-	-
Gewinnzuführungen aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	16.150	16.150	(16.150)	-
Kapitalerhöhung	921.650	(714.280)	-	-	-	-	-	-	207.370
Verlust für das Jahr	-	-	-	-	-	-	-	(261.233)	(261.233)
Wirkung des Pensionsneuausweises auf das Jahr 1998	-	-	-	-	-	-	-	5.087	5.087
Stand 31. Dezember 1998	19.290.750	(14.206.395)	57.854	24.366	96.383	(60.412)	118.191	(256.146)	4.946.400
Wechselkursdifferenzen bei der Umrechnung der Kapitaleinlagen	-	-	(895)	-	-	-	(895)	-	(895)
Interner Steueraufwand für das Geschäftsjahr	-	-	-	4.885	-	-	4.885	-	4.885
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	19.327	(19.327)	-	-	-
Verlustzuführungen aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	(261.233)	(261.233)	261.233	-
Überführung für Neuausweis des Pensionsfonds an Rücklage	-	-	-	-	-	5.087	5.087	(5087)	-
Kapitalerhöhung	350.000	(271.250)	-	-	-	-	-	-	78.750
Gewinn für das Jahr	-	-	-	-	-	-	-	42.667	42.667
Stand 31. Dezember 1999	19.640.750	(14.477.645)	56.959	29.251	115.710	(335.885)	(133.965)	42.667	5.071.807

In die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen werden die Unterschiedsbeträge eingestellt, die sich aus der Umrechnung von nicht auf Euro lautenden Kapitaleinlagen ergeben. Es ist übliche Praxis der Bank, Devisenterminkontrakte abzuschließen, um den bekannten Euro-Wert der zukünftigen auf US-Dollar und japanische Yen lautenden Kapitalzeichnungen festzulegen. Unterschiedsbeträge zwischen den durch diese Kontrakte erworbenen Euro-Beträgen zum einen und den durch die festen Wechselkurse bestimmten Euro-Beträgen zum anderen werden direkt in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt. Sind planmäßige Eingangs- oder Einlösungstermine nicht eingehalten worden, werden Ersatzdevisenterminkontrakte abgeschlossen, die ebenfalls Anpassungen der Umrechnungsrücklage erforderlich machen können.

Die allgemeine Rücklage besteht aus den gemäß Artikel 53 des Übereinkommens gezahlten internen Steuern. Gemäß dem Artikel unterliegen alle Direktoren, Stellvertretenden Direktoren, leitende und sonstige Mitarbeiter der Bank einer von der Bank erhobenen internen Besteuerung aller von ihr gezahlten Gehälter und Bezüge. Gemäß Übereinkommen verbleibt der Bank die zu ihren Gunsten einbezogene interne Steuer. Laut Artikel 53 des Übereinkommens sowie Artikel 16 des Sitzabkommens sind die von der Bank gezahlten Gehälter und Bezüge von der Einkommensteuer im Vereinigten Königreich freigestellt.

Gemäß Übereinkommen wird eine Sonderrücklage zum Ausgleich dort näher bestimmter Verluste der Bank gebildet. Entsprechend den Finanzrichtlinien der Bank erfolgt die Dotierung der Rücklage durch Einstellung des Gesamtbetrags aller der Bank aus dem Darlehens-, Garantie- und Emissionsgeschäft zufließenden designierten Gebühren und Provisionen, bis die Sonderrücklage nach Feststellung des Direktoriums eine angemessene Höhe erreicht hat. Gemäß Übereinkommen ist vorgesehen, den Betrag von 9,8 Millionen Euro, bestehend aus den für das am 31. Dezember 1999 abgelaufene Jahr eingegangenen designierten Gebühren und Provisionen, aus dem Gewinn für das am 31. Dezember abgelaufene Jahr im Jahr 2000 einzubehalten und in die Sonderrücklage zu überstellen.

Der Verlustvortrag der aufgelaufenen Rücklage aus früheren Jahren entspricht den aufgelaufenen Verlusten nach Zuweisung der designierten Gebühren- und Provisionseinkünfte in die Sonderrücklage. Ein Betrag in Höhe von 20,5 Millionen Euro wurde der Eröffnung von Rücklagen als Ergebnis der Umsetzung von IAS 19 (Mitarbeitervergünstigungen) gutgeschrieben; siehe Anmerkung 23.

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

für das am 31. Dezember 1999 abgelaufene Geschäftsjahr	000 Euro	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1999 000 Euro	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1998 000 Euro
Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit			
Gewinn/(Verlust) für das Geschäftsjahr	42.667		(261.233)
Anpassungen für:			
Rückstellungen für Verluste	160.911		553.061
Abschreibungen auf Sachanlagen	13.162		15.506
Realisierte Gewinne aus Aktienanlagen	(128.530)		(168.724)
Interner Steueraufwand	4.885		4.292
Unrealisierte (Gewinne)/Verluste auf den Handelsbestand	(3.172)		2.943
Realisierte Gewinne auf das Wertpapierportfolio	(2.764)		(4.824)
Devisenschwankungen von Rückstellungen	59.658		(13.961)
Gewinn vor Änderungen im Betriebsvermögen (Zunahme)/Abnahme des Betriebsvermögens:	146.817		127.060
Zinsforderungen und Aufwandsabgrenzungskosten	(137.778)		(203.466)
Nettoabnahme der Positionen im Handelsbestand	303.129		264.108
Zunahme der Betriebspassiva:			
Zinsaufwand und Zuführungen zu den Rückstellungen	298.588		142.396
Mittelbereitstellung aus laufender Geschäftstätigkeit		610.756	330.098
Cashflow aus der Investitionstätigkeit			
Mittelzufluss aus Rückzahlung von Darlehen	1.427.841		1.004.993
Platzierungen (netto) bei Kreditinstitutionen	1.128.166		(1.143.840)
Mittelzufluss aus dem Verkauf von Aktienanlagen	259.012		256.334
Mittelzufluss aus Einlösung/Verkauf von Wertpapieren aus Anlagenbestand	1.958.576		3.031.712
Kauf von Anlagepapieren	(4.604.509)		(3.091.379)
Mittelabfluss für Darlehen und Erwerb von Aktien und Anteilspapieren	(2.740.571)		(2.335.284)
Kauf von Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	(10.849)		(12.012)
Mittelverwendung (netto) für Investitionstätigkeit		(2.582.334)	(2.289.476)
Cashflow aus Finanzgeschäften			
Kapitaleinzahlungen	153.140		148.710
Rücklagen für Umrechnungsdifferenzen	(895)		(118)
Aufnahme verbrieftter Schulden	4.871.412		3.552.282
Tilgung verbrieftter Schulden	(2.284.950)		(1.194.731)
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften		2.738.707	2.506.143
Zunahme (netto) der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva		767.129	546.765
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zu Beginn des Zeitraums		1.365.200	818.435
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember ¹		2.132.329	1.365.200

¹ Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva umfassen folgende im Verlauf von 3 Monaten fällige Beträge.

	1999 000 Euro	1998 000 Euro
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	2.710.356	1.788.919
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(578.027)	(423.719)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember	2.132.329	1.365.200

Anmerkung: Geschäftsgewinn schließt eingegangene Dividenden von 13,9 Mio Euro ein (1998: 30,8 Mio Euro).

Anmerkungen zum konsolidierten Jahresabschluss

1 Errichtung der Bank

i Übereinkommen zur Errichtung der Bank

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“), mit Hauptsitz in London, ist eine gemäß dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank („das Übereinkommen“) vom 29. Mai 1990 geschaffene internationale Organisation. Zum 31. Dezember 1999 waren 58 Länder sowie die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Investitionsbank Anteilseigner der Bank.

ii Sitzabkommen

Der Status, die Vorrechte und die Immunitäten der Bank sowie der mit ihr verbundenen Personen im Vereinigten Königreich sind im Sitzabkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Bank („Sitzabkommen“) festgelegt. Das Sitzabkommen wurde bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank am 15. April 1991 in London unterzeichnet.

Entsprechend den oben unter (ii) dargestellten Umrechnungsgrundsätzen der Bank werden am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Schuldverschreibungen in US-Dollar und japanischen Yen zu den am 31. Dezember 1999 gültigen Wechselkursen in Euro umgerechnet. Die Differenzbeträge zwischen diesen Euro-Werten und den durch die festen Wechselkurse bestimmten Euro-Gegenwerten werden unter „Sonstige Aktiva“ oder „Sonstige Passiva“ eingestellt.

iv Schuldtitel

Schuldtitel, die langfristig oder bis zur Fälligkeit gehalten werden sollen, werden zum Buchwert abzüglich dauernder Wertminderungen ausgewiesen. Anteilige Agios oder Disagios, die bei Erwerb anfallen, werden in den Zinserträgen ausgewiesen. Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere werden entsprechend der Marktentwicklung bewertet, und der resultierende Gewinn oder Verlust wird unmittelbar in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen und zusammen mit dem sich aus der Finanzierung dieser Wertpapiere ergebenden Zinseinkommen und Zinsaufwand unter „Nettogewinn aus Handels- und Devisengeschäften“ eingestellt.

v Aktienanlagen

Aktienanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich aller Wertberichtigungen ausgewiesen.

Aktienanlagen, die der Bank die Option geben, ihre Investition gegen eine zinsbasierte Rendite bei kreditwürdigen Partnern abzulösen, weisen mit Schuldinstrumenten verbundene Risikomerkmale auf und werden entsprechend als Darlehen eingestuft und ausgewiesen. Dividenden aus Aktienanlagen (als Darlehen eingestuft) werden nicht als Einkünfte ausgewiesen, sondern zurückgestellt, bis die Aktienanlage veräußert wird. Zu diesem Zeitpunkt werden sie mit dem Erlös der Veräußerung verrechnet.

Im Hinblick auf ihre Aktienanlagen hat die Bank die Bestimmungen für Partner in den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS 28) sowie in der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten geprüft. Die Bank vertritt die Auffassung, dass im allgemeinen, selbst nach der Übernahme von 20 Prozent oder mehr des Beteiligungskapitals, derartige Investitionen noch nicht unter den Begriff Partnerschaft fallen, da die Bank im Normalfall keinen nennenswerten Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Zielunternehmen ausübt. Demgemäß werden diese Investitionen ebenfalls zu Anschaffungskosten abzüglich Rückstellungen ausgewiesen. In Anmerkung 10 finden sich Einzelheiten zu den Aktienanlagen der Bank, die 20 Prozent des Aktienkapitals des Zielunternehmens überschreiten oder bei denen die Anschaffungskosten abzüglich spezifischer Wertberichtigungen über 10 Millionen Euro liegen.

vi Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Wertberichtigungen werden wie folgt als Einzel-, Allgemein- oder Bestandswertberichtigungen eingestuft:

Für zweifelhafte Darlehen und Ausleihungen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Für die Bestände an Aktien und anderen Anteilpapieren werden die bei einer dauernden Wertminderung erforderlichen Abwertungen durch Schätzung ermittelt.

Die allgemeinen Wertberichtigungen für mögliche Verluste aus nichtstaatlichen Risikoanlagen, die zum Jahresende nicht besonders identifiziert sind, werden in zwei Schritten vorgenommen: bei der Zusage und beim Mittelabfluss. Allgemeine Rückstellungen für staatliche Risikoanlagen werden bei Mittelabfluss bestimmt. Im Falle der Regionalen Wagnisfonds und der Nach-Privatisierungsfonds erfolgt wiederum die erste Wertberichtigung in zwei Schritten: bei Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung und dann bei der Bewilligung der einzelnen Teilinvestitionen.

Zusätzliche allgemeine Wertberichtigungen werden zum Bilanztag zur Abdeckung der latenten Bestandsrisiken an vertraglichen Verpflichtungen (einschließlich Bürgschaften) sowie von Darlehen und Aktienanlagen vorgenommen. Diese Wertberichtigungen werden außerdem bei Zeichnung der Rahmenvereinbarung über Regionale Wagnisfonds und Nach-Privatisierungsfonds vorgenommen.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluss entspricht den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank, die mit den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS) sowie den Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten übereinstimmen.

Mit Ausnahme von schuldrechtlichen Wertpapieren und damit verbundenen Derivaten, die zu Handelszwecken gehalten und zu Marktpreisen ausgewiesen werden, und von Grundbesitz, der zum fairen Marktpreis gehalten wird, wird die Bilanz der Bank gemäß dem Anschaffungskostenwertprinzip ausgewiesen. Finanzielle Aktiva und Passiva werden in die Bilanz aufgenommen, wenn damit verbundene Risiken und Vergütungen übernommen worden sind.

ii Fremdwährungen

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens verwendet die Bank die Europäische Währungseinheit (Ecu) als Maßeinheit für die Ausweise im Jahresabschluss. Nach der Ablösung des Ecu durch den Euro am 1. Januar 1999 wurde der Euro Maßeinheit für die Ausweise im Jahresabschluss. Die Vergleichswerte von 1998 wurden entsprechend zur effektiven Umtauschrate von 1 Euro zu 1 Ecu neu in Euro ausgewiesen.

Monetäre Aktiva und Passiva, die in ausländischen Währungen ausgewiesen sind, werden zu den am 31. Dezember 1999 gültigen Kassakursen in Euro umgerechnet. Nichtmonetäre Posten werden zum Umrechnungskurs am Tag des Geschäftsvorfalles in Euro umgerechnet. Einkommens- und Aufwendungs-posten werden am Monatsende des Auftretens in Euro umgerechnet. Das gilt jedoch nicht für die Aufwendungen in Pfund Sterling. Diese werden gesichert und zur durchschnittlichen gewichteten Sicherungsrate umgerechnet.

Wechselkursgewinne oder -verluste und Sicherungskosten, die sich aus Kontrakten ergeben, die zur Sicherung bestimmter Umsatz- oder Aufwendungs-transaktionen oder voraussichtlicher Transaktionen abgeschlossen werden, werden zurückgestellt und bis zum Zeitpunkt solcher Transaktionen unter „Sonstige Aktiva“ oder „Sonstige Passiva“ ausgewiesen. Nach diesem Zeitpunkt werden sie bei der Festsetzung solcher Einkünfte und Aufwendungen ausgewiesen. Alle sonstigen mit Sicherungsgeschäften verbundenen Wechselkurs-gewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung zur gleichen Zeit verbucht wie die Wechselkursdifferenzbeträge bei den Posten, die durch die Sicherungsgeschäfte gedeckt werden. Aufwendungen für solche Kontrakte, die nicht länger als Sicherungsgeschäfte bezeichnet werden, werden in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

iii Kapitalzeichnungen

Gemäß dem Übereinkommen sind Kapitalzeichnungen der Mitglieder entweder in Euro, in US-Dollar oder in japanischen Yen zu leisten. Kapitalzeichnungen in US-Dollar oder japanischen Yen werden gemäß Artikel 6.3 des Übereinkommens zu festen Wechselkursen abgerechnet.

Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen innerhalb des Geschäftsjahrs in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In Anmerkung 7 finden sich Einzelheiten zu den Wertberichtigungen der Bank. Wird ein Darlehen für uneinbringlich gehalten oder besteht keine Möglichkeit zur Deckung einer Aktienanlage, wird die Kapitalsumme mit der damit verbundenen Rückstellung verrechnet. Spätere Zahlungseingänge werden bei früher erfolgten Abschreibungen mit der Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet.

vii Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

Diese Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibungen bewertet. Sachanlagen werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wie folgt linear abgeschrieben:

Grundbesitz: Null
Einbauten auf Pachtbesitz mit weniger als 50 Jahren Restlaufzeit: Restlaufzeiten
Technik und Büroausstattung: 1 Jahr

Grundbesitz wird zum fairen Marktwert ausgewiesen. Eine Bewertung des Besitzes wird in regelmäßigen Abständen von fünf Jahren durchgeführt, und bei Bedarf wird der Buchwert im Jahresabschluss entsprechend angepasst.

viii Rechnungslegung für Pachten

Pachten auf Wirtschaftsgüter, bei denen die Bank im wesentlichen alle Genussrechte und Risiken eines Eigentümers übernimmt, werden als Finanzierungs-Leasing bezeichnet. Die Vermögenswerte werden behandelt, als ob der Leasingnehmer sie direkt erworben hätte, und zwar zu einem Wert, der dem geschätzten Wert der Grundpachtzahlungen während der Leasingfrist entspricht. Die Leasingverpflichtungen werden als Passiva behandelt. Das Zinselement der Finanzierungskosten wird während der Dauer der Leasingfrist in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die im Rahmen der Leasingverträge erworbenen Wirtschaftsgüter werden gemäß (vii) oben kapitalisiert und abgeschrieben.

Pachten auf Wirtschaftsgüter, bei denen alle Risiken und Genussrechte eines Eigentümers effektiv beim Leasinggeber verbleiben, werden als kurzfristige Leasingverträge bezeichnet. Die Bank hat solche Verträge für die Mehrzahl ihrer Büroräumlichkeiten abgeschlossen, sowohl in London als auch in den Einsatzländern der Bank. Zahlungen im Rahmen von kurzfristigen Leasingverträgen werden auf linearer Basis über die Dauer der Leasingfrist in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Wird ein kurzfristiger Leasingvertrag vor Ablauf der Leasingfrist beendet, werden alle dem Leasinggeber als Vertragsstrafe auszahlenden Zahlungen als Aufwendung innerhalb des Zeitraums, in dem die Vertragsauflösung stattfindet, ergebniswirksam verbucht.

ix Zinsen, Gebühren, Provisionen und Dividenden

Zinsen werden zeitanteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Einkommen aus Darlehen, deren Zinsen- und Gebührenzahlungen die Bank abgegrenzt oder kapitalisiert hat, kann jedoch bei Eingang auf Basis der zugrunde liegenden Leistung des Projekts verbucht werden. Die Bank vereinnahmt Zinserträge aus ausfallgefährdeten Darlehen oder solchen mit Zins- und Tilgungsrückständen von über 180 Tagen für Darlehen an den öffentlichen Sektor oder 60 Tagen für Darlehen an den privaten Sektor nur bei Zahlungseingang.

Pauschalgebühren werden nach Zeichnung der Vereinbarung oder Inkrafttreten des Darlehens vereinnahmt, und zwar zum jeweils späteren Zeitpunkt. Bereitstellungsgebühren und Gebühren für über einen Zeitraum hinweg erbrachte Leistungen werden für den Zeitraum vereinnahmt, in dem die Zusage besteht oder die Leistungen erbracht werden. Sonstige Gebühren und Provisionen werden auf Cash-Grundlage ergebniswirksam verrechnet. Emissionsgebühren und Rückzahlungsgajos oder -disagios werden bis zur Fälligkeit der jeweiligen Darlehen abgeschrieben.

Dividenden werden bei Eingang ergebniswirksam verbucht.

x Pensionsplan

Die Bank hat einen festgelegten Beitrags- und einen festgelegten Leistungsplan für die Altersversorgung praktisch aller Mitarbeiter. Im Rahmen des festgelegten Beitragsplans entrichten die Bank und der oder die Mitarbeiter(in) zu gleichen Teilen Beiträge, um bei Eintreten des Ruhestands eine Pauschalsumme bereitzustellen. Der festgelegte Leistungsplan wird insgesamt von der Bank finanziert, und die Leistungen hängen von den Dienstjahren und einem im Plan festgelegten Prozentsatz des letzten Bruttogrundgehalts ab. Alle Beiträge zu den Plänen und alle anderen zum Zweck der Pläne gehaltenen Vermögenswerte und Einkünfte werden getrennt von allen anderen Aktiva der Bank gehalten und können nur für die Erbringung der Leistungen im Rahmen der Pläne verwendet werden. Geleistete Beiträge zu den festgelegten Beitrags- und festgelegten Leistungsplänen werden der Gewinn- und Verlustrechnung belastet und auf die unabhängigen Treuhänder der Pläne übertragen. Zuwendungen zu dem festgelegten Leistungsplan entsprechen den laufenden Leistungskosten nach Gutachten qualifizierter externer Versicherungssachverständiger. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die über eine 10 Prozent-Bandbreite hinausgehen, werden über die geschätzte mittlere Restarbeitszeit der Mitarbeiter der Bank abgeschrieben. Die 10 Prozent-Bandbreite ist der jeweils höhere Wert von 10 Prozent der definierten Leistungsverpflichtung oder der marktgerechten Vermögenswerte. Die Vergleichswerte für 1998 wurden neu bewertet.

xi Besteuerung

Gemäß Artikel 53 des Übereinkommens sind die Bank, ihr Vermögen, ihr Eigentum und ihre Erträge im Rahmen ihrer offiziellen Geschäftstätigkeit von allen direkten Steuern und allen Abgaben und Steuern, die auf erworbene oder importierte Güter und Dienstleistungen erhoben werden, freigestellt. Davon ausgenommen sind solche Anteile von Steuern oder Abgaben, die Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen darstellen.

xii Staatliche Zuschüsse

Staatliche Zuschüsse für den Erwerb von Gegenständen des Anlagevermögens, die als Teil der ursprünglichen Errichtung der Bank zu betrachten sind, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend über die Abschreibungszeiträume linear vereinnahmt. Sonstige Zuschüsse werden mit dem zuschussfähigen Aufwand bei dessen Anfall verrechnet. Noch nicht erfolgswirksam verrechnete Restbeträge erhaltener Zuschüsse oder Ansprüche hierauf werden in der Bilanz unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

xiii Derivate als Finanzinstrumente

Im Rahmen ihrer laufenden Geschäftstätigkeit ist die Bank Partei derivativer Transaktionen, einschließlich Devisen- und Zinsswapvereinbarungen, Termin- und Optionsgeschäften sowie Devisenterminkontrakten. Diese Finanzinstrumente dienen dazu, die Zins- und Währungsrisiken der Bank in ihrem Aktiv- und Passivgeschäft und voraussichtliche zukünftige Cashflows in fremder Währung zu steuern und bei der Investition der flüssigen Mittel der Finanzabteilung die Marktstimmung zu berücksichtigen. Außerdem handelt die Bank als intermediäre Bereitstellerin dieser Instrumente für ihre Kunden und sichert sich selbst durch Ausgleichsgeschäfte mit Dritten gegen entsprechende Verluste. Bei Derivatgeschäften, die im Jahresabschluss als Sicherungsgeschäfte erfasst werden, muss das Verlustrisiko der besicherten Position entweder eliminiert oder stark verringert werden, die Transaktion muss von Anfang an als Sicherungsgeschäft bezeichnet werden und während des Verlaufs des Sicherungszeitraums in Kraft bleiben. Gewinne und Verluste aus Sicherungsgeschäften werden auf gleicher Basis wie die aus gesicherten Geschäften verbucht. Mit dem eigenen Wertpapierhandel der Bank in Verbindung stehende Derivate werden zum Marktwert angesetzt, und die entsprechenden Gewinne und Verluste werden sofort unter „Nettohandelsgeschäfte“ in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Die Bank nimmt für ihr Swap- und Freiverkehrsoptions-Portfolio eine Rückstellung für Kreditrisiken, Abschlusskosten und laufende Verwaltungskosten vor.

xiv Tochtergesellschaft

Der konsolidierte Jahresabschluss schließt die Beteiligung der Bank an The Minotaur Fund Limited ein. Dabei handelt es sich um eine auf den Bermudas eingetragene Investmentfondsgesellschaft mit beschränkter Haftung, bei der die Bank 100 Prozent der Anteile hält. Diese Gesellschaft ist nicht aktiv und wird gegenwärtig aufgelöst.

3 Informationen zur Bilanzaufteilung

Geschäftssegmente

Zu Verwaltungszwecken ist die Geschäftstätigkeit der Bank primär in Aktivitäten der Bereiche Banking und Finanzabteilung aufgeteilt. Bankingaktivitäten umfassen Investitionen in Projekte, die im Einklang mit dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank vorgenommen werden, um den Einsatzländern in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft behilflich zu sein. Dabei werden die Prinzipien des soliden

Bankgeschäfts zugrunde gelegt. Die Hauptinvestitionsprodukte sind Darlehen, Aktienanlagen und Garantien. Aktivitäten der Finanzabteilung umfassen die Aufnahme von Fremdfinanzierungen, die Investition von überschüssigen Barmitteln, das Management der Wechselkurs- und Zinsänderungsrisiken der Bank und Kundenbetreuung in Angelegenheiten des Aktiva- und Passivmanagements.

Primäres Berichtsformat – Geschäftssegment

	1999 Banking 000 Euro	1999 Finanzabteilung 000 Euro	1999 Insgesamt 000 Euro	1998 Banking 000 Euro	1998 Finanzabteilung 000 Euro	1998 Insgesamt 000 Euro
Zinseinkünfte	298.302	367.148	665.450	279.984	291.101	571.085
Sonstige Einkünfte	168.276	21.584	189.860	244.214	1.440	245.654
Summe der Segmenteinkünfte	466.578	388.732	855.310	524.198	292.541	816.739
Abzüglich Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(240.009)	(335.740)	(575.749)	(239.416)	(238.539)	(477.955)
Abzüglich allgemeine Verwaltungsaufwendungen	(147.309)	(12.376)	(159.685)	(132.291)	(10.881)	(143.172)
Abzüglich Abschreibungen	(11.859)	(1.303)	(13.162)	(14.048)	(1.458)	(15.506)
Segmentergebnis vor Rückstellungen und Zuweisung von Kapital	67.401	39.313	106.714	138.443	41.663	180.106
Rückstellungen	(166.184)	5.273	(160.911)	(546.242)	(6.819)	(553.061)
Reingewinn nach Rückstellungen und vor Zuweisung von Kapital	(98.783)	44.586	(54.197)	(407.799)	34.844	(372.955)
Zuweisung von Kapitalleistungen	87.178	9.686	96.864	100.550	11.172	111.722
Reingewinn nach Rückstellungen und Zuweisung von Kapital	(11.605)	54.272	42.667	(307.249)	46.016	(261.233)
Segmentaktiva	6.220.733	11.449.205	17.669.938	5.218.808	8.828.736	14.047.544
Ausstehendes eingezahltes Kapital			1.924.695			1.999.086
Summe der Aktiva			19.594.633			16.046.630
Segmentpassiva	6.220.733	11.449.205	17.669.938	5.218.808	8.828.736	14.047.544
Ausstehendes Eigenkapital der Mitglieder			1.924.695			1.999.086
Summe der Passiva			19.594.633			16.046.630
Kapitalaufwendungen	9.775	1.074	10.849	10.883	1.129	12.012

Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen und der oben angegebene Kapitalertrag ergeben insgesamt 478,9 Millionen Euro (1998: 366,2 Millionen Euro). Dieser Betrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung als „Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Sekundäres Berichtsformat – geografisches Segment

Die Geschäftstätigkeit im Bereich Banking in den Einsatzländern wird zu internen Managementzwecken in drei Regionen eingeteilt.

	Segmenteinkünfte 1999 000 Euro	Segmenteinkünfte 1998 000 Euro	Segmentaktiva 1999 000 Euro	Segmentaktiva 1998 000 Euro
Fortgeschrittene Länder ¹	217.936	266.528	2.746.986	2.292.225
Frühe/Mittlere Länder ²	154.176	157.431	2.319.480	1.798.563
Russische Föderation	94.466	100.239	1.154.267	1.128.020
Insgesamt	466.578	524.198	6.220.733	5.218.808

¹ Fortgeschrittene Länder umfassen Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

² Frühe/Mittlere Länder umfassen Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, EJR Mazedonien, Moldau, Rumänien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weißrussland.

4 Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen

Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen setzen sich in der Hauptsache wie folgt zusammen:

	1999 000 Euro	1998 000 Euro
Pauschalgebühren	8.959	17.308
Bereitstellungsgebühren	10.906	16.216
Managementgebühren	3.489	3.082
Sonstige	2.493	8.123
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	25.847	44.729

5 Nettogewinn aus Handels- und Devisengeschäften

	1999 000 Euro	1998 000 Euro
Wertpapierbestand	2.764	4.824
Handelsbestand	25.440	(6.471)
Devisengeschäfte	(6.620)	3.087
Nettogewinn aus Handels- und Devisengeschäften	21.584	1.440

Der Nettogewinn aus Handelsgeschäften stellt im Falle des Wertpapierbestands der Bank die realisierten Gewinne dar, die sich aus der Veräußerung von schuldrechtlichen Wertpapieren aus diesem Portfolio ergeben. Im Falle des Handelsbestands umfasst der Nettogewinn/(-verlust) sowohl realisierte als auch unrealisierte Gewinne oder Verluste sowie damit verbundene Zinserträge und -aufwendungen.

6 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

	1999 000 Euro	1998 000 Euro
Personalaufwand ¹	95.954	89.288
Gemeinkosten abzüglich staatlicher Zuschüsse ²	63.731	53.884
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	159.685	143.172

Die Bank pflegt Devisenkontrakte abzuschließen, um die hauptsächlich in Pfund Sterling denominierten Aufwendungen abzusichern und dafür zu sorgen, dass sie bei der für die Berichterstattung vorgenommenen Umrechnung in Euro durch eine Aufwertung des Pfunds gegenüber dem Euro nicht negativ beeinflusst werden. Die Anwendung dieser Praxis hatte zur Folge, dass die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen 1999 um 20,3 Millionen Euro (1998: 21,8 Millionen Euro) vermindert werden konnten. Außerdem hat die Bank eine Reihe von Devisenterminkontrakten abgeschlossen, um die für künftige allgemeine Verwaltungsaufwendungen erforderlichen Aufwendungen in Pfund Sterling abzusichern. Sicherungsgeschäfte bestehen für etwa 37 Prozent der geschätzten Aufwendungen für 2000 und 30 Prozent für 2001. Zum 31. Dezember 1999 wies der Marktwert dieser Optionen einen Gewinn von 24,6 Millionen Euro aus, der gemäß den Rechnungslegungsvorschriften der Bank passivisch abgegrenzt worden ist und in den entsprechenden Jahren ergebniswirksam verbucht werden wird.

¹ Die Durchschnittszahl der im Personalaufwand erfassten Mitarbeiter im Geschäftsjahr setzt sich zusammen aus 836 Festangestellten (1998: 794), 72 vertraglichen Mitarbeitern (davon 48 mit Sonderverträgen und 24 Praktikanten/kurzfristig Tätige), 217 örtlich in Ländervertretungen angestellten und 78 im Direktorium beschäftigten Mitarbeitern. Von den letzteren wurden 38 Mitarbeiter extern finanziert.

Zum 31. Dezember 1999 waren beschäftigt: 833 Festangestellte (1998: 789), 71 vertragliche Mitarbeiter (davon 48 mit Sonderverträgen und 23 Praktikanten/kurzfristig Tätige), 225 örtlich in Ländervertretungen angestellte und 78 im Direktorium beschäftigte Mitarbeiter. Von den letzteren wurden 38 extern finanziert.

Darüber hinaus waren 207 Projektmitarbeiter (1998: 188) im Russischen Wagnisfonds und im Fonds für Kleinunternehmen in Russland in Verbindung mit Projekten in der Russischen Föderation beschäftigt.

² Im Jahresverlauf wurden staatliche Zuschüsse von 2,1 Millionen Euro in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt (1998: 2,1 Millionen Euro).

7 Rückstellungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Zuführung zu Gewinnen und Verlusten	Darlehen 000 Euro	Anlagen in Stammaktien 000 Euro	Gesamte Darlehen und Aktienanlagen 000 Euro	Garantien und Sonstiges 000 Euro	Rückstel- lungen der Finanzabtlg. 000 Euro	1999 Insgesamt 000 Euro	1998 Insgesamt 000 Euro
Rückstellungen für das Geschäftsjahr:							
Allgemeine Rückstellungen für							
im Umlauf befindliche Auszahlungen	(18.118)	32.241	14.123	1.336	(5.273)	10.186	103.574
ausstehende Zusagen	(21.556)	6.808	(14.748)	–	–	(14.748)	21.501
Garantien	–	–	–	4.481	–	4.481	1.206
Allgemeine Rückstellungen für Länderrisiken	14.128	–	14.128	–	–	14.128	4.766
Einzelrückstellungen	70.439	71.613	142.052	–	–	142.052	412.850
Bestandsrisiko	2.463	1.058	3.521	1.291	–	4.812	9.164
Für das am 31. Dezember 1999 abgelaufene Geschäftsjahr	47.356	111.720	159.076	7.108	(5.273)	160.911	
Für das am 31. Dezember 1998 abgelaufene Geschäftsjahr	328.675	216.370	545.045	1.197	6.819		553.061

86

Veränderungen bei Rückstellungen	Darlehen 000 Euro	Anlagen in Stammaktien 000 Euro	Gesamte Darlehen und Aktienanlagen 000 Euro	Garantien und Sonstiges 000 Euro	Gesamte Rückstel- lungen der Finanzabtlg. 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Stand 1. Januar 1999	560.511	344.633	905.144	3.723	11.117	919.984
Rückstellungen	47.356	111.720	159.076	7.108	(5.273)	160.911
Kursberichtigungen	59.056	–	59.056	126	476	59.658
Abzüglich abgeschriebener Beträge	19	(9.479)	(9.460)	–	–	(9.460)
Stand 31. Dezember 1999	666.942	446.874	1.113.816	10.957	6.320	1.131.093

Aufgegliedert nach:

Allgemeine Rückstellungen für in Umlauf befindliche Auszahlungen	109.155	141.503	250.658	1.891	6.320	258.869
Allgemeine Rückstellungen für Länderrisiken	66.254	–	66.254	–	–	66.254
Einzelrückstellungen	396.489	235.860	632.349	–	–	632.349
Rückstellungen für Verluste, nach Abzug der Aktiva	571.898	377.363	949.261	1.891	6.320	957.472
Allgemeine Rückstellungen für ausstehende Zusagen	29.742	54.293	84.035	–	–	84.035
Allgemeine Rückstellungen für Garantien	–	–	–	6.013	–	6.013
Bestandsrisiko	65.302	15.218	80.520	3.053	–	83.573
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	95.044	69.511	164.555	9.066	–	173.621
Stand 31. Dezember 1999	666.942	446.874	1.113.816	10.957	6.320	1.131.093

Die allgemeinen Rückstellungen stützen sich für nichtstaatliche Risikoanlagen auf eine risikobewertende Vorgehensweise, die in zwei Schritten angewendet wird. Ein anfänglicher Betrag von 50 Prozent der Rückstellung wird zum Zeitpunkt der Zusage und die verbleibenden 50 Prozent werden zum Zeitpunkt des Mittelabflusses fällig. Für alle staatlichen Risikovermögenswerte wird auf umlaufende Auszahlungen eine Rückstellung von 3 Prozent eingestellt. Dabei wird der Status eines bevorzugten Gläubigers, den die Bank bei ihren Mitgliedern genießt, in Rechnung gestellt. Im Fall von Regionalen Wagnisfonds und Nach-Privatisierungsfonds werden die ersten 25 Prozent bei Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung fällig. Weitere 25 Prozent fallen bei Unterzeichnung der einzelnen Teilinvestitionen an, und die verbleibenden 50 Prozent der Rückstellung werden wiederum beim Mittelabfluss vorgenommen. Die mit der Zusage verbundene Rückstellung ist eingeschlossen, außerdem eine Rückstellung für das Bestandsrisiko, zum Satz von 0,75 Prozent für alle Zusagen abzüglich Rückzahlungen, die unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen wird. Allgemeine bei Mittelabfluss vorgenommene Rückstellungen sowie Einzelrückstellungen werden als Abzüge von den Aktivakategorien Darlehen und Aktienanlagen ausgewiesen.

Allgemeine Rückstellungen für Investitionsaktiva der Finanzabteilung wurden auf einer Risikogrundlage vorgenommen und als Abzüge unter „Schuldtitle“ verbucht. Dabei wurde kein Unterschied zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Investitionen gemacht.

8 Schuldtitel

Aufgegliedert nach Emittenten	1999 Buchwert 000 Euro	1998 Buchwert 000 Euro
Regierungen	618.693	777.079
Körperschaften des öffentlichen Rechts	1.042.636	653.558
Sonstige Kreditnehmer	6.204.161	3.842.068
Stand 31. Dezember	7.865.490	5.272.705

Aufgegliedert nach Bestand

Anlagebestand	6.093.159	3.183.590
Handelsbestand		
Intern verwaltete Fonds	1.160.547	1.128.528
Extern verwaltete Fonds	571.476	950.406
	1.732.023	2.078.934
Bankingbestand	40.308	10.181
Stand 31. Dezember	7.865.490	5.272.705

9 Sonstige Aktiva

	1999 000 Euro	1998 000 Euro
Zinsforderungen	414.501	385.624
Aus dem Wertpapiergeschäft	502.710	297.661
Sonstige	77.409	60.568
Stand 31. Dezember	994.620	743.853

10 Darlehen und Aktienanlagen

Auszahlungen im Umlauf	Darlehen 000 Euro	Anlagen in Stammaktien 000 Euro	Darlehen und Aktienanlagen insgesamt 000 Euro
Stand 1. Januar 1999	4.341.361	1.430.441	5.771.802
Auszahlungen	1.953.279	325.843	2.279.122
Rückzahlungen, vorzeitige Tilgungen und Abgänge	(1.427.841)	(130.482)	(1.558.323)
Kursberichtigungen	461.449	–	461.449
Abschreibungen	19	(9.479)	(9.460)
Stand 31. Dezember 1999	5.328.267	1.616.323	6.944.590
Wertberichtigungen zum 31. Dezember 1999	(571.898)	(377.363)	(949.261)
Insgesamt abzüglich Wertberichtigungen zum 31. Dezember 1999	4.756.369	1.238.960	5.995.329
Insgesamt abzüglich Wertberichtigungen zum 31. Dezember 1998	3.894.987	1.147.453	5.042.440

Im Forderungsbestand zum 31. Dezember 1999 waren 26 Darlehen über insgesamt 452,7 Millionen Euro (1998: 16 Darlehen für insgesamt 289,8 Millionen Euro) an notleidenden Forderungen enthalten, für die weder Zins- noch Tilgungsleistungen eingingen. Für diese Darlehen wurden Einzelwertberichtigungen in Höhe von 314,2 Millionen Euro (1998: 143,6 Millionen Euro) vorgenommen.

Nachfolgend aufgelistet sind alle Aktienanlagen, bei denen die Bank zum 31. Dezember 1999 mehr als 20 Prozent des Aktienkapitals des Zielunternehmens hielt und wo die Gesamtinvestition der Bank abzüglich Wertberichtigungen sich auf mehr als 10,0 Millionen Euro belief. Bedeutende Aktienanteile übernimmt die Bank normalerweise nur dann, wenn womöglich mit nachfolgender externer Beteiligung zu rechnen ist.

	Anteil in %
Budapest Bank	32
Danone – Ciastka	25
East Europe Food Fund	21
GAP Turkmen	20
Hortex	23
Lafarge Romania	38
Polish Private Equity Fund	33
Stalexport	31
United Bulgarian Bank	35

11 Übersicht über die Geschäftstätigkeit

<i>Aufgliederung nach Ländern</i>	In Umlauf befindliche Auszahlungen 1999 000 Euro	In Umlauf befindliche Auszahlungen 1998 000 Euro	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1999 000 Euro	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1998 000 Euro
Albanien	27.813	28.826	51.780	30.954
Armenien	53.497	46.738	9.581	12.620
Aserbaidschan	177.144	98.510	69.335	94.010
Bosnien und Herzegowina	35.218	17.240	44.177	53.238
Bulgarien	237.604	186.075	43.211	87.927
Estland	204.925	178.533	27.650	24.150
Georgien	53.541	39.984	110.926	72.675
Kasachstan	161.072	91.202	304.070	237.051
Kirgisistan	101.723	80.842	36.764	48.274
Kroatien	275.975	260.156	187.612	190.496
Lettland	105.123	80.119	82.212	94.032
Litauen	187.581	121.406	24.597	30.171
EJR Mazedonien	74.278	79.255	66.988	43.554
Moldau	72.884	55.391	40.784	85.859
Polen	741.775	723.695	332.832	366.261
Rumänien	794.627	625.484	369.635	499.878
Russische Föderation	1.619.082	1.469.767	595.887	1.102.843
Slowakische Republik	253.505	226.574	39.550	28.636
Slowenien	184.266	156.456	36.267	75.422
Tadschikistan	8.655	2.081	5.126	10.867
Tschechische Republik	277.548	140.123	115.159	146.032
Turkmenistan	31.272	27.430	117.996	94.801
Ukraine	310.203	220.538	459.885	366.180
Ungarn	486.828	460.693	118.935	256.407
Usbekistan	220.392	146.299	227.539	206.980
Weißrussland	110.467	108.703	16.049	17.190
Regional	179.870	109.863	346.325	144.234
Stand 31. Dezember	6.986.868	5.781.983	3.880.872	4.420.742

Aufgliederung nach Instrumenten

Darlehen	5.328.267	4.341.361	2.961.410	3.677.589
Anlagen in Stammaktien	1.616.323	1.430.441	731.080	539.953
Schuldtitle	42.278	10.181	-	-
Garantien	-	-	188.382	203.200
Stand 31. Dezember	6.986.868	5.781.983	3.880.872	4.420.742

Aufgliederung nach Sektoren

Handel und Fremdenverkehr	291.964	257.319	78.240	108.100
Kommunal- und Sozialdienstleistungen	136.908	49.880	113.501	200.810
Energie/Elektrizitätserzeugung	568.345	386.149	1.061.068	1.041.224
Rohstoffindustrie	607.385	437.684	174.201	160.057
Finanzwesen	2.292.162	2.045.428	1.124.407	1.272.420
Verarbeitende Industrie	1.439.086	823.381	527.541	555.092
Primärindustrien	109.458	101.900	16.713	39.461
Telekommunikation	702.812	639.954	230.584	162.512
Verkehrs- und Bauwesen	838.748	1.040.288	554.617	881.066
Stand 31. Dezember	6.986.868	5.781.983	3.880.872	4.420.742

12 Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

	Sachanlagen 000 Euro	Technik und Büroausstattung 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
<i>Anschaffungskosten</i>			
Stand 1. Januar 1999	67.043	56.528	123.571
Zugänge	872	9.977	10.849
Abgänge	–	(693)	(693)
Stand 31. Dezember 1999	67.915	65.812	133.727
<i>Abschreibungen</i>			
Stand 1. Januar 1999	29.012	51.237	80.249
Belastungen	4.327	8.835	13.162
Abgänge	–	(693)	(693)
Stand 31. Dezember 1999	33.339	59.379	92.718
<i>Nettobuchwert</i>			
Stand 31. Dezember 1999	34.576	6.433	41.009
Stand 31. Dezember 1998	38.031	5.291	43.322

Zugänge enthalten 1,5 Millionen Euro für Computerausrüstung im Rahmen von Finanzierungs-Leasing mit einer verbundenen Abschreibung von 0,5 Millionen Euro. Die entsprechenden Mindestzahlungen im Rahmen des Finanzierungs-Leasing belaufen sich auf 1,6 Millionen Euro, von denen 0,5 Millionen Euro innerhalb

von einem Jahr nach dem Bilanzstichtag und 1,1 Millionen Euro nach einem Jahr, aber innerhalb von 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag, fällig sind. Diese zukünftigen Zahlungen sind unter „Sonstige Passiva“ ausgewiesen.

13 Verbriefte Schulden

Die nachstehende Aufstellung zum 31. Dezember 1999 enthält die nicht getilgten verbrieften Schulden der Bank und dazugehörige Swaps:

	Kapital- beträge zum Nennwert 000 Euro	Nicht abgegrenztes Agio 000 Euro	Angepasste Kapital- beträge 000 Euro	Forderungen/ (Verbindlichkeiten) aus Währungs- swaps 000 Euro	1999 Nettowährungs- verbind- lichkeiten 000 Euro	1998 Nettowährungs- verbind- lichkeiten 000 Euro
Australische Dollar	271.941	1.670	273.611	(273.611)	–	–
Estrnische Kronen	6.397	–	6.397	(6.397)	–	–
Euro	2.524.205	22.540	2.546.745	9.292	2.556.037	2.175.115
Goldbarren	739.941	–	739.941	(739.941)	–	–
Griechische Drachmen	234.988	–	234.988	(234.988)	–	–
Hongkong-Dollar	519.103	–	519.103	(519.103)	–	–
Japanische Yen	1.133.034	–	1.133.034	(584.507)	548.527	585.549
Kanadische Dollar	133.790	–	133.790	(133.790)	–	–
Neue Taiwan-Dollar	622.048	–	622.048	(622.048)	–	–
Pfund Sterling	2.093.598	5.493	2.099.091	(570.067)	1.529.024	447.009
Polnische Zlotys	285.957	–	285.957	(285.957)	–	–
Russische Rubel	38.589	349	38.938	(38.938)	–	–
Singapur-Dollar	89.726	–	89.726	(89.726)	–	–
Slowakische Kronen	54.200	–	54.200	(54.200)	–	–
Südafrikanische Rand	467.002	4.822	471.824	(471.824)	–	–
Südkoreanische Won	76.873	–	76.873	(76.873)	–	–
Tschechische Kronen	44.307	–	44.307	(44.307)	–	–
Ungarische Forint	7.852	–	7.852	–	7.852	11.889
US-Dollar	2.430.968	8.736	2.439.704	4.736.985	7.176.689	5.951.507
Stand 31. Dezember	11.774.519	43.610	11.818.129	–	11.818.129	9.171.069

Während des Berichtsjahrs löste die Bank vor Fälligkeit Anleihen und mittelfristige Schuldscheine im Wert von 336,7 Millionen Euro ein und erzielte damit einen Reingewinn von 4,7 Millionen Euro.

14 Sonstige Verbindlichkeiten

	1999 000 Euro	1998 000 Euro
Zinsverbindlichkeiten	388.345	356.679
Verbindlichkeiten aus dem Wertpapiergeschäft	1.287.561	754.064
Sonstige	111.513	105.512
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	173.621	179.077
Stand 31. Dezember	1.961.040	1.395.332

15 Gezeichnetes Kapital

	1999 Zahl der Anteile	1999 Insgesamt 000 Euro	1998 Zahl der Anteile	1998 Insgesamt 000 Euro
Autorisiertes Stammkapital	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000
<i>davon</i>				
Zeichnungen von Mitgliedern – Anfangskapital	991.875	9.918.750	991.875	9.918.750
Zeichnungen von Mitgliedern – Kapitalerhöhung	972.200	9.722.000	937.200	9.372.000
Teilsomme – gezeichnetes Kapital	1.964.075	19.640.750	1.929.075	19.290.750
Zuzuteilende Anteile ¹	4.675	46.750	4.675	46.750
Nicht zugeteilte Anteile ²	16.250	162.500	16.250	162.500
Autorisiertes und emittiertes Stammkapital	1.985.000	19.850.000	1.950.000	19.500.000
Noch nicht gezeichnet	15.000	150.000	50.000	500.000
Stand 31. Dezember	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000

¹ Anteile, die den Ländern, die ehemals Teil Jugoslawiens waren, potentiell zur Verfügung stehen.

² Anteile, die neuen oder bestehenden Mitgliedern potentiell zur Verfügung stehen.

Das Stammkapital der Bank ist in eingezahlte und abrufbare Anteile unterteilt. Jeder Anteil hat einen Nennwert von 10.000 Euro. Zahlungen für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile werden über eine im voraus bestimmte Anzahl von Jahren vorgenommen. Artikel 6.4 des Übereinkommens sieht vor, dass Zahlungen des gezeichneten abrufbaren Kapitalbetrags unter Berücksichtigung der Artikel 17 und 42 des Übereinkommens nur abgerufen werden können, soweit und wenn die Bank zwecks Ablösung ihrer Verbindlichkeiten hierzu auffordert. Artikel 42.1 sieht vor, dass im Fall der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank die Zahlungspflicht aller Mitglieder für alle nicht abgerufenen Zeichnungen des Stammkapitals so lange besteht, bis alle Forderungen der Gläubiger unter Einschluss aller Eventualforderungen eingelöst sind.

Gemäß dem Übereinkommen sollte die Einzahlung der eingezahlten Anteile des ursprünglichen Stammkapitals in fünf gleichen Jahresraten erfolgen. Bis zu 50 Prozent jeder Rate sollten in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuld-

scheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln eingezahlt werden. Gemäß Resolution Nr. 59 erfolgt die Zahlung für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile unter der Kapitalerhöhung in acht gleichen Jahresraten. Ein Mitglied kann bis zu 60 Prozent jeder Rate in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln zahlen.

Eine Aufstellung der Kapitalzeichnungen, die die von jedem Mitglied eingezahlten und abrufbaren Anteile ausweist, findet sich zusammen mit der Summe der nicht verteilten Anteile und Stimmrechte in der folgenden Tabelle. Gemäß Artikel 29 des Übereinkommens werden die Stimmrechte der Mitglieder, die einen Teil des fälligen Betrags für ihre Zeichnungsverpflichtungen nicht eingezahlt haben, anteilmäßig solange reduziert, bis die Verpflichtung erfüllt ist.

	1999 000 Euro	1998 000 Euro
Zusammenfassung des ausstehenden eingezahlten Kapitals		
Von Mitgliedern emittierte Schuldscheine		
Einlösung noch nicht fällig	237.079	128.414
Einlösung fällig	4.027	2.976
Eingegangene Schuldscheine insgesamt	241.106	131.390
Eingezahltes gezeichnetes Kapital		
Noch nicht fällige Beträge	1.651.737	1.857.213
Fällige, aber noch nicht eingegangene Beträge	31.852	10.483
Eingezahltes gezeichnetes Kapital insgesamt	1.683.589	1.867.696
Ausstehendes eingezahltes Kapital zum 31. Dezember	1.924.695	1.999.086

15 Gezeichnetes Kapital (Fortsetzung)

Aufstellung der Kapitalzeichnung

Stand 31. Dezember 1999 Mitglieder	Gesamt- anteile (Anzahl)	Resultierende Stimmen ¹ (Anzahl)	Gesamtes Kapital 000 Euro	Abrufbares Kapital 000 Euro	Eingezahltes Kapital ² 000 Euro
Mitglieder der Europäischen Union					
Belgien	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Dänemark	24.000	24.000	240.000	177.000	63.000
Deutschland	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Finnland	25.000	25.000	250.000	184.370	65.630
Frankreich	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Griechenland	13.000	13.000	130.000	95.870	34.130
Irland	6.000	6.000	60.000	44.250	15.750
Italien	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Luxemburg	4.000	4.000	40.000	29.500	10.500
Niederlande	49.600	49.600	496.000	365.800	130.200
Österreich	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Portugal	8.400	8.400	84.000	61.950	22.050
Schweden	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Spanien	68.000	59.500	680.000	501.500	178.500
Vereinigtes Königreich	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Europäische Gemeinschaft	60.000	60.000	600.000	442.500	157.500
Europäische Investitionsbank	60.000	60.000	600.000	442.500	157.500
Weitere europäische Länder					
Island	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Israel	13.000	13.000	130.000	95.870	34.130
Liechtenstein	400	400	4.000	2.950	1.050
Malta	200	200	2.000	1.470	530
Norwegen	25.000	25.000	250.000	184.370	65.630
Schweiz	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Türkei	23.000	23.000	230.000	169.620	60.380
Zypern	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Einsatzländer					
Albanien	2.000	1.717	20.000	14.750	5.250
Armenien	1.000	1.000	10.000	7.370	2.630
Aserbajdschan	2.000	1.120	20.000	14.750	5.250
Bosnien und Herzegowina	3.380	2.451	33.800	24.930	8.870
Bulgarien	15.800	15.800	158.000	116.520	41.480
Estland	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Georgien	2.000	1.117	20.000	14.750	5.250
Kasachstan	4.600	4.451	46.000	33.920	12.080
Kirgisistan	2.000	1.417	20.000	14.750	5.250
Kroatien	7.292	7.292	72.920	53.780	19.140
Lettland	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Litauen	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
EJR Mazedonien	1.382	1.364	13.820	10.200	3.620
Moldau	2.000	1.683	20.000	14.750	5.250
Polen	25.600	25.600	256.000	188.800	67.200
Rumänien	9.600	9.600	96.000	70.800	25.200
Russische Föderation	80.000	80.000	800.000	590.000	210.000
Slowakische Republik	8.534	8.534	85.340	62.939	22.401
Slowenien	4.196	4.196	41.960	30.940	11.020
Tadschikistan	2.000	1.011	20.000	14.750	5.250
Tschechische Republik	17.066	17.066	170.660	125.861	44.799
Turkmenistan	200	193	2.000	1.470	530
Ukraine	16.000	15.360	160.000	118.000	42.000
Ungarn	15.800	15.800	158.000	116.520	41.480
Usbekistan	4.200	4.105	42.000	30.970	11.030
Weißrussland	4.000	4.000	40.000	29.500	10.500
Nicht zugeweilte Anteile für die Länder, die ehemals Bestandteil Jugoslawiens waren	4.675 ³	–	46.750	32.730	14.020
Außereuropäische Länder					
Ägypten	2.000	1.750	20.000	14.750	5.250
Australien	10.000	10.000	100.000	70.000	30.000
Japan	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Kanada	68.000	68.000	680.000	501.500	178.500
Republik Korea	20.000	20.000	200.000	147.500	52.500
Mexiko	3.000	3.000	30.000	21.000	9.000
Marokko	1.000	1.000	10.000	7.000	3.000
Neuseeland	1.000	1.000	10.000	7.000	3.000
Vereinigte Staaten von Amerika	200.000	200.000	2.000.000	1.475.000	525.000
Von Mitgliedern gezeichnetes Kapital	1.964.075	1.944.877	19.640.750	14.477.645	5.163.105
Nicht zugeweilte Anteile	20.925		209.250		
Autorisiertes und emittiertes Kapital	1.985.000		19.850.000		

¹ Stimmrechte werden wegen nicht erfolgter Zahlungen fälliger Beträge in Bezug auf die Verpflichtungen des Mitglieds im Hinblick auf eingezahlte Anteile eingeschränkt. Die Gesamtzahl der Stimmrechte unter Einschluss der eingeschränkten beträgt 1.959.400 (1998: 1.924.400).

² An eingezahltem Kapital gingen 3,480 Milliarden Euro ein (1998: 3,217 Milliarden Euro). 31,9 Mio Euro sind überfällig (1998: 10,5 Mio Euro). Zusätzlich beziehen sich 3,2 Mio Euro

auf überfällige Einlösungen hinterlegter Schuldscheine (1998: 3,0 Mio Euro). 1,652 Milliarden Euro sind noch nicht fällig (1998: 1,857 Milliarden Euro), vor allem in Verbindung mit der Kapitalerhöhung, und sind bis zum 15. April 2005 zahlbar.

³ Die mit diesen Anteilen verbundenen Stimmrechte sind bis zur Neuaufteilung ausgesetzt worden.

16 Von Mitgliedern begebene Schuldscheine

Emissionswährungen	Insgesamt erhalten 000 Euro	Wechselkurs- gewinn 000 Euro	In Anspruch genommener Betrag 000 Euro	1999 Ausstehender Betrag 000 Euro	1998 Ausstehender Betrag 000 Euro
Euro	822.616	–	(706.206)	116.410	69.093
Japanische Yen	162.077	11.630	(142.740)	30.967	13.687
US-Dollar	462.965	11.497	(380.733)	93.729	48.611
Stand 31. Dezember	1.447.658	23.127	(1.229.679)	241.106	131.391

Die auf das Stammkapital bezüglichen Schuldscheine oder anderen hinterlegten Schuldverschreibungen lauten auf Euro, US-Dollar oder japanische Yen. In Übereinstimmung mit einem vom Direktorium eingeführten Verfahren für die Inanspruchnahme von Schuldscheinen oder anderen von Mitgliedern im Zusammenhang mit ihren ursprünglichen Zeichnungen 1992 oder später hinterlegten Schuldtiteln ist jeder derartige Schuldschein oder andere Schuldtitel in drei gleichen jährlichen Raten abgerufen worden. Das in Verbindung mit Zeichnungen für die Kapitalerhöhung angenommene Verfahren sieht die Inanspruchnahme von Schuldscheinen oder anderen Schuldtiteln in fünf gleichen Jahresraten vor.

Die in US-Dollar oder japanischen Yen ausgestellten Schuldscheine oder anderen Schuldtitel wurden entweder zu den am Einlösungstag gültigen Wechselkursen oder, falls sie am Jahresende noch im Bestand waren, zu den am 31. Dezember 1999 gültigen Marktkursen in Euro umgerechnet.

92

17 Nettowährungsposition

	Euro 000 Euro	Japanische Yen 000 Euro	Pfund Sterling 000 Euro	US-Dollar 000 Euro	Sonstige Währungen 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva						
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	193.894	71.260	6.604	2.481.487	20.245	2.773.490
Schuldtitel	1.520.426	1.302.056	466.483	4.320.062	256.463	7.865.490
Sonstige Aktiva	169.706	103.771	86.973	309.867	324.303	994.620
Darlehen	1.447.534	2.489	–	3.295.802	10.544	4.756.369
Aktienanlagen	40.398	–	–	–	1.198.562	1.238.960
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	41.009	–	–	–	–	41.009
Fällige eingezahlte Anteile	1.091.333	202.545	–	630.817	–	1.924.695
Summe der Aktiva	4.504.300	1.682.121	560.060	11.038.035	1.810.117	19.594.633
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(254.833)	(165.630)	(10.920)	(312.147)	(127)	(743.657)
Verbriefte Schulden	(2.546.745)	(1.133.034)	(2.099.091)	(2.439.704)	(3.599.555)	(11.818.129)
Sonstige Verbindlichkeiten	(945.370)	(32.265)	(118.225)	(553.215)	(311.965)	(1.961.040)
Summe der Passiva	(3.746.948)	(1.330.929)	(2.228.236)	(3.305.066)	(3.911.647)	(14.522.826)
Aktiva/(Passiva) netto	757.352	351.192	(1.668.176)	7.732.969	(2.101.530)	5.071.807
Bilanzunwirksame Instrumente	3.089.441	(346.021)	1.660.377	(7.707.377)	4.633.660	–
Währungsposition zum 31. Dezember 1999	3.846.793	5.171	(7.799)	25.592	2.532.130	5.071.807
Währungsposition zum 31. Dezember 1998	3.763.954	755	405	(94.454)	1.255.215	4.925.875

Zusätzlich zu der Geschäftswährung der Bank, dem Euro, sind die einzeln aufgeführten Währungen solche, in denen die Bank in der Hauptsache Kredite aufnimmt (siehe Anmerkung 13) und die sie einem Wechselkursrisiko aussetzen. Unter „Sonstige Währungen“ zusammengefasste Positionen, die die Bank nach Wertberichtigungen für bilanzunwirksame Posten einem Wechselkursrisiko aussetzen, sind in der Hauptsache das Ergebnis der Währungsrisiken, die aufgrund von Aktienanlagen in Einsatzländern eingegangen wurden, in denen Währungssicherungsmöglichkeiten nicht ohne weiteres zugänglich waren.

18 Liquiditätslage

Die Liquiditätslage ist die Bemessungsgrundlage dafür, inwieweit die Bank unter Umständen gezwungen ist, Mittel aufzunehmen, um mit Finanzierungsinstrumenten verbundene Zusagen einzuhalten. Die Verpflichtung der Bank zur Beibehaltung einer starken Liquiditätsposition schlägt sich in Grundsätzen nieder, die ein Mindestliquiditätsverhältnis erfordern. Dieses Verhältnis gründet sich auf 45 Prozent ihrer Nettobarerfordernisse im Rahmen mehrerer Jahre für die nächsten drei Jahre mit voller Deckung aller zugesagten, aber nicht ausgezahlten Projektfinanzierungen, zusammen mit der Auflage, dass 40 Prozent ihrer eigenen Nettoinvestitionen eine Laufzeit von nicht mehr als einem Jahr haben. Diese Grundsätze werden dadurch umgesetzt, dass die Liquidität innerhalb eines Zielbereichs von 90 Prozent der Nettobarerfordernisse für die nächsten drei Jahre, also über der erforderlichen Mindesthöhe, gehalten wird.

Nachstehende Tabelle bietet eine Aufgliederung der Aktiva und Passiva und des Kapitals der Mitglieder nach relevanten Laufzeitkategorien, gestützt auf die Restlaufzeit vom Bilanzdatum bis zum vertraglichen Fälligkeitsdatum. Sie basiert auf einer äußerst vorsichtigen Berücksichtigung von Fälligkeitsdaten, wo Options- oder Rückzahlungsstrukturen vorzeitige Rückkäufe zulassen. Daher wird im Fall von Verbindlichkeiten das frühestmögliche Rückzahlungsdatum, bei Aktiva das spätestmögliche Rückzahlungsdatum ausgewiesen.

Aktiva und Passiva ohne vertragliche Fälligkeit werden unter der Kategorie „Laufzeit unbestimmt“ zusammengefasst.

	Bis zu einem Monat 000 Euro	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten 000 Euro	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr 000 Euro	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren 000 Euro	Über 5 Jahre 000 Euro	Laufzeit unbestimmt 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva							
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	2.184.849	525.507	63.134	–	–	–	2.773.490
Schuldtitel	146.550	255.122	1.868.235	2.990.169	2.605.414	–	7.865.490
Sonstige Aktiva	511.528	43.464	379.024	33.208	27.396	–	994.620
Darlehen	148.229	150.634	536.402	2.419.545	1.676.968	(175.409)	4.756.369
Aktienanlagen	–	–	–	–	–	1.238.960	1.238.960
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	–	–	–	–	–	41.009	41.009
Fälliges eingezahltes Kapital	–	1.751	342.984	1.269.006	275.290	35.664	1.924.695
Summe der Aktiva	2.991.156	976.478	3.189.779	6.711.928	4.585.068	1.140.224	19.594.633
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(422.472)	(155.555)	–	–	(165.630)	–	(743.657)
Verbriefte Schulden	(431.286)	(1.364.649)	(768.569)	(4.856.641)	(4.396.984)	–	(11.818.129)
Sonstige Verbindlichkeiten	(369.156)	(42.549)	(314.310)	(232.175)	(174.017)	(828.833)	(1.961.040)
Eigenkapital der Mitglieder	–	–	–	–	–	(5.071.807)	(5.071.807)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(1.222.914)	(1.562.753)	(1.082.879)	(5.088.816)	(4.736.631)	(5.900.640)	(19.594.633)
Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1999	1.768.242	(586.275)	2.106.900	1.623.112	(151.563)	(4.760.416)	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1999	1.768.242	1.181.967	3.288.867	4.911.979	4.760.416	–	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 1998	1.015.029	1.176.186	2.345.586	3.200.832	4.416.766	–	–

19 Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko besagt, dass der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Veränderungen der Marktzinssätze schwankt. Der Zeitraum, für den der Zinssatz eines Finanzinstruments unverändert bleibt, ist ein Indikator dafür, wie lange es einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist. Nachfolgende Tabelle bietet Informationen darüber, wie weit die Bank dem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist.

Maßgebend ist dabei entweder das vertragliche Fälligkeitsdatum der Finanzinstrumente oder bei Instrumenten, die vor Fälligkeit neu bewertet werden, die Zeit bis zur Zinsneufestsetzung. Von Wertpapieren des Handelsbestands der Bank wird angenommen, dass sie unter der Kategorie „Bis zu einem Monat“ neu bewertet werden.

Zinsneufestsetzungsfristen	Bis zu einem Monat 000 Euro	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten 000 Euro	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr 000 Euro	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren 000 Euro	Über 5 Jahre 000 Euro	Mittel ohne Zinserträge 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva							
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	2.184.849	525.507	63.134	–	–	–	2.773.490
Schuldtitel	3.583.905	2.158.016	471.944	1.209.482	442.143	–	7.865.490
Sonstige Aktiva	310.463	–	414.501	–	–	269.656	994.620
Darlehen	754.914	1.343.772	2.526.283	830	307.615	(177.045)	4.756.369
Nichtverzinsliche Aktiva einschließlich ausstehendes eingezahltes Kapital	–	–	–	–	–	3.204.664	3.204.664
Summe der Aktiva	6.834.131	4.027.295	3.475.862	1.210.312	749.758	3.297.275	19.594.633
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(422.472)	(155.555)	–	–	(165.630)	–	(743.657)
Verbriefte Schulden	(287.399)	(2.251.034)	(997.510)	(4.471.355)	(3.810.831)	–	(11.818.129)
Sonstige Verbindlichkeiten	(519.317)	–	(388.344)	–	–	(1.053.379)	(1.961.040)
Eigenkapital der Mitglieder	–	–	–	–	–	(5.071.807)	(5.071.807)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(1.229.188)	(2.406.589)	(1.385.854)	(4.471.355)	(3.976.461)	(6.125.186)	(19.594.633)
Nettvermögen	5.604.943	1.620.706	2.090.008	(3.261.043)	(3.226.703)	(2.827.911)	–
Derivative Finanzinstrumente	(1.694.098)	(480.557)	(4.242.363)	3.190.315	3.226.703	–	–
Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 1999	3.910.845	1.140.149	(2.152.355)	(70.728)	–	(2.827.911)	–
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 1999	3.910.845	5.050.994	2.898.639	2.827.911	2.827.911	–	–
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 1998	2.258.733	2.926.191	2.436.198	2.436.198	2.436.198	–	–

Die Bemessung der Zinsänderungsrisikorate der Bank wird durch allgemein übliche Markttechniken ergänzt, einschließlich Risikowerte (*Value-at-Risk/VaR*), Streuungsrisiko und Schwankungsrisiko, auf die sich die häufige Berichterstattung des Managements stützt. Zum 31. Dezember 1999, kalkuliert mit Bezug auf ein Verlässlichkeitsniveau von 99 Prozent über einen Zeitraum von 10 Handelstagen, betrug das VaR der Bank einschließlich extern verwalteter Investitionsprogramme, 4,7 Millionen Euro (1998: 3,4 Millionen Euro).

20 Kreditbezogene Informationen über derivative Finanzinstrumente der Finanzabteilung

	1999 000 Euro	1998 000 Euro
Kreditderivate ¹	2.070.629	2.223.998
Vereinbarungen über Swaps und Optionen im Freiverkehr: ²		
Vor Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	877.018	1.034.766
Nach Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	330.394	650.496

Die Bank ist bei der Wahl ihrer Partner sehr vorsichtig und geht davon aus, dass Zahlungsunfähigkeit kein nennenswertes Risiko darstellt. Derivatgeschäfte insbesondere beschränken sich normalerweise auf Partner mit einem Mindest-rating von AA. Einzelne Partner mit einem A-Rating werden nur akzeptiert, wenn das Risiko voll abgesichert ist.

¹ Diese Beträge stellen den gesamten fiktiven Wert aller von der Bank eingegangenen Kreditderivatkontrakte dar.

² Diese Beträge entsprechen den Ersatzkosten für die Bank für den Fall der Nichterfüllung durch die Gegenparteien bei denjenigen Swap- und Freiverkehrsoptionsvereinbarungen, die für die Bank einen positiven Wert haben.

21 Informationen über den geschätzten Veräußerungswert

Nachfolgend finden sich Informationen über die geschätzten Veräußerungswerte der finanziellen Aktiva und Passiva der Bank. Diese bedeuten den geschätzten Betrag, für den zwischen sachkundigen und willigen Parteien in einer geschäftlichen Transaktion ein Vermögenswert eingetauscht oder eine Forderung beglichen werden könnte. Wo für ein bestimmtes Instrument ein aktiver Markt besteht, wurden notierte Preise eingesetzt. Wo kein aktiver Markt besteht, wurden geschätzte Werte von intern angewandten Preisbestimmungsmodellen verwendet, die mit Ausnahme von Aktienanlagen (siehe (d) unten) auf diskontierten Cashflow-Techniken beruhen.

Folgendes sollte bei der unten aufgeführten Darstellung geschätzter Veräußerungswerte berücksichtigt werden:

(a) der Wert kurzfristiger Finanzinstrumente, d. h. derjenigen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr, nähert sich dem in der Bilanz der Bank ausgewiesenen Wert.
(b) der Wert in bezug auf Schuldtitel und verbriefte Schulden schließt den geschätzten Veräußerungswert von damit verbundenen derivativen Instrumenten ein. Für die Emissionen verbrieftter Schulden der Bank, die privat platziert werden, sind Informationen nur für die Emissionen zugänglich, bei denen die Bank später einen Teil der Emission zurückgekauft hat.

(c) der Bilanzwert von Darlehen wird abzüglich Rückstellungen ausgewiesen, was ihrem geschätzten Veräußerungswert nahekommt. Da die Bank ihr Zinsveränderungsrisiko auf Bestandsbasis steuert, ist es nicht möglich, die spezifischen Derivatinstrumente zu identifizieren, die das Zinsrisiko im Darlehensbestand der Bank absichern. Folglich berücksichtigt der ausgewiesene Betrag des Darlehensbestands nicht den Schätzwert der möglicherweise damit verbundene Derivatinstrumente.

(d) der Wert von Aktienanlagen, die an einer amtlichen Börse gehandelt werden, wird durch notierte Börsenpreise bestimmt. Die notierten Aktienanlagen der Bank befinden sich normalerweise in Märkten, die relativ wenig flüssig und volatil sind, und der nachfolgend angegebene Wert berücksichtigt diese Tatsache nicht zusätzlich. In allen anderen Fällen wird angenommen, dass der Wert den Anschaffungskosten der Bank abzüglich Rückstellungen entspricht.

	Bilanzwert 1999 000 Euro	Geschätzte Anpassung des Veräußerungswerts 1999 000 Euro	Geschätzter Veräußerungswert 1999 000 Euro	Geschätzter Veräußerungswert 1998 000 Euro
Aktiva				
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	2.773.490	–	2.773.490	2.945.224
Schuldtitel	7.865.490	(1.853)	7.863.637	5.212.106
Darlehen	10.638.980	(1.853)	10.637.127	8.157.330
Aktienanlagen	4.756.369	–	4.756.369	3.894.987
Sonstiges Sachvermögen	1.238.960	318.203	1.557.163	1.366.680
	2.960.324	–	2.960.324	2.786.261
Summe der Aktiva	19.594.633	316.350	19.910.983	16.205.258
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(743.657)	–	(743.657)	(554.354)
Verbrieftte Schulden	(11.818.129)	10.942	(11.807.187)	(9.162.323)
	(12.561.786)	10.942	(12.550.844)	(9.716.677)
Sonstige nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	(1.961.040)	–	(1.961.040)	(1.395.332)
Eigenkapital der Mitglieder	(5.071.807)	–	(5.071.807)	(4.925.875)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(19.594.633)	10.942	(19.583.691)	(16.037.884)
Geschätzter Veräußerungswert (netto) Stand 31. Dezember			327.292	167.374

Im Wertpapierbestand der Bank gehaltene Schuldtitel werden normalerweise bis zur Fälligkeit gehalten und werden daher in der Bilanz zum Buchwert ausgewiesen.

22 Gültige Pachtverträge

Die Bank hat den Hauptsitz in London und bestimmte Gebäude ihrer Ländervertretungen in Einsatzländern gepachtet. Dabei handelt es sich um normale kurzfristige Pachtverträge mit Verlängerungsoptionen und periodischen Gleitklauseln; sie sind für die Bank im normalen Geschäftsverlauf ohne erhebliche Vertragsstrafen nicht kündbar. Der bedeutendste Pachtvertrag ist der für das Hauptsitzgebäude. Die unter den Bedingungen dieses Vertrags zu zahlende Miete wird alle fünf Jahre überprüft und basiert auf Marktpreisen. Nach einer solchen Überprüfung kann die Miete entweder unverändert bleiben oder erhöht werden. Es besteht eine Kündigungsklausel, die im Jahr 2006 rechtswirksam wird und der Bank gestattet, den Pachtvertrag zu beenden. Der Sitzpachtvertrag verpflichtet die Bank, den ursprünglichen Zustand der Räumlichkeiten wiederherzustellen. Eine Rücklage zur Deckung der voraussichtlichen Gesamtkosten dieser Wiederherstellung wird monatlich gebildet, und zwar auf Grundlage einer

Schätzung der Bausachverständigen der Bank. Die mit der Wiederherstellung der Ländervertretungen verbundenen Aufwendungen werden als unerheblich betrachtet, und es wird daher keine entsprechende Rücklage geschaffen. Die Bank hat für zwei Stockwerke des Sitzgebäudes Vermietungsverträge abgeschlossen. Die Bedingungen dieser Verträge entsprechen den Bedingungen des Hauptpachtvertrages der Bank. Die voraussichtlichen zukünftigen Mindestmietzahlungseingänge im Rahmen dieser Verträge betragen zum 31. Dezember 1999 18,6 Millionen Euro. Die erfolgswirksam verbuchten Mieteingänge für das Berichtsjahr beliefen sich auf 3,6 Millionen Euro.

Die zukünftigen Mindestpachtzahlungen im Rahmen langfristiger nicht kündbarer Operate-Leasingverträge sind nachfolgend ausgewiesen:

Zahlbar:	1999 000 Euro	1998 000 Euro
innerhalb eines Jahres	26.222	21.579
in ein bis fünf Jahren	100.371	83.100
in mehr als fünf Jahren	40.630	56.246
Stand 31. Dezember	167.223	160.925

23 Pensionsplan für Mitarbeiter

Festgelegter Leistungsplan

Eine vollständige versicherungsmathematische Schätzung des festgelegten Pensionsplans wird alle drei Jahre von einem qualifizierten Versicherungssachverständigen unter Rückgriff auf Methoden zur Vorhersage der Kosten je Leistungseinheit durchgeführt. Für IAS 19-Zwecke wird diese jährlich fortgeschrieben. Die letzte Schätzung fand am 31. August 1999 statt und wurde

anschließend revidiert, um sicherzustellen, dass es bis zum 31. Dezember 1999 keine materiellen Änderungen gab. Die Hauptannahmen werden im folgenden dargestellt. Der gegenwärtige Wert der Verpflichtungen im Rahmen des festgelegten Leistungsplans wurde unter Verwendung der projizierten Kosten je Leistungseinheit berechnet.

In der Bilanz werden folgende Beträge ausgewiesen:

	1999 000 Euro	1998 000 Euro
Marktwert der Planvermögen	65.058	51.071
Derzeitiger Wert der Verpflichtungen im Rahmen des festgelegten Leistungsplans	(50.726)	(41.424)
	14.332	9.647
Nicht ausgewiesene versicherungsmathematische Verluste	8.374	10.878
Vorauszahlungen in der Bilanz zum 31. Dezember	22.706	20.525
Veränderungen in der Vorauszahlung (ausgewiesen unter „Sonstige Aktiva“)		
Stand 1. Januar	20.525	–
Auswirkung der Übernahme der revidierten IAS 19	–	15.438
Neuausweis	20.525	15.438
Währungsunterschiede	571	1.115
Eingegangene Beiträge	10.789	9.221
Gesamtaufwendungen wie unten	(9.179)	(5.249)
Stand 31. Dezember	22.706	20.525

23 Pensionsplan für Mitarbeiter (Fortsetzung)

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Beträge sind folgende:

	1999 000 Euro	1998 000 Euro
Derzeitige Bearbeitungskosten	9.823	6.668
Zinsen	2.899	2.128
Erwartete Rendite der Aktiva	(3.865)	(3.547)
Abschreibung auf versicherungsmathematische Aufwendungen	322	-
Insgesamt in Mitarbeiteraufwendungen eingeschlossen	9.179	5.249

Hauptsächlich verwendete versicherungsmathematische Annahmen:

Diskontsatz	5,50 %	7,00 %
Erwartete Rendite auf Planvermögen	6,50 %	8,25 %
Zukünftige Gehaltserhöhungen	3,50 %	4,25 %
Mittlere erwartete Restarbeitsdauer der Mitarbeiter	15 Jahre	15 Jahre
Ist-Rendite des Planvermögens	24,5 %	15,5 %

Festgelegter Beitragsplan

Die im Rahmen des festgelegten Beitragsplans verbuchten Pensionskosten betragen 4,4 Millionen Euro (1998: 3,7 Millionen Euro) und werden unter „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ ausgewiesen.

24 Sonstige Fondsabkommen

Neben der Geschäftstätigkeit der Bank und dem Sonderfondsprogramm verwaltet die Bank zahlreiche bilaterale und multilaterale Beihilfeabkommen zur Bereitstellung von technischer Hilfe und Investitionsunterstützung in den Einsatzländern. Bei diesen Abkommen stehen vor allem Projektvorbereitung und -durchführung (einschließlich Güter und Bauarbeiten), Beratungsdienste und Schulung im Mittelpunkt. Die im Rahmen dieser Fonds bereitgestellten Ressourcen werden getrennt von den ordentlichen Kapitalressourcen der Bank gehalten und unterliegen der externen Wirtschaftsprüfung.

Zum 31. Dezember 1999 verwaltete die Bank 63 Übereinkommen über Fonds für technische Zusammenarbeit (1998: 56) im Gesamtvolumen von 700,9 Millionen Euro (1998: 597,8 Millionen Euro). Dieser Betrag umfasst auch Mittel für die Tacis- und Phare-Programme der Europäischen Kommission im Rahmen der Bangkok-Fazilität in Höhe von 268,8 Millionen Euro. Von diesem zugesagten Betrag waren zum 31. Dezember 1999 insgesamt 493,5 Millionen Euro eingegangen. Die noch nicht zugesagten Mittel der Fonds betragen zum 31. Dezember 1999 insgesamt 157,5 Millionen Euro. Darüber hinaus verwaltete die Bank 58 projektgebundene Abkommen der technischen Zusammenarbeit im Gesamtvolumen von 29,1 Millionen Euro.

Außerdem verwaltete die Bank im Jahresverlauf sieben Investmentfonds-Kooperationsvereinbarungen im Gesamtvolumen von 39,9 Millionen Euro und zwei EU-Beitrittsvorbereitungsfonds im Gesamtvolumen von 34,9 Millionen Euro spezifisch für Kofinanzierungen von Projekten der EBWE.

Die Bank verwaltete außerdem den EBWE – Japan Special Earmarked Fund, der 1994 zu dem Zweck eingerichtet wurde, die japanischen Beiträge für das Programm für russische Kleinunternehmen zu steuern.

Aufgrund eines Vorschlags der G-7-Länder, ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken in den Einsatzländern der Bank zu initiieren, wurde im März 1993 das Reaktorsicherheitskonto („RSK“) von der Bank eingerichtet. Die Mittel des RSK werden in Form von Zuschüssen bereitgestellt und für Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Reaktorsicherheit verwendet. Zum 31. Dezember 1999 waren auf der Grundlage der in den Richtlinien des RSK vorgegebenen festen Wechselkurse Zusicherungen von 15 Beitragszahlern im Gesamtvolumen von 260,6 Millionen Euro eingegangen.

Die G-7-Länder und die Europäische Union bewilligten anlässlich ihres Gipfeltreffens in Denver im Juni 1997 die Einrichtung des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds („TSF“). Der TSF wurde nach Annahme der Satzung durch das Direktorium am 7. November 1997 errichtet und trat am 8. Dezember 1997 in Kraft, nachdem die erforderlichen acht Beitragspartner Beitragsabkommen mit der Bank abgeschlossen hatten. Ziel des Fonds ist es, der Ukraine bei der Umwandlung des gegenwärtig vorhandenen Tschernobyl-Sarkophags in ein sicheres und umweltstabiles System beizustehen. Zum 31. Dezember 1999 waren unter Anwendung der in den Vorschriften des TSF festgelegten festen Wechselkurse von 22 Beitragszahlern Zusageerklärungen im Gesamtvolumen von 291,3 Millionen Euro eingegangen.

Bericht der Abschlussprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zum 31. Dezember 1999 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 79 bis 97 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses obliegt der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlussprüfung diesem Jahresabschluss ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die International Accounting Standards über die ordnungsgemäße Durchführung von Abschlussprüfungen befolgt. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, dass der Jahresabschluss keine wesentlichen Irrtümer enthält. Eine Abschlussprüfung umfasst die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Rechnungslegungsvorschriften und der von der

Geschäftsführung vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns durchgeführte Abschlussprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der International Accounting Standards und der Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den Konzernabschluss von Banken und anderen Finanzinstituten in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Bank zum 31. Dezember 1999 und der Ergebnisse der Geschäftstätigkeit sowie der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London, 7. März 2000

Zusammenfassung der Sonderfonds

Sonderfonds werden im Einklang mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank errichtet und werden unter anderem im Rahmen der vom Direktorium der Bank bewilligten Bestimmungen verwaltet. Zum 31. Dezember 1999 verwaltete die Bank zehn Sonderfonds: sieben Sonderfonds für Investitionen und drei Sonderfonds der Technischen Zusammenarbeit.

Die folgenden Tabellen enthalten eine Zusammenfassung von Auszügen aus den Jahresabschlüssen der Sonderfonds sowie eine Zusammenfassung der von Geberländern zugesagten Beiträge. Die Jahresabschlüsse für die jeweiligen Sonderfonds wurden gesondert geprüft. Die geprüften Jahresabschlüsse können auf Antrag bei der Bank eingesehen werden.

Die Sonderfonds haben die folgenden Ziele:

Der Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum und der Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum

Förderung der Entwicklung des Privatsektors durch die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen in Estland, Lettland und Litauen.

Der Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Russland und der Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland

Förderung der Entwicklung von Kleinunternehmen im Privatsektor der Russischen Föderation.

Der Sonderfonds für Investitionen in Kleinstunternehmen in Moldau

Förderung der Entwicklung von Kleinstunternehmen durch Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen in der Republik Moldau.

Der Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären

Unterstützung von Finanzintermediären in den Einsatzländern der Bank durch Investitionen in ihr Kapital.

Der italienische Sonderfonds für Investitionen

Förderung der Modernisierung, Restrukturierung, Ausweitung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in bestimmten Einsatzländern der Bank.

Der Sonderfonds für die Finanzierung von KMU

Erleichterung der Finanzierungsprobleme kleiner und mittlerer Unternehmen in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

Der Sonderfonds für die Balkanregion

Hilfeleistungen beim Wiederaufbau von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Rumänien.

Der Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit

Fazilität für die Finanzierung von Projekten der technischen Zusammenarbeit in Einsatzländern der Bank.

Sonderfonds für Investitionen

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung für den am 31. Dezember 1999 abgelaufenen Zeitraum	Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Kleinstunternehmen in Moldau 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Finanzintermediäre 000 Euro	Italienischer Sonderfonds für Investitionen 000 Euro	Sonderfonds für die Finanzierung von KMU 000 Euro	Sonderfonds für die Balkanregion 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen insgesamt 000 Euro
Betriebs(verlust)/-gewinn vor Rückstellungen	(6.752)	5.411	292	804	1.075	(25)	–	805
Auflösung/(Belastung) für Rückstellungen für Verluste	468	8.371	145	(73)	(172)	–	–	8.739
(Verlust)/Gewinn für den Zeitraum	(6.284)	13.782	437	731	903	(25)	–	9.544

Auszug aus der Bilanz zum 31. Dezember 1999

Darlehen	7.740	26.525	1.014	–	–	–	–	35.279
Rückstellungen	(161)	(11.733)	(507)	–	–	–	–	(12.401)
Aktienanlagen	7.579	14.792	507	–	–	–	–	22.878
Rückstellungen	8.466	3.398	–	1.735	–	–	–	13.599
	(555)	(1.699)	–	(39)	–	–	–	(2.293)
	7.911	1.699	–	1.696	–	–	–	11.306
Platzierungen und andere Aktiva	25.150	46.414	898	4.814	12.596	9.977	–	99.849
Noch nicht eingegangene Einlagen	–	–	–	7.969	–	40.000	3.115	51.084
Summe der Aktiva	40.640	62.905	1.405	14.479	12.596	49.977	3.115	185.117
Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	365	27.149	5	116	258	2	–	27.895
Einlagen	41.500	59.351	1.261	13.783	11.435	50.000	3.115	180.445
Rücklagen und (Verlust)/Gewinn für den Zeitraum	(1.225)	(23.595)	139	580	903	(25)	–	(23.223)
Summe der Passiva	40.640	62.905	1.405	14.479	12.596	49.977	3.115	185.117
Zusagen	2.955	52.432	1.594	1.743	3.484	6.250	–	68.458

Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit

Auszug aus dem Mittelzufluss und Mittelabfluss des Fonds und Bilanz für das am 31. Dezember 1999 abgelaufene Geschäftsjahr	Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit 000 Euro	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit insgesamt 000 Euro
Bilanzvortrag	1.297	14.641	396	16.334
Eingegangene Einlagen	9.405	6.946	144	16.495
Zinsen und sonstige Erträge	39	3.319	7	3.365
Auszahlungen	(1.777)	(8.279)	(242)	(10.298)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(706)	(211)	(7)	(924)
Fondsvermögen	8.258	16.416	298	24.972
Kumulative bewilligte Zusagen	18.047	51.598	748	70.393
Kumulative Auszahlungen	(12.523)	(43.795)	(566)	(56.884)
Eingesetztes Fondsvermögen	5.524	7.803	182	13.509
Nicht eingesetztes Fondsvermögen	2.734	8.613	116	11.463
Fondsvermögen	8.258	16.416	298	24.972

Von Geberländern zugesagte Beiträge zu den Sonderfonds

	Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Moldau 000 Euro	Sonderfonds für Investitionen in Finanzintermediäre 000 Euro	Italienischer Sonderfonds für Investitionen 000 Euro	Sonderfonds für die Finanzierung von KMU 000 Euro	Sonderfonds für die Balkanregion 000 Euro	Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds insgesamt 000 Euro
Dänemark	8.940	-	-	-	-	-	-	1.450	-	10.390
Deutschland	-	9.843	-	-	-	-	-	-	3.025	12.868
Europäische Gemeinschaft	-	-	-	-	-	50.000	-	-	-	50.000
Finnland	8.629	-	-	-	-	-	-	1.411	-	10.040
Frankreich	-	7.686	-	-	-	-	-	-	4.980	12.666
Island	427	-	-	-	-	-	-	69	-	496
Italien	-	8.401	-	-	11.435	-	-	-	1.360	21.196
Japan	-	21.162	-	-	-	-	-	-	3.295	24.457
Kanada	-	2.707	-	-	-	-	-	-	4.309	7.016
Norwegen	7.732	-	-	-	-	-	-	1.256	-	8.988
Schweden	15.772	-	-	-	-	-	-	2.564	-	18.336
Schweiz	-	2.360	1.261	-	-	-	3.115	-	1.244	7.980
Taipeh-China	-	-	-	12.046	-	-	-	-	-	12.046
Vereinigtes Königreich	-	-	-	-	-	-	-	-	12.824	12.824
Vereinigte Staaten von Amerika	-	7.192	-	1.737	-	-	-	-	24.620	33.549
Insgesamt zum 31. Dezember 1999	41.500	59.351	1.261	13.783	11.435	50.000	3.115	6.750	55.657	242.852

Projektbewilligungen 1999

Stand 31. Dezember 1999

Albanien

FEFAD Bank

Unterstützung einer Institution, die Finanzierungs-
dienste für private KMU zur Verfügung stellt und
solide Kreditvergabetechniken für Mikro- und
Kleindarlehen entwickelt.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 23. Juli

Bewilligte Mittel 1,2 • Gesamtinvestitionen 1,2

Straßen-Notsanierungsprojekt

Mittel für die Notreparaturen an einem 30 km
langen Straßenabschnitt zwischen der Hafens-
stadt Durres und der Grenze zur EJR Mazedonien.

Bauwesen • B/0 • Darlehen

Bewilligt 2. November • Unterzeichnet 8. Dezember

Bewilligte Mittel 10,0 • Gesamtinvestitionen 95,7

Albanien – Wiederaufbau des Elektrizitätssektors

Umschuldung des bestehenden Darlehens ermög-
licht die Modernisierung der Hauptwasserkraftwerke
und somit eine zuverlässigere Stromversorgung.

Energieerzeugung • B/1 • Darlehen

Bewilligt 16. November • Unterzeichnet 8. Dezember

Bewilligte Mittel 30,0 • Gesamtinvestitionen 61,0

Albanien – Mobilfunk-Kommunikation

Unterstützung für die bevorstehende Privatisierung
der Firma, Erweiterung der Abdeckung durch
Telekommunikationsdienste und Förderung der
ordnungsrechtlichen Reformen.

Telekommunikation • B/0 • Darlehen

Bewilligt 30. November

Bewilligte Mittel 5,0 • Gesamtinvestitionen 5,0

Internationaler Filmvertrieb für Albanien

Finanzierung des ersten Filmtheaters
in Albanien.

Telekommunikation • A/0 • Aktien

Bewilligt 14. Dezember • Unterzeichnet 22. Dezember

Bewilligte Mittel 0,2 • Gesamtinvestitionen 0,2

Armenien

KMU-Finanzierungen in einem Multi-Bank- Rahmen

Bereitstellung von Beteiligungskapital oder Kredit-
linien für lokale Privatbanken zur Weiterleitung
an KMU.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 20. Juli

Bewilligte Mittel 6,7 • Gesamtinvestitionen 6,7

Armagrobank

Erste Geschäftstätigkeit im Rahmen der neuen
KMU-Multi-Bank-Rahmenfazilität.

Bewilligt 20. Juli

Bewilligte Mittel 3,5 • Gesamtinvestitionen 3,5

Aserbaidshjan

Regional TFP: Internationale Bank von Aserbaidshjan

Teilprojekt des Regionalen Handelsförderungs-
programms.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Januar • Unterzeichnet 13. Juli

Bewilligte Mittel 2,0 • Gesamtinvestitionen 1,9

Baku Hafentwicklungsprojekt

Unterstützung der Umstrukturierung im
Fährterminal.

Häfen und Binnenwasserstraßen • B/0 • Darlehen

Bewilligt 2. November • Unterzeichnet 10. Dezember

Bewilligte Mittel 16,1 • Gesamtinvestitionen 22,2

Transkaukasisches Bahnverbindungsprojekt

Umstrukturierung des aserbaidshjanischen
Abschnitts der Transkaukasischen Verbindung,
der wichtigsten internationalen Transitroute
zwischen Baku und den georgischen Häfen.

Eisenbahnen • B/1 • Darlehen

Bewilligt 2. November • Unterzeichnet 10. Dezember

Bewilligte Mittel 20,1 • Gesamtinvestitionen 37,8

Bosnien und Herzegowina

Rahmenprogramm für KMU-Finanzierungen

Kreditlinie zur Mittelvergabe an qualifizierte
Banken, die die Gelder an einheimische private
KMU weiterleiten.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 9. März

Bewilligte Mittel 3,5 • Gesamtinvestitionen 12,0

Hrvatska Banka Kreditlinie

Bewilligt 9. März • Unterzeichnet 13. Dezember

Bewilligte Mittel 3,3 • Gesamtinvestitionen 5,0

Market Banka – Kreditlinie

Bewilligt 2. November • Unterzeichnet 14. Dezember

Bewilligte Mittel 1,7 • Gesamtinvestitionen 2,5

UPI Banka – Kreditlinie

Bewilligt 16. November • Unterzeichnet 17. Dezember

Bewilligte Mittel 1,7 • Gesamtinvestitionen 4,0

Micro Enterprise Bank

Zusätzliches Beteiligungskapital, um das Kapital
der Bank im Rahmen der neuen Gesetzgebung zu
erhöhen und ihr die Ausweitung ihrer Geschäfts-
tätigkeit zu ermöglichen.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 23. März • Unterzeichnet 6. April

Bewilligte Mittel 0,3 • Gesamtinvestitionen 0,9

Pivara Tuzla

Modernisierung einer Brauerei in Privatbesitz zur
Verbesserung der Qualität ihrer Produkte und zur
Steigerung des lokalen Absatzes.

Nahrungsmittel und Getränke • B/1 • Darlehen

Bewilligt 7. September

Bewilligte Mittel 6,1 • Gesamtinvestitionen 9,4

Erläuterungen

Die der Projektbeschreibung folgenden Zeilen enthalten folgende Informationen:

Sektor • Umweltprüfungskategorie • Art der Finanzierung

Datum der Bewilligung durch das Direktorium

Datum der Unterzeichnung, wenn vor dem 7. März 2000

Bewilligte Mittel der EBWE • Gesamte Investitionen für das Projekt (in Mio Euro)

Darlehen sind zu den am 31. Dezember 1999 geltenden Wechselkursen
ausgewiesen.

Aktien sind zu den am Tag der Auszahlung gültigen Euro-Kursen umgerechnet.
Dadurch kann es zu Diskrepanzen zwischen Mitteln der EBWE und den
Gesamtinvestitionen kommen.

Aufgrund von Auf- und Abrundungen ist es möglich, dass die Gesamtergebnisse
nicht mit der Summe der Einzelposten übereinstimmen.

Umweltprüfungskategorien

Das Projekt erfordert:

A – eine vollständige Prüfung zur Ermittlung der Umweltverträglichkeit

B – eine Umweltprüfung

C – keine Umweltverträglichkeitsprüfung oder Umweltanalyse

O – kein Ökoaudit

1 – ein Ökoaudit

FI – Finanzinstitutionen

Bulgarien

Bulgarien – Rahmenprogramm Getreidequittungen

Um kreditwürdigen bulgarischen Banken die Finanzierung der saisonbedingten Betriebskapitalbedürfnisse lokaler Landwirte zu ermöglichen, wobei Lagerquittungen als Sicherheit fungieren.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 6. Juli

Bewilligte Mittel 20,5 • Gesamtinvestitionen 20,5

Expressbank

Erster Intermediär, der Finanzierung im Rahmen des Programms erhält.

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 26. Juli

Bewilligte Mittel 5,1 • Gesamtinvestitionen 5,1

Bulgarien – Großhandelsmärkte (Revidierter Investitionsplan)

Für den Bau, die Sanierung und Integration von vier landwirtschaftlichen Groß- und Bauernmärkten.

Groß- und Einzelhandel • B/1 • Darlehen

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 5. August

Bewilligte Mittel 10,0 • Gesamtinvestitionen 33,9

First Investment Bank – Syndiziertes Darlehen

Stärkung der Finanzierungsgrundlage einer zuverlässigen privaten Geschäftsbank, um ihr die fortgesetzte Finanzierung lokaler KMU zu ermöglichen.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 6. August

Bewilligte Mittel 5,0 • Gesamtinvestitionen 10,5

Bulgarisches Übertragungsnetz

Unterstützung der Restrukturierung, Kommerzialisierung und Entflechtung des bulgarischen Elektrizitätssektors.

Energieübertragung • B/0 • Darlehen

Bewilligt 16. November

Bewilligte Mittel 59,8 • Gesamtinvestitionen 193,8

Bulgarische Kreditlinie Touristik

Kreditlinie an den Bulgarian-American Enterprise Fund zur Förderung des Tourismus in Bulgarien.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 30. November

Bewilligte Mittel 20,5 • Gesamtinvestitionen 20,5

Bulgarische Versicherungsgruppe

Beitrag für die Versicherungsgruppe, um ihr Investitionen in und das Management von Versicherungs- und Pensionsfondsmanagement-Gesellschaften und Krankenversicherungsfonds zu ermöglichen.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 14. Dezember • Unterzeichnet 20. Dezember

Bewilligte Mittel 5,1 • Gesamtinvestitionen 17,1

Estland

PPF – Baltic PPF – Tallegg

Teilinvestition des Baltic PPF.

Finanzen • C/0 • Aktien

Bewilligt 27. April • Unterzeichnet 18. Mai

Bewilligte Mittel 2,8 • Gesamtinvestitionen 2,8

Hansa Capital Syndicated Leasing Finance Facility

Syndiziertes vorrangiges Darlehen zur Weiterleitung an Tochtergesellschaften in Estland, Lettland und Litauen.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 8. Juni • Unterzeichnet 18. Juni

Bewilligte Mittel 13,3 • Gesamtinvestitionen 40,0

Imavere Sägemühle – Erweiterung II

Für die Erweiterung der neuen Sägemühl-Linie.

Forstwirtschaft und Papier • B/1 • Darlehen

Bewilligt 14. Dezember • Unterzeichnet 22. Dezember

Bewilligte Mittel 5,1 • Gesamtinvestitionen 7,4

Georgien

Georgische Weine

Unterstützung der Entwicklung eines erstklassigen georgischen Weinexporteurs durch Modernisierung von Anlagen und Ausrüstung, Erhöhung der Produktion und Verbesserung der Qualität des Produkts.

Nahrungsmittel und Getränke • B/1 • Darlehen

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 29. September

Bewilligte Mittel 5,0 • Gesamtinvestitionen 5,0

AES Telasi

Restrukturierung, Modernisierung und Bereitstellung von Betriebskapital für das bereits privatisierte Stromverteilungsnetz, das Tiflis bedient.

Energieverteilung • B/0 • Darlehen

Bewilligt 8. Dezember • Unterzeichnet 30. Dezember

Bewilligte Mittel 29,9 • Gesamtinvestitionen 146,4

Kasachstan

Regional TFP: Halyk Savings Bank

Teilprojekt eines regionalen Handelsförderungsprogramms.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Januar • Unterzeichnet 30. Juli

Bewilligte Mittel 7,8 • Gesamtinvestitionen 7,8

Regional TFP: Bank Turan Alem

Teilprojekt von Regional TFP.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Januar • Unterzeichnet 12. August

Bewilligte Mittel 1,3 • Gesamtinvestitionen 1,2

Turan Alem Towers (Samal Immobilien)

Beistand bei der Finanzierung von Bau, Vermietung und Verwaltung eines Bürokomplexes in Almaty.

Verschiedene Dienstleistungen • B/0 • Darlehen

Bewilligt 6. Juli • Unterzeichnet 13. Juli

Bewilligte Mittel 9,8 • Gesamtinvestitionen 27,9

Kasaktelecom Fremdkapital (KTC)

Stärkung des nationalen Telekommunikationsbetreibers.

Telekommunikation • C/0 • Darlehen

Bewilligt 7. September • Unterzeichnet 18. Dezember

Bewilligte Mittel 49,8 • Gesamtinvestitionen 49,8

Kasaktelecom – zeitweiliger Erwerb einer Kapitalbeteiligung bei Vor-Privatisierung

Unterstützung der Modernisierung von KTC durch die Erweiterung der Telekommunikations-Infrastruktur und den Abschluss ihrer Privatisierung.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 7. September

Bewilligte Mittel 69,7 • Gesamtinvestitionen 69,7

KEGOC Stromübertragungs- und Sanierungsprojekt

Abschluss der Privatisierung von Stromübertragungsgesellschaften.

Energieerzeugung • B/0 • Darlehen

Bewilligt 19. Oktober • Unterzeichnet 3. Dezember

Bewilligte Mittel 44,8 • Gesamtinvestitionen 254,8

KTZ Schienenwartungs- und Kommerzialisierungsprojekt

Sanierung des Schienennetzes durch Finanzierung für den Erwerb von Schienenwartungsausrüstung, Mittelbereitstellung für Abfindungszahlungen und Umschulung sowie Verbesserung von Managementkenntnissen.

Eisenbahnen • B/0 • Darlehen

Bewilligt 30. November • Unterzeichnet 3. Dezember

Bewilligte Mittel 64,8 • Gesamtinvestitionen 89,7

AES Altai Elektrizitätsgruppe Firmendarlehen

Modernisierung der Stromerzeugungsanlagen und Verteilernetze durch Verbesserung von Effizienz und Umweltleistung.

Energieerzeugung • B/1 • Darlehen

Bewilligt 30. November

Bewilligte Mittel 29,9 • Gesamtinvestitionen 29,9

Kroatien

Erweiterung des Rahmens für KMU-Finanzierungen in Kroatien

Unterstützung der Entwicklung von KMU und des Hypothekenfinanzierungsmarkts durch die Finanzierung einer Reihe von Banken in Privatbesitz.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 6. Juli •

Bewilligte Mittel 19,4 • Gesamtinvestitionen 19,4

Bjelovarska Banka

Bewilligt 6. Juli • Unterzeichnet 22. Dezember

Bewilligte Mittel 7,7 • Gesamtinvestitionen 7,7

Trgovacka Banka

Bewilligt 6. Juli • Unterzeichnet 21. Dezember

Bewilligte Mittel 3,6 • Gesamtinvestitionen 3,6

Croatia GSM

Finanzierung des Aufbaus und Betriebs eines GSM-900-Netzwerks und Beitrag zur Reform und Liberalisierung des Telekommunikationssektors durch Wettbewerb und die Schaffung von 600 Arbeitsplätzen.

Telekommunikation • B/0 • Darlehen

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 14. Oktober

Bewilligte Mittel 22,4 • Gesamtinvestitionen 241,6

Programm zur Verbesserung der Abwasserentsorgung in Rijeka

Privatisierung der bestehenden Wasser- und Abwasserbetriebe, Sicherstellung der Behandlung aller städtischen Abwässer in Rijeka.

Gas und sanitäre Dienste • B/0 • Darlehen

Bewilligt 16. November • Unterzeichnet 23. Dezember

Bewilligte Mittel 7,5 • Gesamtinvestitionen 15,0

Erste Pension Fund

Beteiligungsinvestition für die Einrichtung eines neuen Pensionsfonds.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 14. Dezember • Unterzeichnet 22. Dezember

Bewilligte Mittel 1,3 • Gesamtinvestitionen 2,9

Lettland

Hafen Ventspils Mehrzweck-/ Multimodal-Terminalprojekt

Aufbau und Betrieb eines neuen privaten Multimodalterminals für den Cargoverkehr in der Ostsee und die Förderung Ventspils als Tor zu Russland.

Häfen und Binnenwasserwege • B/1 • Darlehen

Bewilligt 11. Mai • Unterzeichnet 29. Juni

Bewilligte Mittel 9,9 • Gesamtinvestitionen 31,5

Pirma Latvijas Komercbanka (Eigen- und Fremdkapital)

Investition in eine Geschäftsbank.

Finanzen • FI • Darlehen und Aktien

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 14. September

Bewilligte Mittel 9,0 • Gesamtinvestitionen 101,4

Latvijas Unibanka (syndiziertes Darlehen)

Syndiziertes Darlehen zur Weiterleitung, um der Bank die Erweiterung ihrer Kreditvergabe an den Privatsektor zu ermöglichen.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 5. Oktober • Unterzeichnet 17. November

Bewilligte Mittel 15,0 • Gesamtinvestitionen 45,0

Litauen

Rokiskio Suris

Modernisierung der Produktionskapazität und Erhöhung der Produktivität des größten Käseherstellers im Baltikum durch Finanzierung seines Kapitalausgabenprogramms.

Nahrungsmittel • B/1 • Aktien

Bewilligt 27. April • Unterzeichnet 27. April

Bewilligte Mittel 11,5 • Gesamtinvestitionen 13,9

Vilniaus Bankas

Syndiziertes Darlehen an die größte Privatbank in Litauen zur Weiterleitung an Firmen im Privatsektor.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 27. April • Unterzeichnet 5. Mai

Bewilligte Mittel 25,0 • Gesamtinvestitionen 75,0

Carlsberg MPF – Svyturys

Teilprojekt im Rahmen der Carlsberg Multi-Projekt-Fazilität (MPF), für eine Beteiligungsinvestition in der zweitgrößten litauischen Brauerei.

Nahrungsmittel und Getränke • B/0 • Aktien

Bewilligt 8. Juni • Unterzeichnet 17. Juni

Bewilligte Mittel 9,5 • Gesamtinvestitionen 47,1

Drobe Wolle

Für die Privatisierung, Restrukturierung und Modernisierung der Herstellungsanlagen eines der größten Textilbetriebe in Litauen.

Textilherstellung • B/1 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 5. Oktober • Unterzeichnet 30. Dezember

Bewilligte Mittel 7,6 • Gesamtinvestitionen 20,8

Agricultural Bank – Syndiziertes Darlehen

Syndiziertes Darlehen zur Unterstützung von Aktivitäten im Privatsektor.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 16. November • Unterzeichnet 9. Dezember

Bewilligte Mittel 5,0 • Gesamtinvestitionen 14,9

Kaunas – Modernisierungsprojekt im Energiesektor

Restrukturierung und Verbesserung der Energieversorgung in Kaunas.

Energieerzeugung • B/1 • Darlehen

Bewilligt 14. Dezember

Bewilligte Mittel 31,9 • Gesamtinvestitionen 54,8

EJR Mazedonien

Regional TFP: Export-Import Banka

Teilprojekt eines regionalen Programms zur Handelsförderung.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Januar • Unterzeichnet 22. Juni

Bewilligte Mittel 2,6 • Gesamtinvestitionen 2,6

Regional TFP: Komercijalna Banka

Teilprojekt von Regional TFP.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Januar • Unterzeichnet 22. Juni

Bewilligte Mittel 1,5 • Gesamtinvestitionen 1,5

Regional TFP: Stopanska Banka

Teilprojekt von Regional TFP.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Januar • Unterzeichnet 5. November

Bewilligte Mittel 2,7 • Gesamtinvestitionen 2,7

SEAF Macedonia

Vom Small Enterprise Assistance Funds (SEAF) verwalteter Fonds für Beteiligungs- und Quasi-Beteiligungsinvestitionen in lokale KMU mit starkem Wachstumspotential.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 27. April • Unterzeichnet 20. Juli

Bewilligte Mittel 4,0 • Gesamtinvestitionen 13,0

Alkaloid-AD

Modernisierung der Produktionsanlagen einer in Skopje angesiedelten Arzneimittelfirma; Beistand bei der Erlangung des GHP-Zertifikats, einer Vorbedingung für Verkäufe an den Westen.

Pharmazie und Medizin • B/1 • Darlehen

Bewilligt 6. Juli • Unterzeichnet 20. Juli

Bewilligte Mittel 8,7 • Gesamtinvestitionen 35,4

Noterweiterung von GSM- und Netzwerk-Modernisierungsprojekt

Verdoppelung der Kapazitäten des GSM-Netzwerks von Makedonski Telekomunikacii, Effizienzverbesserung der Dienstleistungen.

Telekommunikation • B/0 • Darlehen

Bewilligt 21. September • Unterzeichnet 12. Oktober

Bewilligte Mittel 18,7 • Gesamtinvestitionen 18,7

Stopanska Banka a.d., Skopje

Vollprivatisierung und Umstrukturierung von Stopanska Banka, Hilfe bei der Modernisierung der Computersysteme, bei der Verbesserung des Zweigstellennetzes und der Schulung des Personals.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 30. November • Unterzeichnet 21. Dezember

Bewilligte Mittel 9,2 • Gesamtinvestitionen 27,7

Moldau

Regional TFP: Victoria Bank

Teilinvestition des Regionalen Handelsförderungsprojekts (TFP).

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Januar • Unterzeichnet 13. Oktober

Bewilligte Mittel 0,05 • Gesamtinvestitionen 0,05

Victoria Bank – Kapitalerhöhung II

Beitrag zur Konsolidierung der Kapitalgrundlage einer der größten privaten Geschäftsbanken und zur Ausweitung des Darlehensportfolios auf KMU.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 25. Mai • Unterzeichnet 14. Juni

Bewilligte Mittel 0,3 • Gesamtinvestitionen 1,7

Polen

Kredyt Bank S.A. – Kapitalerhöhung III

Finanzierung der weiteren Vergrößerung einer in Warschau angesiedelten Privatbank.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 9. Februar • Unterzeichnet 25. Februar

Bewilligte Mittel 8,6 • Gesamtinvestitionen 95,5

WBK – KMU-Fazilität

Erhöhung der Kreditvergabe der WBK an KMU.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 7. April • Unterzeichnet 6. Dezember

Bewilligte Mittel 10,0 • Gesamtinvestitionen 10,0

Kredyt Bank – Festzeitdarlehen

Um einer privaten Universalbank mit dem drittgrößten Zweigstellennetz in Polen die Erweiterung ihrer langfristigen Kreditvergabe, vor allem an KMU, zu ermöglichen.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 6. Juli

Bewilligte Mittel 50,0 • Gesamtinvestitionen 125,0

L&G ESCO Polen

Landis & Gyr ESCO Teilprojekt in Polen im Rahmen einer Multi-Projekt-Fazilität. Zur Entwicklung und Umsetzung von Energiedienstleistungen für öffentliche und private Kunden in Polen.

Energieeinsparung • C/O • Darlehen und Aktien

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 30. Juli

Bewilligte Mittel 2,9 • Gesamtinvestitionen 8,4

Alpha Immobilien

Wandeldarlehen zur Finanzierung der Entwicklung, Renovierung und Verwaltung eines Immobilienportfolios im Dreistädtebereich (um Gdansk, Sopot und Gdynia).

Verschiedene Dienstleistungen • B/O • Darlehen und Aktien

Bewilligt 7. September • Unterzeichnet 9. November

Bewilligte Mittel 12,2 • Gesamtinvestitionen 76,0

Polnische Molkereifazilität – Rahmenprogramm

Kreditlinien der EBWE über drei polnische Geschäftsbanken (Bank Slaski, Rabobank Polska und WBK) zum Zweck der Modernisierung einer Reihe von Molkereibetrieben und der Anhebung der Milchqualität auf EU-Standard.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 7. September

Bank Slaski

Bewilligte Mittel 8,0 • Gesamtinvestitionen 10,7

Rabobank Polska

Bewilligte Mittel 8,0 • Gesamtinvestitionen 10,7

WBK

Bewilligte Mittel 8,0 • Gesamtinvestitionen 10,7

Wieden Zycie (Lebensversicherung)

Beitrag zur Gründung eines polnischen Lebensversicherers.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 21. September • Unterzeichnet 14. Oktober

Bewilligte Mittel 1,0 • Gesamtinvestitionen 9,6

Garantiefazilität der EIB für TPSA

Teil einer kommerziellen Garantie, um Telekomunikacja Polska S.A. (TPSA) die erste Inanspruchnahme von Darlehensvereinbarungen mit der EIB zu ermöglichen.

Telekommunikation • C/O • Darlehen

Bewilligt 21. September • Unterzeichnet 30. November

Bewilligte Mittel 30,0 • Gesamtinvestitionen 250,0

Danone MPF – Danone Ciastka

Teilprojekt zur Ko-Investition in regionale Nahrungsmittelprojekte.

Nahrungsmittel • FI • Aktien

Bewilligt 19. Oktober • Unterzeichnet 8. November

Bewilligte Mittel 19,4 • Gesamtinvestitionen 77,5

LG Petro Bank S.A.

Interbankendarlehen zur Finanzierung für Kunden dieser Bank.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 2. November • Unterzeichnet 7. Dezember

Bewilligte Mittel 19,9 • Gesamtinvestitionen 29,9

Eastbridge II

Finanzierung der Neueinrichtung und Modernisierung einer führenden polnischen Warenhauskette.

Groß- und Einzelhandel • B/O • Darlehen

Bewilligt 30. November

Bewilligte Mittel 18,1 • Gesamtinvestitionen 18,1

Bydgoszcz – Entwicklungsprogramm Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Modernisierung der Kanalisation und ihre Integration in neue Abwasserkläranlagen; Modernisierung der Wasseraufbereitungsstation.

Gas und sanitäre Dienste • B/O • Darlehen

Bewilligt 14. Dezember • Unterzeichnet 31. Dezember

Bewilligte Mittel 26,0 • Gesamtinvestitionen 62,8

Lafarge Polska II

Modernisierung der vorhandenen Zementwerke sowie Errichtung einer neuen Fertigungslinie für Zement bei Lafarge.

Groß- und Einzelhandel • B/O • Darlehen

Bewilligt 14. Dezember

Bewilligte Mittel 49,8 • Gesamtinvestitionen 154,4

Rumänien

Banca Transilvaniei KMU-Finanzierungsfazilität

Teilprojekt im Rahmen einer regionalen Finanzierungsfazilität der EBWE-EU für KMUs in den Beitrittsländern der EU. Kreditvergabe an KMU.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 7. April • Unterzeichnet 17. Dezember

Bewilligte Mittel 5,0 • Gesamtinvestitionen 5,0

Sical

Um Ambro, einer Zellstoff- und Papiermühle, Tochtergesellschaft von Sical, die Modernisierung der Produktionsanlagen ihrer Fabrik in Suceava zu ermöglichen, bei gleichzeitiger Verdoppelung der Kapazitäten und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Forstwirtschaft und Papier • B/1 • Darlehen

Bewilligt 11. Mai • Unterzeichnet 5. November

Bewilligte Mittel 9,0 • Gesamtinvestitionen 67,7

Privatisierung der Rumänischen Entwicklungsbank

Beteiligungsinvestition, bestehend aus 5 % der Aktien der Bank, um die Privatisierung der stärksten Bank Rumäniens zu konsolidieren.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 7. September • Unterzeichnet 24. November

Bewilligte Mittel 20,5 • Gesamtinvestitionen 220,0

Dalkia ESCO Rumänien

Teilprojekt im Rahmen einer Multi-Projekt-Fazilität zur Finanzierung von Energiedienstleistungsunternehmen.

Energieverteilung • C/O • Darlehen und Aktien

Bewilligt 19. Oktober • Unterzeichnet 14. Dezember

Bewilligte Mittel 7,1 • Gesamtinvestitionen 27,4

Suez-Lyonaise MPF Timisoara Wasserlizenz-Projekt

Finanzierung von Investitionen in die private Bereitstellung von kommunalen Diensten, unter anderem Wasserversorgung, Abwasseraufbereitung, Festmüllentsorgung, Fernheizung und Energie.

Gas und sanitäre Dienste • B/O • Darlehen

Bewilligt 30. November • Unterzeichnet 21. Dezember

Bewilligte Mittel 24,7 • Gesamtinvestitionen 54,3

Russland

Regional TFP: Wneshtorgbank

Teilprojekt eines regionalen Programms zur Handelsförderung.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Januar • Unterzeichnet 22. Juni

Bewilligte Mittel 5,5 • Gesamtinvestitionen 5,5

RSBF – Russische Mikrofinanz-Bank (Beteiligung)

Restrukturierung und Rekapitalisierung einer Finanzinstitution zur Umwandlung in eine spezialisierte Bank für Mikro- und Kleindarlehen zur Finanzierung kleinster und kleiner Unternehmen in ganz Russland.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 9. März

Bewilligte Mittel 3,0 • Gesamtinvestitionen 6,0

JSC Baltika Brauerei

Firmendarlehen an Russlands führende Brauerei um sie in die Lage zu versetzen, ihre Produktionskapazität zu erweitern, ihr Vertriebsnetz zu entwickeln und ihre Betriebskapitalposition langfristig zu stärken.

Nahrungsmittel und Getränke • B/1 • Darlehen

Bewilligt 23. März • Unterzeichnet 15. Juni

Bewilligte Mittel 31,9 • Gesamtinvestitionen 39,8

Kaliningrad: Wasser- und Umweltdienst-Projekt

Teilfinanzierung von Verbesserungen der Wasserversorgung und Abwasseraufbereitung in Kaliningrad.

Gas und sanitäre Dienste • B/0 • Darlehen

Bewilligt 27. April • Unterzeichnet 4. Juli

Bewilligte Mittel 17,9 • Gesamtinvestitionen 62,5

Kaluga Brauerei

Finanzierung des Baus einer Brauerei in Kaluga und Einrichtung eines Vertriebsnetzes für die Produkte der Brauerei.

Nahrungsmittel und Getränke • B/1 • Aktien

Bewilligt 27. April • Unterzeichnet 30. Juni

Bewilligte Mittel 29,9 • Gesamtinvestitionen 124,5

North Western Shipping Company – Nachfolge-Darlehen

Hilfe für die Refinanzierung eines Neubaus und bei der Mittelbereitstellung für die Erneuerung der Sicherheitsausrüstung von Schiffen sowie für weitere Belange im Hinblick auf das Betriebskapital.

Verkehrsdienste • B/0 • Darlehen

Bewilligt 27. April • Unterzeichnet 11. November

Bewilligte Mittel 3,4 • Gesamtinvestitionen 3,4

RSBF – NBD (Umstrukturierung von Fremdkapital bei RSBF)

Umschuldung der vorrangigen Schuldtitel des RSBF in Höhe von 700.000 US-Dollar als nachgeordnetes Darlehen und Aufnahme einer Aktienoption.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 27. Juli

Bewilligte Mittel 0,5 • Gesamtinvestitionen 0,7

Finanzierung für die Vorstufe der Goldförderung

Rahmen zur Bereitstellung von Finanzierungen für die Vorstufe der Goldförderung.

Bergbau und Erzaufbereitung • FI • Darlehen

Bewilligt 2. November

Bewilligte Mittel 115,8 • Gesamtinvestitionen 130,2

Poljarnaja

Bewilligt 2. November • Unterzeichnet 29. Dezember

Bewilligte Mittel 6,0 • Gesamtinvestitionen 6,0

Tschutkotka

Bewilligt 16. November • Unterzeichnet 29. Dezember

Bewilligte Mittel 8,4 • Gesamtinvestitionen 8,4

Slowakische Republik

Embraco Slowakei

Um Embraco Europe den Bau einer neuen kommerziellen Kälteverdichterfabrik in Spisska Nova Ves zu ermöglichen und wesentliche Kosteneinsparungen zu erreichen.

Schwerindustrie • B/0 • Darlehen

Bewilligt 26. Januar

Bewilligte Mittel 12,5 • Gesamtinvestitionen 49,3

Polus Center

Planung, Bau und Betrieb einer 57.300 qm großen Büro-, Einzelhandels- und Freizeitanlage im Nove Mesto-Viertel von Bratislava.

Verschiedene Dienstleistungen • B/0 • Darlehen

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 18. August

Bewilligte Mittel 23,0 • Gesamtinvestitionen 68,9

Slowakisches Getreide-Quittungsprogramm – Pol'nobanka

Unterstützung einer lokalen Bank bei der Kreditvergabe für saisonbedingte Betriebskapitalbedürfnisse von Landwirten, wobei Lagerquittungen als Sicherheit fungieren.

Nahrungsmittel • FI • Darlehen

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 30. Juli

Bewilligte Mittel 10,2 • Gesamtinvestitionen 20,5

Slovenský Plynárenský Priemysel, š.p.

Durch die Fünfjahres-Anleiheemission wird ein Programm der staatseigenen SPP finanziert, die Erdgas transportiert und verteilt. Das Programm umfasst die Ausweitung der Kapazität und den Ankauf von IT-Systemen.

Öl- und Gaserzeugung • B/1 • Darlehen

Bewilligt 5. Oktober • Unterzeichnet 21. Oktober

Bewilligte Mittel 30,0 • Gesamtinvestitionen 150,0

Slowenien

Rahmen für die Finanzierung von Finanzinstitutionen

Bereitstellung von Fremd-, Beteiligungs- und Quasi-Beteiligungsfinanzierung für ausgewählte Banken, die sich in Privatbesitz oder im Zuge der Privatisierung befinden.

Finanzen • FI • Darlehen und Aktien

Bewilligt 20. Juli

Bewilligte Mittel 25,0 • Gesamtinvestitionen 25,0

Nova Ljubljanska Banka

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 6. August

Bewilligte Mittel 15,0 • Gesamtinvestitionen 30,0

SKB Banka Wohnungsbaudarlehen

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 27. August

Bewilligte Mittel 10,0 • Gesamtinvestitionen 10,0

Tadschikistan

Flughafen Khujand

Notsanierung des Flughafens, unter anderem Reparaturen an der Rollbahn und der damit verbundenen Entwässerungssysteme; Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur Tadschikistans.

Flughäfen und Flugnavigationssysteme • B/0 • Darlehen

Bewilligt 9. März • Unterzeichnet 22. April

Bewilligte Mittel 3,0 • Gesamtinvestitionen 5,5

TSOB Beteiligungsinvestition

Investition in der Tojiksodirotbank Bank (TSOB).

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 7. September • Unterzeichnet 26. November

Bewilligte Mittel 0,5 • Gesamtinvestitionen 0,5

Tschechische Republik

Ceska Sporitelna – Kapitalerhöhung

Unterstützung für die Restrukturierung der Bilanz der Bank vor der bevorstehenden Privatisierung.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 20. Juli

Bewilligte Mittel 24,9 • Gesamtinvestitionen 210,5

Brno – Modernisierung der Abwasserkläranlage

Vergrößerung und Modernisierung der Abwasserkläranlage und eines Teils des Sietnetzes der Stadt sowie Unterstützung für die Einbeziehung des Privatsektors.

Gas und sanitäre Dienste • B/0 • Darlehen

Bewilligt 16. November • Unterzeichnet 21. Dezember

Bewilligte Mittel 42,5 • Gesamtinvestitionen 65,7

CSOB Privatisierung (Beteiligung)

Abschluss der Privatisierung von Československá Obchodní Banka a.s. (CSOB). Alle Aktien sind jetzt im Besitz von KBC Bank, EBWE, IFC und einheimischen Anteilseignern.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 30. November • Unterzeichnet 20. Dezember

Bewilligte Mittel 125,0 • Gesamtinvestitionen 125,0

European Property Group

Erweiterung des Portfolios eines wichtigen Bauträgers im Prager Immobilienmarkt durch Akquisition und Entwicklung von Geschäftsimmobilien.

Verschiedene Dienstleistungen • B/0 • Aktien

Bewilligt 30. November • Unterzeichnet 22. Dezember

Bewilligte Mittel 34,3 • Gesamtinvestitionen 144,5

Turkmenistan**Gap Turkmen 2**

Unterstützung des ersten vertikal integrierten Baumwollkörper- und Fertigungskomplexes in Turkmenistan.

Textilherstellung • B/1 • Aktien

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 10. November

Bewilligte Mittel 3,0 • Gesamtinvestitionen 14,9

Dragon Öl

Unterstützung der kommerziellen Entwicklung von Offshore-Öllagerstätten im turkmenischen Abschnitt des Kaspischen Meeres.

Öl- und Gaserzeugung • A/1 • Darlehen

Bewilligt 14. Dezember • Unterzeichnet 20. Dezember

Bewilligte Mittel 59,8 • Gesamtinvestitionen 479,3

Ukraine**Kiew – Internationale Bank**

Stützung der 35 %-Beteiligung der EBWE in einer vor kurzem gegründeten ukrainischen Bank; Unterstützung ihres Status als mehrheitlich in ausländischer Hand befindlich.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 23. März • Unterzeichnet 21. Oktober

Bewilligte Mittel 1,8 • Gesamtinvestitionen 1,8

DOEP (Geändert)

Ankauf von Rohmaterial für die Produktion von raffiniertem Sonnenblumenseisöl.

Nahrungsmittel • C/1 • Darlehen

Bewilligt 27. April • Unterzeichnet 5. Mai

Bewilligte Mittel 43,3 • Gesamtinvestitionen 73,2

Cargill Industriekomplex

Bau und Betrieb einer Sonnenblumenkern-Verarbeitungsanlage in Donezk: die erste ausländische Direktinvestition in ein großes Neuansiedlungsprojekt im Nahrungsmittelsektor der Ukraine.

Nahrungsmittel • B/0 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 27. April • Unterzeichnet 30. Juni

Bewilligte Mittel 55,8 • Gesamtinvestitionen 95,7

Kyivstar GSM

Beitrag zu Planung, Installation und Betrieb eines nationalen GSM-900-Mobiltelefonnetzes in der Ukraine durch ein Darlehen und eine Quasi-Beteiligungsinvestition in ZAO Kyivstar GSM 900, einer ukrainischen geschlossenen Aktiengesellschaft.

Telekommunikation • B/0 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 21. September

Bewilligte Mittel 34,1 • Gesamtinvestitionen 135,0

Eisenbahn-Entwicklungsprojekt

Ankauf von Gleiswartungs-Maschinen und Material für die Gleisertüchtigung für den Hauptbahnkorridor zwischen Lwow und Kiew.

Verkehrsdienste • B/0 • Darlehen

Bewilligt 5. Oktober • Unterzeichnet 6. Dezember

Bewilligte Mittel 51,7 • Gesamtinvestitionen 93,9

Iveco Ukraine

Finanzierung der Entwicklung von Iveco Ukraine, die Kraftwagen, Maschinen und Maschinenteile produziert und zur Modernisierung der Automobilindustrie in der Ukraine beitragen wird.

Kraftwagen und Maschinenteile • B/1 • Aktien

Bewilligt 19. Oktober

Bewilligte Mittel 21,0 • Gesamtinvestitionen 85,1

Balkan Gastransit-Projekt

Bau einer neuen Verdichterstation in Tarutino. Die vermehrte Kapazität wird zum Transport von zusätzlichem Gas über die bestehende Gaspipeline durch Rumänien und Bulgarien verwendet.

Öl- und Gaserzeugung • B/1 • Darlehen

Bewilligt 19. Oktober • Unterzeichnet 21. Dezember

Bewilligte Mittel 50,7 • Gesamtinvestitionen 76,6

Nachgeordnete Kreditfazilität an Raiffeisenbank

Bereitstellung eines nachgeordneten Darlehens an Raiffeisenbank Ukraine (RBU), das ihre Kapitaldeckung stärken und ihr die Erweiterung ihrer Kreditvergabetätigkeit ohne Wechselkursrisiko ermöglichen wird.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 30. November • Unterzeichnet 23. Dezember

Bewilligte Mittel 10,0 • Gesamtinvestitionen 10,0

Ukraine Microcredit Bank (UMB)

Gründung einer unabhängigen auf Kleinstkredite spezialisierten Bank.

Finanzen • FI • Darlehen und Aktien

Bewilligt 8. Dezember

Bewilligte Mittel 12,3 • Gesamtinvestitionen 32,7

Ungarn**M1/M15 Autobahn – Restrukturierungsprojekt**

Zur Sicherstellung des fortgesetzten Betriebs der Autobahn.

Bauwesen • A/0 • Darlehen

Bewilligt 6. Juli • Unterzeichnet 19. August

Bewilligte Mittel 66,8 • Gesamtinvestitionen 205,7

OTP Bank – Beteiligungsinvestition

Unterstützung der letzten Phase der Privatisierung der größten Bank Ungarns und ihrer regionalen Erweiterung.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 19. Oktober • Unterzeichnet 26. Oktober

Bewilligte Mittel 21,5 • Gesamtinvestitionen 22,9

Ózdi Acélművek Kft Minimill Projekt

Beistand für Ungarns einzigen Produzenten von Armierungsstahl und Walzdraht bei der Wiederaufnahme der Stahlproduktion.

Leichtindustrie • B/1 • Darlehen

Bewilligt 2. November • Unterzeichnet 26. November

Bewilligte Mittel 10,2 • Gesamtinvestitionen 17,6

Multimodales Logistikzentrum Budapest, grundlegende Infrastruktur

Hilfe für die Finanzierung des privaten Baus einer Bahnverbindung für ein neues privates Logistikzentrum in Budapest.

Verkehrsdienste • B/0 • Darlehen

Bewilligt 14. Dezember • Unterzeichnet 29. Dezember

Bewilligte Mittel 10,0 • Gesamtinvestitionen 20,0

Usbekistan**Regional TFP: NBU**

Emissionsbankvereinbarung im Rahmen des regionalen Handelsförderungsprogramms.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Januar • Unterzeichnet 22. Juni

Bewilligte Mittel 32,4 • Gesamtinvestitionen 32,4

Regional TFP: Asaka Bank

Teilprojekt im Rahmen des regionalen TFP.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Januar • Unterzeichnet 22. Juni

Bewilligte Mittel 2,8 • Gesamtinvestitionen 2,8

Arsin White Goods

Privatisierung und Neuausstattung eines Kühlanlagen-Ventures in Samarkand; Einrichtung eines Verteiler-, Einzelhandels- und Dienstleistungsnetzes in ganz Usbekistan.

Spitzentechnologie und Elektronik • B/1 • Darlehen und Aktien

Bewilligt 27. April

Bewilligte Mittel 23,8 • Gesamtinvestitionen 76,6

Usbekische Eisenbahnen – Projekt zur Verbesserung von Schienengüterverkehr und Management

Erhöhung der Leistungen des Schienengüterverkehrs in Usbekistan. Steigerung der Gewinne und Rentabilität im Rahmen eines umfassenderen Modernisierungsprojekts für Eisenbahnen.

Verkehrsdienste • B/O • Darlehen

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 1. Dezember

Bewilligte Mittel 39,8 • Gesamtinvestitionen 39,8

Kasansay-Tekmen Wollerzeugnisse 2

Erweiterung einer Kapitalbeteiligung in einer integrierten Textilfabrik, Schaffung von 14.000 Arbeitsstellen.

Textilherstellung • C/1 • Aktien

Bewilligt 20. Juli • Unterzeichnet 17. September

Bewilligte Mittel 5,0 • Gesamtinvestitionen 17,1

Regional

450 Wireless Systems Fund Ltd

Unterstützung einer Reihe von Mobil- und Funkkommunikationsnetzen in den Einsatzländern der Bank; Beitrag zur Entwicklung von Mobiltelefonnetzen in Mittel- und Osteuropa.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 12. Januar • Unterzeichnet 11. Januar 2000

Bewilligte Mittel 14,9 • Gesamtinvestitionen 72,4

Regionales Handelsförderungsprogramm

Rahmen für die Finanzierung eines neuen regionalen Zweijahres-Handelsförderungsprogramms durch die Bereitstellung von 100 Millionen Euro an ausgewählte Banken für die Unterstützung von Außenhandelstransaktionen qualifizierter Nutznießer; Beitrag zum Wiederaufbau der durch die jüngste Finanzkrise gestörten Handelsfinanzierungs-Infrastruktur für den Markthandel.

Finanzen • FI • Darlehen

Bewilligt 12. Januar

Bewilligte Mittel 42,2 • Gesamtinvestitionen 42,2

Technologieholding Central and Eastern European Fund

Unterstützung einer Reihe von mit Informations- und Kommunikationstechnologie verbundenen Industrieelektronik-Gesellschaften, die vor allem in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik tätig sind.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 26. Januar • Unterzeichnet 2. Juni

Bewilligte Mittel 16,9 • Gesamtinvestitionen 49,8

Finanzierungsfazität für KMU

Rahmen für eine Finanzierungsfazität der EBWE-EU für 10 Beitrittsländer der EU. Bereitstellung von mittelfristigen Krediten und Beteiligungskapital für Finanzintermediäre, um die Erweiterung der Kreditvergabe an KMU zu ermöglichen.

Finanzen • FI • Darlehen und Aktien

Bewilligt 7. April

Bewilligte Mittel 60,0 • Gesamtinvestitionen 125,0

EIF Group Central and Eastern Europe Power Fund Limited

Schaffung eines geschlossenen Wagniskapitalfonds, der in kleine und mittlere Stromerzeugungs- und Verteilerprojekte investiert und so zur Privatisierung, Ertüchtigung und Modernisierung von Energiefazilitäten beiträgt.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 6. Juli • Unterzeichnet 16. Dezember

Bewilligte Mittel 49,8 • Gesamtinvestitionen 249,0

Golden Telecom

Unterstützung eines führenden Betreibers für alternative Telekommunikation in der GUS, der Kunden mit wettbewerbsfähigen Ortsnetzträgern, Breitbanddaten- und Mobil- und Internetdiensten versorgt.

Telekommunikation • B/O • Aktien

Bewilligt 7. September • Unterzeichnet 30. September

Bewilligte Mittel 32,6 • Gesamtinvestitionen 135,3

Dexia – FondElec Energy Efficiency and Emissions Reduction Fund

Schaffung eines geschlossenen Wagniskapitalfonds, der in kleine und mittlere Strom- und Wärmeeerzeugungs- und Verteilerprojekte und -firmen in Mittel- und Osteuropa und im Baltikum investiert.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 5. Oktober • Unterzeichnet 22. Dezember

Bewilligte Mittel 20,0 • Gesamtinvestitionen 100,0

Trigranit

Beteiligungsinvestition in Trigranit-Gruppe über eine Offshore-Firma.

Verschiedene Dienstleistungen • B/O • Aktien

Bewilligt 2. November • Unterzeichnet 7. Dezember

Bewilligte Mittel 13,6 • Gesamtinvestitionen 88,0

Head Eastern Europe Insurance Fund

Investition in einen privaten Aktienfonds.

Finanzen • FI • Aktien

Bewilligt 16. November

Bewilligte Mittel 19,8 • Gesamtinvestitionen 99,5

Gouverneure

Gouverneure und Stellvertretende Gouverneure

31. Dezember 1999

Mitglieder

Ägypten
Albanien
Armenien
Aserbaidschan
Australien
Belgien
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
Estland
Finnland
Frankreich
Georgien
Griechenland
Irland
Island
Israel
Italien
Japan
Kanada
Kasachstan
Kirgisistan
Republik Korea
Kroatien
Lettland
Liechtenstein
Litauen
Luxemburg
Malta
Marokko
EJR Mazedonien
Mexiko
Moldau
Neuseeland
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Rumänien
Russische Föderation
Schweden
Schweiz
Slowakische Republik
Slowenien
Spanien
Tadschikistan
Tschechische Republik
Türkei
Turkmenistan
Ukraine
Ungarn
Usbekistan
Vereinigtes Königreich
Vereinigte Staaten von Amerika
Weißrussland
Zypern
Europäische Gemeinschaft
Europäische Investitionsbank

Gouverneure

Ahmad Ahmad Goueli
Ermelinda Meksi
Armen Sarkissian
Elman S. Roustamow
Peter Costello
Didier Reynders
Neven Tomic
Murawej Radew
Marianne Jelved
Hans Eichel
Siim Kallas
Sauli Niinistö
Christian Sautter
Teimuras Mamatsaschwili
Yannos Papantoniou
Charlie McCreevy
Finnur Ingólfsson
Jacob A. Frenkel
Giuliano Amato
Kiichi Miyazawa
Paul Martin
Anwar Saidenow
Rosa Otunbajewa
Bong-Gyun Kang
Borislav Skegro
Roberts Zile
Michael Ritter
Vytautas Dudėnas
Jean-Claude Juncker
John Dalli
Fathallah Oualalou
Boris Stojmenov
José A. Gurría
Alexandru Muravschi
Phil Goff
Gerrit Zalm
Gudmund Restad
Rudolf Edlinger
Hanna Gronkiewicz-Waltz
Joaquim Pina Moura
Decebal Traian Remes
Andrej G. Schapowalianz
Bosse Ringholm
Pascal Couchepin
Brigita Schmögnerová
Mitja Gaspari
Rodrigo Rato
Murotali M. Alimardonow
Pavel Mertlík
Selçuk Demiralp
Hudaiberdy A. Orasow
Igor O. Mitjukow
Zsigmond Járai
Rustam S. Asimow
Gordon Brown
Lawrence H. Summers
Walerij I. Kokorew
Takis Klerides
Pedro Solbes Mira
Sir Brian Unwin

Stellvertretende Gouverneure

Youssef Boutros-Ghali
Adriana Berberi
Vagan Schirchianian
Fuad Achundow
Kathy Sullivan
Jean-Pierre Arnoldi
Enver Backović
Martin Saimow
Michael Dithmer
Caio Koch-Weser
Martin Pöder
Leif Fagernäs
Jean Lemierre
Tamar Berutschaschwili
Stefanos Avgouleas
Paddy Mullarkey
Thorgeir Orlygsson
Avi Ben-Bassat
Mario Draghi
Masaru Hayami
Donald W. Campbell
Serik Achanow
Urkaly Isajew
Chol-Hwan Chon
Josip Kulisic
Vladimirs Makarovs
Roland Marxer
Arvydas Kregždė
Jean Guill
Michael C. Bonello
Abdelfettah Benmansour
–
Martin Werner
Dumitru Ursu
Paul East
Jozias van Aartsen
Harriet E. Berg
Thomas Wieser
Krzysztof Ners
António Nogueira Leite
Mugur Isarescu
Michail M. Kasianow
Sven Hegelund
Nicolas Imboden
Marián Jusko
Meta Bole
Elena Pisonero
Scharif M. Rachimow
Josef Tosovský
Ferhat Emil
Alexander Grischin
Wiktor A. Juschtschenko
Werner Riecke
Abdurafik A. Achadow
Clare Short
Stuart E. Eizenstat
Nikolaj P. Saitschenko
Andreas Chimarides
Giovanni Ravasio
Wolfgang Roth

Vorsitzender des Gouverneursrats

Gouverneur für Finnland (Sauli Niinistö)

Stellvertretende Vorsitzende des Gouverneursrats

Gouverneur für Israel (Jacob A. Frenkel)
Gouverneur für Polen (Hanna Gronkiewicz-Waltz)

Alle Befugnisse der EBWE liegen beim Gouverneursrat. Der Gouverneursrat hat viele seiner Befugnisse auf das Direktorium übertragen, das für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank verantwortlich ist. Unter anderem legt das Direktorium Richtlinien fest und trifft Entscheidungen in Verbindung mit Darlehen, Kapitalbeteiligungen und anderen Geschäften, die den allgemeinen Richtlinien des Gouverneursrats entsprechen.

Der Präsident steht dem Direktorium vor. Unter Anleitung des Direktoriums führt er die laufenden Geschäfte der Bank und ist als Personalchef für deren Organisation und die Ernennung von Mitarbeitern verantwortlich.

Direktoren

Direktoren und Stellvertretende Direktoren

31. Dezember 1999

Direktoren

Byongwon Bahk
Staffan Crona
Sylvain de Forges
Joaquin de la Infiesta
Torsten Gersfelt
Wilhelm Jaggi
Roger Lavelle
Heiner Luschin
Michael McCulloch
Patrice Muller
Kari Nars
Igor Očka
Sergej Owsejtschik
Philippe Petit-Laurent
Jurij Polunejew
Enzo Quattrocioche
Norbert Radermacher
Karen Shepherd
Bernard Snoy
Walentin Zwetanow
Pim van Ballekom
Stefanos Vavalidis
Kunimitsu Yoshinaga

Stellvertretende Direktoren

Jim Short
Baldur Erlingsson
Lucien Bernadine
Carlos Escribano
Tony Brown
Mehmet Kaytaz
Walter Cernoia
Gideon Schurr
Alex Gibbs
Tom MacDonald
Rolf Næss
Károly Soós
Michail Tatjantschenko
Vassili Lelakis
Ionut Costea
Pasquale Terracciano
Jörg Ranau
nicht besetzt
Georges Heinen
Jan Bielecki
Dick Knook
António de Almeida
Masato Iso

Länderbereiche

Korea/Australien/Neuseeland/Ägypten
Schweden/Island/Estland
Frankreich
Spanien/Mexiko
Dänemark/Irland/Litauen/EJR Mazedonien
Schweiz/Türkei/Liechtenstein/Usbekistan/Kirgisistan/Aserbaidshan/Turkmenistan
Europäische Investitionsbank
Österreich/Israel/Zypern/Malta/Kasachstan/Bosnien und Herzegowina
Vereinigtes Königreich
Kanada/Marokko
Finnland/Norwegen/Lettland
Tschechische Republik/Ungarn/Slowakische Republik/Kroatien
Russische Föderation/Weißrussland/Tadschikistan
Europäische Gemeinschaft
Ukraine/Rumänien/Moldau/Georgien/Armenien
Italien
Deutschland
Vereinigte Staaten von Amerika
Belgien/Luxemburg/Slowenien
Bulgarien/Polen/Albanien
Niederlande
Griechenland/Portugal
Japan

108

Direktoriumsausschüsse

31. Dezember 1999

Finanzprüfungsausschuss

Heiner Luschin (Vorsitzender)
Byongwon Bahk (Stellvertretender Vorsitzender)
Sylvain de Forges
Staffan Crona
Wilhelm Jaggi
Michael McCulloch
Sergej Owsejtschik

Ausschuss für Budget und Verwaltungsangelegenheiten

Karen Shepherd (Vorsitzende)
Joaquin de la Infiesta (Stellvertretender Vorsitzender)
Roger Lavelle
Philippe Petit-Laurent
Walentin Zwetanow
Pim van Ballekom
Stefanos Vavalidis
Kunimitsu Yoshinaga

Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit

Bernard Snoy (Vorsitzender)
Igor Očka (Stellvertretender Vorsitzender)
Torsten Gersfelt
Patrice Muller
Kari Nars
Jurij Polunejew
Enzo Quattrocioche
Norbert Radermacher

Lenkungsgruppe des Direktoriums

Michael McCulloch (Vorsitzender)
Philippe Petit-Laurent (Stellvertretender Vorsitzender)
Byongwon Bahk
Joaquin de la Infiesta
Heiner Luschin
Igor Očka
Karen Shepherd
Bernard Snoy
Antonio Maria Costa (Generalsekretär)

Der Finanzprüfungsausschuss befasst sich mit der Ernennung und dem Aufgabenbereich der externen Rechnungsprüfer. Er überprüft den Jahresabschluss, die allgemeinen Rechnungslegungsprinzipien, die Grundsätze und Tätigkeit des Innenrevisors, die Genehmigung der Ausgaben, die Kontrollsysteme sowie die Beschaffungsgrundsätze und Projektbewertung.

Der Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit überprüft die Finanzierungsgrundsätze, einschließlich der für die Kreditaufnahme sowie die allgemeinen Grundsätze für Geschäftstätigkeit, Verfahrensweisen und Berichterstattung.

Der Ausschuss für Budget und Verwaltungsangelegenheiten prüft die allgemeinen Budgetgrundsätze sowie Vorschläge, Verfahrensweisen und Berichte. Er befasst sich außerdem mit

Personalfragen, Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten sowie mit Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit Direktoren und ihren Mitarbeitern.

Die Lenkungsgruppe des Direktoriums wurde 1994 eingerichtet. Ihre Aufgabe besteht darin, die Koordinierung zwischen dem Direktorium und dem Management im Hinblick auf die Vorbereitung auf Sitzungen des Direktoriums, der Ausschüsse und von Workshops zu verbessern.

Kontakte und Informationen

7. März 2000

Präsident

Banking

Management

Erster Vizepräsident
Stellvertretender Vizepräsident
Leiter, Geschäftsgrundsätze, Neue Produkte
Leiter, Planung und Budgetierung
(Finanzen unterstellt)
Leiter, Marketing und Geschäftsentwicklung
Leiter, Unterstützung und Strategien für KMU
Leiter, Firmenforderungsteam
(Finanzen unterstellt)

Unterstützung für Kapitalanlagen
Fazilität für Direktinvestitionen

Infrastruktur

Leiter
Kommunal- und Umweltingfrastruktur
Strom- und Energieversorger
Energiewirksamkeit
Transport

Finanzinstitutionen

Leiter
Finanzierung von Kleinunternehmen
Bankkredite
Bankkapital
Nichtbanken-Finanzinstitute
Aktienfonds

Industrie und Handel

Leiter
Bodenschätze
Telekommunikation, Informatik, Medien
Immobilien, Tourismus, Schifffahrt
Agrarindustrie

Russland und Zentralasien

Leiter
Russland (Büro Moskau)
Kasachstan und Kirgisistan (Büro Almaty)
Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan
(Büro Taschkent)

Mitteuropa

Leiter
Baltische Länder
Polen (Büro Warschau)
Tschechische Republik und Slowakische Republik
(Büro Bratislava)
Ungarn und Slowenien (Büro Budapest)
Kroatien

Südosteuropa und Kaukasus

Leiter
Ukraine
Albanien, EJR Mazedonien,
Bosnien und Herzegowina
Rumänien (Büro Bukarest)
Bulgarien (Büro Sofia)
Weißrussland, Moldau, Armenien,
Aserbaidschan und Georgien

Finanzen

Vizepräsident
Stellvertretende Vizepräsidentin

Finanzabteilung

Leiter
Stellvertretender Leiter und Leiter,
Finanzierungen
Leiter, Investitionen – Kredite
Leiter, Investitionen – Zinssätze
Leiter, Analytik
Leiter, Aktiva- und Passivmanagement
Leiter, Management Kundenrisiko

Horst Köhler

Charles Frank
David Hexter
Gavin Anderson

Josué Tanaka
Reinhard Schmoelz
Stijn Albrechts

Oliver Greene
Charles Wrangham
Lindsay Forbes
Frances Reid

Johan Bastin
Thomas Maier (Amtierend)
Ananda Covindassamy
Jacquelin Ligot (Amtierend)
Roy Knighton

Kurt Geiger
Elizabeth Wallace
Rogers LeBaron
Kurt Geiger (Amtierend)
Jonathan Woollett
Kanako Sekine

Peter Reiniger
Kevin Bortz
Izzet Guney
Edgar Rosenmayr
Hans Christian Jacobsen

David Hexter
Dragica Pilipovic-Chaffey
Mike Davey

Kazuhiko Koguch

Alain Pilloux
George Krivicky
Irene Grzybowski

Alexander Auboeck
Hubert Warsmann
Alain Pilloux (Amtierend)

Olivier Descamps
Andrew Seton

Henry Russell
Salvatore Candido
Jean-Marc Peterschmitt

Nicht besetzt

Steven Kaempfer
Noreen Doyle

Marcus Fedder

Ayesha Shahn
Constantine Kazantzidis
Bart Mauldin
Jaakko Kärki
Axel van Nederveen
Grant Metcalfe-Smith

Risikomanagement

Leiterin
Risikocontroller
Leiter, Kreditwesen
Leiter, Portfolioprfung
Leiter, Konsortien

Noreen Doyle
Jean-André Sorasio
Bob Harada
Mike Williams
Lorenz Jorgensen

Strategie- und Unternehmensplanung und Budgetierung

Leiter
Leiterin, Finanzpolitik und Strategieplanung
Leiter, Unternehmensplanung

Josué Tanaka
Evelyn Cox
Magdi Bona

Rechnungslegung und Berichterstattung

Leiter
Leiterin, Finanzielle Rechnungslegung
Leiter, Rechnungslegung für Fonds
Leiter, Rechnungslegung der Finanzabteilung

Nigel Kerby
Julie Williams
Teresa Godwin-Coombs
Terry Cullen

Geschäftstätigkeit und Informationstechnologie

Leiter, Geschäftstätigkeit und Informationstechnologie
Leiter, IT

Christopher Holyoak
Tim Goldstone

Personal und Verwaltung

Vizepräsident
Leiter, Personalwesen
Leiter, Verwaltung

Miklós Németh
Franco Furno
John McNess

Projektbewertung, Unterstützung von Projekt- und Umwelttätigkeit

Vizepräsident
Stellvertretender Vizepräsident

Joachim Jahnke
Jean-François Maquet

Projektbewertung

Leiter

Fredrik Korfker

Beschaffung und Technische Dienstleistungen

Leiter

Peter Pease

Ankauf

Leitender Verantwortlicher

David Wiseman

Offizielle Kofinanzierung

Leiter

Ullrich Kiermayr

Beratungsleistungen

Leiter

Dilek Macit

Umweltprüfungen

Leiter

Tim Murphy

Reaktorsicherheit

Leiter

Lars Larsson

TurnAround-Management-Programm

Leitender Verantwortlicher

Michael McAlister

Generalsekretariat

Generalsekretär
Stellvertretender Generalsekretär
Assistierender Generalsekretär

Antonio Maria Costa
Nigel Carter
Gilbert Sabathé

Rechtsabteilung

Leiter
Stellvertretender Leiter
Assistenten der Rechtsabteilung

Emmanuel Maurice
Norbert Seiler
Stephen Petri
Gerard Sanders

Volkswirtschaftliche Abteilung

Chefvolkswirt
Stellvertretender Chefvolkswirt
Leiter, Grundsatzstudien
Leiter, Reformstrategien

Willem Buiters (ab 1. Juni)
Ricardo Lago
Steven Fries
Hans Peter Lankes

Innenrevision

Leiter
Stellvertretender Leiter

Tarek Rouchdy
Ray Portelli

Kommunikation

Leiterin

Barbara Clay

Büro des Präsidenten

Leiter

Axel Bertuch-Samuels

Vertretungen der EBWE

Albanien

e4 Rruga Deshmoret
Shkurtit Nr. 26
Tirana, Albanien
Tel: +355 42 32898
Fax: +355 42 30580
Leiter des Büros: Giulio Moreno

Armenien

Baghramian Avenue 20
Eriwan 375019, Armenien
Tel: +374 2 540 425
Fax: +374 2 540 430
Leiter des Büros: Alkis Drakinov

Aserbaidshjan

ul. Sabir 5
Baku 370004, Aserbaidshjan
Tel: +99 412 971 014
Fax: +99 412 971 019
Leiter des Büros: Murat Jildiran

Bosnien und Herzegowina

Obala Kulina Bana 4, 2. Etage
71000 Sarajewo
Bosnien und Herzegowina
Tel: +387 71 667 945
Fax: +387 71 667 950
Leiterin des Büros: Zsuzsanna Hargítai

Bulgarien

ul. Moskowska 17
1000 Sofia, Bulgarien
Tel: +359 2 987 6611
Fax: +359 2 981 5336
Länderteamleiter: Jean-Marc Peterschmitt

Estland

Roosikrantsi 11, 4. Etage
10119 Tallinn, Estland
Tel: +372 6418 548
Fax: +372 6418 552
Leiter des Büros: Urmas Paavel

Georgien

ul. Nikoladse 7, Wohnung 2
380008 Tiflis, Georgien
Tel: +995 32 920 512
Fax: +995 32 931 335
Leiter des Büros: Jürgen Schramm

Kasachstan

Bi 41 Kasybek, 4. Etage
480100 Almaty, Kasachstan
Tel: +7 327 2 58 14 76 oder 58 14 23
Fax: +7 327 2 58 14 22
Länderteamleiter: Mike Davey

Kirgisistan

ul. Geologitscheskaja 26
720005 Bischkek, Kirgisistan
Tel: +996 312 530 012
Fax: +996 312 620 800
Leiter des Büros: Nikolaj Hadschijski

Kroatien

Petrinjska 59, 5. Etage
10000 Zagreb, Kroatien
Tel: +385 1 4812 400
Fax: +385 1 4819 468
Leiter des Büros: Andrew Krapotkin

Lettland

Valdemara Centre
21 Kr. Valdemara Straße
LV 1010 Riga, Lettland
Tel: +371 750 5520
Fax: +371 750 5521
Leiter des Büros: Urmas Paavel

Litauen

A. Jaksto 5, 3. Etage
2600 Wilna, Litauen
Tel: +370 2 227 258
Fax: +370 2 224 666
Leiter des Büros: Urmas Paavel

EJR Mazedonien

Dame Gruev 14, 2. Etage
91000 Skopje, EJR Mazedonien
Tel: +389 91 113 262/112 446
Fax: +389 91 126 047
Leiter des Büros: Philippe Leclercq

Moldau

Zimmer 309
Straße 31. August 1989, 98
277012 Chisinau, Moldau
Tel: +373 2 248 414
Fax: +373 2 249 363
Leiterin des Büros: Mariana Gheorghe,

Polen

ul. Emili Plater 53
Warsaw Financial Center
Suite 1300
00-113 Warschau, Polen
Tel: +48 22 520 5700
Fax: +48 22 520 5800
Länderteamleiterin: Irene Grzybowski

Rumänien

Strada J. L. Calderon 38
Sektor 2, Bukarest, Rumänien
Tel: +40 1 311 3300
Fax: +40 1 312 2233
Länderteamleiter: Salvatore Candido

Russland

ul. Bolschaja Moltschanowka 36
Stroenie 1, 121069 Moskau
Russland
Tel: +7 095 787 1111
Fax: +7 095 787 1122
Länderteamleiterin:
Dragica Pilipovic-Chaffey

Regionalbüro:

Newskij Prospekt 25
191186 St. Petersburg
Russland
Tel: +7 812 326 2525
Fax: +7 812 326 2526
Leiter des Büros: Robert Sasson

Regionalbüro:

ul. Werchneportowaja 46, Suite 404
690003 Wladiwostok
Russland
Tel: +7 4232 51 77 66
Fax: +7 4232 51 77 67
Leiterin des Büros: Elena Danysch

Regionalbüro:

Büro 605
World Trade Center
ul. Kuibischewa 44
620026 Jekaterinburg
Russland
Tel: +7 34 32 59 61 50
Fax: +7 34 32 59 61 51
Leiterin des Büros: Tatjana Jembulajewa

Slowakische Republik

Grösslingova 4
814 18 Bratislava
Slowakische Republik
Tel: +421 7 52 96 78 35
Fax: +421 7 52 92 14 59
Länderteamleiter: Alexander Auboeck

Slowenien

Trg Republike 3, 9. Etage
1000 Ljubljana, Slowenien
Tel: +386 61 126 3600
Fax: +386 61 126 3636
Amtierender Leiter des Büros:
Tadej Orazem

Tadschikistan

c/o TajikBankBusiness
ul. Shotemur 29
734025 Duschanbe, Tadschikistan
Tel: +992 372 210 763
Fax: +992 372 210 763
Missionsberater: Musaffar Usmanow

Tschechische Republik

Karlova 27
11000 Prag 1, Tschechische Republik
Tel: +420 2 2423 9070
Fax: +420 2 2423 3077
Leiter des Büros: Jacob Sadilek

Turkmenistan

ul. Asadi 95
744000 Aschgabat, Turkmenistan
Tel: +993 12 51 22 63
Fax: +993 12 51 03 18
Leiter des Büros: Jaap Sprey

Ukraine

ul. Sofijweska 27/23
01001 Kiew, Ukraine
Tel: +380 44 464 01 32
Fax: +380 44 464 08 13
Länderteamleiter: Andrew Seton

Ungarn

Rakoczi ut 42
1072 Budapest, Ungarn
Tel: +36 1 266 6000
Fax: +36 1 266 6003
Länderteamleiter: Hubert Warsmann

Usbekistan

4. Etage, International and Banking
Financial Centre
ul. Turab Tula 1
700003 Taschkent, Usbekistan
Tel: +998 711 39 40 14
Fax: +998 711 20 61 21
Leiter des Büros: Kenji Nakazawa

Weißrussland

ul. Gertsena 2
220030 Minsk, Weißrussland
Tel: +375 172 110 370
Fax: +375 172 110 410
Leiter des Büros: nicht besetzt

Weitere Informationen

Veröffentlichungen

Die EBWE stellt eine Reihe von Publikationen, Grundsatzpapieren und Informationsblättern zur Verfügung. Regelmäßig erscheinen unter anderem: *Finanzierungen für KMU* (mit Auflistung von Finanzintermediären); *Environments in transition* (über das Umweltprogramm der EBWE, mit aktualisierten Informationen über Projekte); *Law in transition* (Zeitschrift der EBWE für Rechtsfragen). Alle kostenlosen Veröffentlichungen sind bei der Publikationsstelle der EBWE erhältlich (Tel: +44 20 7338 7553; Fax: +44 20 7338 6102). Die meisten finden sich auch auf der Webseite der EBWE (www.ebrd.com).

Im jährlich erscheinenden *Transition Report* werden Fragen des Transformationsprozesses und des gesamtwirtschaftlichen und rechtlichen Fortschritts in den Einsatzländern behandelt (erscheint im November, Preis 30 GBP); dazu gehört der *Transition Report Update* (erscheint im April, Preis 15 GBP). Erhältlich bei der EBWE und The Stationery Office Publications Centre, PO Box 276, London SW8 5DT, Vereinigtes Königreich (Tel: +44 20 7873 8200).

Jahrestagung

Zur Jahrestagung der EBWE gehört ein Programm für potentielle Investoren in der Region. Über Einzelheiten informiert: Annual Meetings Management Unit (Tel: +44 20 7338 6625; Fax: +44 20 7338 7320).

Im Jahr 2001 findet die Jahrestagung in London statt. 2002 wird sie in Bukarest (Rumänien), 2003 in Taschkent (Usbekistan) und im Jahr 2004 wiederum in London abgehalten.

112

Hinweise

Wechselkurse

Bei Bedarf wurden andere Währungen auf Grundlage der am 31. Dezember 1999 gültigen Wechselkurse in Euro umgerechnet. (Annähernde Wechselkurse für den Euro: 1,96 DEM, 6,56 FRF, 0,62 GBP, 1,00 USD, 102,64 JPY)

Erfassung der Projekte

Werden mehrere Teildarlehen unter einer Rahmenvereinbarung ausgewiesen, kann es bei Projekten zu Dezimalstellen kommen. Wegen Auf- oder Abrundung von Zahlen kann es in Tabellen zu Abweichungen zwischen Einzelbeträgen und deren Summen kommen.

Definitionen

Additionalität

„Additionalität“ ist ein im Übereinkommen zur Errichtung der EBWE verankertes Kernprinzip der Geschäftstätigkeit der EBWE. Gemäß diesem Prinzip vermeidet es die EBWE, bei der Projektfinanzierung kommerzielle Finanzierungsquellen zu verdrängen, vorausgesetzt, dass diese Mittel unter Berücksichtigung der auftretenden Risiken zu vernünftigen Bedingungen bereitgestellt werden, und dass die positive Auswirkung des Projekts nicht durch Konditionen beeinträchtigt wird, die sich von den normalerweise von der EBWE festgelegten unterscheiden.

Aktivbestand

- **Operativer Aktivbestand:** Darlehen und Kapitalbeteiligungen im Besitz der EBWE, mit Ausnahme der von der Finanzabteilung erworbenen Bestände; ohne abgeschriebene Aktiva. Der Ausdruck „Banking-Aktivbestand“ kann für den gesamten operativen Aktivbestand des Bereichs Banking verwendet werden.
- **Zinstragender Aktivbestand:** Operativer Aktivbestand abzüglich notleidender Darlehen.
- **Beeinträchtigter Aktivbestand:** Notleidende Darlehen und beeinträchtigte Kapitalbeteiligungen.
- **Produktiver Aktivbestand:** Operativer Aktivbestand abzüglich beeinträchtigter Aktivbestände.
- **Portfolio:** Operativer Aktivbestand zuzüglich nicht in Anspruch genommene Zusagen der Bank, gelegentlich auch als „Ausstehende Zusagen“ bezeichnet.

Ländergruppen: Geografische Streuung

Die EBWE teilt ihre Einsatzländer nach den erreichten Fortschritten im Hinblick auf die Marktwirtschaft ein. Projekte in Russland und in der gesamten Region werden getrennt aufgeführt.

- **Frühe/Mittlere Phase:** Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, EJR Mazedonien, Moldau, Rumänien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrussland.
- **Fortgeschrittene Phase:** Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn.
- **Region:** Diese Bezeichnung umfasst sämtliche 26 Einsatzländer der EBWE (siehe oben).

Status eines Projekts oder einer Fazilität

- **Konzeptfreigabe:** Eine vom Bereich des Vizepräsidenten für Banking durchgeführte Prüfung, bei der es darum geht, ob ein Projekt den Grundsätzen und Schwerpunkten der EBWE entspricht und ob für die weitere Bearbeitung beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten.
- **Erste Prüfung:** Wird vom Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit vorgenommen und ermöglicht der Geschäftsführung die erste Bewertung eines Projekts und die Instruktion des Projektteams.
- **Abschlussprüfung:** Abschließende Prüfung der Kreditbedingungen und Grundsätze im Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit, ehe das Projekt dem Direktorium vorgelegt wird. Die betroffenen Teams und Abteilungen der Bank müssen das Ergebnis unterschreiben.
- **Bewilligung durch das Direktorium:** Die Bewilligung durch das Direktorium bedeutet die Zusage der EBWE für die Finanzierung.
- **Zusage:** Rechtlich bindende Verpflichtung der EBWE zur Investition eines bestimmten Betrags in Darlehen oder Kapitalbeteiligungen oder zur Übernahme von Garantien zu vereinbarten Bedingungen und für einen spezifischen Zeitraum, entsprechend der Bewilligung durch das Direktorium.
- **Auszahlung:** Von der Bank entsprechend der Zusage gezahlte Mittel zum Erwerb von Darlehen oder Kapitalbeteiligungen.

Zusätzliche mobilisierte Mittel

Ressourcen, die von anderen Investoren als Teil von EBRD-Projekten zugesagt werden.

Abkürzungen und Akronyme

Die Bank, EBWE	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ADI	Ausländische Direktinvestition
BIP	Bruttoinlandprodukt
CEAL	Mitteuropäische Exportkreditlinie
ECA	Exportkreditgesellschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EJR	Mazedonien Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
ESCO	Energiedienstleistungsunternehmen
FIDP	Entwicklungsprogramm für Finanzinstitute
G7	Gruppe der Sieben (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, USA und Vereinigtes Königreich)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IFC	Internationale Finanz-Corporation
IFI	Internationale Finanzinstitution
ISDA	Internationale Vereinigung für Swaps und Derivate
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
Libor	Londoner Interbanken-Angebotssatz
LTP	Rechtsreformprogramm
MKU	Mikro- und Kleinunternehmen
MPF	Multi-Projekt-Fazilität
NPF	Nach-Privatisierungsfonds
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Phare	Hilfsprogramm zur wirtschaftlichen Umstrukturierung (EU)
RSBF	Fonds für Kleinunternehmen in Russland
RSK	Reaktorsicherheitskonto
RWF	Regionaler Wagnisfonds
SDP	Sarkophag-Durchführungsplan
SRP	Sonderrestrukturierungsprogramm
Tacis	Technische Hilfe für GUS-Länder (EU)
TAM	TurnAround-Management-Programm
TSF	Tschernobyl-Sarkophag-Fonds
TZ	Technische Zusammenarbeit
TZFP	Fondsprogramm für Technische Zusammenarbeit
UAP	Umweltaktionsplan
Var	Risikowert

Veröffentlichung der
Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Zusammenstellung und Redaktion: Gruppe Publikationen, Kommunikationsabteilung
Deutsche, französische und russische Übersetzung: Übersetzungsabteilung
Entwurf und Produktion: Gruppe Design
Gedruckt von Ventura Litho Limited in England



Umschlag und Innenteil auf umweltbewusst produziertem Papier gedruckt.
Consort Royal Silk wird unter Verwendung von im wesentlichen
chlorfreiem Zellstoff aus bewirtschafteten Wäldern hergestellt.

ref: 4352

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

One Exchange Square
London EC2A 2JN
Vereinigtes Königreich

Vermittlung/Zentrale:

Tel: +44 20 7338 6000
Fax: +44 20 7338 6100
Telex: 8812161 EBRD L G
SWIFT: EBRDGB2L

Webseite:

www.ebrd.com

Publikationsanforderungen:

Tel: +44 20 7338 7553
Fax: +44 20 7338 6102

Allgemeine Anfragen zur EBWE:

Tel: +44 20 7338 6372

Projektanfragen/Vorschläge:

Tel: +44 20 7338 6282
Fax: +44 20 7338 6102

Marketing & Geschäftsentwicklung:

Tel: +44 20 7338 7168
Fax: +44 20 7338 7380